



Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg
University of Applied Sciences

**"Hand in Hand" gegen rechts –
Rechtsextremismus als Herausforderung für Politik und
Gesellschaft am Beispiel des Rems-Murr-Kreises**

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer

Bachelor of Arts (B.A.)

im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Katharina Mock

Studienjahr 2013/2014

Erstgutachter: Frau Prof. Dr. A. Zimmermann-Kreher

Zweitgutachter: Herr Dipl.-Verwaltungswirt (FH) M. Kolb

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis.....	V
Anlagenverzeichnis	VI
1. Einführung	1
2. Rechtsextremismus – theoretische Grundlagen	3
2.1. Der Rechtsextremismusbegriff: Abgrenzung und Erläuterung	3
2.1.1. Das verfassungsrechtliche Begriffsverständnis	3
2.1.2. Das soziologische Begriffsverständnis	8
2.2. Erklärungsansätze für rechtsextreme Orientierungen	10
2.2.1. Psychologische Begründungsfaktoren.....	11
2.2.2. Soziale Begründungsfaktoren.....	12
2.2.3. Politische Begründungsfaktoren	14
3. Bekämpfung von Rechtsextremismus	14
3.1. Darstellung verschiedener Handlungsfelder.....	15
3.1.1. Handlungsfeld Rechtsstaat.....	15
3.1.2. Handlungsfeld Politik und Kommunalverwaltung	18
3.1.3. Handlungsfeld Pädagogik und politische Bildung	21
3.1.4. Handlungsfeld Zivilgesellschaft.....	24
3.1.5. Handlungsfeld Wirtschaft.....	25
3.2. Rahmenbedingungen einer effektiven Arbeit	
gegen Rechtsextremismus.....	26

4.	Ausgangssituation im Rems-Murr-Kreis	28
4.1.	Erscheinungsformen von Rechtsextremismus	29
4.2.	Darstellung von Politik und Gesellschaft	33
5.	Lösungsstrategien im Rems-Murr-Kreis	36
5.1.	Darstellung der bedeutendsten Akteure und Strategien.....	37
5.1.1.	Die Rolle der Städte und Gemeinden	37
5.1.2.	Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und..... Fremdenfeindlichkeit“ der Polizeidirektion Waiblingen.....	38
5.1.3.	Fachbeirat und Fachstelle Rechtsextremismus	
	beim Kreisjugendamt.....	39
5.1.4.	Lokaler Aktionsplan	41
5.1.5.	Zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen	42
5.2.	Überblick über weitere Maßnahmen.....	43
5.3.	Stärken der Lösungsstrategien	44
5.4.	Schwächen der Lösungsstrategien und	
	Verbesserungsvorschläge.....	46
5.5.	Ergebnis der Beurteilung.....	50
6.	Schlusswort	51
	Anhang.....	54
	Literaturverzeichnis	226
	Erklärung.....	235

Abkürzungsverzeichnis

AK	Arbeitskreis
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BW	Baden-Württemberg
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
HS	Hochschule
JN	Junge Nationaldemokraten (Jugendorganisation der NPD)
KDRS	Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart
KOREX	Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der PD Waiblingen
LK	Landkreis
LRA	Landratsamt
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PD	Polizeidirektion
REP	Die Republikaner
RMK	Rems-Murr-Kreis
RNF	Ring nationaler Frauen (Unterorganisation der NPD)
SOR-SMC	Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
StGB	Strafgesetzbuch
VHS	Volkshochschule
V-Leute	Vertrauensleute der Verfassungsschutzbehörden
ZVW	Zeitungsverlag Waiblingen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	5
Das Extremismus-Modell	
 Abbildung 2	 32
Rechtsextremistische Straftaten im Vergleich	

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	54
Fragebogen und Begleitschreiben zur Umfrage bei den Gemeinden des Rems-Murr-Kreises	
Anlage 2	63
Ergebnisse der Befragung der Städte und Gemeinden des Rems-Murr- Kreises	
Anlage 3	81
Schriftliche Befragung der Fachstelle Rechtsextremismus beim Kreisju- gendamt	
Anlage 4	89
Schriftliche Befragung der Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der Polizeidirektion Waiblingen	
Anlage 5	94
Antrag auf Förderung für die Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokaler Aktionsplan)	
Anlage 6	119
Lokale Aktionspläne – Programmvorstellung	
Anlage 7	128
Orte der Vielfalt – Vorstellung der Initiative	
Anlage 8	130
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: 10 Fragen – 10 Antworten zum Projekt	

Anlage 9	134
„Bunt statt Braun“ : Programmheft	
 Anlage 10	 137
Gemeinsame Erklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit	
 Anlage 11	 140
Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Daten und Fakten	
 Anlage 12	 142
Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Wirtschaftsstandort Rems-Murr-Kreis	
 Anlage 13	 144
Kriminalitätsjahresberichte der PD Waiblingen 2008 – 2012	
 Anlage 14	 177
Wahlergebnisse im Rems-Murr-Kreis	
 Anlage 15	 187
Struktur- und Regionaldaten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg	
 Anlage 16	 190
Statistisches Bundesamt – Bevölkerungsstand	
 Anlage 17	 193
Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen	
 Anlage 18	 197
Schellenberg, Britta: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus	

Anlage 19	201
Stuttgarter Zeitung: Der „braune Kreis“ wird Vorbild	
 Anlage 20	 204
Stuttgarter Zeitung: Rechtsextremismus in Winterbach: Ein Brandanschlag und seine Folgen	
 Anlage 21	 208
Stuttgarter Nachrichten: „Bunt statt braun“ CDU-Kritik: Auf dem linken Au- ge blind	
 Anlage 22	 211
ZVW: Die rechte Szene im Rems-Murr-Kreis	
 Anlage 23	 216
ZVW: Der antifaschistische Familienzweist	
 Anlage 24	 220
ZVW: „Hand in Hand“ gegen rechts...	
 Anlage 25	 224
PD Waiblingen: 1. Pressemitteilung vom 23.06.2013	

1. Einführung

„Der ‚braune Kreis‘ wird Vorbild.“¹

Der Artikel, der unter diesem Titel in der Stuttgarter Zeitung erschienen ist, verkündet eine Entwicklung im Rems-Murr-Kreis, angefangen bei gehäuften rechtsextremistischen Gewalttaten und Szene-Treffpunkten zur Jahrtausendwende bis hin zu einem Kreis mit vorbildlicher Polizei- und Jugendarbeit und spürbaren Erfolgen nur zehn Jahre später. Doch kein halbes Jahr nach Erscheinen dieses Artikels wird der Kreis erneut von einem Brandanschlag auf Migranten erschüttert, das Stattfinden mehrerer Parteitage der NPD wird bekannt. Kann angesichts dieser Tatsachen also wirklich von vorbildlicher Arbeit gegen Rechtsextremismus gesprochen werden?

Neben den Maßnahmen von Polizei und Jugendarbeit finden auch immer wieder Veranstaltungen, Projekte und Kundgebungen statt. Engagierte Bürger² setzen sich ein, Politiker beziehen Stellung, Bündnisse und Initiativen mit diversen Leitsätzen entstehen. Die Palette reicht von konkreten Formulierungen wie „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ bis hin zu Pluralität betonenden Slogans wie „Hand in Hand für bunte Vielfalt“. All das erscheint für Unbeteiligte teilweise aber auch als etwas planloses Nebeneinander von Aktionen. Daher stellt sich die Frage: Was kennzeichnet eine erfolgreiche Bekämpfung von Rechtsextremismus?

Diese Fragestellung soll im Rahmen der vorliegenden Bachelorthesis am konkreten Beispiel des Rems-Murr-Kreises beantwortet werden. Dabei sollen notwendige Voraussetzungen, Bedingungen und effektive Strategien dargestellt und im Anschluss die Arbeit in diesem Problemfeld in dem

¹ Beck, Stuttgarter Zeitung, Der „braune Kreis“ wird Vorbild.

² In der vorliegenden Arbeit wurde auf geschlechtsneutrale Formulierungen ausschließlich aus Gründen der Lesbarkeit und Verständlichkeit verzichtet. Die verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich selbstverständlich immer auf beide Geschlechter.

genannten Gebiet vorgestellt und untersucht werden, um wenn nötig, auch weitere Impulse zu geben.

Im nächsten Teil werden daher zunächst einige theoretische Grundlagen dargestellt. Dabei geht es darum, welche Erscheinungen und Ideologiekomponenten von Wissenschaftlern, Politikern oder Praktikern unter Rechtsextremismus verstanden werden. Außerdem ist zur Beantwortung der Fragestellung von Bedeutung, warum Menschen rechtsextremistische Einstellungen entwickeln und entsprechend handeln.

Anschließend, im dritten Gliederungspunkt, wird dann ein breiter Überblick über die unterschiedlichen Strategien der gesamtgesellschaftlichen Arbeit gegen Rechtsextremismus gegeben. Statt einzelne Aspekte vertieft zu betrachten, sollen allgemeingültige Richtlinien sowie Chancen und Grenzen der verschiedenen Handlungsbereiche aufgezeigt werden. Eine Frage, die es dabei zu klären gilt, ist zum Beispiel die immer wieder aufkommende Diskussion, ob Rechtsextreme ignoriert werden sollten, „um ihnen keine Plattform zu bieten“ oder ob ihnen offensiv begegnet werden muss, indem man klare Grenzen zieht und öffentlich Farbe bekennt.

In den darauf folgenden Teilen vier und fünf der vorliegenden Arbeit wird dann das Hauptaugenmerk wieder auf den untersuchten Landkreis gelegt. Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und besonders herausragende Ereignisse mit derartigem Hintergrund werden dargestellt und mit der Situation im Kreis hinsichtlich der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur sowie wirtschaftlichen oder sozialen Kennzahlen in Verbindung gebracht. Nachdem die Ausgangssituation betrachtet ist, werden die auf kommunaler Ebene installierten Einrichtungen und verfolgten Strategien betrachtet und anhand der im dritten Teil aufgestellten Richtlinien bewertet. Daraus sollen Folgerungen für die weitere Gestaltung der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus in den Gemeinden des Rems-Murr-Kreises gezogen werden, sich aber auch Anregungen für andere betroffene Gebiete ergeben.

2. Rechtsextremismus – theoretische Grundlagen

In der Diskussion um Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus ist zunächst einmal zu klären, was sich hinter dieser Bezeichnung verbirgt und welche Erscheinungsformen und Ursachen beinhaltet sind.

2.1. Der Rechtsextremismusbegriff: Abgrenzung und Erläuterung

In der Öffentlichkeit ist häufig von Rechtsextremismus die Rede. Aber auch Begriffe wie Neonazismus, Rechtsradikalismus oder Faschismus werden häufig synonym oder für ähnliche Phänomene verwendet. Abgrenzungen und Auslegung dieser Bezeichnungen bleiben dabei uneinheitlich und unklar.

Selbst in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist es bisher nicht gelungen, sich auf eine allgemein akzeptierte Definition zu einigen.³ Für die vertiefte Betrachtung von Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien ist es jedoch unerlässlich, ein Verständnis für die Hintergründe der Begrifflichkeiten zu entwickeln. Daher werden im Folgenden der Rechtsextremismusbegriff und seine Dimensionen erläutert.

2.1.1. Das verfassungsrechtliche Begriffsverständnis

Sprachlich lässt sich der Ausdruck „Extremismus“ aus dem Lateinischen ableiten. Das Wort „extremus“ bedeutet: äußerst, entferntest, aber auch:

³ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, 2006, S. 13; Decker u.a., 2010, S. 11.

der Ärgste, Gefährlichste, Schlechteste, Verächtlichste. Das Wort „extremitas“ steht für: der äußerste Punkt, Rand.⁴

In diesem Sinne ist Extremismus der entfernteste Punkt von der demokratischen, gemäßigten Mitte, dem Verfassungsstaat. Gleichzeitig ist darin bereits die Wertung des Extremen als problematisch und gefährlich enthalten.⁵

Extremismus ist kein Rechtsbegriff, sondern lediglich ein Arbeitsbegriff der Verfassungsschutzbehörden.⁶ Grundlage dieses Verständnisses von Extremismus ist das Prinzip der „wehrhaften“ oder „streitbaren“ Demokratie, die sich gegen ihre Feinde, die Extremisten von links und rechts, wehren muss.⁷ Die obersten Prinzipien des Grundgesetzes, die freiheitlich demokratische Grundordnung, sind durch Artikel 19 Abs. 3 GG geschützt. Zu diesen Prinzipien zählen, definiert durch das Bundesverfassungsgericht:

- „die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung
- die Volkssouveränität
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip
- und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“⁸

⁴ Vgl. Möller, 2001, S. 195.

⁵ Vgl. Neugebauer, 2000, S. 14.

⁶ Vgl. Stöss, 2010, S. 14.

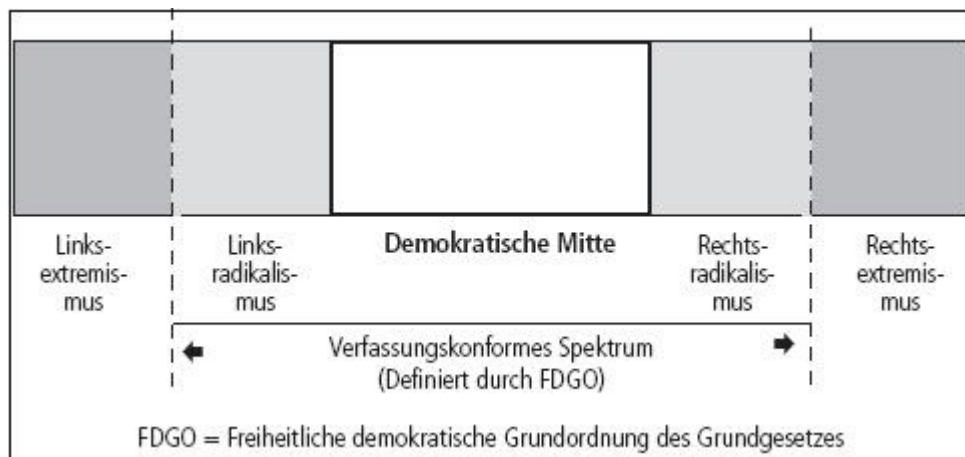
⁷ Vgl. Jaschke, 2001, S. 24.

⁸ BVerfG, Urteil vom 23. Oktober 1952 – 1 BvB 1/51 -, BVerfGE 2,1-79, S.12.

Ein weiteres Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestimmte: „Eine Partei ist auch nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie diese obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muss vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen, sie muss planvoll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf die Ordnung selbst beseitigen wollen.“⁹

Verfassungswidrig sind also Handlungen, die die freiheitlich demokratische Grundordnung aggressiv und planvoll funktionsunfähig machen wollen, um sie letztlich zu beseitigen. Daraus ergibt sich der amtliche Extremismusbegriff.¹⁰ Extremistisch bedeutet in diesem Zusammenhang somit schlicht verfassungsfeindlich.

Abbildung 1: Das Extremismus-Modell



Quelle: Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, 2010, S. 14

Die Grenzen zwischen der demokratischen Mitte und dem Bereich des Extremismus sind jedoch nicht eindeutig. Der Übergang ist fließend. Da-

⁹ BVerfG, Urteil vom 14. August 1956 – 1 BvB 2/51 –, BVerfGE 5,85 – 393, S.141.

¹⁰ Vgl. Neugebauer, 2000, S. 14 f.

her bezeichnen die Verfassungsschutzämter den Grenzbereich als Radikalismus. Dieser Radikalismus (lateinisch: „radix“ bedeutet Wurzel, Ursprung) ist dabei der Bereich, der sich nahe am Extremismus befindet und gesellschaftliche Fragen mit besonderer Konsequenz und ohne Kompromissbereitschaft betrachtet. Er bewegt sich jedoch noch im verfassungskonformen Spektrum.¹¹ Die Abbildung auf der vorherigen Seite veranschaulicht diese Definition von Extremismus und Radikalismus.

Bisher wurde dargestellt, wie die Verfassungsschutzämter Extremismus definieren. Neben Rechtsextremismus befassen sich die Behörden mit Linksextremismus und seit einigen Jahren auch mit „Ausländerextremismus“. In Abgrenzung zu diesen beiden Bereichen ist Rechtsextremismus gekennzeichnet durch folgende Elemente:¹²

- Die „Ideologie der Ungleichheit“, welche Rassismus und Nationalismus umfasst.
- Die „Ideologie der Volksgemeinschaft“, worin Fremden- und Ausländerfeindlichkeit ihren Ursprung finden.
- Der Autoritarismus mit dem Wunsch nach einem starken, autoritären Staat und damit verbundenem Antiparlamentarismus und Demokratiefeindschaft.
- Der Revisionismus mit den beiden Formen Geschichts- und Gebietsrevisionismus.
- Der Antimodernismus, insbesondere die Ablehnung der Globalisierung.

Die meisten Forscher der Sozial- und Politikwissenschaften akzeptieren diesen extremismustheoretischen Begriff jedoch nicht.¹³ Vielmehr stellen

¹¹ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, 2006, S. 9; Stöss, 2010, S. 15.

¹² Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, 2006, S. 14 ff.

¹³ Vgl. Neugebauer, 2000, S. 16; Decker u.a., 2010, S. 14.

sie klar, dass eine Unterscheidung von Demokratie und Extremismus „allenfalls verfassungstheoretisch und demokratietheoretisch möglich ist“¹⁴.

Es bestehen zwei große Kritikpunkte an einer derartigen Extremismusdefinition. Zum einen kann der Begriff sprachlich nur in Relation zu einer „normalen“ Mitte sinnvoll verwendet werden. Diese demokratische Mitte wird daher idealisiert und Rechtsextremismus bagatellisierend zu einem Randphänomen erklärt. Zum anderen werden Links- und Rechtsextremismus inhaltlich und bezüglich ihres Bedrohungspotenzials gleichgestellt.¹⁵ Über diese zwei Punkte hinaus reduziert das Konzept der „streitbaren Demokratie“ politischen Extremismus auf politische Organisationen. Orientierungsmuster und rechtsextreme Einstellungen Einzelner werden nicht berücksichtigt. Die Definition ist auf die Gesichtspunkte der inneren Sicherheit fixiert.¹⁶

Für die Praxis der Justiz und der Sicherheitsbehörden ist das dargestellte Extremismuskonzept aus dem verfassungsrechtlichen Bereich jedoch ausreichend. Es hat nicht den Zweck, die Gesellschaft abzubilden, sondern lediglich demokratische und demokratiefeindliche Bestrebungen zu unterscheiden.¹⁷ In der Aufstellung eindeutiger rechtlicher Regelungen für die Maßnahmen der Institutionen des Verfassungsschutzes findet es seinen Sinn.¹⁸

Für die Belange sozialwissenschaftlicher Analysen genügt diese Definition aber nicht. Die sogenannte Extremismustheorie wird der komplexen gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit aufgrund seiner Eindimensionalität und seiner Fixierung auf den demokratischen Rechtsstaat nicht gerecht.¹⁹ Vielmehr müssen das tatsächliche Zusammenleben in der Gesellschaft und die konkreten Einstellungsdimensionen in die Definition einbezogen

¹⁴ Jaschke, 2001, S.28.

¹⁵ Vgl. Decker u.a., 2010, S. 11 ff.

¹⁶ Vgl. Jaschke, 2001, S. 139 f.

¹⁷ Vgl. Stöss, 2010, S. 16.

¹⁸ Vgl. Neugebauer, 2000, S. 32.

¹⁹ Vgl. Neugebauer, 2000, S. 13; Stöss, 2010, S. 16 f.

werden.²⁰ Vor diesem Hintergrund entstand der „soziologische Rechtsextremismusbegriff“.²¹

2.1.2. Das soziologische Begriffsverständnis

Nach diesem Verständnis umfasst Rechtsextremismus nicht nur Organisationen und ihre Handlungen, sondern bezieht sich darüber hinaus auch auf Individuen sowie deren Mentalitäten und Orientierungen.²²

Das Einstellungspotenzial ist in der Regel wesentlich größer als das Verhaltenspotenzial. Außerdem muss, um Ursachen zu bestimmen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln, die rechtsextremistische Persönlichkeit im Ganzen betrachtet werden. Daher ist eine Unterscheidung zwischen Verhalten und Einstellungen unbedingt notwendig, die auch durch die Begriffe „manifest“ und „latenter Rechtsextremismus“ Ausdruck findet.²³

Rechtsextremismus wird bei dieser Betrachtungsweise als „ein Konglomerat verschiedenster Einstellungs- und Verhaltensdimensionen“ aufgefasst.²⁴ Als Kernelemente gelten in der Regel:²⁵

- Autoritarismus
- übertriebener Nationalismus
- Ethnozentrismus, Fremden- oder Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sympathie für den Nationalsozialismus

Der Soziologe Wilhelm Heitmeyer definierte bereits Ende der achtziger Jahre Rechtsextremismus als die Verbindung von Gewaltakzeptanz und

²⁰ Vgl. Decker u.a., 2010, S. 19 f.

²¹ Heitmeyer, 1995, S. 15.

²² Vgl. Oepke, 2005, S. 32.

²³ Vgl. Stöss, 2010, S. 20 f.

²⁴ Oepke, 2005, S. 32.

²⁵ Vgl. Oepke, 2005, S. 34.

der Ideologie der Ungleichheit.²⁶ Diese Begriffsbestimmung wurde häufig weiterverwendet, ist jedoch nicht konkret genug, um das rechtsextreme Einstellungsmuster beispielsweise von einem religiös-fundamentalistischen abzugrenzen.²⁷

Eine ebenfalls häufig zitierte und weiterentwickelte Definition stammt von dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke. Diese gehört zu den umfangreichsten der Rechtsextremismusforschung.²⁸ Dadurch, dass sie die bisher dargestellten Faktoren umfassend beschreibt, kann sie der Komplexität des Forschungsgebietes am ehesten gerecht werden.

Im Folgenden wird sie daher, gekürzt, wiedergegeben:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. [...]“²⁹

Die These, manifeste Gewalttaten seien „nur die Spitze eines Eisbergs an Distanzierungshaltungen, Ressentiments, Ausgrenzungsverhalten und offener oder latenter Aggressionsbereitschaft“³⁰ macht deutlich, dass nur dieser soziologische Rechtsextremismusbegriff die Grundlage einer Betrachtung von Gegenmaßnahmen sein kann. Die Bekämpfung offensichtlicher Straf- und Gewalttaten allein kann nicht erfolgreich sein, wenn die zugrundeliegenden alltäglichen Einstellungen und Orientierungen weiter bestehen bleiben.

²⁶ Vgl. Heitmeyer, 1995, S. 16.

²⁷ Vgl. Strobl/Würtz/Klemm, 2003, S. 31.

²⁸ Vgl. Winkler, 2000, S. 46; Stöss, 2010, S.19.

²⁹ Jaschke, 2001, S. 30.

³⁰ Möller, 1993, S. 334.

Der extremismustheoretische Begriff des Verfassungsschutzes hingegen liefert die wertende Einschätzung, dass Rechtsextremismus eine Gefahr für die Verfassung und damit unsere Gesellschaft ist und dementsprechend bekämpft werden muss.³¹

2.2. Erklärungsansätze für rechtsextreme Orientierungen

Bei der Betrachtung von Strategien und Maßnahmen, die Rechtsextremismus bekämpfen sollen, ist neben dem Verständnis der Begrifflichkeiten natürlich auch von Bedeutung, wie rechtsextreme Einstellungen und entsprechende Handlungsweisen entstehen. Denn nur wer die Entstehungsursachen und Erfolgsbedingungen kennt, kann die Auswirkungen mit entsprechenden Gegenmaßnahmen bekämpfen.³²

Über die Ursachen von Rechtsextremismus gibt es die unterschiedlichsten Hypothesen, von denen viele auch durch empirische Studien überprüft wurden. Ähnlich wie im Bereich der Begriffsdefinition besteht jedoch auch über diese Theorien keine durchgängige Einigkeit. Lediglich über einige Einflussfaktoren und darüber, dass ein vielschichtiges Wirkungsgeflecht dieser bestimmenden Faktoren ursächlich für rechtsextreme Orientierungen ist, besteht ein Konsens.³³ Ein direkter Ursache-Wirkungszusammenhang zwischen den Inhalten der einzelnen Theorien und rechtsextremistischen Einstellungen kann nicht angenommen werden.³⁴

Für sich allein gesehen, sind die folgenden Begründungstheorien daher stets Kritik ausgesetzt. Sie können nicht hinreichend erklären, warum manche Menschen rechtsextreme Orientierungen entwickeln und andere nicht. Unter Berücksichtigung der Lebensumstände und Persönlichkeiten

³¹ Vgl. Oepke, 2005, S. 36.

³² Vgl. Neugebauer, 2000, S. 32; Schubarth, 2000, S. 251.

³³ Vgl. Kleinert/De Rijke, 2000, S. 185.

³⁴ Vgl. Held u.a., 2008, S. 21.

können sie aber einen Beitrag leisten, um die Entstehung rechtsextremistischer Einstellungen zu verstehen.

Im Folgenden werden nur die in der Fachliteratur meist behandelten Theorien dargestellt. Darüber hinaus gibt es jedoch noch weitere Hypothesen. Die bedeutendsten Erklärungsansätze lassen sich einteilen in psychologische, soziale und politische Begründungsfaktoren.³⁵

2.2.1. Psychologische Begründungsfaktoren

Ein wichtiger Bestandteil der psychologischen Begründungsfaktoren sind die Sozialisationstheorien. Diese besagen, dass die Persönlichkeitsstrukturen eines Menschen auf den verschiedenen Einflüssen der Zeit seines Aufwachsens beruhen. Die Sozialisation in Familie, Bildungseinrichtungen oder Freundeskreis prägen die individuelle Charakterstruktur, welche letztlich auch rechtsextremistische Orientierungen bedingen kann.³⁶ Zudem hat sich gezeigt, dass politische Orientierungen und Verhaltensweisen und dementsprechend auch rechtsextremistische Einstellungen junger Menschen häufig mit den Orientierungen ihrer Eltern korrelieren.³⁷

Ein bedeutender Ansatz ist hier insbesondere die Autoritarismusforschung. Untersuchungen, die in den USA bereits in den vierziger Jahren durchgeführt wurden, besagen, dass antisemitische und rassistische Vorurteile Ausdruck eines autoritären Charakters sind.³⁸ Solch ein autoritärer Charakter zeigt sich in Aggressivität gegenüber Unterlegenen und Unterwerfung gegenüber Mächtigen.³⁹

³⁵ Vgl. Pfahl-Traughber, 1995, S. 28.

³⁶ Vgl. Kleinert/De Rijke, 2000, S. 186.

³⁷ Vgl. Oepke, 2005, S. 137.

³⁸ Vgl. Adorno, Theodor W.: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M., 1973, zitiert bei Pfahl-Traughber, 1995, S. 29.

³⁹ Vgl. Adorno, Theodor W. u.a.: The Authoritarian Personality, New York u.a., 1950, zitiert bei Winkler, 2000, S. 51 f.

Diesem Ansatz, der die frühe familiäre Sozialisation für die Entwicklung einer autoritären und damit rechtsextremistischen Persönlichkeit verantwortlich macht, steht eine Theorie entgegen, die antiautoritäre Erziehung als Ursache nennt.⁴⁰ Diese Art der Erziehung habe versäumt, den Aufbau eines stabilen Wertesystems zu leisten.⁴¹

Allein diese widersprüchliche Argumentation zeigt schon, dass diese Thesen umstritten sind. Beispielsweise wird argumentiert, dass sich aus den genannten Charakterstrukturen nicht zwangsläufig rechtsextremistische Einstellungen ergeben. Zudem sind selbst stabile Persönlichkeitsstrukturen lebenslang veränderbar.⁴²

Auch geschlechtsspezifische Ansätze sind unter die psychologischen Begründungsfaktoren zu fassen. Die unterschiedliche Erziehung von Mädchen und Jungen bedingt, dass Männer eher Normen und Werte wie Stärke, Aggressivität, Erfolg und Leistung teilen. Diese entsprechen rechtsextremen Orientierungen mehr als die typisch weiblichen sozialen und humanen Eigenschaften.⁴³ Das führt dazu, dass männliche Jugendliche und Männer rechtsextreme Einstellungen stärker durch die Wahl rechtsextremistischer Parteien oder das Verüben rechtsextrem motivierter Straftaten offenbaren. Ein Kritikpunkt dieser These ist jedoch, dass Frauen gleichermaßen rechtsextremistisch eingestellt sind. Geschlechtsdifferenzen sind nur auf der Ebene des Handelns erkennbar.⁴⁴

2.2.2. Soziale Begründungsfaktoren

Den zweiten Teilbereich der Erklärungsansätze bilden die sozialen Begründungsfaktoren. Die zwei grundlegenden Theorien dieser gesell-

⁴⁰ Vgl. Pfahl-Traughber, 1995, S. 29 f.

⁴¹ Vgl. Leggewie, Claus: Plädoyer eines Antiautoritären für Autorität, in: Die Zeit, vom 5. März 1993, S. 93, zitiert bei Merten, 1993, S. 126 f., sowie Oepke, 2005, S. 18.

⁴² Vgl. Pfahl-Traughber, 1995, S. 29.

⁴³ Vgl. Rippl, 1998, S. 762 f.

⁴⁴ Vgl. Kleinert/De Rijke, 2000, S. 186.

schaftstheoretischen Ansätze sind die Deprivationstheorie und die Desintegrationstheorie.

Der Begriff der relativen Deprivation beschreibt einen Zustand, in dem eine Abweichung zwischen der Wunschsituation und der Realität besteht, sodass ein Gefühl der Enttäuschung und Benachteiligung vorherrscht. Deprivation kann im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch politischen Bereich auftreten. Diese empfundene Benachteiligung kann dazu führen, dass die Betroffenen Einstellungen und Handlungen gegen die wahrgenommenen Verursacher, im konkreten Fall oft „die Ausländer“, entwickeln.⁴⁵ Demnach scheinen rechtsextreme Orientierungen vorrangig für gesellschaftlich benachteiligte Personen eine Option darzustellen, da sie schlechter gestellt sind als relevante Vergleichsgruppen und ihren Status in der Gesellschaft in Gefahr sehen. Empirische Studien zeigen jedoch, dass nicht die objektive Benachteiligung selbst ausschlaggebend ist, sondern lediglich das subjektive Empfinden.⁴⁶

Die Desintegrationstheorie sucht die Erklärung für rechtsextreme Tendenzen in den negativen Folgen der gesellschaftlichen Modernisierung. Schneller sozialer Wandel und die damit einhergehende Individualisierung führe zur Herauslösung aus den traditionellen gesellschaftlichen Bindungen ohne ausgleichende neue Bezüge zu bieten. Die Folgen sind Vereinzelung, Identitätsprobleme und Orientierungslosigkeit.⁴⁷ Rechtsextreme Orientierungen scheinen an dieser Stelle attraktiv, weil sie neue Bezüge anbieten und Geborgenheit, Schutz und Gewissheiten offerieren.⁴⁸

Die Erklärungsleistung von Deprivations- und Desintegrationshypothesen wird ebenfalls als beschränkt angesehen. Wenn man davon ausgeht, dass sich ein Großteil der Bevölkerung gesellschaftlich oder wirtschaftlich benachteiligt fühlt und ein ebenso großer Anteil der modernen Gesellschaft mehr oder weniger desintegriert ist, stellt sich die Frage, warum nur ein

⁴⁵ Vgl. Winkler, 2000, S. 54.

⁴⁶ Vgl. Kleinert/De Rijke, 2000, S. 186 f.

⁴⁷ Vgl. Heitmeyer, 1993, S. 4 f.; Heitmeyer, 1995.

⁴⁸ Vgl. Kleinert/De Rijke, 2000, S. 187.

kleiner Teil der Bevölkerung tatsächlich rechtsextreme Orientierungen aufweist.⁴⁹

2.2.3. Politische Begründungsfaktoren

Anknüpfungspunkt für die politischen Begründungsfaktoren ist die politische Kultur. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, also die Einstellungen, Meinungen und Werte der gesellschaftlichen Bezugsgruppen können Rechtsextremismus stärken oder schwächen. Denn das politische und gesellschaftliche Umfeld beeinflusst im Sozialisationsprozess das Lernen politischer Einstellungen. Außerdem stellt die politische Kultur eine Gelegenheitsstruktur dar, die die Äußerung von Meinungen und das Handeln entscheidend beeinflusst. Je verbreiteter rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft sind, desto günstiger sind also die Entwicklungschancen rechtsextremer Orientierungen und Bewegungen.⁵⁰

3. Bekämpfung von Rechtsextremismus

Wenn die Rechtsextremismusproblematik thematisiert wird, kann auf der Stelle verschiedensten Berufsgruppen Verantwortung zugewiesen werden. Die Polizei ist für die Strafverfolgung zuständig, Sozialpädagogen sind die richtigen Ansprechpartner, wenn es um auffällige Kinder und Jugendliche geht und Politiker sind bei der Thematisierung von rechtsextremen Parteien und für die Gestaltung der allgemeinen Lebenssituation in Deutschland verantwortlich.

⁴⁹ Vgl. Winkler, 2000, S. 58.

⁵⁰ Vgl. Winkler, 2000, S. 58 f.

Im Gegensatz zu einer solchen Argumentation sollte es aber darum gehen, möglichst viele demokratische Kräfte und Institutionen in die Strategien gegen Rechtsextremismus einzubinden.⁵¹ Im Folgenden werden die einzelnen Handlungsfelder dieser demokratischen Kräfte beschrieben. Jede Maßnahme für sich alleine kann jedoch nur als Teil einer integrativen, gesamtgesellschaftlichen Strategie wirken, die alle Ebenen umfasst.⁵²

Bei der Entwicklung der Elemente dieser Gesamtstrategie sind die Besonderheiten des betroffenen Gebietes mit einzubeziehen. Der kommunale, lokale Raum hat eine große Bedeutung für die Herausbildung rechtsextremer Denk- und Handlungsweisen, deshalb sollte auch bei Gegenmaßnahmen auf dieser Ebene angesetzt werden.⁵³ Dabei muss mit den vor Ort verfügbaren Potenzialen auf die problematischen Erscheinungsformen reagiert werden.⁵⁴

3.1. Darstellung verschiedener Handlungsfelder

3.1.1. Handlungsfeld Rechtsstaat

In der Debatte um die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist häufig zuerst von den Verfassungsschutzbehörden und von der Strafverfolgung durch die Polizei die Rede. Dieses Einfordern von staatlicher Repression hängt mit dem bereits erwähnten Prinzip der „wehrhaften“ oder „streitbaren Demokratie“ zusammen. Neben der Regelung der sogenannten „Ewigkeitsklausel“ (Artikel 79 Abs. 3 GG), die die bedeutenden Inhalte der Artikel 1 und 20 GG für unauflösbar erklärt, enthält das Grundgesetz einige Vorschriften, die zum Schutz der Verfassung selbst Grundfreiheiten einschränken.⁵⁵

⁵¹ Vgl. Strobl/Lobermeier, 2009, S. 20.

⁵² Vgl. Dünkel/Geng, 1999, S. 367; Schubarth, 2000, S. 268.

⁵³ Vgl. Dünkel/Geng, 1999, S. 377 ff.; Schubarth, 2000, S. 256.

⁵⁴ Vgl. Siebert, 2008, S. 252.

⁵⁵ Vgl. Jaschke, 2000, S. 316.

Die wichtigsten sind:

- das Verbot von Vereinigungen, „deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten“ (Art. 9 Abs. 2 GG),
- die Verwirkung von Grundrechten, wenn Grundfreiheiten „zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht“ werden (Art. 18 GG),
- die Erklärung von Parteien als verfassungswidrig, „die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“ (Art. 21 Abs. 2 GG).

Bei derartigen Maßnahmen ist jedoch stets abzuwägen, welcher Nutzen mit welchem Maß an Einschränkungen der Grundrechte erreicht werden kann. Einerseits muss der Staat einschreiten, um politischen Extremismus zu bekämpfen. Andererseits dürfen die Grundfreiheiten, auch die der Rechtsextremisten, als unverzichtbarer Teil einer Demokratie nicht vollkommen ausgehöhlt werden. Jaschke urteilt zu diesem Dilemma: „Zu viel Staat ist gefährlich, zu wenig auch.“⁵⁶

Dementsprechend unterschiedlich werden diese Möglichkeiten, die das Grundgesetz bietet, genutzt. Während Vereinsverbote von den zuständigen Innenministern schon häufiger ausgesprochen wurden⁵⁷, gab es ein Verbot einer rechtsextremistischen Partei erst einmal. Im Jahr 1952 sprach das Bundesverfassungsgericht das Verbot gegen die Sozialistische Reichspartei (SRP) aus. Einzelne, spätere Verbotsanträge scheiterten aus formellen Gründen. Beispielsweise wurde ein Verbotsantrag ge-

⁵⁶ Jaschke, 2000, S. 315.

⁵⁷ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz, 2006, S. 62 ff.

gen die NPD im Jahr 2003 aufgrund eingesetzter V-Leute innerhalb der Partei zurückgewiesen.⁵⁸

Notwendige Informationen für derartige Maßnahmen erhalten die zuständigen Stellen von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder.⁵⁹ Deren Arbeit besteht gemäß § 3 des Bundesverfassungsschutzgesetzes primär in der „Sammlung und Auswertung von Informationen [...] über Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben“.

Neben dieser Informationsbeschaffung und –auswertung für die Regierungen betreiben die Verfassungsschutzbehörden auch Arbeit zur Aufklärung der Bevölkerung. Am stärksten werden sie dabei durch die jährliche Veröffentlichung der Verfassungsschutzberichte wahrgenommen, in denen unter anderem Informationen über die Entwicklungen des politischen Rechtsextremismus dargelegt werden.⁶⁰

Ein weiterer bedeutender Teil der rechtsstaatlichen Behandlung von Rechtsextremismus ist das politische Strafrecht. Aus diesem Bereich sind einige Regelungen des Strafgesetzbuches erwähnenswert:

- § 86 Abs. 1 StGB stellt die Verbreitung von Propagandamaterial zur Fortführung ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen oder anderer verfassungswidriger Parteien oder Vereinigungen unter Strafe.
- § 86 a StGB verbietet das Verwenden von Kennzeichen dieser Organisationen.
- § 130 StGB liefert die Legitimation zur Bestrafung von Volksverhetzung.

⁵⁸ Vgl. Jaschke, 2000, S. 316 f.; Backes, 2012, S. 13.

⁵⁹ Vgl. Jaschke, 2000, S. 321.

⁶⁰ Vgl. Jaschke, 2000, S. 321 f.

Diese Vorschriften des politischen Strafrechts gegen Rechtsextremismus sind im Bezug auf die Begrenzung der politischen Meinungsäußerung im internationalen Vergleich einzigartig. Die Bundesrepublik verdeutlicht damit die Grenzen der politischen Toleranz.⁶¹

Die Polizei hat auch im Bereich des Rechtsextremismus ihren allgemeinen Auftrag der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung zu erfüllen. Rasches und konsequentes Handeln kann Schlimmeres verhindern, aber die Ursachen nicht bekämpfen. Es handelt sich lediglich um Schadensbegrenzung.⁶² Auch wenn es einige Beispiele von Präventionsarbeit durch die Polizei sowie Programme für Aussteiger aus der Szene gibt, stellt dies die Grenze der Maßnahmen durch den Rechtsstaat dar. Er handelt größtenteils repressiv und kann rechtsextremistische Einstellungen nicht verhindern.⁶³ Im Gegenteil müssen diese Institutionen sogar sehr vorausschauend handeln, um unerwünschte Nebenfolgen zu verhindern. Rechtsextremistische Organisationen bewegen sich immer an den Verbotsgrenzen entlang oder fühlen sich durch die „Verfolgung“ sogar in ihren Ansichten bestärkt.⁶⁴

3.1.2. Handlungsfeld Politik und Kommunalverwaltung

Die Politik muss sich eingestehen, dass Rechtsextremismus kein Individualproblem extremer Randgruppen ist, sondern in der Mitte der Gesellschaft entsteht.⁶⁵ Nur so kann die gesellschaftspolitische Bekämpfung erfolgreich sein.

Eine gelungene Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sowie Sozial-, Familien- und Bildungspolitik kann helfen, sozio-ökonomische Problemlagen,

⁶¹ Vgl. Jaschke, 2000, S. 323 f.

⁶² Vgl. Roth, 2010, S. 38 f.

⁶³ Vgl. Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus.

⁶⁴ Vgl. Roth, 2010, S. 40.

⁶⁵ Vgl. Decker/Brähler, 2006, S. 173; Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus.

die den Rechtsextremismus begünstigen, zu verbessern.⁶⁶ Somit können diese auch nicht mehr von rechtsextremistischen Argumentationen aufgegriffen und mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Begründungen verbunden werden.⁶⁷

Die demokratischen Politiker müssen parteiübergreifende Leitlinien entwickeln, wie sie mit rechtsextremistischen Strategien umgehen. Diese ermöglichen einerseits eine klare Positionierung, andererseits stecken sie den gemeinsamen Rahmen für weitere Schritte.⁶⁸ In der gemeinsamen Abwehr rechtsextremistischer Parlamentarier darf aber die Verschiedenheit der demokratischen Parteien bezüglich programmatischer Ziele und zentraler Politikinhalte nicht verloren gehen. Sonst wirkt leicht der Vorwurf, demokratische Parlamente seien nichts weiter als „Schwatzbuden“ und die Wahl rechtsextremistischer Parteien sei die einzige Alternative, bestätigt.⁶⁹

Oft praktizierte „Ausgrenzungsstrategien“, die den parlamentarischen Spielraum von Vertretern der rechtsextremistischen Parteien soweit wie innerhalb der Geschäftsordnungen möglich, einschränken, erscheinen eher undemokratisch und uneffektiv. Rechtsextremisten können sich auf diese Weise leicht als verfolgt und benachteiligt darstellen. Vielmehr verlangt eine parlamentarische Demokratie sachliche Aufklärung und eine faire Debatte um die beste Lösung.⁷⁰

Selbst bei konfliktgeladenen Themen wie Einwanderung, Asylpolitik oder Arbeitslosigkeit dürfen die Parteien die demokratischen Werte nicht aus dem Blick verlieren und den Rechtsextremisten in Diskussionen nicht das Feld überlassen.⁷¹ Sündenbock-Schemata und Aussagen mit ausländer- und fremdenfeindlichen Tendenzen sind in allen Bereichen sehr sensibel zu behandeln. Sie basieren auf denselben Ungleichwertigkeitsvorstellungen wie rechtsextremes Gedankengut und verharmlosen gleichzeitig Aus-

⁶⁶ Vgl. Decker/Brähler, 2006, S. 167.

⁶⁷ Vgl. Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus.

⁶⁸ Vgl. Klose/Benzing, 2008, S. 208.

⁶⁹ Vgl. Butterwegge, 2000, S. 298.

⁷⁰ Vgl. Butterwegge, 2000, S. 298 f.

⁷¹ Vgl. Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus.

länderfeindlichkeit als elementaren Bestandteil eines rechtsextremistischen Weltbildes. Stattdessen sollte eine aktive Integrationspolitik verfolgt werden. Ebenso wie eine teilweise vorhandene strukturelle Ausländerfeindlichkeit in der Gesetzgebung tragen derartige Aussagen zur Legitimation und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen bei.⁷²

Ziel ist also eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Ideologien, Argumentationen und Lösungsvorschlägen rechtsextremistischer Gruppierungen. Statt auf Basis der Extremismustheorie lediglich ordnungsrechtlich gegen (rechts-)extremistische Organisationen vorzugehen, kommt es auf die Konzepte der demokratischen Parteien an, aktuelle soziale Probleme zu bekämpfen und Menschenwürde, Grundrechte, Frieden und Solidarität zu bewahren.⁷³

Zu den Aufgaben demokratischer Kräfte gehört es auch, Legitimationsdefiziten des politischen Systems vorzubeugen.⁷⁴ Eine Gesellschaft, in der die Demokratie als politisches System anerkannt ist und die gegenwärtig praktizierte Form der Demokratie Zustimmung erfährt, stellt eine effektive Abwehrmöglichkeit rechtsextremistischen Gedankenguts dar. Zum einen sollte daher politische Aufklärungsarbeit verstärkt werden, um Defiziten im demokratischen Verständnis vorzubeugen, zum anderen muss, beispielsweise durch den Ausbau der Partizipationsmöglichkeiten, sichergestellt werden, dass die gesamte Bevölkerung an grundlegenden Entscheidungen beteiligt ist.⁷⁵

Diese Grundregeln gelten sowohl auf Bundesebene als auch auf Landes- und Kommunalebene. Gerade das lokale Gemeinwesen in Städten und Gemeinden ist entscheidend für das Demokratieverständnis und Demokratieerfahrungen der Gesellschaft.⁷⁶

⁷² Vgl. Decker/Brähler, 2006, S. 167 f.; Roth, 2008, S. 315.

⁷³ Vgl. Butterwegge, 2000, S. 297 f.; Decker/Brähler, 2006, S. 166.

⁷⁴ Vgl. Butterwegge, 2000, S. 300.

⁷⁵ Vgl. Decker u.a., 2008, S. 462 ff.; Roth, 2008, S. 314.

⁷⁶ Vgl. Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus.

Auch wenn die Entwicklung einer demokratischen, offenen und toleranten Kultur nur durch die Zivilgesellschaft, die Bürger an sich, erreicht werden kann, ist es Aufgabe der staatlichen Institutionen, diese zu fördern und zu fordern. Bedeutende und anerkannte lokale Akteure, wie beispielsweise Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder als gewählte Vertreter und Respektspersonen, können mit einer klaren Positionierung gegen Rechtsextremismus ihre Anerkennung gegenüber zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten ausdrücken und diese unterstützen.⁷⁷ Auch Hilfestellungen in Form von finanziellen und personellen Mitteln oder auch nur die Bereitstellung von Materialien und Räumen, die die Initiativen nutzen können, erleichtern, ermöglichen und steuern das erforderliche zivilgesellschaftliche Engagement.⁷⁸

Dem repressiven Handeln von Gemeindeverwaltungen sind enge rechtliche Grenzen gesetzt. Verboten von Kundgebungen oder anderen Veranstaltungen beispielsweise stehen in den meisten Fällen Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit entgegen. Dann können lediglich Auflagen bestimmt und Kontrollen durchgeführt werden. In solchen Fällen ist entscheidend, wie die Bevölkerung mit rechtsextremistischen Wahlkampfveranstaltungen, Demonstrationen oder Szenetreffpunkten umgeht.⁷⁹

3.1.3. Handlungsfeld Pädagogik und politische Bildung

Pädagogische Maßnahmen werden bezüglich ihrer Wirksamkeit sehr unterschiedlich eingeschätzt. Das hat zum einen damit zu tun, dass konkrete Erfolge aufgrund von komplexen Zusammenhängen und Interaktionen nur schwer messbar sind. Zum anderen wurde die Hoffnung auf rasche Wirkungen enttäuscht, da Erfolge nur langfristig und mit kontinuierlicher Arbeit erreicht werden können, die oftmals nicht gegeben ist. Pädagogische Ar-

⁷⁷ Vgl. Roth, 2008, S. 318; Siebert, 2008, S. 252.

⁷⁸ Vgl. Roth, 2008, S. 316 f.; Roth, 2010, S. 66.

⁷⁹ Vgl. Begrich/Sturm, 2008, S. 224 ff.

beit kann aber als Teil einer Gesamtstrategie durchaus wirkungsvoll sein.⁸⁰

Ausgeprägte soziale und emotionale Kompetenzen, politische Mündigkeit und positive Erfahrungen mit dem demokratischen System befähigen Jugendliche ohne Anfälligkeit für rechtsextremistisches Gedankengut zu leben. Politische Bildung und eine gut entwickelte moralische Urteilskompetenz bereiten junge Menschen auf ein Leben in einer fortschreitend pluralisierten Gesellschaft mit veränderten Konfliktlagen und Unsicherheiten vor, ohne dass sie auf Vorurteile und Sündenbock-Schemata zur Erklärung zurückgreifen müssen.⁸¹ Bei der Vermittlung dieser Kompetenzen an Jugendliche und junge Erwachsene sind schulische und außerschulische Methoden zu unterscheiden.

Im schulischen Bereich geht es vorrangig um politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit, interkulturelles Lernen und die Entwicklung sozialer Kompetenzen, wie beispielsweise Empathiefähigkeit oder moralische Urteilskompetenz. Dies gilt insbesondere, wenn die Kinder schwierigen familiären Verhältnissen entstammen und dementsprechende Defizite ausgeglichen werden müssen.⁸² Dabei genügen reine Belehrungen nicht aus. Vielmehr geht es um Selbstreflexion der Jugendlichen und das Erleben einer demokratischen und vielfältigen Schulkultur, in die die Schüler aktiv einbezogen werden und die mit den Familien, Vereinen oder auch der Jugendhilfe zusammenarbeitet. Darüber hinaus sollten Lehrer entsprechend informiert und fortgebildet sein, um auf rechtsextremistische Äußerungen und Handlungen angemessen reagieren zu können. Denn wie immer gilt, dass solche Erscheinungen nicht einfach toleriert oder kleingeredet werden dürfen.⁸³

⁸⁰ Vgl. Schubarth, 2000, S. 254 f.

⁸¹ Vgl. Schubarth, 2000, S. 256; Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus.

⁸² Vgl. Decker/Brähler, 2006, S. 169.

⁸³ Vgl. Schubarth, 2000, S. 258 ff.

In der außerschulischen Jugendarbeit ist das Feld angewandter Methoden größer und spannt sich von Primärprävention bis hin zu repressiven Maßnahmen. Um die Jugendlichen zu erreichen, sind niedrigschwellige Angebote wichtig. Die Maßnahmen müssen an die Lebensverhältnisse der Jugendlichen angepasst sein und sie dort abholen, wo sie stehen. Die Konzepte reichen von erlebnispädagogischen Ansätzen über politisch-historische Bildung und interkulturelle Arbeit bis hin zu Anti-Aggressivitäts-Trainings und der besonders umstrittenen akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremistischen Gruppen.⁸⁴

Neben diesen offensichtlich pädagogisch ausgerichteten Maßnahmen enthalten unter anderem auch Konzepte von Polizei und Justiz pädagogische Komponenten. Aussteigerprogramme oder rasches und konsequentes Einschreiten im Rahmen des Jugendstrafrechts sollen normverdeutlichend und damit erzieherisch wirken.⁸⁵

Pädagogische Präventionsarbeit und politische Bildung werden voranging bei Jugendlichen angewendet, sind aber nicht nur bei diesen sinnvoll. Auch Kinder und Erwachsene müssen in die Konzepte mit einbezogen werden.⁸⁶ Bei Kindern kann es vorrangig um Persönlichkeitsentwicklung und die Herausbildung sozialer Kompetenzen wie Konfliktfähigkeit, Empathie und emotionaler Ausgeglichenheit gehen.⁸⁷ Bei Erwachsenen muss das demokratische Verständnis in weiten Teilen der Bevölkerung verbessert werden.⁸⁸ Maßnahmen, die positive Erfahrungen mit Demokratie ermöglichen und somit Legitimationsdefiziten des politischen Systems entgegenwirken, wurden bereits im Handlungsfeld Politik genannt.

⁸⁴ Vgl. Schubarth, 2000, S. 261 ff.

⁸⁵ Vgl. Held u.a., 2008, S. 180.

⁸⁶ Vgl. Decker/Brähler, 2006, S. 172.

⁸⁷ Vgl. Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus.

⁸⁸ Vgl. Decker u.a., 2008, S. 462 ff.

3.1.4. Handlungsfeld Zivilgesellschaft

Im Allgemeinen wird mit Zivilgesellschaft eine demokratische und offene Gesellschaft verbunden. Zivilität steht für Toleranz, Freiheit, Selbstbestimmung, gewaltfreie Konfliktlösung und Liberalität. Diese Sichtweise vernachlässigt jedoch, dass es durchaus auch negative Formen von Zivilgesellschaft gibt. Rechtsextreme Kameradschaften und strategisches, ehrenamtliches Engagement von Rechtsextremen fallen beispielsweise in diesen Bereich. Unter Zivilgesellschaft ist also eher jener Bereich abseits von Staat, Wirtschaft und Familie zu verstehen, ohne dass dieser zwangsläufig positiv bewertet sein muss.⁸⁹

Daher geht es in diesem Handlungsfeld auch vorrangig um die Stärkung von zivilen Normen und Werten.⁹⁰ Voraussetzung dafür ist, dass Bürger aktiv werden. Dann können mit verschiedensten Aktionsformen Lern- und Bildungsprozesse in Gang gesetzt werden. Beispielsweise sind die Organisation von Festen, Sportveranstaltungen, Schulungen, Diskussionsrunden, Demonstrationen oder Integrationshilfen typische Projekte. Damit soll Erfahrungslernen im Alltag der Menschen ermöglicht werden, um durch Distanzverminderung zwischen den Einwohnern Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu verringern und Toleranz und demokratisches Handeln zu fördern.⁹¹

Neben Integrations- und Demokratieförderung ist die Unterstützung von (potenziellen) Opfern rechtsextremistischer Gewalt mit Hilfe zur Selbsthilfe wesentlicher Bestandteil der Aufgaben der Zivilgesellschaft.⁹²

Zivilgesellschaftliches Engagement ist oftmals gekennzeichnet durch Ressourcenschwäche. Es ist beispielsweise angewiesen auf freiwillige Arbeitskräfte. „Schwache“ Zivilgesellschaften benötigen deshalb auch Hilfe von außen. Diese Hilfe in Form von finanziellen und materiellen Mitteln,

⁸⁹ Vgl. Roth, 2010, S. 53; Bundschuh, 2012, S. 29 f.

⁹⁰ Vgl. Roth, 2008, S. 308.

⁹¹ Vgl. Eser Davolio/Drilling, 2008, S. 264; Roth, 2010, S. 54, S. 64 ff.

⁹² Vgl. Roth, 2008, S. 314; Rieker, 2009, S. 148.

Fachwissen oder personeller Unterstützung kann von Stiftungen, Unternehmen oder Verbänden, aber auch durch die staatlichen Förderprogramme zur Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements kommen. Sie soll und kann die lokale Arbeit keineswegs ersetzen, diese aber ermöglichen, erleichtern und verbessern.⁹³

3.1.5. Handlungsfeld Wirtschaft

Auch Wirtschaftsunternehmen können und müssen ihren Teil zur Bekämpfung von Rechtsextremismus beitragen. Schließlich beklagen von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Vorfällen betroffene Gemeinden oft zuerst das dadurch verursachte negative Image und einen Standortnachteil. Demgegenüber bietet nur eine tolerante und offene Gesellschaft eine gute Basis für den Wirtschaftsstandort. Rechtsextremistische Gewalt kann die Ansiedelung internationaler Unternehmen und deren Investitionen in Deutschland gefährden.⁹⁴

Deshalb kann es auch für Unternehmen von Vorteil sein, Leitbilder oder Betriebsvereinbarungen für einen toleranten und diskriminierungsfreien Umgang aller Beteiligten miteinander, zu entwerfen und vor allem durchzusetzen. Neben dieser Sanktionierung jeglicher Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit durch Beschäftigte, könnten diesen auch Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten geboten werden.

Ein letzter Punkt ist die Beteiligung des Betriebs im Gemeinwesen. Auch Unternehmen können zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen oder sogar selbst Projekte initiieren. Einflussreiche Geschäftsleute können mit einer klaren Positionierung und der Beteiligung an Projekten der Gesellschaft einen Impuls in Richtung vielfältiger Gemeinschaft geben.⁹⁵

⁹³ Vgl. Roth, 2010, S. 55, S. 66.

⁹⁴ Vgl. Schumacher, 1993, S. 10.

⁹⁵ Vgl. Roth, 2010, S. 66 ff., S. 77 ff.

3.2. Rahmenbedingungen einer effektiven Arbeit gegen Rechtsextremismus

Alle bisher dargestellten Maßnahmen können nicht erfolgreich Rechtsextremismus bekämpfen, wenn wichtige Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Besonders pädagogische Maßnahmen und Projekte der Zivilgesellschaft leiden zum Beispiel häufig unter einer schlechten finanziellen Situation und mangelnder Kontinuität.⁹⁶ Einige unverzichtbare Rahmenbedingungen und ihre Bedeutung in der Arbeit gegen Rechtsextremismus werden daher nun erläutert.

Um nachhaltige Wirkungen zu erzielen, bedarf es Engagement, das kontinuierlich und langfristig angelegt ist. Ein Einschreiten nachdem die Situation eskaliert ist, reicht allein nicht aus. Die Devise lautet „Prävention statt Aktionismus“.⁹⁷ Grundlage dieses Engagements sind die Akteure sowie die materiellen Ressourcen, insbesondere finanzielle Mittel.

Die Finanzierung von Projekten läuft in Deutschland beispielsweise über Förderprogramme des Bundes oder über Stiftungen. Nachteile dieser Förderungen sind der hohe bürokratische Aufwand der Beantragung und Abrechnung, ihre Befristung sowie die häufig verlangte Kofinanzierung.⁹⁸ Alternativen wären die direkte Unterstützung durch Gemeinden, Sponsoring durch Unternehmen oder das Sammeln von Spendengeldern. Für all diese Möglichkeiten sind wiederum die Akteure und ihre Kontakte von grundlegender Bedeutung.

Auch deshalb muss eine möglichst breite Beteiligung von Akteuren angestrebt werden. Neben den beruflich Betroffenen sollten auch alle Schichten der Bevölkerung sensibilisiert und zu Engagement motiviert werden. Akzeptanz und Anerkennung der Projekte in der Bevölkerung und durch

⁹⁶ Vgl. Schubarth, 2000, S. 255; Roth, 2010, S. 55.

⁹⁷ Strobl/Würtz/Klemm, 2003, S. 267.

⁹⁸ Vgl. Rieker, 2009, S. 166.

lokale Autoritäten sowie intensive Öffentlichkeitsarbeit können diese Motivation erhöhen.⁹⁹

Um die Maßnahmen politisch und gesellschaftlich breit abzustützen ist es wichtig, einen Konsens bezüglich der Relevanz und Art der Probleme sowie des angestrebten Zustandes zu erreichen. Die Projekte dürfen nicht „in die linke Ecke“ gedrängt werden. Auch konservative Parteien können Maßnahmen mit dem Ziel einer demokratischen, toleranten und friedlichen Gesellschaft unterstützen und mit linken Gruppen zusammenarbeiten, wenn gemeinsame, gewaltfreie Grundregeln eingehalten werden. Dabei können Formulierungen wie beispielsweise „gegen rechts“ eine Beteiligung aller Interessensgruppen schon gefährden. Effektiver sind positive Ausrichtungen an Werten wie Toleranz und Vielfalt, zu denen sich alle gerne bekennen.¹⁰⁰ Mit einer solchen Zielsetzung orientieren sich die Gegenmaßnahmen nicht allein an den rechtsextremistischen Ereignissen, sondern an dem Wunsch nach einer gestärkten Gesellschaft.¹⁰¹

Bei fehlendem Know-how und geringen personellen Ressourcen kann auch eine Beteiligung externer Experten notwendig oder hilfreich sein. Das Hinzuziehen anerkannter Fachleute kann auch sensibilisierend in der Bevölkerung wirken, wenn Rechtsextremismus noch nicht realistisch als Problem wahrgenommen wird.¹⁰² Jedoch können Ratschläge von Experten auch nur als Anregung genutzt werden und müssen mithilfe der lokalen Akteure an die spezifische Situation vor Ort angepasst werden.¹⁰³

Um unerwünschte Nebenwirkungen zu vermeiden und eine fachliche Weiterentwicklung der Projekte zu ermöglichen, müssen die Wirkungen überprüft werden. Eine Evaluation bezüglich des Verlaufs, der Zielerreichung und der, möglicherweise auch indirekten, Effekte stellt außerdem den Nutzen geleisteter Arbeit dar und beurteilt die Möglichkeit der Weiterführung.

⁹⁹ Vgl. Strobl/Würtz/Klemm, 2003, S. 253 f.

¹⁰⁰ Vgl. Strobl/Würtz/Klemm, 2003, S. 267; Eser Davolio/Drilling, 2008, S. 275.

¹⁰¹ Vgl. Strobl/Lobermeier, 2009, S. 20 f.

¹⁰² Vgl. Eser Davolio/Drilling, 2008, S. 277.

¹⁰³ Vgl. Strobl/Würtz/Klemm, 2003, S. 259.

Fremdevaluationen durch Experten sind in der Regel objektiver und fachlich geeigneter, jedoch auch aufwändiger und scheitern häufig an der Akzeptanz der Beteiligten.¹⁰⁴

4. Ausgangssituation im Rems-Murr-Kreis

In den folgenden Abschnitten sollen die bisherigen theoretischen Ausführungen nun am konkreten Beispiel des Rems-Murr-Kreises betrachtet werden.

Um diesbezügliche Informationen zu erlangen, waren zu Beginn Recherchen im Internet, in Zeitungen und Broschüren hilfreich. Einige Teilbereiche, wie die Arbeit der Polizeidirektion und des Kreisjugendamtes, wurden darüber hinaus auch in Fachliteratur behandelt. Überdies konnten auch die Ergebnisse einer Studie verwendet werden, die im Rems-Murr-Kreis unter dem Titel „Rechtsextremismus und sein Umfeld“ durchgeführt und im Jahr 2008 veröffentlicht wurde.¹⁰⁵ Im Anschluss nahm ich Kontakt zu wichtigen Institutionen und Akteuren auf und befragte diese.¹⁰⁶ Und um einen weiteren Überblick zu erhalten und etwas über die Beteiligung von Kommunalpolitikern und Gemeindeverwaltungen zu erfahren, startete ich auch bei den 31 Gemeinden des Rems-Murr-Kreises eine Umfrage. Darin enthalten waren Fragen, die erfassen sollten, ob bei den Gemeinden Handlungsbedarf gesehen wird und wie sich Politiker und Verwaltungen in die Arbeit gegen Rechtsextremismus einbringen. Außerdem wurden Informationen über Projekte von anderen Akteuren, wie z.B. Bürgern, Vereinen

¹⁰⁴ Vgl. Eser Davolio/Drilling, 2008, S. 282 f.; Rieker, 2009, S. 176 f.

¹⁰⁵ Held u.a., 2008.

¹⁰⁶ Befragungen der Akteure vgl. Anhang: Anlagen 3 und 4.

oder Kirchen im Gemeindegebiet erfragt.¹⁰⁷ Insgesamt 16 unterschiedlich ausführliche Rückmeldungen lieferten ein gutes Bild der Situation.¹⁰⁸

Bevor die spezifischen Gegenmaßnahmen und ihre Wirkungen dargestellt werden, bedarf es jedoch zunächst einer Beschreibung des Kreises. Nur so können die Bedingungen für das Phänomen Rechtsextremismus und entsprechende Maßnahmen der Prävention und Intervention umfassend dargestellt werden. Im Anschluss sollen daher die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus im untersuchten Gebiet sowie Gesellschaft und politisches Klima beschrieben werden.

4.1. Erscheinungsformen von Rechtsextremismus

Grundsätzlich kann man die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in politische und soziologische Verbreitungsformen differenzieren. Der politische Rechtsextremismus umfasst den organisierten Rechtsextremismus beispielsweise in Form von Parteien, Kameradschaften oder Kulturorganisationen. Zum soziologischen Rechtsextremismus zählen sich nicht politisch verstehende Subkulturen, unorganisierte Straftäter sowie das Einstellungs- und Wählerpotenzial.¹⁰⁹

Im Bereich des organisierten Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis ist in der jüngeren Vergangenheit hauptsächlich die NPD mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen auffällig. Zu nennen wäre beispielsweise eine Sonnwendfeier der Landesverbände der NPD, JN und RNF im Juni diesen Jahres, zu der überregional eingeladen wurde.¹¹⁰ Auch mehrere Landesparteitage der NPD und ein Bundeskongress der JN wurden im Landkreis abgehalten.¹¹¹ Darüber hinaus werben die genannten Organisa-

¹⁰⁷ Fragebogen, vgl. Anhang: Anlage 1.

¹⁰⁸ Ergebnisse der Befragung, vgl. Anhang: Anlage 2.

¹⁰⁹ Vgl. Pfahl-Traughber, 1995, S. 13 ff.

¹¹⁰ Vgl. PD Waiblingen: Pressemitteilung vom 23.06.2013; Befragung Fachstelle Rechtsextremismus, vgl. Anhang: Anlage 3.

¹¹¹ Vgl. Wesely, Stuttgarter Zeitung, Ein Brandanschlag und seine Folgen.

tionen, insbesondere bei Jugendlichen, gezielt für ihre Ideologien. Zu diesem Zweck werden Plakate und Aufkleber genutzt, die sogenannten „Schulhof-CDs“ wurden an mehreren Schulen verteilt und in ländlicheren Bereichen, ohne entsprechende Angebote für Jugendliche, wurden auch Freizeitaktivitäten und Jugendarbeit etabliert.¹¹²

Neben diesen Aktionen von Parteien treten auch Gruppierungen mit einem geringeren Grad der Organisation im Kreis auf. Beispielsweise waren Angehörige der Autonomen Nationalisten im vergangenen Jahr mit Kundgebungen in mehreren Städten aktiv.¹¹³

Im Bereich des soziologischen Rechtsextremismus ist eine weite Verbreitung von fremdenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen und Orientierungen von Bedeutung. Eine im Kreis durchgeführte Studie unter Jugendlichen bestätigte diese Einschätzung. Dabei wurde die Zustimmung zu den drei definierten Rechtsextremismus-Komponenten Nationalismus, Rassismus und Autoritarismus untersucht. Die Befragung ergab sehr hohe Werte bei der nationalen Orientierung (47,4 % Zustimmung) sowie bei der autoritären Orientierung (69,6 % Zustimmung) der Jugendlichen. Die Zustimmungswerte zur Komponente Rassismus sind mit 6,5 % deutlich niedriger als die der anderen Komponenten. Sie liegen im Vergleich zu anderen Untersuchungen der Forschungsgruppe jedoch ebenfalls etwas höher. Ein weiteres Ergebnis der empirischen Untersuchung ist die Einschätzung, Fremdenfeindlichkeit sei das zentrale Element rechter Orientierungen der Jugendlichen im Rems-Murr-Kreis.¹¹⁴

Die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien, NPD und Republikaner, sind nicht sonderlich auffällig. Lediglich in einem der drei Wahlkreise des Kreises erhalten die beiden Parteien etwas mehr Stimmen als in den anderen beiden. Bei der Landtagswahl 2011 waren es in diesem Landkreis, in dem sich auch die meisten der durch rechtsextremistische Vorfälle be-

¹¹² Vgl. Held u.a., 2008, S. 71 ff.; PD Waiblingen: Kriminalitätsjahresbericht 2012, S. 17 f.; Befragung Fachstelle Rechtsextremismus, vgl. Anhang: Anlage 3.

¹¹³ Vgl. PD Waiblingen: Kriminalitätsjahresbericht 2012, S. 17.

¹¹⁴ Vgl. Held u.a., 2008, S. 98 ff.

kannten Gemeinden befinden, insgesamt 2,72 % der Stimmen (NPD und REP addiert) im Gegensatz zu 2,03 % und 1,79 % in den anderen Wahlkreisen.¹¹⁵ Wahlergebnisse allein lassen aber noch keine direkten Rückschlüsse auf rechtsextremistische Orientierungen und Einstellungen zu. Wahlentscheidungen unterliegen vielmehr einem komplexen Zusammenspiel diverser Faktoren. Personen mit latenten rechtsextremen Orientierungen wählen häufig noch die etablierten „Volksparteien“.¹¹⁶ Auf der anderen Seite spielt bei dem Entschluss zur Wahl rechtsextremer Parteien beispielsweise auch Politikverdrossenheit oder das Gefühl ökonomischer Benachteiligung eine Rolle. Wahlergebnisse sind daher nicht zwangsläufig ein geeigneter Indikator für die Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts in einer Gesellschaft.¹¹⁷

Die Subkultur der Skinheads war im Rems-Murr-Kreis einige Jahre sehr aktiv. Inzwischen tritt die Szene weniger sichtbar auf und agiert differenzierter. Im Jahr 2008 waren im Zuständigkeitsbereich der PD Waiblingen 76 Skinheads registriert.¹¹⁸ In den 1990er Jahren und zu Beginn des neuen Jahrtausends stellte der Kreis noch ein regionales Zentrum für Skinheads dar. Dies war verbunden mit bekannten Szenetreffpunkten in Gaststätten und Kneipen sowie Festen oder Musikveranstaltungen mit überregionalem Publikum. Die Existenz dieser Szene und ihre Aktivitäten gipfelten schließlich in gehäuften gewalttätigen Straftaten und einer Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung.¹¹⁹

Vor allem aufgrund von aufsehenerregenden Gewalttaten rückte Rechtsextremismus verstärkt in das Blickfeld von politischen Vertretern, Polizei und engagierten Bürgern. Im Jahr 2001 führten letztlich ein Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim und ein gewalttätiger Überfall auf einen griechi-

¹¹⁵ Vgl. Held u.a., 2008, S. 53; KDRS: Wahlergebnisse.

¹¹⁶ Vgl. Decker u.a., 2010, S. 85 f.

¹¹⁷ Vgl. Arzheimer/Schoen/Falter, 2000, S. 241.

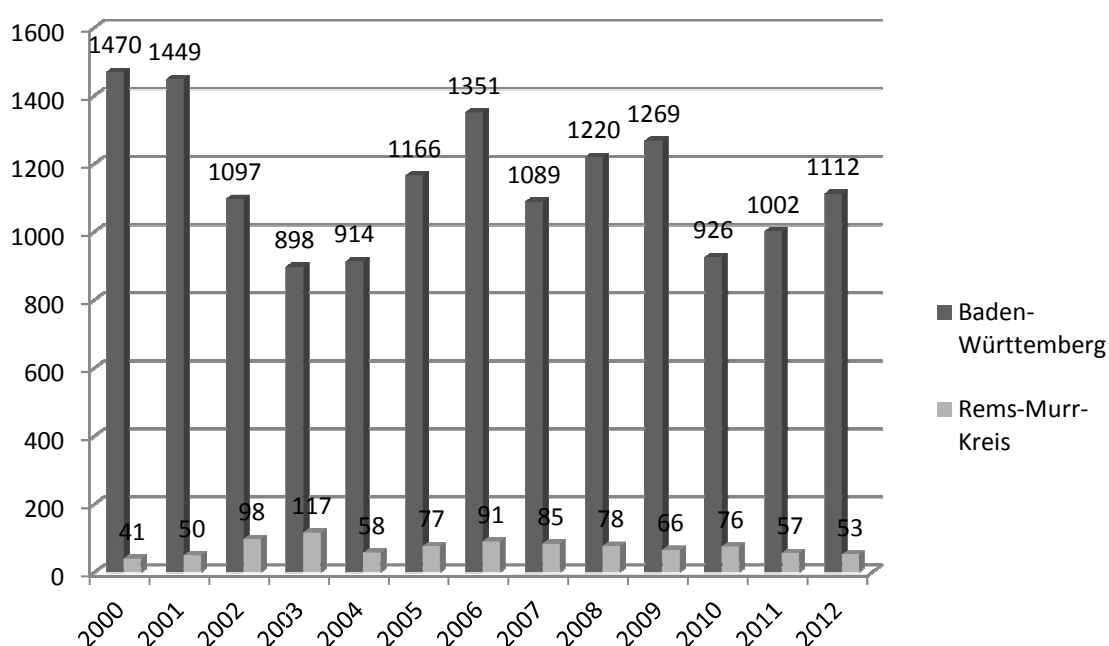
¹¹⁸ Vgl. PD Waiblingen: Kriminalitätsjahresbericht 2008, S. 17 f.

¹¹⁹ Vgl. Roth, 2010, S. 44 ff.; Zeitungsverlag Waiblingen, Die rechte Szene im Rems-Murr-Kreis.

schen Mitbürger zum Image des Kreises als rechtsextreme Hochburg und ersten Reaktionen durch Polizei und Politik.¹²⁰

Seit 2006 nun nehmen die rechtsmotivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis, anders als in ganz Baden-Württemberg, fast kontinuierlich ab. Dies veranschaulicht die folgende Abbildung.

Abbildung 2: Rechtsextremistische Straftaten im Vergleich



Quelle: modifiziert übernommen aus: PD Waiblingen, Kriminalitätsjahresberichte 2009 und 2012.

Bei der Mehrheit der Straftaten handelt es sich nicht um Gewaltdelikte, sondern um Propagandadelikte wie Farbschmierereien oder das Äußern rechtsextremer Parolen.¹²¹ Doch auch Gewaltstraftaten mit fremdenfeindlichem oder rechtsextremistischem Hintergrund kommen noch vor. Dabei handelt es sich vorrangig um Körperverletzungen zum Nachteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder Angehörigen der linken Szene.

¹²⁰ Vgl. Beck, Stuttgarter Zeitung, Der „braune Kreis“ wird Vorbild.

¹²¹ Vgl. Befragung KOREX, Anhang: Anlage 4.

Auch ein Brandanschlag auf junge Menschen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit im Jahr 2011 verdeutlicht die durchaus vorhandene Gewaltbereitschaft der Rechtsextremisten.¹²²

Wenngleich die Zahlen der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund beinahe stetig abnehmen, ist das zahlenmäßige Ausmaß dieser Delikte im Landesvergleich immer noch beachtlich.¹²³ Ob dies mit einer erhöhten Sensibilität in Bezug auf Rechtsextremismus bei der polizeilichen Bearbeitung von Straftaten und der hohen Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zusammenhängt¹²⁴ oder ob es tatsächlich mehr Vorfälle als in anderen Regionen gibt, kann wohl letztlich nicht geklärt werden.

4.2. Darstellung von Politik und Gesellschaft

Es wurde bereits erläutert, dass bestimmte Einflussfaktoren als Ursachen von rechtsextremen Einstellungen gelten. Die Herkunft aus den neuen Bundesländern, das männliche Geschlecht, ein niedriges Bildungsniveau, Desintegration und Deprivation, problematische Familienverhältnisse und das politische und kulturelle Klima in der Gesellschaft werden in diversen Studien und der öffentlichen Diskussion häufig als Problemfaktoren genannt.¹²⁵ Diese und ähnliche Elemente werden deshalb nun auf ihre Relevanz im Rems-Murr-Kreis untersucht.

Der Rems-Murr-Kreis liegt in der Region Stuttgart in Baden-Württemberg.¹²⁶ Somit befindet er sich nicht in einem der neuen Bundesländer, die üblicherweise als besonders von Rechtsextremismus betroffen eingeschätzt werden. Es handelt sich um einen ländlichen Flächenlandkreis. Mit seiner reizvollen Landschaft, den freundlichen und ruhigen Städ-

¹²² Vgl. PD Waiblingen: Kriminalitätsjahresberichte 2008 bis 2012.

¹²³ Vgl. PD Waiblingen: Kriminalitätsjahresbericht 2012, S. 15.

¹²⁴ Vgl. Befragung KOREX und Fachstelle Rechtsextremismus, Anhang: Anlagen 3 und 4.

¹²⁵ Vgl. Kleinert/De Rijke, 2000, S. 185 f.

¹²⁶ Vgl. Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Daten und Fakten.

ten und Dörfern, dem regen Vereins- und Kulturleben sowie der gut ausgebauten Infrastruktur wirkt die Region auf den ersten Blick nicht, als wäre mit Gewalt- und Rechtsextremismus-Problematiken zu rechnen.

Mit seinen 408.827 Einwohnern (Stand: 2012)¹²⁷ zählt der Kreis bundesweit zu den Großkreisen. Auf einer Fläche von 858 km² befinden sich 23 Gemeinden sowie sechs Große Kreisstädte und zwei Kleinstädte.¹²⁸ Auch in den größeren Städten entsprechen die typischen soziologischen Merkmale, wie Grad der Anonymität, Heterogenität, Distanz und Entfernungen jedoch nicht großen urbanen Siedlungen. Vielmehr ist der Landkreis größtenteils ländlich geprägt, im Norden stark landwirtschaftlich und im Süden mit mittelständischer Industrie.¹²⁹

Wie schon erläutert, werden rechtsextreme Erscheinungen oftmals auf eine schlechte wirtschaftliche Situation der Bevölkerung und eine hohe Arbeitslosigkeit zurückgeführt. Diese Faktoren können im Rems-Murr-Kreis jedoch nicht vorrangig verantwortlich gemacht werden, denn es handelt sich, wie die gesamte Region Stuttgart, um ein sehr wirtschaftsstarkes Gebiet. Die angesiedelten mittelständischen Industriebetriebe sind innovativ und erfolgreich. Einige, wie Stihl oder Kärcher, agieren sogar weltweit.¹³⁰ Die Arbeitslosenquote von 3,9 % (Stand: Juli 2013) entspricht in etwa der des Landes Baden-Württemberg (4,0 %) und liegt weit unter der Quote der gesamten Bundesrepublik von 6,8 %.¹³¹

Auch das Bildungsniveau im Rems-Murr-Kreis ist nicht auffällig niedrig. In der näheren Umgebung der Nachbarkreise ist vielmehr ein dichtes Netz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen vertreten.¹³²

Aufgrund der Nähe zu Stuttgart und der guten Arbeitsplatzsituation in der Industrie hat der Kreis eine lange Geschichte der Zuwanderung vorzuwei-

¹²⁷ Vgl. Statistisches Landesamt BW: Struktur- und Regionaldatenbank, Tabelle 1.

¹²⁸ Vgl. Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Daten und Fakten.

¹²⁹ Vgl. Held u.a., 2008, S. 51 f.

¹³⁰ Vgl. Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Wirtschaftsstandort.

¹³¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen.

¹³² Vgl. Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Wirtschaftsstandort.

sen. Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Ausländer im Rems-Murr-Kreis 12,4 % und war damit im Vergleich zu ganz Baden-Württemberg (11,4 %) ¹³³ oder Deutschland (8,2 %) ¹³⁴ etwas höher. Jedoch ist allein ein hoher Ausländeranteil mit Sicherheit nicht ursächlich für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Dann wären auch andere Gebiete mit starker Wirtschaft und Großstädte zwangsläufig auffällig. Stattdessen finden Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund überdurchschnittlich in den neuen Bundesländern mit meist niedrigen Ausländerquoten statt. Auch im Rems-Murr-Kreis sind die von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffenen Gemeinden häufig landwirtschaftlich geprägt und weisen somit niedrige Ausländer- und Arbeitslosenquoten auf. ¹³⁵

Im Kreistag des Rems-Murr-Kreises sind vorwiegend die großen „Volksparteien“ vertreten. Die SPD ist nach der CDU zweitstärkste Kraft. Die Republikaner haben momentan ein Ausgleichsmandat inne. ¹³⁶

Alles in Allem scheint dieser Landkreis also nicht gerade prädestiniert für rechtsextremistische Umtriebe zu sein. Daher stellt sich die Frage, warum es trotzdem immer wieder zu den beschriebenen Vorfällen kommt und rechtsextremistische Organisationen oder Akteure sich im Kreis ansiedeln.

Es wurde bereits dargestellt, dass rechtsextreme Einstellungen unter den Jugendlichen im Kreis vergleichsweise stark ausgeprägt sind. Die durchgeführte Studie ergibt demnach, dass rechte politische Orientierungen als Teil der politischen Kultur im Rems-Murr-Kreis deutlich in Erscheinung treten. Bei manchen Bevölkerungsgruppen treffe Rechtsextremismus damit auf „fruchtbaren Boden“. In einigen Gemeinden habe sich schließlich ein politisches Klima entwickelt, das in der Bevölkerung Akzeptanz gegenüber Rechtsextremismus fördert. ¹³⁷

¹³³ Vgl. Statistisches Landesamt BW: Struktur- und Regionaldatenbank, Tabelle 1 und 2.

¹³⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstand.

¹³⁵ Vgl. Held u.a., 2008, S. 52 f.

¹³⁶ Vgl. KDRS: Wahlergebnisse.

¹³⁷ Vgl. Held u.a., 2008, S. 106, S. 109.

Die Studie kommt also zu dem Schluss, dass im Rems-Murr-Kreis nicht die dargestellten, klassischen Erklärungsversuche für rechtsextremistische Erscheinungen, wie Desintegrations- oder Deprivationserfahrungen, zutreffen. Vielmehr steht eine ausgeprägte lokale Orientierung im Zusammenhang mit rechten politischen Orientierungen. Der verbreitete, sogenannte „Lokalismus“ stellt sich als Versuch dar, das lokale Umfeld zu idealisieren und einen künstlichen Lokalpatriotismus zu reaktivieren. Diese Gegenbewegung zur Globalisierung mit ihrer starken Orientierung an lokalen Traditionen und lokaler Kultur begünstigt die Ausgrenzung von allem „Fremden“, die Differenzierung zwischen sich und „den Anderen“ und bietet damit auch Anknüpfungspunkte an rechte Ideologien. Lokalismus ist im Rems-Murr-Kreis demnach Voraussetzung für das Eindringen von Rechtsextremismus und rechtsextreme Orientierungen sind in manchen Teilen der Bevölkerung gleichzeitig Bestandteil der politischen Kultur.¹³⁸

5. Lösungsstrategien im Rems-Murr-Kreis

Nachdem im vorigen Abschnitt die Ausgangsbedingungen und Problemlagen rechtsextremistischer Erscheinungen im untersuchten Landkreis skizziert wurden, sollen nun die bereits entwickelten und umgesetzten Maßnahmen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus vorgestellt werden. Im Anschluss daran werden Erfolge und Stärken dieser Strategien herausgestellt, aber auch Mängel und Unzulänglichkeiten sowie entsprechende Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

¹³⁸ Vgl. Held u.a., 2008, S. 117 ff., S. 165 ff.

5.1. Darstellung der bedeutendsten Akteure und Strategien

5.1.1. Die Rolle der Städte und Gemeinden

Auf kommunaler Ebene findet die Auseinandersetzung zwischen rechts-extremer Agitation und den demokratischen Gegenkräften am unmittelbarsten statt. Dementsprechend kommt dem Handeln der Städte und Gemeinden eine besondere Bedeutung zu. Hier entscheidet sich, ob Rechtsextremisten mit ihren Strategien vorankommen oder scheitern.¹³⁹

Damit die Kommunen ihren Einfluss aber auch tatsächlich nutzen können, ist zunächst ein gewisses Problembewusstsein nötig. Während auf Kreisebene noch über die Hälfte der Gemeinden ein Problem bezüglich Rechtsextremismus erkennt, sind es, die eigene Gemeinde betreffend, nur noch 25 % der antwortenden Vertreter. Fast zwei Drittel bestreiten einen Handlungsbedarf in ihrem Ort.

Weiterhin sind sich die Gemeindevertreter ihrer Bedeutung in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Vorkommnissen nicht bewusst. 75 % bewerten die Möglichkeiten kommunaler Behörden gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden, als eher schlecht.

Auf dieser Basis kann breites Engagement auf kommunaler Ebene natürlich nur schwer in Gang kommen. Es gibt jedoch auch einige Gemeinden im Rems-Murr-Kreis, die sich ihrer Verantwortung bewusst geworden sind und sich engagiert mit Rechtsextremismus auseinandersetzen.

Sechs der 16 Gemeinden gaben an, trotz rechtlicher Einschränkungen, repressiv tätig zu sein. Die genannten Maßnahmen betrafen hauptsächlich die Kontrolle und, sofern möglich, Verhinderung von Versammlungen der rechtsextremen Szene, die Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsschutz sowie die Arbeit mit Jugendlichen.

¹³⁹ Vgl. Klose/Benzing, 2008, S. 208.

In fünf Gemeinden hat der Gemeinderat das Thema aufgegriffen, Position bezogen und präventive Gegenmaßnahmen eingeleitet. Dies entspricht etwa einem Drittel der antwortenden Gemeinden. Die Maßnahmen liegen größtenteils im Bereich der pädagogischen Jugendarbeit, Information und Sensibilisierung der Bevölkerung sowie Integration und multikulturelle Projekte. Konkrete Aktionen sind beispielsweise Informationsabende, Workshops, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Feste, Mahnwachen, die Entwicklung eines Integrationskonzeptes unter Mitwirkung der Bevölkerung oder die Thematisierung in Jugendhäusern und Schulen.

Die Wirkungen der Maßnahmen sowie die Entwicklung des Rechtsextremismus im untersuchten Gebiet werden von den Gemeinden überwiegend kritisch bewertet. Während noch etwa 30 % der Gemeinden ihre ergriffenen Maßnahmen als erfolgreich bewerten, erkennen etwa zwei Drittel der Befragten keine Verbesserung der Situation.¹⁴⁰

5.1.2. Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der Polizeidirektion Waiblingen

Die Koordinierungsstelle Rechtsextremismus (KOREX) wurde im Jahr 2001 als Reaktion auf sich häufende schwerwiegende Straftaten aus dem rechtsextremistischen Bereich gegründet.¹⁴¹ Sie ist Teil des Dezernates „Polizeilicher Staatsschutz“ der Polizeidirektion Waiblingen und entstand aus einer bereits zuvor bestehenden Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Rechtsextremismus heraus.¹⁴²

Die KOREX ist die zentrale polizeiliche Ansprechstelle für alles, was dem Gebiet Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zuzuordnen ist. Im Bereich der Strafverfolgung ist die Polizeiarbeit von einer „Null-Toleranz“-

¹⁴⁰ Vgl. für den ganzen Abschnitt: Befragung der Gemeinden, Anhang: Anlage 2.

¹⁴¹ Vgl. Simon u.a., 2009, S. 124; Beck, Stuttgarter Zeitung, Der „braune Kreis“ wird Vorbild.

¹⁴² Vgl. Befragung der KOREX, Anhang: Anlage 4.

Strategie, einer niedrigen Einschreitschwelle sowie konsequenter polizeilicher Präsenz gekennzeichnet.

Als wichtige Aufgabe wird die Informationssammlung und –auswertung auch aufgrund der Daten, die im Rahmen der Strafverfolgung gewonnen werden können, angesehen. Somit sollen rechtsextremistische Entwicklungen und Tendenzen direkt erkannt werden.¹⁴³

Abgesehen davon ist die KOREX aber auch im präventiven Bereich tätig. Die Polizeibeamten der PD Waiblingen werden fortgebildet und gegenüber rechtsextremistischen Erscheinungen sensibilisiert. Auf Anfrage von Schulen oder Kommunen werden auch dort Informations- und Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus sind polizeiliche Vertreter in Netzwerke mit anderen Verantwortungsträgern eingebunden und kooperieren in diesem Themenfeld.¹⁴⁴

In einem Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde die Polizeiarbeit gegen Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis als „gute Praxis“ ausgezeichnet. Hier wird vor allem hervorgehoben, dass die Arbeit der Polizei weit über die übliche Kriminalprävention hinausreicht, der Fokus auch auf die Situation der Opfer gerichtet ist und die KOREX mit dazu beigetragen hat, Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus auch in den zivilen und politischen Bereich auszuweiten.¹⁴⁵

5.1.3. Fachbeirat und Fachstelle Rechtsextremismus beim Kreisjugendamt

Seit dem Jahr 2000 gibt es auf Kreisebene ebenso eine Koordinierungs- und Beratungsstelle Rechtsextremismus. Diese ist beim Kreisjugendamt Rems-Murr angesiedelt.

¹⁴³ Vgl. Befragung der KOREX, Anhang: Anlage 4.

¹⁴⁴ Vgl. Simon u.a., 2009, S. 124; Roth, 2010, S. 44 ff.

¹⁴⁵ Vgl. Roth, 2010, S. 45 f.

Die Arbeit der Fachstelle wird von einem Fachbeirat begleitet. Dieser ist mit allen wichtigen Akteuren des Kreises besetzt, um eine gute Vernetzung der Arbeit gegen Rechtsextremismus zu ermöglichen. Mitglieder sind Vertreter von allen Fraktionen des Kreistags, von Kommunen, Gewerkschaften, der Volkshochschule, des Kreisjugendringes, der Migrantenvereine und Bürgerinitiativen. Kirchen, Polizei, Staatliches Schulamt und Jugendarbeit sowie die Initiative sicherer Landkreis und ein Rechtsextremismus-Experte sind ebenso beteiligt.

Die Fachstelle selbst bietet vorrangig Informationen und Beratung für alle Betroffenen oder Interessierten in den Themenbereichen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Rechtsextremismus und Integration. Darüber hinaus ist Öffentlichkeitsarbeit und die Mitarbeit in Gremien und Netzwerken von Bedeutung.

Im Rahmen der beratenden Tätigkeit nimmt die Fachstelle auch eine Expertenfunktion ein. Mit seinem Fachwissen bezüglich Jugendlichen und Rechtsextremismus und damit verbundener Kenntnis der spezifischen Situation im Kreis ist der Stelleninhaber häufiger Ansprechpartner für betroffene Kommunen oder andere Arbeitsgruppen.¹⁴⁶

Die Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen oder „Aussteigern“ ist hingegen weniger ausgeprägt. Da die Fachstelle nur mit einer Person besetzt und für den gesamten Landkreis zuständig ist, kann langfristige, vertrauensvolle Beziehungsarbeit mit diesen Jugendlichen oft nicht geleistet werden. Diese intensive Arbeit wäre jedoch notwendig, um diese Zielgruppe wirklich zu erreichen.¹⁴⁷

¹⁴⁶ Darauf weist auch die mehrfache Erwähnung der Fachstelle durch die Gemeinden hin, vgl. Anhang: Anlage 2.

¹⁴⁷ Vgl. für den ganzen Abschnitt: Befragung der Fachstelle Rechtsextremismus, Anhang: Anlage 3.

5.1.4. Lokaler Aktionsplan

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert seit Jahren ziviles Engagement sowie demokratisches und tolerantes Verhalten im Rahmen von Bundesprogrammen. Auch der Rems-Murr-Kreis wird mit Bundesmitteln unterstützt, zu Beginn im Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und seit Januar 2011 im Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Dabei wurde ein sogenannter Lokaler Aktionsplan in kommunaler Verantwortung umgesetzt.¹⁴⁸

Lokale Aktionspläne sind vor Ort entwickelte Konzepte, bei denen Kommunen und lokale Akteure der Zivilgesellschaft gemeinsame Strategien entwickeln, um Toleranz, Vielfalt und demokratisches Handeln zu stärken und damit rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen bei Kindern und Jugendlichen zu bekämpfen. Zur Qualitätssicherung werden sie wissenschaftlich begleitet und evaluiert.¹⁴⁹

Der Aktionsplan im Rems-Murr-Kreis wird schon seit Januar 2007 gefördert und zurzeit zur Sicherung der Nachhaltigkeit weitergeführt. Erklärtes Ziel der lokalen Strategie ist es, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Außerdem soll Fremdenfeindlichkeit abgebaut und die Zivilgesellschaft gestärkt werden. Letztlich liegt der Fokus also nicht auf der konkreten Bekämpfung von Rechtsextremismus. Vielmehr soll einem Hauptelement, der Fremdenfeindlichkeit, durch Integration entgegengewirkt werden. Dazu dienen Maßnahmen bereits bestehender Akteure, Arbeitskreise oder Institutionen ebenso wie neu installierte lokale Netzwerke. Konkrete Projektideen, die im Rahmen des lokalen Aktionsplans umgesetzt werden, sind interkulturelle Veranstaltungen und Jugendpartnerschaften, Sprachförderung und Bewerbungstrainings für Jugendliche mit Migrationshintergrund oder die Sensibilisierung von bestehenden Instituti-

¹⁴⁸ Vgl. BMFSFJ: Lokale Aktionspläne.

¹⁴⁹ Vgl. BMFSFJ: Lokale Aktionspläne.

onen, zum Beispiel Vereinen oder Schulen, um die Integrationskraft zu erhöhen.¹⁵⁰

Darüber hinaus erhält auch eine große Kreisstadt seit 2011 Förderung durch das Bundesprogramm und entwickelte einen eigenen Lokalen Aktionsplan zur Umsetzung von Projekten.¹⁵¹

5.1.5. Zivilgesellschaftliche Bündnisse und Initiativen

Im Bereich der Maßnahmen der Zivilgesellschaft tragen auch verschiedenste Bündnisse oder Initiativen ihren Teil zur Bekämpfung von Ursachen des Rechtsextremismus und seinen Erscheinungsformen bei. Neben einigen bereits bestehenden Arbeitskreisen, die sich dem Themenfeld annahmen, haben sich im Laufe der Zeit auch einige Gruppen gegründet, die sich speziell mit diesem Thema auseinandersetzen und dagegen engagieren möchten.

Bei ersteren sind vor allem Projektgruppen der Lokalen Agenda 21 zu nennen, die eine demokratische Kultur und vielfältige Gesellschaft fördern wollen. Letztere bildeten sich oftmals als Reaktion auf aufsehenerregende Gewaltdelikte und reichen von anerkannten Gruppen des bürgerlichen Lagers bis hin zu umstrittenen linken und antifaschistischen Gruppen.

Zivilgesellschaftliches Engagement ist von dem Zusammenwirken breiter Bevölkerungsschichten und der Unterstützung durch (politische) Meinungsführer abhängig. Diese wird den Initiativen, die dem link(sextremistisch)en Spektrum zugeordnet werden, oftmals verweigert. So äußert sich beispielsweise eine Gemeinde bedauernd über die Existenz solch einer Gruppierung in ihrer Kommune.

¹⁵⁰ Vgl. für den ganzen Abschnitt: Antrag auf Förderung für die Entwicklung integrierter lokaler Strategien, Anhang: Anlage 5.

¹⁵¹ Vgl. BMFSFJ: Lokaler Aktionspläne

Die Bündnisse werden, oftmals auch in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, überwiegend im kulturellen Bereich tätig. Sie organisieren Informationsveranstaltungen und Diskussionsrunden, Feste und Ausstellungen. Darüber hinaus stehen diese Gruppierungen oftmals hinter Protestveranstaltungen wie Mahnwachen und Demonstrationen.¹⁵²

5.2. Überblick über weitere Maßnahmen

Neben diesen Hauptelementen der Arbeit gegen Rechtsextremismus gibt es noch ein buntes weiteres Feld an Aktionen, von denen einige durchaus erwähnenswert sind.

Ende des Jahres 2011 verabschiedete der Landrat gemeinsam mit den (Ober-)Bürgermeistern der Städte und Gemeinden eine Resolution von symbolischem Wert. In der „Gemeinsamen Erklärung“ stellen sie einstimmig den Rems-Murr-Kreis als einen „Ort der Offenheit, Toleranz, Verständigung und des guten Miteinanders“ dar. Sie positionieren sich damit eindeutig gegen Fremdenfeindlichkeit und jede Form extremistischer Bestrebungen und ermuntern zu Gegenwehr.¹⁵³

Einen ähnlichen Effekt hat die Auszeichnung des Rems-Murr-Kreises sowie zweier Städte des Kreises als „Ort der Vielfalt“. Die Bundesregierung möchte mit dieser Initiative Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland in ihrem Bekenntnis und ihrem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterstützen und somit Extremismus entgegenreten.¹⁵⁴

Jährlich findet eine Jugendkulturwoche für Vielfalt und gegen Gewalt statt. Diese trägt den Titel „Bunt statt Braun“ und wird im Jahr 2013 bereits zum neunten Mal veranstaltet. Organisatoren sind unter anderem die Fachstel-

¹⁵² Vgl. für den ganzen Abschnitt: Befragung Gemeinden, Fragen 18 ff., Anhang: Anlage 2.

¹⁵³ Vgl. Bürgermeisterversammlung Rems-Murr-Kreis: Gemeinsame Erklärung.

¹⁵⁴ Vgl. Bundesregierung: Orte der Vielfalt.

le Rechtsextremismus, der Kreisjugendring Rems-Murr und die Polizeidirektion Waiblingen. In den ersten Jahren thematisierte die Jugendkulturwoche noch vorrangig Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, in den letzten Jahren steht allgemeiner das Thema Gewalt im Vordergrund. Trotzdem bleibt Rechtsextremismus Bestandteil der verschiedenen Programmpunkte, die sich hauptsächlich an Schüler, aber auch an andere Jugendliche sowie Multiplikatoren, richten. Das Programm besteht aus Ausstellungen, Workshops, Theater und Film. Auch der „Bunt statt Braun“-Award, bei dem junge Sänger und Bands für ihre Lieder gegen Ausgrenzung, Fremdenhass und Gewalt ausgezeichnet werden, findet jährlich im Rahmen dieser Jugendkulturwoche statt.¹⁵⁵

Daneben befassen sich auch einige Schulen mit den Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und thematisieren die Problematik in Unterrichtseinheiten oder ihrem Schulalltag und ihrer Schulkultur. Beispielsweise tragen sechs Gymnasien und ein Bildungszentrum des Landkreises den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Bei diesem Projekt verpflichten sich die Schüler aktiv gegen jede Form der Diskriminierung an ihrer Schule, insbesondere Rassismus, einzutreten und damit einen Beitrag zu einer gewaltfreien und demokratischen Gesellschaft zu leisten.¹⁵⁶

5.3. Stärken der Lösungsstrategien

Wie die bisherige Darstellung der Strategien, Projekte und Akteure zeigt, ist die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis breit aufgestellt. Viele Verantwortliche in Politik, Jugendarbeit und Polizei ebenso wie einige ehrenamtlich tätige Einwohner haben den Handlungsbedarf erkannt. Sie beziehen Stellung für eine demokratische Gesellschaft, sind aufmerksam bezüglich rechtsextremer Äußerungen und Veranstaltungen

¹⁵⁵ Vgl. „Bunt statt Braun“: Programmheft.

¹⁵⁶ Vgl. SOR – SMC: 10 Fragen – 10 Antworten.

und organisieren vielfältige Projekte. Diese Wachsamkeit, im Gegensatz zu Ignoranz und Verleugnung derartiger Erscheinungen, ist schon ein bedeutender erster Schritt. Denn Rechtsextreme sind vorrangig in solchen Gegenden aktiv, in denen die Abwehrkräfte schwach sind und keine Gegenwehr stattfindet.¹⁵⁷ Somit sind die Sensibilisierung der Bevölkerung, kritische Reaktionen auf alltägliche Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie die konsequente Verfolgung von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund wichtige Signale. Rechtsextreme Gruppen und Personen können in einer solchen Gesellschaft ihre Meinungen und Handlungen nicht unbeobachtet und ohne Konsequenzen ausleben.

Ein großer Vorteil ist die Institutionalisierung der Rechtsextremismusbekämpfung in Polizei- und Jugendarbeit. In beiden Bereichen wurden schon vor über zehn Jahren fest verankerte Stellen geschaffen, die in diesem Bereich arbeiten. Sie profitieren von einer sicheren Finanzierung, Bekanntheit bei wichtigen Kooperationspartnern und entsprechendem Fachwissen. So kann eine langfristige Auseinandersetzung gewährleistet werden, wie es allein mit freiwilligem Engagement wahrscheinlich nicht möglich ist. Und genau diese kontinuierlichen Maßnahmen sind für eine effektive Bekämpfung von Rechtsextremismus notwendig.¹⁵⁸

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von wirkungsvollen Strategien gegen Rechtsextremisten stellt ein gutes Kooperationsnetzwerk dar. Dabei geht es darum, dass alle beteiligten Akteure auf einer Ebene zusammenarbeiten und ihre Stärken, zum Beispiel Informationen und Fachwissen, Kreativität, Kontakte oder auch materielle Ressourcen zusammenbringen und kombinieren.¹⁵⁹ Mit dem Fachbeirat wurde auf Kreisebene ein solches Gremium geschaffen, in dem alle beteiligten Institutionen und Mitwirkenden sowie einige Experten zusammenkommen und über weitere Maßnahmen entscheiden.

¹⁵⁷ Vgl. Strobl/Lobermeier, 2009, S. 18 f.

¹⁵⁸ Vgl. Strobl/Würtz/Klemm, 2003, S. 267; Rieker, 2009, S. 165 u. 167.

¹⁵⁹ Vgl. Strobl/Würtz/Klemm, 2003, S. 251 ff.; Rieker, 2009, S. 175.

Von der Ablehnung und Feindseligkeit durch Rechtsextremisten sind neben dem typischen Feindbild der Ausländer im Allgemeinen auch andere Minderheiten, wie beispielsweise Behinderte oder Homosexuelle, betroffen.¹⁶⁰ Wie erwähnt, ist im Rems-Murr-Kreis jedoch vorrangig Ausländerfeindlichkeit zentraler Bestandteil rechtsextremer Orientierungen. Diese Gegebenheit wurde erkannt, sodass ein Fokus im Landkreis auf der Förderung von Integration liegt. Dies wird vor allem an der Zielsetzung des Lokalen Aktionsplans auf Kreisebene deutlich, aber auch einige Städte entwickeln Integrationskonzepte und ein Teil der Projekte von zivilgesellschaftlichen Initiativen beschäftigt sich mit multikulturellen Begegnungen. Durch diese Maßnahmen wird das Zusammenleben verschiedener Nationen verbessert und Ausländerfeindlichkeit bekämpft.

5.4. Schwächen der Lösungsstrategien und Verbesserungsvorschläge

Auch wenn das Reagieren und Aktivwerden vieler Personen durchaus lobenswert ist, ist es doch nur eine Reaktion. Statt frühzeitig bedenkliche Einstellungen zu erkennen, musste meist erst etwas passieren, das die Verantwortlichen zum Handeln zwang. Fast alle Gemeinden, die Maßnahmen treffen, gaben beispielsweise an, aufgrund schwerer Gewaltdelikte aktiv geworden zu sein.¹⁶¹ Wirksamer wären präventive Maßnahmen, die schon bei latenten Formen von Rechtsextremismus ansetzen, statt vorübergehende Interventionen nach derartigen Vorfällen. Da ein zur Tat schreiten ohne aufrüttelnde Ereignisse jedoch verständlicherweise selten ist, kommt es vor allem darauf an, dass es nicht bei kurzfristigem Aktionismus bleibt. Neben den institutionell verankerten Stellen müssen auch Gemeinden und Zivilgesellschaft dauerhaft agieren. Sobald ihre Programme wieder einschlafen, könnten auch Erfolge verloren gehen.

¹⁶⁰ Vgl. Möller, 1993, S. 335.

¹⁶¹ Vgl. Befragung der Gemeinden, Frage 8, Anhang: Anlage 2.

Die Anerkennung von Rechtsextremismus als Problemfeld im Rems-Murr-Kreis durch lokale Meinungsführer ist teilweise noch unzureichend. Wie bereits aufgezeigt, halten sich viele der Gemeinden für nicht betroffen und auch von der Fachstelle wird die Problemwahrnehmung von politisch Verantwortlichen zwiespältig eingeschätzt.¹⁶² Aufgrund der Verankerung in der politischen Kultur des Kreises und den teils gut in der Gemeinschaft integrierten Rechtsextremisten, ist das Bewusstsein bei Politikern stellenweise gering. Probleme werden ignoriert oder relativiert.¹⁶³

Besonders die Einschätzung zu akzeptieren, dass rechtsextreme Orientierungen bei weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet sind, fällt schwer. Stattdessen werden Gegenmaßnahmen häufig an der Extremismustheorie ausgerichtet, die klar zwischen demokratischer Mitte und extremistischem Rand trennt sowie Links- und Rechtsextremismus inhaltlich auf eine Ebene stellt. Dies verengt die Problemsicht auf Gewalttaten und führt darüber hinaus zu Richtungsstreitereien zwischen den einzelnen Akteuren bezüglich der zu bevorzugenden Strategie gegen Rechtsextremismus. Initiativen des „bürgerlichen“ und des „linken“ Lagers geraten wegen unterschiedlicher Handlungsweisen aneinander, obwohl sie prinzipiell das gleiche Ziel verfolgen.¹⁶⁴ Etablierte Parteien diffamieren Akteure als linksextremistisch, statt deren Aktionen gegen Rechtsextremismus zu unterstützen.¹⁶⁵ Diese Beispiele verdeutlichen, dass ein gemeinsames Konzept in der Arbeit gegen Rechtsextremismus fehlt. Interne Auseinandersetzungen verhindern die Zusammenarbeit aller Demokraten. Nur diese gesamtgesellschaftliche Kooperation mit einem breiten politischen Konsens könnte aber Rechtsextremisten dauerhaft den Nährboden entziehen.¹⁶⁶

¹⁶² Vgl. Befragung Fachstelle Rechtsextremismus, Anhang: Anlage 3.

¹⁶³ Vgl. Held u.a., 2008, S. 80 ff.; Roth, 2010, S. 45.

¹⁶⁴ Vgl. Zeitungsverlag Waiblingen, Der antifaschistische Familienzweist sowie „Hand in Hand“ gegen rechts...

¹⁶⁵ Vgl. Herrmann, Stuttgarter Nachrichten, „Bunt statt braun“ CDU-Kritik: Auf dem linken Auge blind.

¹⁶⁶ Vgl. Strobl/Lobermeier, 2009, S. 24 f.

Auch die Informationslage ist nicht immer optimal. Gerade die Gemeinden, die für die Maßnahmen in ihrem Gebiet eine Koordinationsfunktion übernehmen könnten, wissen in einigen Fällen nicht ausreichend über Akteure und Aktionen Bescheid. Der wichtige Bereich Lokaler Aktionsplan wurde beispielsweise von der betreffenden Stadt nicht einmal erwähnt. Die Gemeinden sprachen Informationslücken teilweise auch selbst an.¹⁶⁷

Ein Manko der etablierten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ist die Definition und das Erreichen der Zielgruppe. Wie fast überall, beispielsweise auch in der Zielsetzung der Programme der Bundesregierung, stehen Jugendliche im Fokus. Dies zeigt sich schon daran, dass die Fachstelle des Landkreises beim Kreisjugendamt angesiedelt ist, auch wenn diese ihre Zuständigkeit nicht streng auf Jugendliche begrenzt sieht. Auch die aktiven Gemeinden nennen allesamt Jugendliche als Zielgruppe und damit häufiger als andere mögliche Adressaten ihrer Arbeit.¹⁶⁸ Die verengte Ausrichtung der Maßnahmen auf diesen Personenkreis greift jedoch zu kurz. Zwar sind die rechtsextremen Gewaltakteure, und damit die für die Öffentlichkeit sichtbarsten Vertreter der Szene, in den meisten Fällen Jugendliche oder junge Erwachsene. Doch erhalten eben diese Gewalttäter ihren Rückhalt durch einen breiten Konsens auch innerhalb der älteren Generationen.¹⁶⁹ Auch im Rems-Murr-Kreis stellen, wie bereits erläutert, eben nicht gewalttätige Jugendliche das Hauptproblem dar, sondern das allgemeine politische Klima in der Bevölkerung, welches es Rechtsextremisten ermöglicht, sich einzunisten. Deshalb müssen die Strategien gegen Rechtsextremismus auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt werden.

Auch an anderen Stellen werden Probleme bei der Festlegung und der Erreichbarkeit der Zielgruppe sichtbar. Das Projekt „Schule ohne Rassismus“ beispielsweise wird im untersuchten Landkreis fast ausschließlich an Gymnasien umgesetzt. Da der Zusammenhang, dass Affinitäten zu

¹⁶⁷ Vgl. Befragung der Gemeinden, insbesondere Antworten unter: Weitere Anmerkungen, Anhang: Anlage 2.

¹⁶⁸ Vgl. Befragung der Gemeinden, Frage 9, Anhang: Anlage 2.

¹⁶⁹ Vgl. Möller, 1993, S. 335; Decker/Brähler, 2006, S. 172.

rechtsextremistischem Gedankengut stärker ausgeprägt sind, je niedriger der Bildungsgrad der Person ist, jedoch nachgewiesen ist,¹⁷⁰ sollten derartige Themen und generell politische Bildung verstärkt auch an Haupt- und Realschulen behandelt werden.

Darüber hinaus stellt der Zugang zu den definierten Zielgruppen ein Problem dar. Die im Kreis durchgeführte Studie kommt zu dem Schluss, dass pädagogische Konzepte im Alltag der Jugendlichen, insbesondere der rechtsorientierten Jugendlichen, kaum eine Rolle spielen.¹⁷¹ Auch die Fachstelle Rechtsextremismus bedauert, dass mit Projekten, wie beispielsweise Informationsveranstaltungen, oft nicht die erreicht werden, die eigentlich erreicht werden sollten.¹⁷² Die Besucher von Informationsabenden, kulturellen Veranstaltungen oder Kundgebungen sind vielmehr meist dieselben, bereits interessierten und sensibilisierten Personen.

Teilweise ist dieses Problem bereits erkannt. Die Fachstelle arbeitet beispielsweise mit Eltern im Rahmen einer aufsuchenden Erwachsenenbildung.¹⁷³ Maßnahmen in diese Richtung sind jedoch weiter zu entwickeln und auszubauen.

Die Bedeutung von Evaluation und Wirkungsüberprüfung wurde bereits dargestellt. Auch in diesem Bereich lassen sich noch Defizite im betrachteten Landkreis ausmachen. Während bei der polizeilichen Präventionsarbeit und bei den Projekten im Rahmen des lokalen Aktionsplans Evaluation vorgesehen ist und umgesetzt wird¹⁷⁴, unternimmt keine einzige Gemeinde Anstrengungen in diese Richtung.¹⁷⁵ Bei der Fachstelle Rechtsextremismus wurde die Notwendigkeit einer Wirkungsüberprüfung zwar zwischenzeitlich erkannt, in den vergangenen Jahren wurde bis auf das Er-

¹⁷⁰ Vgl. Oepke, 2005, S. 142 f.

¹⁷¹ Vgl. Held u.a., 2008, S. 180.

¹⁷² Vgl. Befragung Fachstelle Rechtsextremismus, Anhang: Anlage 3.

¹⁷³ Vgl. Befragung Fachstelle Rechtsextremismus, Anhang: Anlage 3.

¹⁷⁴ Vgl. Roth, 2010, S. 46; Antrag auf Förderung für die Entwicklung integrierter lokaler Strategien, Anhang: Anlage 5.

¹⁷⁵ Vgl. Befragung der Gemeinden, Frage 24, Anhang: Anlage 2.

fragen von subjektiven Eindrücken einiger Schüler jedoch noch nichts unternommen.¹⁷⁶

Auch in diesem Feld sind also noch Potenziale für eine verbesserte Handlungsstrategie verfügbar. Die Ergebnisse von Überprüfungen sollten dabei in keinem Fall nur zur Kenntnis genommen werden, sondern für eine ständige Verbesserung der Projekte genutzt werden.

5.5. Ergebnis der Beurteilung

Im Rems-Murr-Kreis hat sich im letzten Jahrzehnt im Bezug auf Rechtsextremismus viel bewegt. Insbesondere die Polizei vermeldet hinsichtlich ihrer Statistiken Erfolge. Die Fallzahlen der Straftaten des Deliktbereichs Rechtsextremismus, insbesondere Gewalttaten, nehmen ab. Die ehemals von Skinheads dominierte Szene ist ruhiger geworden, agiert weniger sichtbar.

Auch wenn der Landkreis nicht ganz unauffällig ist, entwickelt sich die Situation jedenfalls in die richtige Richtung. Einzelne Straftaten sind in einer pluralistischen Gesellschaft wohl auch nicht zu vermeiden und sagen nichts über den Gesamtzustand ihrer Norm- und Wertvorstellungen aus.¹⁷⁷

Am Beispiel des letzten großen Gewaltvorfalls, einem Brandanschlag auf junge Menschen mit Migrationshintergrund im April 2011, kann gezeigt werden, dass durchaus Gegenwehr aus weiten Teilen der Gesellschaft kommt. Gegen die Täter wurde ermittelt, einige wurden verurteilt. Die Gemeinde, mit Politikern, Verwaltung und Bevölkerung, reagierte ablehnend und sprach sich für eine pluralistische, demokratische Gesellschaft aus. Den Opfern wurde Mitgefühl ausgesprochen und Hilfe angeboten.

Doch trotz dieser großen Zustimmung zu Demokratie und Vielfalt sind rechtsextreme Orientierungen in ebenso weiten Teilen der Gesellschaft

¹⁷⁶ Vgl. Befragung Fachstelle Rechtsextremismus, Anhang: Anlage 3.

¹⁷⁷ Vgl. Strobl/Lobermeier, 2009, S. 18.

verbreitet. Alltagsrassismus, fremdenfeindliche Sprüche sind an der Tagesordnung. Auch wenn Gewalt überwiegend abgelehnt wird, ist das dahinter verborgene Gedankengut in der politischen Kultur verankert. Diese Ergebnisse erzielte eine Studie, die einige Jahre nach der Institutionalisierung der Bekämpfung von Rechtsextremismus in Polizei- und Jugendarbeit, durchgeführt wurde. Die Programme und Strategien können also keineswegs als abgeschlossen oder perfektioniert betrachtet werden. Einige wichtige Grundlagen sind geschaffen, Fortschritte sind erzielt. Auf diesen Erfolgen muss nun weiter aufgebaut werden.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Regionalstudie muss vorrangig an der politischen Kultur des Landkreises gearbeitet werden. Dabei sollte es aber nicht darum gehen, positive Aspekte, wie Heimatliebe, enge Bindung an die Familie oder Ausleben von Traditionen, einzuschränken. Auch wenn diese, ausgelebt als Ausgrenzung von Fremdem, für rechtsextremistische Orientierungen förderlich wirken können, muss es vielmehr darum gehen, den Blick der „Lokalisten“ auch für Anderes, Neues, Fremdes zu öffnen. Die Differenzierung in „wir und die Anderen“ muss hinterfragt werden. Held fordert als Schlussfolgerung seiner Studie „die Gestaltung einer politischen Kultur [...], die sich nicht im Lokalen einigelt.“¹⁷⁸

6. Schlusswort

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Rems-Murr-Kreis schon große Fortschritte gemacht wurden. Aber auch wenn sich die Situation vor Ort verbessert hat und Rechtsextremismus mit Sicherheit nicht mehr die drän-

¹⁷⁸ Held u.a., 2008, S. 182.

gendste Aufgabenstellung der Behörden ist, darf das Thema doch nicht aus dem Bewusstsein verschwinden.

Rechtsextremisten stellen das friedliche Zusammenleben von Menschen, die in Deutschland anerkannten Grundrechte, die Demokratie und somit wesentliche Bestandteile unserer Gesellschaft in Frage. Und das zugrundeliegende Gedankengut wird bei weitem nicht nur von Gewalttätern, Neonazis oder Politikern rechtsextremer Parteien geteilt. Ohne das Ausmaß der Verbreitung rechtsextremer Orientierungen dramatisieren zu wollen, muss uns dies bewusst sein. Rechtsextremistische und rechtspopulistische Gruppierungen greifen in der Bevölkerung existente Ängste und Unsicherheiten, fremdenfeindliche Vorbehalte und Vorurteile auf, um ihre Ziele zu verfolgen. Dies ist immer wieder zu sehen, wenn beispielsweise Befürchtungen in der Bevölkerung gegenüber geplanten Asylbewerberheimen genutzt werden, um gegen Einwanderung und das Grundrecht auf Asyl insgesamt mobil zu machen. Hier liegt es besonders an den Reaktionen der Gesellschaft und der Politik, ob dieses Vorgehen erfolgreich verläuft.

Abgesehen davon tragen aber auch die Sicherheitsbehörden in einem Rechtsstaat große Verantwortung. Im Rems-Murr-Kreis hat die Polizeidirektion ihre Verantwortung erkannt und versucht Rechtsextremismus mit ihren Mitteln entgegenzuwirken. Betrachtet man die Situation in ganz Deutschland, bietet sich hingegen ein weniger beruhigendes Bild. Im Verlaufe der Ermittlungen zur NSU-Mordserie beispielsweise wurden viele Versäumnisse und Fehler publik. Der Untersuchungsausschuss fordert als Folge dieses Versagens gar weitreichende Reformen im Bereich der Sicherheitsbehörden. Einige Veränderungen bei Polizei und Verfassungsschutz sind gewiss auch nötig. Meiner Ansicht nach, muss es aber eher um ein Umdenken in diesen Institutionen gehen. Genauso wie alle anderen Personen, die mit Rechtsextremismus in Kontakt kommen, müssen die Beschäftigten dieser Behörden sensibilisiert sein. Fremdenfeindliche und rechtsextremistische Hintergründe von Straftaten oder anderem Handeln

müssen erkannt und es muss konsequent auf diese Vorfälle reagiert werden.

Diese Arbeit hat ein breites Feld von Maßnahmen und Strategien dargestellt. Doch aufgrund der vielen unterschiedlichen Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus kann es auch kein eindeutiges „Patentrezept“ gegen ihn geben. Es sollte jedoch deutlich geworden sein, dass es darauf ankommt, Farbe zu bekennen. Statt rechtsextreme Kundgebungen oder Gewaltvorfälle mit der Begründung, ihnen nicht auch noch Aufmerksamkeit schenken, ihnen „keine Plattform bieten“ zu wollen, zu ignorieren oder zu bagatellisieren, muss offensiv Position bezogen werden. Es liegt in der Verantwortung unserer Gesellschaft, gemeinsam Grenzen zu ziehen und demokratische Standpunkte durchzusetzen. Nur wenn Behörden, Politik, Schulen, Betriebe und Privatpersonen „Hand in Hand“ gegen Rechtsextremismus vorgehen, ist ein tolerantes und friedliches Miteinander möglich.

Anhang

Anlage 1

Fragebogen und Begleitschreiben zur Umfrage bei den Gemeinden des Rems-Murr-Kreises

Am 17.06.2013 per E-Mail an alle 31 Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises versendet.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Bearbeitung meiner Bachelorthesis an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg habe ich den folgenden Fragebogen erstellt. Die Bachelorthesis wird den folgenden Titel tragen: „Hand in Hand“ gegen rechts – Rechtsextremismus als Herausforderung für Politik und Gesellschaft am Beispiel des Rems-Murr-Kreises.

Mit Ihrer Hilfe möchte ich erfassen, ob Gemeindeverwaltungen und Kommunalpolitik Handlungsbedarf beim Problemfeld Rechtsextremismus sehen und wenn ja, wie die Herausforderung angenommen wird. Außerdem erhoffe ich mir einen Überblick über das Tätigwerden anderer Akteure im Rems-Murr-Kreis.

Daher möchte ich Sie bitten, den Fragebogen vollständig und aufrichtig zu beantworten. Die meisten Fragen sind mit einem schnellen Ankreuzen erledigt, bei anderen wäre eine ausführlichere Antwort hilfreich.

Ich versichere Ihnen, dass ich die Fragebögen ohne Zuordnung zu den Absendern auswerten werde und somit in der Bachelorthesis Ihre Anonymität vollständig gewahrt wird.

Bei jeglichen Rückfragen können Sie sich gerne unter folgender E-Mail-Adresse an mich wenden: **Mock_Katharina@studnet.hs-ludwigsburg.de**

Ich würde mich sehr freuen, wenn ich die ausgefüllten Fragebögen bis spätestens **19.07.2013** per E-Mail zurück erhalte.

Für Ihre Bemühungen bedanke ich mich schon jetzt sehr herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Mock

Wie viele Einwohner hat Ihre Gemeinde?

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> unter 5.000 | <input type="checkbox"/> zwischen 5.000 und 10.000 |
| <input type="checkbox"/> zwischen 10.000 und 20.000 | <input type="checkbox"/> über 20.000 |

I. Einschätzung der Situation

1. Besteht im Rems-Murr-Kreis ein Problem mit Rechtsextremismus?

- ☐ ja ☐ nein ☐ keine Angabe

2. Besteht in Ihrer Gemeinde ein Problem mit Rechtsextremismus?

- ☐ ja ☐ nein ☐ keine Angabe

3. Wenn ja, wie äußern sich diese Probleme?

(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Gewaltdelikte und andere Straftaten (z.B. Propagandadelikte)
- ☐ rechtsorientierte Jugendliche und junge Erwachsene
- ☐ Zustimmung und Unterstützung rechter Parteien (z.B. Wahlerfolge)
- ☐ Veranstaltungen der rechten Szene (Konzerte, Versammlungen, Kundgebungen, o.ä.)
- ☐ Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- ☐ weite Verbreitung rechten Gedankenguts in der Gesellschaft
- ☐ Ablehnung demokratischer Strukturen
- ☐ Parteien, Kameradschaften und andere Formen des organisierten Rechtsextremismus
- ☐

4. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten kommunaler Behörden im Allgemeinen ein, gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden?

- ☐ ☐ ☐ ☐ ☐ ☐
- schlecht gut

11. Wie sind die Maßnahmen institutionell organisiert und finanziert? Wer ist dafür verantwortlich?

12. Wurden bzw. werden Förderprogramme in Anspruch genommen?
(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Programme der Bundes- oder Landesregierung (z.B. „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“)
- ☐ Förderungen durch andere Organisationen (z.B. Stiftungen)
- ☐

13. Welche Arten von Maßnahmen werden/wurden ergriffen und umgesetzt?
(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Projekte zur Wissensvermittlung, z.B. Vorträge und Seminare, Ausstellungen, Infomaterialien
- ☐ Multikulturelle Projekte und Förderung der Integration von Einwohnern mit Migrationshintergrund
- ☐ Projekte der pädagogischen Jugendarbeit, z.B. Thematisierung in Jugendhäusern, Sportprojekte, Kreativprojekte
- ☐ Projekte der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem eingestellten Personen
- ☐ Projekte zur Stärkung lokaler Strukturen, z.B. Zukunftswerkstätten
- ☐ Projekte zur politischen Bildung (auch historisch-politische Bildung, Aufklärung zu aktuellen Aspekten des Rechtsextremismus, Menschenrechtspädagogik, o.ä.)
- ☐ Projekte zum Aufbau und zur Pflege von Netzwerken, z.B. runde Tische, Aktionsbündnisse
- ☐ Fortbildung und Beratung von Multiplikatoren, zivilgesellschaftlichen Akteuren, etc.
- ☐ Unterstützung und Beratung der Opfer von rechter Gewalt und Diskriminierung
- ☐

14. Nennen und erläutern Sie bitte kurz die konkreten Maßnahmen:

15. Wie entwickelten sich die Maßnahmen und Projekte?

- ☐ eigene, spontane Ideen
- ☐ Inspiration durch Beispiel-Projekte anderer Kommunen
- ☐ Entwicklung der Maßnahmen aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse
- ☐

III. Sonstige Maßnahmen im Gemeindegebiet

16. Besteht eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, die sich mit dem Problemfeld Rechtsextremismus auseinandersetzen?
(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ ja mit Kirchen und anderen religiösen Gemeinschaften
- ☐ ja mit Vereinen
- ☐ ja mit dem Polizeivollzugsdienst
- ☐ ja mit Gewerkschaften, Parteien und Verbänden
- ☐ ja mit Schulen (staatlich / privat)
- ☐ ja mit zivilgesellschaftlichen Initiativen
- ☐ ja mit Gruppen anderer Kulturen oder Nationen
- ☐ ja mit anderen Gemeinden oder dem Landkreis
- ☐ nein

17. Besteht ein festes Kooperationsnetzwerk oder findet diese Zusammenarbeit spontan und unregelmäßig statt?

18. Gibt es in Ihrer Gemeinde zivilgesellschaftliche Initiativen oder Bündnisse, die in diesem Problemfeld tätig sind? Wenn ja, nennen Sie diese und beschreiben Sie die Arbeitsfelder dieser Initiativen.

- ☐ ja und zwar: ☐ nein ☐ keine Angabe

19. Setzen sich andere Akteure in Ihrer Gemeinde aktiv gegen Rechtsextremismus ein?
Wenn ja, wie setzen sie sich ein?

Vereine:

☐

ja

☐

nein

☐

keine Angabe

Schulen:

☐

ja

☐

nein

☐

keine Angabe

Kirchen:

☐

ja

☐

nein

☐

keine Angabe

Andere:

☐

ja

☐

nein

☐

keine Angabe

20. Falls eine Zusammenarbeit mit diesen Initiativen und anderen Akteuren besteht, wie
schätzen Sie diese insgesamt ein?

☐☐☐☐☐☐

schlecht

gut

21. Werden diese Initiativen von der Gemeinde unterstützt?
(Mehrfachnennungen möglich)

☐

ja, finanzielle Unterstützung

☐

ja, personelle Unterstützung

☐

ja, materielle Unterstützung

☐

nein

IV. Einschätzung der Wirkungen

22. Welche Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus haben sich ergeben?

23. Waren die bisher ergriffenen Maßnahmen erfolgreich?

☐ ja ☐ nein ☐ keine Angabe

24. Wurden die Maßnahmen bezüglich ihrer Wirkungen evaluiert und aufgrund der Erkenntnisse weiterentwickelt?

☐ ja ☐ nein ☐ keine Angabe

25. Wie schätzen Sie die Entwicklung rechtsextremer Ereignisse und Einstellungen in den letzten Jahren im Rems-Murr-Kreis ein?

☐ Situation hat sich verbessert
☐ Situation hat sich verschlechtert
☐ keine Veränderung

26. Wie schätzen Sie die Entwicklung rechtsextremer Ereignisse und Einstellungen in den letzten Jahren in Ihrer Gemeinde ein?

☐ Situation hat sich verbessert
☐ Situation hat sich verschlechtert
☐ keine Veränderung

Raum für weitere Anmerkungen:

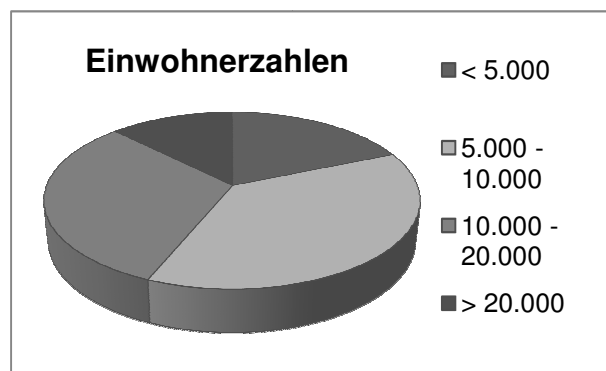
Anlage 2

Ergebnisse der Befragung der Städte und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises

Auswertung der Befragung der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises

Anzahl der befragten Gemeinden:	31
Anzahl der Antworten:	16
Rücklaufquote:	52 %

Einwohnerzahlen der Gemeinden:		
unter 5.000 Einw.	3	19 %
zwischen 5.000 und 10.000 Einw.	6	38 %
zwischen 10.000 und 20.000 Einw.	5	31 %
über 20.000 Einw.	2	13 %

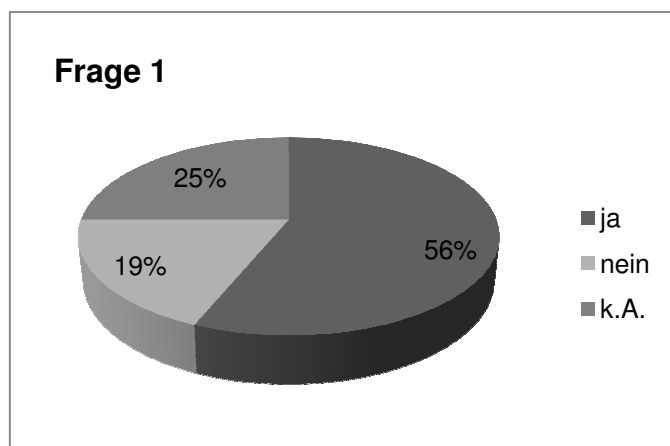


I. Einschätzung der Situation

1. Besteht im Rems-Murr-Kreis ein Problem mit Rechtsextremismus?

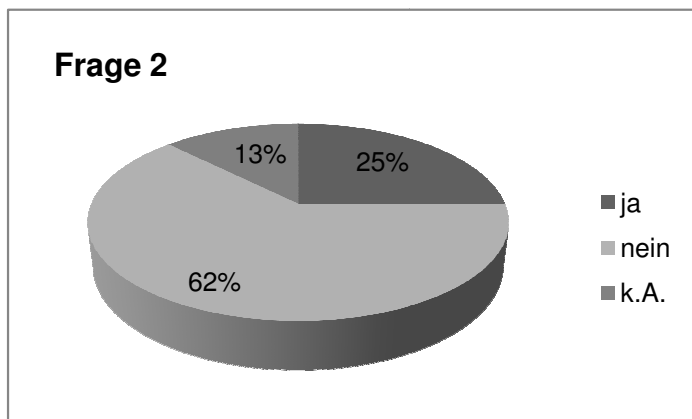
Frage 1		
ja	9	56 %
nein	3	19 %
keine Angabe	4	25 %

Anmerkung: Die Antwort „Ein Problem wohl eher nicht, aber dennoch Erscheinungsformen und Handlungsbedarf“ wurde als nein gewertet.



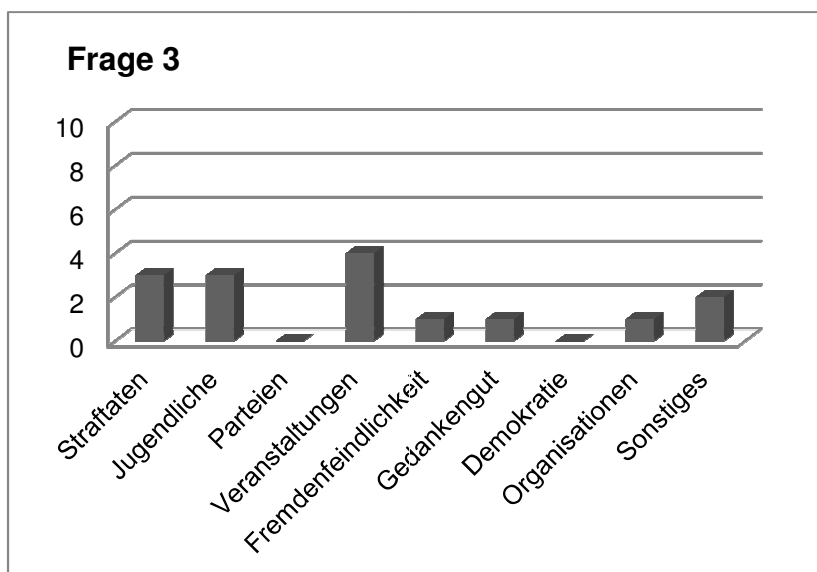
2. Besteht in Ihrer Gemeinde ein Problem mit Rechtsextremismus?

Frage 2		
ja	4	25 %
nein	10	63 %
keine Angabe	2	13 %



3. Wenn ja, wie äußern sich diese Probleme? (Mehrfachnennungen möglich)

Frage 3		
Gewaltdelikte und andere Straftaten	3	19 %
Rechtsorientierte Jugendliche und junge Erwachsene	3	19 %
Zustimmung und Unterstützung rechter Parteien	0	0 %
Veranstaltungen der rechten Szene	4	25 %
Rassismus und Fremdenfeindlichkeit	1	6 %
Weite Verbreitung rechten Gedankenguts in der Gesellschaft	1	6 %
Ablehnung demokratischer Strukturen	0	0 %
Parteien, Kameradschaften, organisierter Rechtsextremismus	1	6 %
Sonstiges	2	13 %

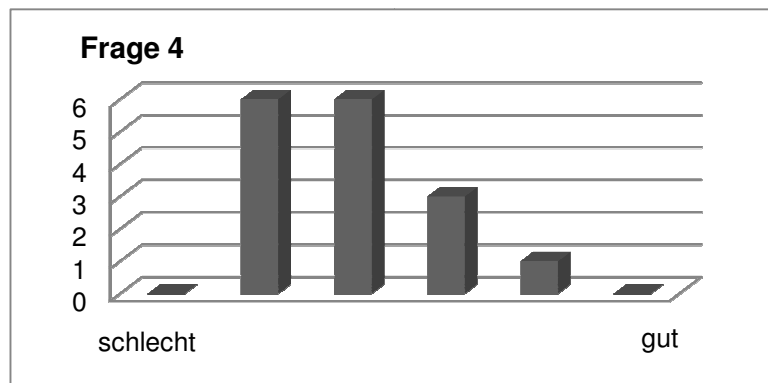


Sonstige Nennungen:

- Graffiti/Schmierereien
- Aufkleber

4. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten kommunaler Behörden im Allgemeinen ein, gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden?

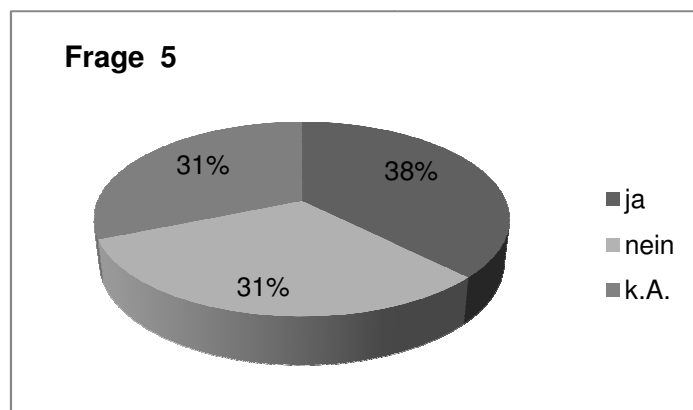
Frage 4					
0	6	6	3	1	0
75%			25%		
schlecht			gut		



II. Maßnahmen der Gemeinde

5. Ergreift die Gemeinde repressive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus? Wenn ja, welche Maßnahmen?

Frage 5		
ja	6	38 %
nein	5	31 %
keine Angabe	5	31 %

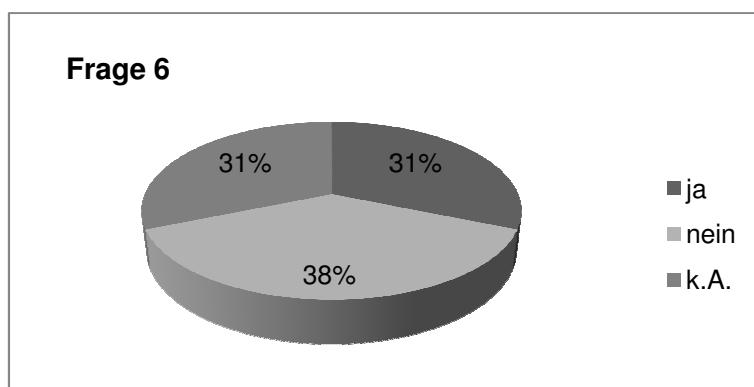


Genannte Maßnahmen:

- Verhinderung von Versammlungen in öffentlichen Gebäuden oder Anlagen
- Der Verhinderung von Versammlungen steht oftmals das Demonstrationsrecht entgegen – Bei Kontrollen ist vor allem die Polizei der richtige Ansprechpartner. Vor einigen Jahren war eine Gaststätte ein Treffpunkt von Neonazis. Hier fanden regelmäßig Kontrollen statt. Die Konzession wurde entzogen.
- Bewusste Rückfrage nach Veranstaltungszweck und Inhalt bei Anmietungswünschen von öffentlichen Hallen. Bislang keine öffentliche Anfrage politischer rechter Parteien oder rechtsextremer Gruppierungen
- Regelmäßiges Streetwork mit der Fachstelle für Rechtsextremismus beim LRA RMK und unserer Mobilen Jugendarbeit.
- Soweit möglich. Bei Versammlungen sehr schwierig, wenn zugelassene Partei als Anmelder auftritt. Dann ist nur Kontrolle und „Lenkung“ möglich.
- Polizeieinsatz, Platzverweise (Einzelfall)
- Sollte es in Zukunft zu möglichen Versammlungen der rechtsextremen Szene kommen, wird die Gemeinde wie oben beschrieben, von ihrerseits sehr eng mit dem Staatsschutz und der Polizei zusammenarbeiten und alle rechtlich vorhandenen Maßnahmen treffen, um solche Veranstaltungen zu verhindern.

6. Setzt sich der Gemeinderat mit dem Problemfeld Rechtsextremismus auseinander und haben die Gemeinderäte diesbezüglich offen Stellung bezogen?

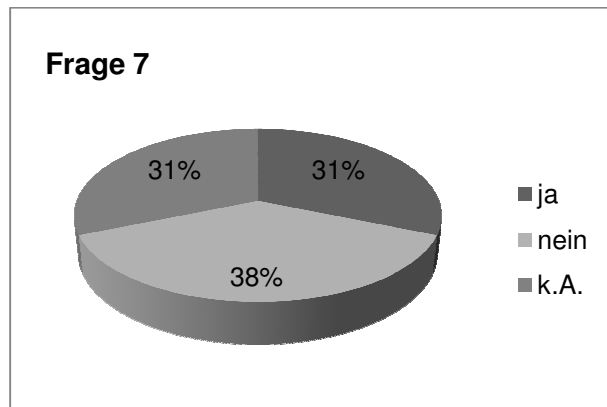
Frage 6		
ja	5	31 %
nein	6	38 %
keine Angabe	5	31 %



Anmerkung: Die Antwort „Evtl. Informationen im Zusammenhang mit regelmäßigem Sicherheitslagebericht der Polizei. Derzeit keine Erkenntnisse das Handlungsbedarf besteht.“ wurde als nein gewertet.

7. Ergreifen Gemeinderat und Gemeindeverwaltung präventive Gegenmaßnahmen, bzw. beteiligen sie sich aktiv daran?

Frage 7		
ja	5	31 %
nein	6	38 %
keine Angabe	5	31 %



Bei Frage 8 bis 15 werden nur die Antworten von Gemeinden ausgewertet, die Frage 7 mit „ja“ beantwortet haben. Dies sind 5 Gemeinden.

8. Seit wann ist die Gemeinde tätig und was war der Auslöser aktiv zu werden? Gab es zeitlich beschränkte Aktivitäten?

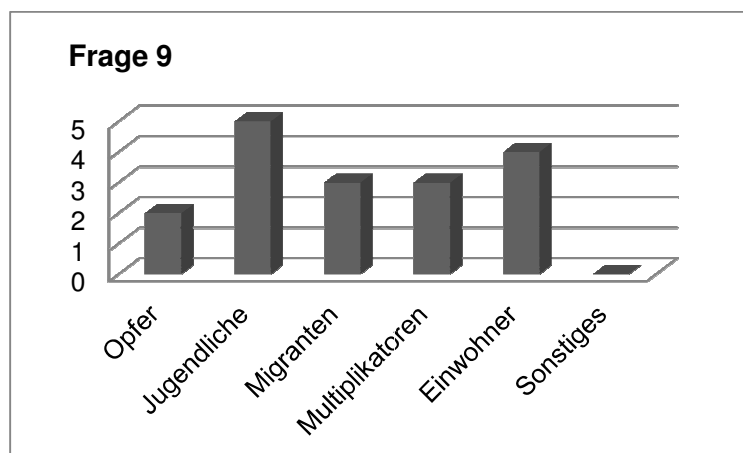
- Gründung des Bündnisses gegen Rechtsextremismus und Feindlichkeit vor über 10 Jahren. Anlass war die Verfolgung und der Angriff auf einen griechischen Mitbürger durch Rechtsradikale. Seitdem ist das Bündnis regelmäßig aktiv (es nehmen daran Vereine, Kirchen und Privatpersonen, oftmals mit Migrationshintergrund teil). Von der Stadt offiziell unterstützt mit der Stadt als regelmäßiger Teilnehmer an den Sitzungen wird das Bündnis aber erst seit 2006. Es gab beispielsweise die Friedenswochen und die Projektwochen Vielfalt, die gemeinsam mit der Stadt durchgeführt wurden. Bei dem Anschlag in Winterbach war das Bündnis ebenfalls anlassbezogen mit mehreren Veranstaltungen und Demonstrationen aktiv, die von der Verwaltung unterstützt bzw. positiv begleitet wurden.
- Brandanschlag auf Asylbewerberheim

- Rechtsextrem orientierter Brandanschlag im Jahr 2011 und in diesem Zusammenhang öffentlich bekanntgewordene NPD-Parteitreffen in Gaststätte. Es gab danach insbesondere im Jahr 2011 (teils 2012) zeitlich beschränkte Aktivitäten.
- Seit über 10 Jahren durch erste auffällige Jugendliche, aber mal mehr, mal weniger bzw. auch gar nicht
- Die Gemeinde und die Gemeinderäte haben sich schon lange mit dem Thema auseinandergesetzt und aktiv gegen Rechtsextremismus eingesetzt und u.a. mit dem Arbeitskreis Kultur und Gesellschaft viele Aktionen für ein friedliches Zusammenleben aller Nationalitäten und Gruppierungen durchgeführt (z.B. internationales Fest und verschiedene kulturelle Veranstaltungen). Nach dem Brandanschlag im Jahr 2011 wurden diese Bemühungen jedoch um ein Vielfaches intensiviert und sollen langfristig aufrechterhalten werden. Der Gemeinderat hat sofort nach dem Brandanschlag öffentlich eine Resolution verabschiedet, welche klarstellt, dass die Menschen im Ort Flagge zeigen und deutlich machen, dass man fremdenfeindliche Übergriffe nicht toleriert und man sich klar von extremistischen Positionen abgrenzt.

9. Welche Zielgruppen haben diese Maßnahmen? (Mehrfachnennungen möglich)

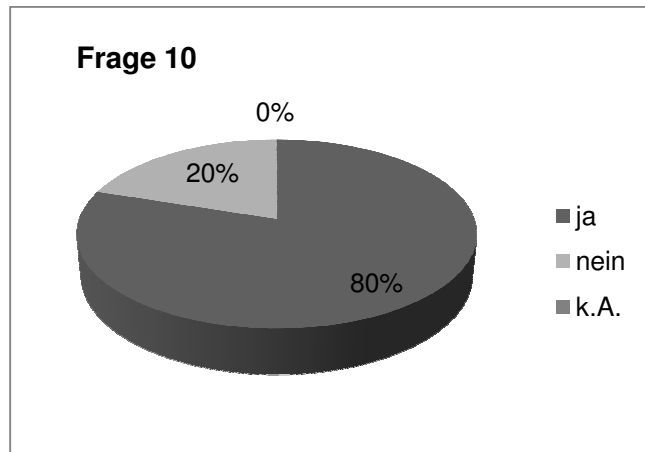
Frage 9		
Opfer rechter Gewalt	2	40 %
Jugendliche und junge Erwachsene	5	100 %
Menschen mit Migrationshintergrund	3	60 %
Multiplikatoren	3	60 %
Alle Einwohner der Gemeinde	4	80 %
Sonstiges	0	0 %

Sonstige Nennungen: -



10. Nutzen Sie professionelle Beratung und Unterstützung von Experten?

Frage 10		
ja	4	80 %
nein	1	20 %
keine Angabe	0	0 %



11. Wie sind die Maßnahmen institutionell organisiert und finanziert? Wer ist dafür verantwortlich?

- Haushaltsansatz für Mitgliedsbeiträge und regelmäßige Veranstaltungen ist vorgesehen. Integration und Zusammenarbeit mit Bündnis ist beim Hauptamt angesiedelt.
- Keine institutionell organisierten Maßnahmen
- Verantwortlich für die zeitlich begrenzten, überwiegend im Jahr 2011 durchgeführten Aktionen und Informationsveranstaltungen war die Gemeinde. Ausgaben wurden aus dem gemeindlichen Haushalt finanziert. Die Gemeinde hat die Maßnahmen unter Beratung der Polizeidirektion Waiblingen (Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus) und dem Kreishaus der Jugend (Fachstelle Rechtsextremismus) umgesetzt.
- Gemeinde und Ehrenamtliche planen die Maßnahmen und setzen sie gemeinsam mit Unterstützern von Aktionsbündnissen, Landratsamt usw. um. Finanziert durch Gemeinde und Landratsamt.

12. Wurden bzw. werden Förderprogramme in Anspruch genommen?

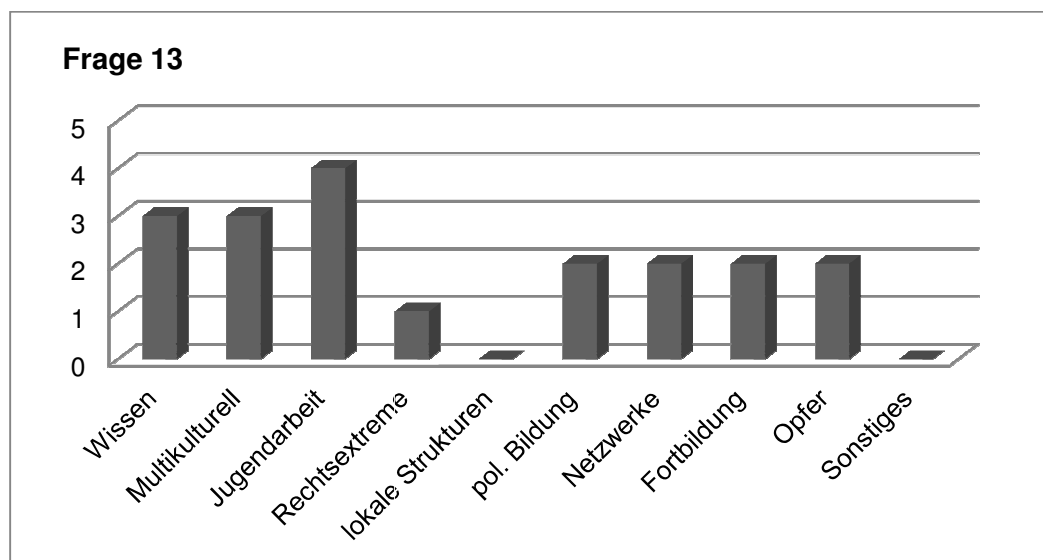
Frage 12		
Programme der Bundes- oder Landesregierung	1	20 %
Förderungen durch andere Organisationen	1	20 %
Sonstiges	0	0 %

13. Welche Arten von Maßnahmen werden/wurden ergriffen und umgesetzt?

(Mehrfachnennungen möglich)

Frage 13		
Projekte zur Wissensvermittlung	3	60 %
Multikulturelle Projekte und Förderung der Integration	3	60 %
Projekte der pädagogischen Jugendarbeit	4	80 %
Projekte der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem eingestellten Personen	1	20 %
Projekte zur Stärkung lokaler Strukturen	0	0 %
Projekte zur politischen Bildung	2	40 %
Projekte zum Aufbau und zur Pflege von Netzwerken	2	40 %
Fortbildung und Beratung von Multiplikatoren, etc.	2	40 %
Unterstützung, Beratung der Opfer von rechter Gewalt und Diskriminierung	2	40 %
Sonstiges	0	0 %

Sonstige Nennungen: -



14. Nennen und erläutern Sie bitte kurz die konkreten Maßnahmen:

- Alles zu nennen, wäre zu viel – hier ein paar einzelne Aktionen: Ein Gymnasium ist Unseco Schule mit vielen Projekten, z.B. auch Multiplikatorenschulungen für Schüler/innen; wir erstellen derzeit unter großer bürgerschaftlicher Beteiligung ein Integrationskonzept; Seminare, z.B. Blue Eyed, Brown Eyed Training, Argumentationstraining gegen Rechts, etc.

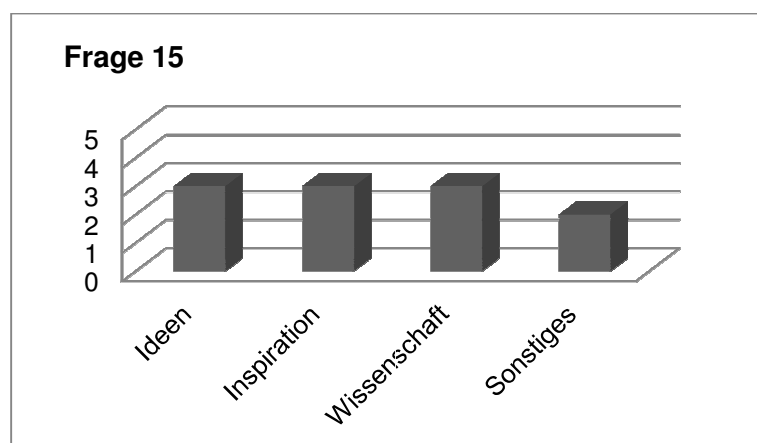
- Vielfalt-tut-gut-Fotoboxaktion; Informationsveranstaltung für Verein in Zusammenarbeit mit Polizeidirektion Waiblingen (Korex) und Landratsamt (Kreisjugendamt); Information/Bitte an Schulen, Thema im Unterricht zu thematisieren; Behandlung in öffentlichen Gemeinderatssitzungen; Zusammenarbeit mit VHS Unteres Remstal zur Durchführung eines „Blue Eyed“ Anti-Diskriminierungsworkshop; Thematisierung des Themas in der Jugendarbeit (viele Jugendliche mit Migrationshintergrund)
- Gesprächskreise im Jugendhaus, wissenschaftliche Vorträge zum Thema Rechtsextremismus, Ausstellungen, Filmvorführungen, öffentliche Podiumsdiskussionen, Runder Tisch im Rahmen des AK Kultur und Gesellschaft, internationales Fest, Mahnwachen, Demonstrationen

15. Wie entwickelten sich die Maßnahmen und Projekte?

Frage 15		
eigene, spontane Ideen	3	60 %
Inspiration durch Beispiel-Projekte anderer Kommunen	3	60 %
Entwicklung der Maßnahmen aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse	3	60 %
Sonstiges	2	40 %

Sonstiges:

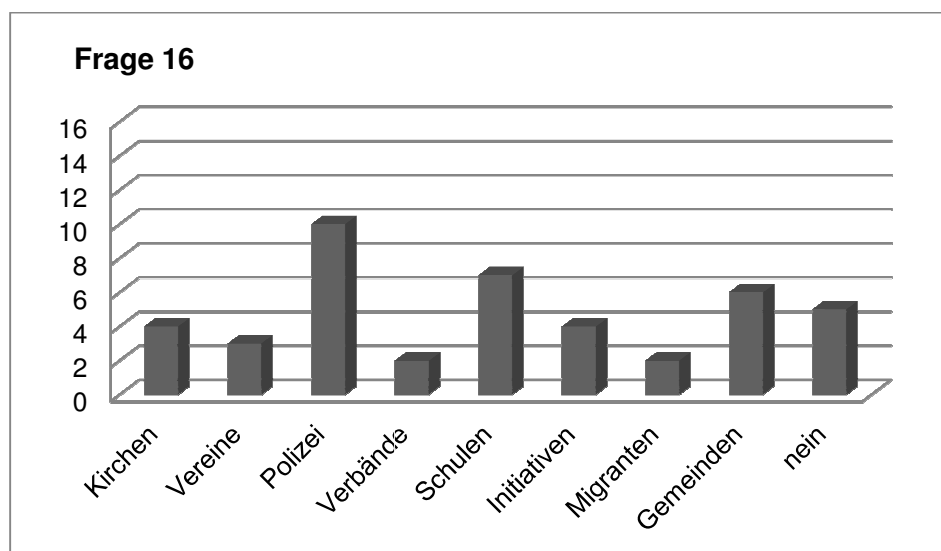
- Vorschläge aufgrund begleitender Experten, der Verwaltung und nicht zuletzt aus der Mitte des Gemeinderats
- Ideen von Ehrenamtlichen (Arbeitskreis Kultur und Gesellschaft)



III. Sonstige Maßnahmen im Gemeindegebiet

16. Besteht eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, die sich mit dem Problemfeld Rechtsextremismus auseinandersetzen? (Mehrfachnennungen möglich)

Frage 16		
Kirchen, religiöse Gemeinschaften	4	25 %
Vereinen	3	19 %
Polizeivollzugsdienst	10	63 %
Gewerkschaften, Parteien, Verbände	2	13 %
Schulen	7	44 %
Zivilgesellschaftliche Initiativen	4	25 %
Gruppen anderer Kulturen und Nationen	2	13 %
andere Gemeinden / Landkreis	6	38 %
nein	5	31 %



17. Besteht ein festes Kooperationsnetzwerk oder findet diese Zusammenarbeit spontan und unregelmäßig statt?

- Bündnis trifft sich 4-5 mal im Jahr, derzeit: Lenkungsgruppe für Integrationskonzept nach Bedarf; überörtlich trifft man sich nicht
- Feste Kooperation mit der Fachstelle Rechtsextremismus beim LRA RMK
- Im Bedarfsfall
- Lose Zusammenarbeit mit den unter 16 genannten Institutionen
- Spontan und unregelmäßig

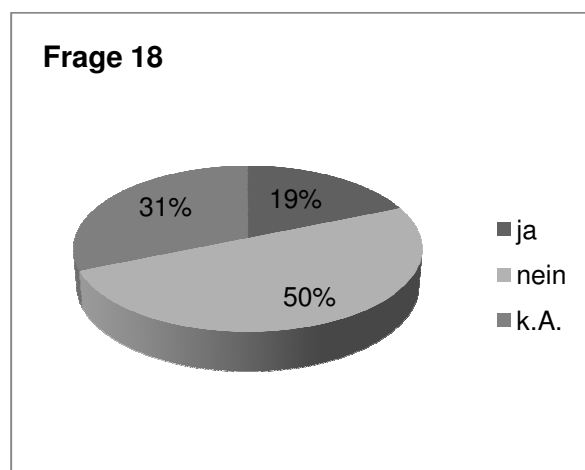
- Runder Tisch am Schulzentrum, befasst sich mit allen Themen die Jugendliche betreffen, findet 1 Mal pro Quartal statt
- Im Bedarfsfall sehr gute und kooperative Zusammenarbeit
- Festes Kooperationsnetzwerk zwischen Gemeinde, Arbeitskreis Kultur und Gesellschaft, Schule, Landratsamt
- Eher unregelmäßig
- Nein (3mal)

18. Gibt es in Ihrer Gemeinde zivilgesellschaftliche Initiativen oder Bündnisse, die in diesem Problemfeld tätig sind? Wenn ja, nennen Sie diese und beschreiben Sie die Arbeitsfelder dieser Initiativen.

Frage 18		
ja	3	19 %
nein	8	50 %
keine Angabe	5	31 %

Nennungen:

- Bündnis gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, Lokale Agenda, Weiler gegen rechts und leider auch eine Gruppierung, die teilweise dem linksextremistischen Spektrum zuzuordnen ist
- Projekt der Mobilen Jugendarbeit
- Arbeitskreis Kultur und Gesellschaft, Initiative Rems-Murr-Nazifrei



19. Setzen sich andere Akteure in Ihrer Gemeinde aktiv gegen Rechtsextremismus ein? Wenn ja, wie setzen sie sich ein?

Vereine:		
ja	3	19 %
nein	2	13 %
keine Angabe	11	69 %

Nennungen:

- Partnerschaftsverein – z.B. Hilfestellung für unsere Partnerstadt, die ein großes Problem in puncto Rechtsextremismus hat, Teilnahme an Veranstaltungen des Bündnisses
- Werteleitbild des Sportvereins setzt z.B. auf ein faires, diskriminierungsfreies (sportliches) Miteinander. Kein konkretes Vorgehen gegen Rechts, sondern ein aktives Fördern des Miteinanders
- Aktive Aufklärung, Gesprächskreise

Schulen:		
ja	4	25 %
nein	2	13 %
keine Angabe	10	63 %

Nennungen:

- alle weiterführenden Schulen setzen sich aktiv mit dem Thema auseinander auch durch die Schulsozialarbeit
- geht ggfls. bei entsprechenden Hinweisen von Schülern der Sache nach

Kirchen:		
ja	3	19 %
nein	2	13 %
keine Angabe	11	69 %

Nennungen:

- Islam. Gemeinde ist aktiver Partner in der Integrationsarbeit und im Bündnis, ebenso die evang. Kirchengemeinde, evangelische und katholische Gemeinde unterstützen beispielsweise Sprachkurse für Asylbewerber

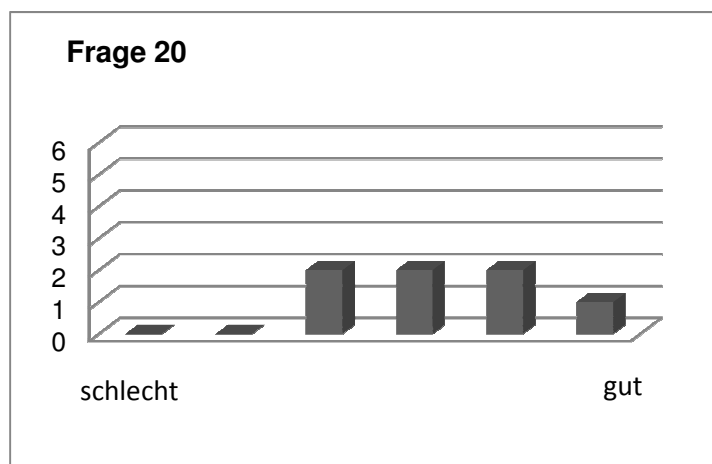
Andere:		
ja	1	6 %
nein	2	13 %
keine Angabe	13	81 %

Nennungen:

- Agenda Kultur und Gesellschaft, Sprachcafé

20. Falls eine Zusammenarbeit mit diesen Initiativen und anderen Akteuren besteht, wie schätzen Sie diese insgesamt ein?

Frage 20					
0	0	2	2	2	1
schlecht			gut		



21. Werden diese Initiativen von der Gemeinde unterstützt? (Mehrfachnennungen möglich)

Frage 21		
finanzielle Unterstützung	4	25 %
personelle Unterstützung	2	13 %
materielle Unterstützung	3	19 %
nein	3	19 %

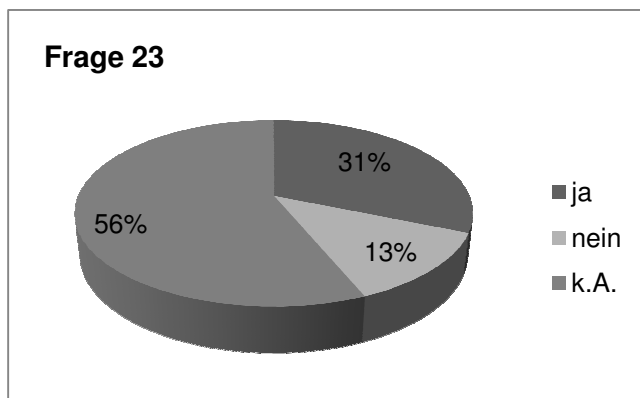
IV. Einschätzung der Wirkungen

22. Welche Schwierigkeiten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus haben sich ergeben?

- Man ist manchmal machtlos, da die Gesetzeslage manches nicht zulässt. Rechtsextremismus ist nur das, was offen zu Tage tritt. Leider ist rechtsextremes Gedankengut bzw. – weicher ausgedrückt – ausländerfeindliches, oder ausländerdiskriminierendes Handeln und insgeheimen Denken breit in der Bevölkerung vorhanden.
- Rechtsextremismus wird regelmäßig als nicht "im eigenen Ort" vorhanden eingestuft. Das Wort Extremismus verschleiern, dass er bereits vor konkreten, aktiven Handlungen wie im Extremfall einer körperlichen Gefährdung von Menschen ausländischer Herkunft beginnt. Dass Fremdenhass oder Diskriminierung von anderen Menschen bereits früher, teils im Kopf beginnt, wird dabei oft verkannt. Das manche Strukturen "rechtsextremes Denken" befördern, z.B. Wegschauen, Verleumden oder Verharmlosen wird deshalb ebenfalls oft verkannt.
- Rechtsorientierte sind mal weniger, mal mehr, mal gar nicht präsent
- Propaganda (Plakatierungen etc.) findet hauptsächlich nachts und an den Wochenenden statt. Verantwortliche sind kaum greifbar oder sitzen im Ausland.
- keine

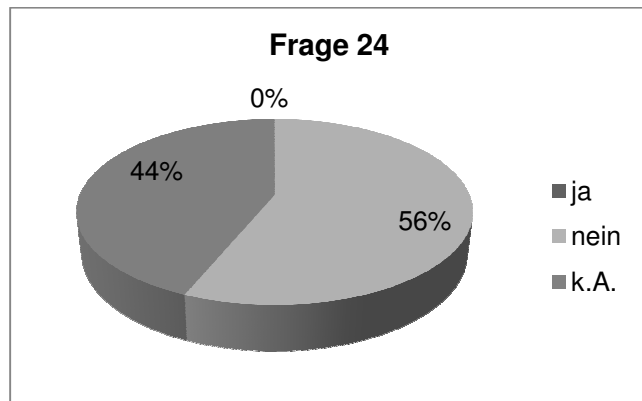
23. Waren die bisher ergriffenen Maßnahmen erfolgreich?

Frage 23		
ja	5	31 %
nein	2	13 %
keine Angabe	9	56 %



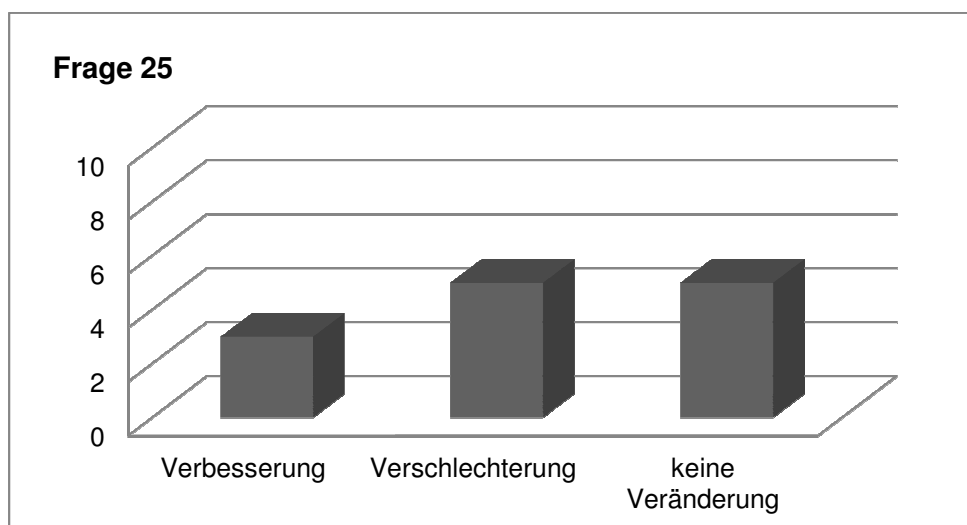
24. Wurden die Maßnahmen bezüglich ihrer Wirkungen evaluiert und aufgrund der Erkenntnisse weiterentwickelt?

Frage 24		
ja	0	0 %
nein	9	56 %
keine Angabe	7	44 %



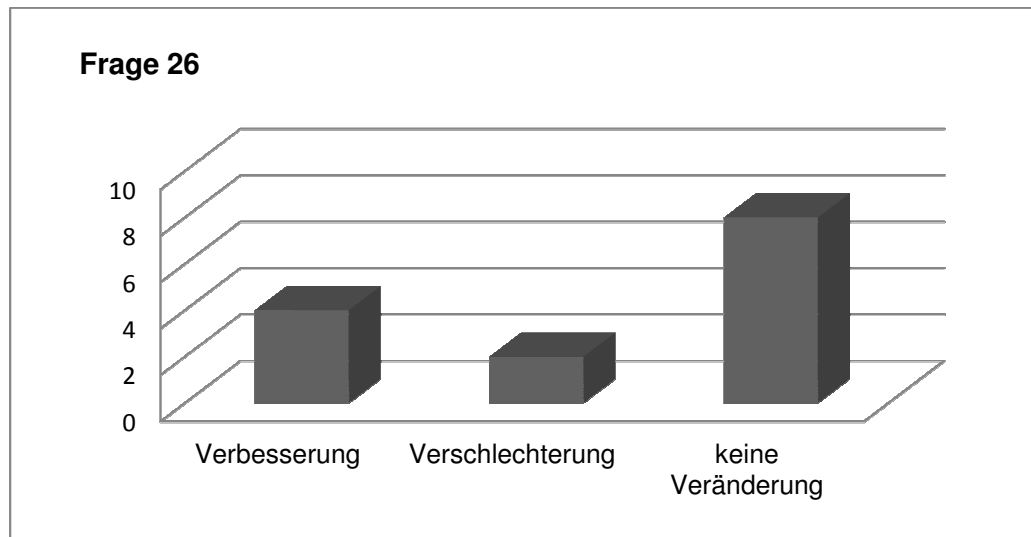
25. Wie schätzen Sie die Entwicklung rechtsextremer Ereignisse und Einstellungen in den letzten Jahren im Rems-Murr-Kreis ein?

Frage 25		
Verbesserung	3	19 %
Verschlechterung	5	31 %
keine Veränderung	5	31 %



26. Wie schätzen Sie die Entwicklung rechtsextremer Ereignisse und Einstellungen in den letzten Jahren in Ihrer Gemeinde ein?

Frage 26		
Verbesserung	4	25 %
Verschlechterung	2	13 %
keine Veränderung	8	50 %



Weitere Anmerkungen:

- Es ist sehr problematisch, dass sich die Örtlichkeiten immer wieder ändern. Wenn es in einem Ort massive Probleme gab, wird dieser i.d.R. länger gemieden - dort ist es dann ruhig, dafür wird ein anderer Ort belastet. Insofern schätzen wir das Grundproblem unverändert ein. Gemeinden können dann oft nur reaktionär tätig werden.
- Die Beantwortung der Fragen 1 und 2 mit "ja" resultiert aus der Einschätzung, dass es überall - wenn auch in unterschiedlichem Maße - rechtsradikales Gedankengut oder Gruppierung gibt. Unabhängig von diesem Maße wäre es falsch sich nicht dessen bewusst zu sein bzw. zumindest wo möglich zweckbezogen aktiv etwas für eine Auflösung dieses Gedankenguts und für ein vielfältiges Miteinander zu tun.
- Die Gemeinde sieht keine Probleme und daher auch keinen Handlungsbedarf
- Bislang gibt es in der Gemeinde keine Auffälligkeiten. Wir sind mit den Beamten des Polizeipostens in gutem Kontakt und würden informiert wenn sich hier Auffälligkeiten ergeben. Teilweise konnten nicht alle Fragen beantwortet werden, da wir vermutl. nicht über alle Initiativen oder Bündnisse innerhalb der Gemeinde informiert sind.
- Wir sind in den letzten Jahren glücklicherweise von rechtsextremen Umtrieben weitestgehend verschont geblieben. Grillfeste oder rechtsextremen Konzerte gab es nicht. Im vergangenen Jahr gab es eine angemeldete Kundgebung der Jugendorganisation der NPD, die im ganzen Stuttgarter Raum stattfand. Nach den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten wurde diese Kundgebung kontrolliert und ein enger örtlicher Rahmen vorgegeben, der von den Veranstaltungsteilnehmern eingehalten wurde. Die Kundgebung wurde von einer Gegendemo regelrecht übertönt.
- Zu wenig Erfahrung/Problemfälle bislang, um detaillierte Auskunft geben zu können
- Rechtsextremismus ist in unserer Gemeinde seit einigen Jahren kein Thema mehr. Frühere Aktivitäten insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind zurückgegangen oder werden nicht mehr publik.
- Aufgrund geografischer Lage und Abgeschiedenheit waren wir aktuell Versammlungsstätte einer als private Feier getarnten Veranstaltung der Jungnationalen und des Rings Nationaler Frauen. Vorbeugende Maßnahme war kaum möglich, da private Wiese von privat angemietet, grds. keine gewerbliche oder versammlungsrechtliche Genehmigung hierfür erforderlich. Vermieter der Grundstücksfläche wurde vom Mieter (Mitglied der Jungnationalen) wohl im Veranstaltungszweck getäuscht. Polizei und Bürgermeister konnten Versammlung auf Rechtsgrundlage des Waldgesetzes auflösen. Meiner Einschätzung nach von der Bevölkerung vor Ort nicht geduldet, aber teils verharmlost und etwas darüber hinweggesehen. Als das Ausmaß ersichtlich wurde, war ein zwischenzeitlicher Widerstand aus der Bevölkerung spürbar, jedoch ohne formelle Verbindung o.ä. Insgesamt von diesem Einzelfall abgesehen in den vergangenen Jahren in der Gemeinde wenig rechte Aktivitäten. Auch in diesem Fall aus meiner Sicht "lediglich" der Mieter des Grundstücks als aktive Person aus der Gemeinde aufgetreten.

Anlage 3**Schriftliche Befragung der Fachstelle Rechtsextremismus beim
Kreisjugendamt**

Schriftliche Befragung von Gerhard Dinger im Juli 2013

Schriftliche Befragung der Fachstelle Rechtsextremismus des Kreisjugendamtes Rems-Murr-Kreis

I. Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis

Wie schätzen Sie das Problemfeld Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis ein? Ist der Kreis eine „rechte Hochburg“ oder ist er nicht mehr betroffen als andere Landkreise auch? Gab es in der letzten Zeit Veränderungen an dieser Einschätzung?

Der RMK hat definitiv ein Problem mit rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen. Ob er mehr betroffen ist als andere Landkreise kann ich nicht sagen. Das hängt vorwiegend vom polizeilichen Ermittlungsverhalten ab. Da die Polizei im RMK sehr gute und konsequente Arbeit leistet, sieht man hier sicher mehr als in manch anderen Landkreisen.

Meine Vermutung: Hier ist es wahrscheinlich nicht viel schlimmer als in anderen Landkreisen.

Das ist aber auch nicht so wichtig. Alle Landkreise und Kommunen sollten (müssen) sich dem Problem Rechtsextremismus und Rassismus stellen.

Signifikante zeitliche Veränderungen habe ich nicht wahrgenommen.

Wie äußert sich Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis? Welche Probleme treten am häufigsten auf? Sind eher die ländlichen Gebiete oder die Städte betroffen?

- Eindeutig gekleidete Jugendliche am Supermarkt
- Brandanschlag in Winterbach im April 2011
- Rechtsextreme Plakataktionen am Gymnasium Murrhardt 2010 und 2011
- Verteilung der JN Schulhof-CD am 21.12.2012 am Schulzentrum Backnang und Schorndorf
- NPD Sonnenwendfeier am 22.06.2013 in der Nähe von Spiegelberg

Werden Rechtsextremismus und insbesondere auch rechte Orientierungen in der „Mitte der Gesellschaft“ von den lokalen Politikern und der Zivilgesellschaft als Problem wahrgenommen? Oder beschränkt sich das Bewusstsein und Tätigwerden auf Reaktionen nach besonderen Vorfällen, wie z.B. gewalttätige Übergriffe auf Migranten?

Grundsätzlich: Es gibt solche und solche.

Rechtsextremismus: Zwiespältig. Die meisten wollen nichts davon wissen. Man reagiert, wenn man reagieren muss und dann oft halbherzig. Andererseits gibt es die Fachstelle Rechtsextremismus beim Kreis, und die ist im Kreistag unbestritten. Kein anderer LK in BW leistet sich das.

Rechte Orientierungen in der Mitte: Da will man erst recht nicht ran, da muss man ja vor der eigenen Haustüre kehren.

Welche Maßnahmen der Intervention und Prävention werden im Kreis getroffen? Welche Zielgruppen und Zielvorstellungen sollen erreicht werden?

Intervention:

- Polizei (KOREX): Null-Toleranz-Strategie, Strategie der kleinen Nadelstiche, Zielgruppe Neonazis

Intervention und Prävention:

- Bürgerinitiativen: Weiler gegen Rechts, Bündnis Schorndorf, Rems-Murr Nazifrei, Antifaschistische Jugend Rems-Murr

Arbeit: Treffen, Demos, Mahnwachen, Recherche, Veranstaltungen, Bildungsarbeit

Zielgruppe: Politiker, Bürger

Prävention:

- Fachstelle Rechtsextremismus, Fachbeirat Rechtsextremismus (Arbeit und Zielgruppe siehe unten)
- Kreisjugendring Rems-Murr e.V.

Arbeit: Inklusion, Integration, Diversity

Zielgruppe: Jugendliche, Politiker, Migranten, Deutschstämmige

Wer trifft diese Maßnahmen? Wodurch werden sie finanziert und wie sind sie organisiert? Bestehen Kooperationsstrukturen, um die verschiedenen Maßnahmen untereinander zu koordinieren?

Fachstelle ist regelfinanziert, ebenso die Polizei

Bürgerinitiativen: ehrenamtlich, finanziert durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Kreisjugendring: Projektfinanzierung

Wie schätzen Sie die Wirkungen der repressiven und präventiven Maßnahmen, die bereits getroffen wurden, ein? Was wurde schon erreicht und was kann noch verbessert werden? Wurden Maßnahmen bezüglich ihrer Wirkungen evaluiert und weiterentwickelt?

+ Vor allem die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Jugendarbeit wurde deutschlandweit als beispielhaft gelobt und funktioniert aus meiner Sicht auch sehr gut.

+ Jugendliche und Erwachsene konnten sensibilisiert werden. Rechte Szene fühlt sich beobachtet.

- Wie man sich denken kann: Die Ursachen rechtsextremistischen Denkens und Handelns konnten nicht beseitigt werden.

- Es werden oft nicht die erreicht, die man gerne erreichen würde.

Die Evaluation der Arbeit steht noch in den Kinderschuhen. Die Notwendigkeit wurde erkannt. Gerade führen wir mehrere Fortbildungsveranstaltungen zur „Wirkungsorientierung kriminalpräventiver Angebote“ durch.

Wo sehen Sie gegenwärtige bzw. künftige Chancen und Grenzen von Intervention und Prävention im Hinblick auf Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis?

Grenzen: Ursachen können nicht beseitigt werden.

Chancen: Durch kontinuierliche Arbeit, und die ist hier möglich, kann die Qualität der Arbeit und damit auch ihre Erfolgsaussichten verbessert bzw. vergrößert werden.

Worin bestehen denn die (Haupt-)Ursachen rechtsextremistischen Denkens?

Schwierige Frage. Ich denke, es gibt eine ganze Reihe von möglichen Gründen, die je nach Person auf unterschiedliche Weise zutreffen können. Dazu gehört: mangelndes Wirksamkeitsgefühl, Angst vor Arbeitslosigkeit und Statusverlust, Langeweile im ländlichen Raum, "Jugendarbeit" der NPD, Attraktivität einfacher Lösungen, rechtsextrem denkende Eltern und/oder Großeltern, fremdenfeindliche und rassistische Grundstimmungen in unserem Land bis tief in die Mitte der Gesellschaft, Leugnen und Relativieren des Umfelds Rechtsextremer erleichtert es den Jugendlichen dabei zu bleiben und damit tiefer einzudringen, charismatische Figuren im rechtsextremen Bereich, Verdrossenheit mit unserem System (ohne Anspruch auf Vollständigkeit).

II. Tätigkeit der Fachstelle Rechtsextremismus des Kreisjugendamtes

Was sind Ihre vorrangigen Aufgaben? Womit haben Sie täglich zu tun, womit nur ab und zu? Welchen Anteil haben pädagogische und sozialarbeiterische Tätigkeiten? Welche Zielgruppen hat Ihre Arbeit? Werden diese Zielgruppen auch erreicht?

- Informationen für alle Interessierten
- Beratung von betroffenen und nichtbetroffenen Personen, Vereinen, Kommunen, Schulen, Aussteigern in den Themenfeldern Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Rechtsextremismus und Integration
- Prävention durch Veranstaltungen, Schulunterricht, Vorträge, aufsuchende Erwachsenenbildung
- Gremienarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung von Netzwerken und Bürgerinitiativen

Zielgruppe: alle Interessierten und Betroffenen im RMK, Erwachsene werden oft nicht erreicht

Anteil pädagogischer Tätigkeiten: 30 %

Für welche Akteure sind Sie größtenteils beratend tätig? Wie kommen diese Beratungen zustande? Wenden die Betroffenen sich mit Anfragen an Sie oder gehen Sie auf Betroffene zu? Inwiefern können auf diese Weise Lösungen und weitergehende Konzepte gegen Rechtsextremismus erarbeitet werden?

regelmäßig: Eltern, Vereine, Kommunen, Jugendliche

selten: Aussteiger

Was und wer soll mithilfe von Informationsbereitstellung, -veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden? Welchen Beitrag können Bildung und Aufklärung bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus leisten?

Vor allem Jugendliche und Erwachsene

Oft besteht wenig Einsicht und Sensibilität dem Thema gegenüber und vor allem bezüglich der eigenen Rolle bzw. dem eigenen Einfluss. Dem kann durch Bildung und Aufklärung angemessen begegnet werden.

Allerdings werden die Menschen, die man erreichen will, nicht erreicht.

Arbeiten Sie mit bestimmten Institutionen oder Personen regelmäßig zusammen? Läuft diese Zusammenarbeit gut oder gibt es Schwierigkeiten? Arbeiten Sie, als institutionell verankerte Stelle auch mit befristeten Projekten und Modellprogrammen zusammen?

Mit Polizei, Bürgerinitiativen, Schulen, Staatlichem Schulamt, Kreisjugendring.

Die Zusammenarbeit läuft vorwiegend gut und auf vertrauensvoller Basis. Man muss „nur“ die eigenen Möglichkeiten, Rahmenbedingungen und Grenzen der eigenen Arbeit, wie auch die der anderen kennen und respektieren.

Über den Kreisjugendring arbeite ich auch mit befristeten Projekten zusammen.

Ist die Fachstelle in ein Gesamtkonzept gesellschaftlicher und politischer Institutionen eingebunden? Sind alle wichtigen Akteure im Fachbeirat vertreten um die verschiedenen Strategien und Konzepte wirksam aufeinander abzustimmen?

Ja die Fachstelle ist eingebunden.

Der Fachbeirat ist mit allen wichtigen Akteuren des RMK besetzt. Dies sind: Vertreter der Kommunen, Gewerkschaften, alle Fraktionen im Kreisrat, Volkshochschulen, Kreisjugendring, Migrantenvereine, Bürgerinitiativen, Kirchen, Staatliches Schulamt, Polizei, Jugendarbeit, Kreisjugendamt, Initiative sicherer Landkreis und Prof. Dr. Kurt Möller von der HS Esslingen.

Worin sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit? Was haben Sie schon erreicht und wo bestehen momentan noch Schwierigkeiten? Werden die Wirkungen Ihrer Tätigkeit auch objektiv überprüft?

Durch Kontinuität kann Vertrauen aufgebaut werden. Dadurch ist die Stelle bekannt und wird auch genutzt und von allen als kompetenter Ansprechpartner angesehen und befragt.

Da, wie oben schon mehrfach beschrieben, Erwachsene häufig nicht erreicht werden, arbeiten wir an Konzepten der aufsuchenden Erwachsenenbildung. Hierdurch wurden in den letzten zwei Jahren schon viel mehr Erwachsene erreicht, informiert und sensibilisiert.

Schwierigkeiten gibt es vor allem durch die Tatsache, dass die Fachstelle für den ganzen Kreis zuständig ist. Hierdurch kann Beziehungsarbeit in der Regel nicht geleistet werden. Diese wäre aber notwendig um mit rechtsaffinen Jugendlichen „erfolgreich“ arbeiten zu können.

Evaluation steckt noch in den Kinderschuhen. In diesen Sommerferien werde ich das neu gelernte Werkzeug auf meine Angebote anwenden. Rückmeldungen hole ich mir bisher immer von den Schulklassen ein. Das ist aber zugegebenermaßen nicht ganz objektiv.

Was kann man sich unter dem erwähnten Konzept der aufsuchenden Erwachsenenbildung vorstellen?

Der Zugang ist: Die Erwachsenen haben einen großen Einfluss auf die politischen Einstellungen der Jugendlichen, wissen aber wenig bis gar nichts darüber und schätzen auch ihren Einfluss als sehr gering ein.

Das Grundproblem ist, dass oft die Leute nicht zu Vorträgen, Workshop oder Ähnlichem zum Thema kommen, von denen man denkt, dass sie kommen sollten. Die Frage ist also, wie erreiche ich diese Erwachsenen?

Die Idee ist, und das läuft jetzt schon seit zwei Jahren: immer am zweiten Elternabend pro Jahr sollen Eltern selbst kleine Vorträge zum Thema Rechtsextremismus halten. Sie werden von mir geschult und mit dem notwendigen Begleitmaterial ausgestattet. Das läuft jetzt in allen Schularten und soll, wenn es weiterhin funktioniert, in immer mehr Schulen im RMK angeboten werden. Ziel: Information und Sensibilisierung.

Anlage 4**Schriftliche Befragung der Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der Polizeidirektion Waiblingen**

Schriftliche Befragung im August 2013

Schriftliche Befragung der Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der Polizeidirektion Waiblingen

I. Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis

Wie schätzen Sie das Problemfeld Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis ein? Ist der Kreis eine „rechte Hochburg“ oder ist er nicht mehr betroffen als andere Landkreise auch?

Vorneweg ist festzustellen, dass die Entwicklung der Fallzahlen für den Bereich der Polizeidirektion Waiblingen in den letzten zehn Jahren deutlich zurückgegangen ist. Auch im ersten Quartal 2013 sank die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten nochmals gegenüber dem Vergleichszeitraum 2012.

Wenngleich die Zahlen deutlich rückläufig sind, ist es nicht von der Hand zu weisen, dass der Begriff „braune Hochburg“ durch Ereignisse, wie z.B. Brandanschlag in Winterbach (2010), zumindest medial nach wie vor Verwendung findet.

Wie äußert sich Rechtsextremismus im Rems-Murr-Kreis? Welche Straftaten und andere Erscheinungsformen treten am häufigsten auf? Wie schätzen Sie die Dunkelziffer rechtsextremistischer Straftaten ein? Sind eher die ländlichen Gebiete oder die Städte betroffen?

Die deliktische Betrachtung zeigte, dass es sich bei der Mehrheit der Straftaten um sog. Propagandadelikte handelt. Hierbei handelt es sich in einer Vielzahl der Fälle um entsprechende Farbschmierereien oder das Rufen von Parolen.

Auf Grund einer offensiven Bekämpfung des Rechtsextremismus durch die Polizei sowie einer starken Vernetzung mit Behörden und anderen Stellen innerhalb des Rems-Murr-Kreises konnte sowohl innerhalb der Bürgerschaft, aber auch innerhalb der Polizei eine hohe Sensibilität und Anzeigenbereitschaft erzielt werden. Aus diesem Grund wird somit eher eine geringe Anzahl von Fällen angenommen, die der Dunkelziffer zuzuschreiben sind.

Auf Grund einer überwiegend ländlichen Struktur im RMK sowie einer letztendlich geringen Fallzahl können keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf ein Stadt-/Land-Gefälle festgestellt werden.

Haben sich in der letzten Zeit, eventuell auch seit Einrichtung der Koordinierungsstelle Rechtsextremismus bei der Polizeidirektion, Veränderungen an der Einschätzung der Lage ergeben? Inwiefern?

Bereits im Jahre 1999 wurde seitens der PD Waiblingen auf Grund der allgemein festzustellenden Zunahme von rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingerichtet, in deren Folge auch die KOREX (Koordinierungsstelle „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“) gebildet worden ist. Die davon umfassten polizeilichen Maßnahmen sind von den Leitgedanken „Null-Toleranz“, niedrige Einschreitschwelle sowie konsequente polizeiliche Präsenz geprägt und sprechen für eine bereits frühzeitig eingetretene, zielgerichtete Einschätzung des Phänomens.

Insbesondere durch die Einrichtung der Fachstelle Rechtsextremismus beim LRA Rems-Murr-Kreis konnte erreicht werden, dass die Problematik auch flächendeckend, also mit Unterstützung der Gemeinschaft in Angriff genommen werden konnte.

Wie schätzen Sie die Verbreitung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Orientierungen bei Polizeibeamten ein? Wie innerhalb des Justizsystems? Gibt es Unterschiede zwischen der allgemeinen Situation und der im Rems-Murr-Kreis?

Wenngleich auch die Polizei als Spiegelbild der Gesellschaft angesehen werden kann, ist festzustellen, dass zumindest für den Bereich der PD Waiblingen in der Vergangenheit kein diesbezügliches strafrechtlich relevantes Verhalten durch Polizeibeamte bekannt ist.

Aussagen zu Feststellungen im Justizsystem können nicht getroffen werden.

Entsprechende Unterschiede sind im Grundsatz eher nicht auszumachen. Tatsächlich sind hierbei jedoch in erster Linie die örtlichen Gegebenheiten zu beachten, die sich z.B. im Rahmen einer Ausländerproblematik oder durch eine hohe Arbeitslosenquote oftmals leicht beeinflussen lassen.

Besteht ein entsprechendes Problembewusstsein bezüglich Rechtsextremismus, innerhalb aber auch außerhalb des Polizeivollzugsdienstes? Werden ausreichende Gegenmaßnahmen von allen wichtigen Akteuren getroffen?

Hierzu wird auf die bisherigen Antworten verwiesen.

II. Tätigkeiten der Koordinierungsstelle Rechtsextremismus der Polizeidirektion Waiblingen

Was sind die Aufgaben der Koordinierungsstelle Rechtsextremismus? Womit haben Sie täglich zu tun, womit nur ab und zu? Was sind die wichtigsten Aufgaben?

Die KOREX ist die zentrale polizeiliche Ansprechstelle für den Bereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie übernimmt darüber hinaus auch repressive und präventive Aufgaben.

Als wichtigste Aufgabe wird das Erkennen von rechtsextremen Entwicklungen und Tendenzen angesehen, wobei wesentliche Feststellungen hierzu im Rahmen der Strafverfolgung gewonnen werden können.

Wie unterscheiden sich Ihre Tätigkeiten von der „normalen“ Polizeiarbeit? Liegen die Maßnahmen eher im präventiven oder im repressiven Bereich?

Keine

Welche Zielgruppen haben Ihre Tätigkeiten? Arbeiten Sie auch intern mit den Beamten der Polizeidirektion oder mit Opfern rechtsextremistischer Gewalt? Oder sind (potenzielle) Straftäter die einzigen Adressaten Ihrer Arbeit?

Die KOREX ist keine selbständige Einrichtung, sondern ein besonderer Aufgabenbereich innerhalb des Dezernates „Polizeilicher Staatsschutz“.

Arbeiten Sie auch mit anderen Behörden oder gesellschaftlichen Akteuren zusammen? Welche Kooperationen sind besonders effektiv, bei welchen gibt es Schwierigkeiten? Sind Sie in Kooperationsnetzwerke eingebunden?

Siehe KOREX

Worin sehen Sie Erfolge Ihrer Arbeit? Was haben Sie schon erreicht und wo bestehen momentan noch Schwierigkeiten? Werden die Wirkungen Ihrer Arbeit auch objektiv überprüft?

Der Erfolg wird insbesondere im Rückgang der Fallzahlen sowie einer hohen Sensibilität innerhalb der Bevölkerung gesehen.

Während die Vernetzung innerhalb der Behörden auch weiterhin als Erfolg betrachtet werden kann, liegen die Schwierigkeiten in den gesetzlichen, insbesondere datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die zum Teil die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Fachstellen im besonderen Maße beeinflussen.

Wie sieht die Zukunft der Koordinierungsstelle aus? Soll die Arbeit angesichts angespannter Haushaltslagen und der geplanten Neuorganisation der Aufbaustruktur der Polizei fortgeführt werden?

Auf jeden Fall!

Anlage 5**Antrag auf Förderung für die Entwicklung integrierter lokaler Strategien (Lokaler Aktionsplan)**

Antrag des Kreisjugendamts auf Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ im Jahr 2006.

Zur Verfügung gestellt von Susanna Steinbach, Kreisjugendring Rems-Murr e.V.

Nachfragen zum Ausfüllen des Antrags
richten Sie bitte an

Kontaktstelle
c/o Stiftung Demokratische Jugend
Grünberger Straße 54
10405 Berlin

Tell 030-200 789-60
kontaktstelle@jugendstiftung.org
www.jugendstiftung-vielfalt.org

Antragsnummer

Posteingang

Füllen Sie das Formular an ihrem PC aus. Ver-
senden Sie das vollständig ausgefüllte
Formular als Word Dokument an kontaktstel-
le@jugendstiftung.org.

Senden Sie eine ausgedruckte unterschriebene
Kopie an:

Kontaktstelle
c/o Stiftung Demokratische Jugend
Grünberger Straße 54
10405 Berlin

**Antrag auf Förderung für
die Entwicklung integrierter
lokaler Strategien**

Formular für das Vorverfahren

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Inhalt

1.	Angaben des/der Antragsteller/in	3
2.	Angaben zum Fördergebiet	4
3.	Strukturdaten des im Lokalen Aktionsplan beschriebenen Fördergebietes	5
4.	Beschreibung der besonderen Problemlage im Fördergebiet zur Thematik Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus	8
6.	Vorerfahrungen mit der Umsetzung von Maßnahmen/Projekten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Ihrer Kommune	10
7.	Ziele	11
8.	Handlungskonzept	12
9.	Kurzdarstellung der Projektideen	13
10.	Zielgruppen	14
11.	Gender Mainstreaming	15
12.	Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen	16
13.	Gewährleistung der internen Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren	17
14.	Partnerschaften zur Entwicklung eines Lokalen Aktionsplans	18
15.	Ämternetzwerk/Ämterkooperation	19
16.	Begleitausschuss	20
17.	Lokale Koordinierungsstelle	21
18.	Einbindung des Lokalen Aktionsplans in bestehende oder geplante kommunale Entwicklungskonzepte	21
19.	Angaben zum vorgesehenen Controlling der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans	22
20.	Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Selbstevaluation und Qualitätssicherung der Einzelprojekte	22
21.	Förderzeitraum des Lokalen Aktionsplans	23
22.	Finanzierung	23
23.	Eigenleistung	23
24.	Kontoverbindung	23
25.	Rechtsverbindliche Unterschrift	24

1. Angaben des/der Antragsteller/in

Name der verantwortlichen Behörde / Amt

<input type="text" value="Kreisjugendamt Rems-Murr"/>							
Bundesland	<input type="text" value="Baden-Württemberg"/>						
PLZ	<input type="text" value="71332"/>	Ort	<input type="text" value="Waiblingen"/>				
Straße / Hausnr. oder Postfach	<input type="text" value="Winnender Str. 25/1"/>						
Telefon	<input type="text" value="7151"/>	/	<input type="text" value="5011255"/>	Telefax	<input type="text" value="7151"/>	/	<input type="text" value="5011440"/>
E-Mail 1	<input type="text" value="p.wieland@rems-murr-kreis.de"/>						
E-Mail 2	<input type="text"/>						

Ansprechpartner/in für Rückfragen der Kontaktstelle zum Antrag

Anrede	<input type="text" value="Herr"/>		
Vorname	<input type="text" value="Peter"/>	Nachname	<input type="text" value="Wieland"/>
Funktion	<input type="text" value="Leiter des Kreisjugendamtes"/>		

2. Angaben zum Fördergebiet

Die Förderung wird beantragt für das Fördergebiet:

Rems-Murr-Kreis

Gesamtzahl der Einwohner/innen
im Fördergebiet ca.

417.000

(Bitte beachten Sie, dass das ausgewählte
Fördergebiet mindestens 10.000 Einwohner/innen
umfassen muss)

☐

Kommune

☒

Landkreis

☐

Zusammenschluss von Gebietskörperschaften (bitte den Zusammenschluss näher erläutern)

Bitte geben Sie die einschlägige Kreiskennziffer an
die Kreiskennziffern finden Sie unter:

<http://www.zvs.de/Antragstellung/HinweiseZA/KreiskennzahlenWS05.pdf>

Kreiskennziffer(n):

08119

3. Strukturdaten des im Lokalen Aktionsplan beschriebenen Fördergebietes

3.1 Einwohnerzahl der Kommune / des Landkreises / des Zusammenschlusses von Gebietskörperschaften, in der/dem sich das Fördergebiet befindet (bitte ankreuzen)

- ☐ ab 10.000 bis 20.000 Einwohner/innen
☐ 20.000 bis 100.000 Einwohner/innen
☒ über 100.000 Einwohner/innen

3.2 Verwaltungsgröße der Gebietskörperschaft, in der sich das Fördergebiet befindet (bitte ankreuzen)

- ☐ kreisangehörige Stadt
☐ kreisfreie Stadt
☒ Landkreis

3.3 Bevölkerungsstruktur (bezogen auf das beschriebene Gebiet)

Hinweis: Sollte keine statistische Erfassung für dieses Gebiet existieren, greifen Sie bitte auf Zahlen des nächstgrößeren Gebietes zurück (z.B. Kommune oder Arbeitsamtsbezirk).

3.3.1 Einwohnerzahl

Gesamtzahl der Einwohner/innen des Fördergebietes	417000
Anteil der Frauen (bezogen auf die Einwohnerzahl des Gebietes)	212000
Anteil der Männer (bezogen auf die Einwohnerzahl des Gebietes)	205000
Größe des Gebietes in qm	858

3.3.2 Arbeitslosenquote nach Geschlecht differenziert (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen des Fördergebietes)

Anteil der Frauen	7%
Anteil der Männer	6%
Gesamt	7%

3.3.3 Anteil der Ausländer/innen (bezogen auf die Gesamtbevölkerung)

Anteil der Frauen	6%
Anteil der Männer	7%
Gesamt	13%

3.3.4 Altersstruktur nach Geschlecht differenziert (bezogen auf die Gesamtbevölkerung)

Altersgruppe	davon männlich	davon weiblich	Gesamt: Anteil der Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung
0 – 25	14%	13%	27%
25 – 55	22%	21%	43%
55 und älter	14%	16%	30%
	50%	50%	100%

3.4 Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien bei den letzten Kommunalwahlen

Kreistagswahl 2004: Republikaner 3,2%

3.5 Zusammensetzung des Gemeinderats Ihrer Kommune bzw. des Kreistages Ihres Landkreises

CDU:	34 Sitze
SPD:	18 Sitze
FDP/FW:	13 Sitze
Freie Wähler:	11 Sitze
Bündnis90/Die Grünen:	9 Sitze
Republikaner:	2 Sitze
ÖDP:	1 Sitz

3.6 Überblick über rechtsextreme Straf- und Gewalttaten in Ihrer Gebietskörperschaft in den letzten 36 Monaten

Straftaten

Fünffjahresvergleich rechtsmotivierter Straftaten mit Untergruppen (RMK–Land BW)

	2001		2002		2003		2004		2005	
	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK
REX	857	34	655	94	489	85	574	54	574	52
FREF	387	10	281	1	219	25	241	3	221	17
ASM	205	6	161	3	140	7	99	1	131	8
Sum:	1449	50	1097	98	898	117	914	58	1166	77

REX = rechtsextremistische Straftaten

FREF = fremdenfeindliche Straftaten

ASM = antisemitische Straftaten

Für das Jahr 2006 ist bislang ein erneuter Anstieg rechtsmotivierter Straftaten festzustellen.

Ausführlicher s. Anlage.

4. Beschreibung der besonderen Problemlage im Fördergebiet zur Thematik Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Skizzieren Sie die Problemlage.

Der Rems-Murr-Kreis ist ein ländlicher Flächenlandkreis, der durch seine Nähe zu Stuttgart und durch Arbeitsplätze in der Industrie eine lange Geschichte der Zuwanderung hat. Trotzdem ist es viele Jahre versäumt worden, Integration als gesamtgesellschaftlichen Auftrag ernst zu nehmen. Auch von Seiten der Zugewanderten, wurden bisher insgesamt zu wenige Anstrengungen unternommen, sich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren. Dies bei allen persönlichen und nationalen Unterschieden. Dies kann zu Unverständnis, Vorbehalten und Vorurteilen in Teilen der Bevölkerung und zu einer akzeptierenden bis unterstützenden Grundhaltung gegenüber fremdenfeindlichen und rechtsmotivierten Jugendkulturen und Straftaten führen.

Im Rems-Murr-Kreis gibt es einige Schwerpunkte rechtsextremer Gruppierungen und Parteien und fremdenfeindlicher Straftaten, wobei die Szene mobil ist und sich aus Personen aus dem ganzen Kreis zusammensetzt. Sie ist geprägt durch aggressiven völkischen Nationalismus, die Ablehnung oder Relativierung individueller Menschenrechte, Antisemitismus, Rassismus und Sozialdarwinismus, autoritäres Politikverständnis, Verherrlichung des Nationalsozialismus, Neigung zu Verschwörungstheorien und Gewalt.

Es besteht deshalb vor allem in den großen Kreisstädten, in den ländlichen Mittelzentren und in einigen ländlichen Gemeinden ein großer Handlungsdruck, die Integrationskraft der Aufnahmegesellschaft zu stärken und den Integrationswillen der MigrantInnen zu erhöhen.

Allerdings gibt es auch sehr positive Signale und auf die möchten wir unseren lokalen Aktionsplan aufbauen: Es gibt in vielen Verwaltungen, Betrieben, Vereinen, Einrichtungen und Schulen Menschen, die sich für die Integration von MigrantInnen engagieren möchten.

Diesen Initiativen und Einzelpersonen fehlt es aber oft an einer Struktur und an einem gemeinsamen Handlungskonzept und die gedanklichen und operativen Ansätze sind oft nur partikulär und nicht miteinander im Austausch oder vernetzt. Auch fehlt es immer wieder an fundiertem inhaltlichem und methodischem Fachwissen. Kreativität und Energie geht deshalb ins Leere.

Es zeigt sich, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund einen deutlich schlechteren Zugang zu gesellschaftlichen EntscheiderInnen haben als deutsche Jugendliche. Integration ist nur selten „Chefsache“ in den Kommunen, Organisationen und Einrichtungen. Dort wo sich bspw. ein Bürgermeister dem Thema annimmt und es als positiven Entwicklungsansatz für seine Gemeinde begreift, nimmt es deutlich an Fahrt auf. Auch da wo Politprominenz als UnterstützerInnen gefunden werden kann, wird das Thema deutlich ernster genommen.

Teilweise beschränken sich die Aktivitäten auf „Multi-Kulti-Feste“. Dies greift angesichts der Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund am Arbeits- und Ausbildungsmarkt und der daraus entstehenden sozialen Herausforderungen deutlich zu kurz.

Unser Projekt soll an diesen Problemanzeigen ansetzen.

5. Aufführung der bestehenden Netzwerke, zivilgesellschaftlichen Initiativen und weiteren Partner für die Umsetzung von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in dem Fördergebiet

- *Projektbeirat rechte Gewalt (auf Kreisebene, mit VertreterInnen aus Kirchen, Verwaltung, Jugendarbeit, Fachhochschule, Polizei, Schule)
- *Koordinierungsstelle gegen rechte Gewalt des Kreisjugendamtes
- *Korex = Koordinierungsstelle der Polizei gegen Rechtsextremismus
- *Aktionsbündnis "gegen rechts" Schorndorf
- *Aktionsbündnis Waiblingen
- *Schule mit Courage Murrhardt
- *Aktionsbündnis Bunt statt Braun Waiblingen (Kulturhaus Schwanen, Koordinierungsstelle gegen rechte Gewalt, SMV Waiblingen, Jugendgemeinderat Waiblingen, Waiblinger Schulen, Kreisjugendring Rems-Murr)
- *Murrhardter Aktionsbündnis Integration (bisher: Bürgermeister, Polizei, Stadtjugendring, Kreisjugendring, Jugendzentrum, Türkischer Jugend und Kulturverein, Moscheeverein Ditib, katholische Kirche, Türkischer Sportclub, aktive Einzelpersonen)
- *Fellbacher Aktionsbündnis Integration (bisher: Integrationsbeauftragte, Stadtjugendring, Stadtjugendreferent, DLRG Fellbach, Kreisjugendring, Sportvereine, ev. Kirche, katholische Kirche, Polizei)
- *Backnanger Aktionsbündnis Integration (bisher: Integrationsbeauftragte, Stadtjugendring, Griechisch-Pontischer Kulturverein, Ditib Backnang, Italienischer Club, Mobile Jugendarbeit, Jugendhaus)
- *Dachverband der Jugendzentren Rems-Murr e.V.
- *Arbeitskreis Offene Jugendarbeit (Arbeitsgemeinschaft der Jugendhäuser)
- *Arbeitskreis Mobile Jugendarbeit
- *Arbeitskreis Asyl Schorndorf
- *christlich-moslemischer Dialog Murrhardt
- *Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsjugend
- *Bund der katholischen Jugend - Dekanatsstelle Waiblingen/Backnang
- *Ev. Jugendwerk Bezirke Waiblingen, Backnang und Schorndorf
- *Handwerkskammer, IHK, Südwestmetall

**6. Vorerfahrungen mit der Umsetzung von Maßnahmen/Projekten
gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit
und Antisemitismus in Ihrer Kommune**

Erfahrungen gibt es vor Allem im präventiven Bereich. Der Kreisjugendring und die Koordinierungsstelle gegen rechte Gewalt ist seit vielen Jahren mit phantasievollen Projekten und Fortbildungen am Thema dran. Vor allem jedoch durch die Stärkung partizipativer Angebote für Jugendliche aus allen Bildungsschichten und sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum.

Als Partizipationsprojekte seien besonders genannt die Jugendstudien "Jugendarbeit 2000X", "Jugend spricht" und "Der Aufmischer", das sowie viele Jugendforen und Wertediskussionen wie bspw. die Reihe "Abenteuer Alltag" bei der Jugendliche von rechts bis links über ihre Haltungen und Werte diskutieren.

Durch die Schaffung eines Fachbeirates gegen rechte Gewalt wurde in Grundzügen ein Netzwerk geschaffen, dass für neue Arbeitsansätze genutzt werden kann.

Im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses und im JHA des Kreistages selbst, wird regelmäßig über Rechtsextremismus bzw. Fremdenfeindlichkeit informiert und diskutiert.

Da viel Begegnung zwischen Deutschen und MigrantInnen am Arbeitsplatz stattfindet, weil über das gemeinsam Arbeiten Sprache und Kulturtechniken vermittelt werden und weil die Teilhabe am Arbeitsleben ein wichtiger Aspekt der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist, ist dies ein sehr wichtiges Feld der Integration. Hier hat der Kreisjugendring mit seiner "Jobengine" schon sehr wichtige Ansatzpunkte entwickelt.

Kontakt zu rechten Jugendlichen haben teilweise die Mobile Jugendarbeit. Weitere Erfahrungen in Bezug auf Maßnahmen und Projekte gegen Rechtsextremismus kann vor allem die Koordinierungs- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus des Kreisjugendamtes vorweisen. Zu dem Aufgabengebiet der Koordinierungsstelle gehören unter Anderem die Beratung von Institutionen, von pädagogisch Tätigen, von betroffenen Jugendlichen, die Ausstiegsberatung, die Vernetzung bestehender Projekte, die Öffentlichkeits und Aufklärungsarbeit, die Arbeit mit Multiplikatoren und die Bildungsarbeit. Die Kontakte und Erfahrungen werden in das beantragte Projekte mit einbezogen.

An einigen Schulen finden Projekttag zum Thema statt. Eine Schule wurde als "Schule mit Courage" ausgezeichnet. Schulen sind ein wichtiger Ansprechpartner, aber auch ein Feld, an dem noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Der Kontakt zwischen Schulen und Eltern mit Migrationshintergrund ist nicht immer zum Besten bestellt, da es immer wieder Vorbehalte und Kommunikations-schwierigkeiten gibt.

Vereine von MigrantInnen schotten sich häufig gegenüber Deutschen ab, aber auch von Deutschen geprägte Vereine sind nur scheinbar offen für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Unsere Erfahrungen zeigen, dass von beiden Seiten ein aktiveres Vorgehen notwendig ist.

7. Ziele

Benennen Sie die geplanten Ziele Ihrer lokalen Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Unterscheiden Sie dabei zwischen Leit-, Mittler- und Handlungszielen (SMART).

Leitziel:

Offenheit der Aufnahmegesellschaft und Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund erhöhen. Fremdenfeindlichkeit abbauen, Zivilgesellschaft stärken.

Mittlerziel 1: Gegenseitige Vorbehalte abbauen

Handlungsziele:

- *6 Interkulturelle Workshops für jugendliche und Erwachsene MigrantInnen und Deutsche durchführen.
- *6 Interkulturelle Foren mit MigrantInnen und MultiplikatorInnen durchführen.
- *10 gemeinsame Aktivitäten initiieren und durchführen
- *2 Jugendpartnerschaften mit der Türkei, Italien, Griechenland... starten.
- *6 Informationsveranstaltungen durchführen
- *Gespräche zwischen "deutschen" Vereinen und Vereinen von MigrantInnen initiieren.
- *2 Veranstaltungen zum Dialog der Religionen durchführen
- *IntegrationsbegleiterInnen ausbilden und unterstützen.

Mittlerziel 2: politische Partizipation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern.

Handlungsziele:

- 6 Jugendforen "Migration" durchführen
- 2 Jugendbefragungen durchführen
- 20 Umsetzungsprojekte aus den Jugendforen und Befragungen durchführen

Mittlerziel 3: Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Bildung unterstützen.

Handlungsziele:

- *ehrenamtliche Azubi-Paten für Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden und einsetzen
- *Bewerbungstrainings mit interkulturellen Gesichtspunkten durchführen
- *Informationsveranstaltungen mit Schulen durchführen
- *Elternarbeit
- *Sprachförderung

Mittlerziel 4: Integrationskraft bestehender Einrichtungen erhöhen, Bewusstsein schaffen, Vereine, Schulen, Kirchen... sensibilisieren und aktivieren.

Handlungsziele (teilweise s.o.)

- *aufklären und informieren durch Veranstaltungen, Gespräche, Broschüren
- *Organisationen motivieren, einbeziehen und unterstützen

Die Handlungsziele müssen regelmäßig überprüft und angepasst werden, da sie stark von den Bedarfslagen vor Ort geprägt werden. Die genannten erwarten wir.

8. Handlungskonzept

Stellen Sie bitte ein Handlungskonzept zur Erreichung der o.g. Ziele auf.
Beschreiben Sie dabei bitte auch die geplanten Handlungsschritte.

Auf Kreisebene wird zunächst ein Begleitbeirat gegründet und eine Fachstelle für das Projekt eingerichtet. Es zeichnet sich ab, dass der Begleitbeirat der erweiterte Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses sein wird. Die Fachstelle begibt sich mit viel fachlichem und methodischem Wissen in die Netzwerk- und Projektarbeit auf Anforderung oder Eigeninitiative vor Ort. Sie versorgt die Akteure mit Informationen und arbeitet ihnen zu. Sie bündelt das Fachwissen und die Erfahrungen aus dem Projektverlauf und bietet und vermittelt bei Bedarf sachliche und personelle Unterstützung.

Die Handlungsstränge selbst werden sich von Kommune zu Kommune unterscheiden. Alle Ergebnisse werden für die Jugendhilfeplanung verwertet. Die Vorerfahrungen fließen in die Arbeit ein. Hier ein beispielhafter Verlauf, den wir den Microprojekten so auch empfehlen.

1. Bildung eines lokalen Netzwerkes: In dem lokalen Netzwerk sollen alle relevanten Kräften aus der Politik, Verwaltung, ehrenamtliche Jugendarbeit, hauptamtliche Jugendarbeit, Schulen und sonstigen interessierten Menschen zusammen arbeiten. Da die Netzwerke für das Gelingen des Projekts eine zentrale Bedeutung haben, werden wir hier sehr gründlich vorgehen. Wir werden Überzeugungsarbeit leisten müssen, da bei manchen Menschen häufig noch Widerstände bestehen, das Thema anzugehen.

2. Bedarfsermittlung: Durch die Einsicht von relevanten Daten wie Bevölkerungsstatistiken, Wahlergebnisse, Sozialstrukturdaten versuchen wir uns gemeinsam ein umfassendes Bild des Gemeinwesens zu machen. Durch Interviews, Fragebogenaktionen und Veranstaltungen wie z.B. Jugendforen, interkulturelle Foren und Open Space Veranstaltungen, Interviews mit Jugendlichen und Erwachsenen soll ein Bedarf in Bezug auf Integration und Rechtsextremismus ermittelt werden.

3. Erstellung des örtlichen/sozialräumlichen Aktionsplans: Auf der Grundlage der Bedarfsermittlung wird ein Aktionsplan erstellt, der von allen im Netzwerk mitarbeitenden Menschen mitgetragen werden soll.

4. Durchführung der Aktionen unter Beteiligung der NetzwerkmitarbeiterInnen: Hier sollen unterschiedliche Methoden wie z.B. Jugendforen, Zukunftswerkstätten, Open Space-Konferenzen, Info- und Diskussionsveranstaltungen, jugendkulturelle Veranstaltungen, Wertediskussionen zum Einsatz kommen. Ein zentraler Grundsatz wird dabei sein, so viel wie möglich mit den Kräften vor Ort zu organisieren. Die Fachstelle arbeitet nach Bedarf mit, moderiert, unterstützt, hat Ideen, finanziert...

5. Auswertung und weitere Planung. Wie geht es auf der Grundlage des Projektverlaufes weiter?

9. Kurzdarstellung der Projektideen

Benennen und erläutern Sie kurz Ihre Projektideen zur Erreichung Ihrer Ziele und skizzieren Sie den geplanten Zeitplan.

Kern unserer Projektidee ist der partizipative Ansatz. Dieser muss vor Ort verwirklicht werden. Jeder Sozialraum ist anders zusammengesetzt, deshalb werden die Ergebnisse und auch die Umsetzungsstrategien und -projekte sehr unterschiedlich sein. (Zeitplan siehe Anlage)

Hier eine Liste der Projekte die wir aufgrund unserer bisherigen Erfahrungen erwarten. Sie ist allerdings aufgrund des partizipativen Ansatzes unverbindlich:

- *Interkulturelle Workshops für jugendliche und Erwachsene MigrantInnen und Deutsche durchführen. (In Schulen, Firmen, Einrichtungen, Vereinen...)
- *Interkulturelle Foren mit MigrantInnen und MultiplikatorInnen durchführen.
- *Jugendpartnerschaften mit der Türkei, Italien, Griechenland... starten.
- *Gespräche zwischen "deutschen" Vereinen und von MigrantInnen initiieren.
- *Veranstaltungen zum Dialog der Religionen durchführen
- *IntegrationsbegleiterInnen ausbilden und unterstützen.
- *Jugendforen "Migration" und Jugendbefragungen durchführen
- *Ehrenamtliche Azubi-PatInnen für Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden und einsetzen
- *Bewerbungstrainings mit interkulturellen Gesichtspunkten durchführen
- *Informationsveranstaltungen mit Schulen durchführen
- *Elternabende für MigrantInnen an Schulen oder außerhalb von Schulen
- *Sprachförderung an Schulen und außerhalb
- *Informationsbroschüre "Interkulturelle Öffnung" erstellen
- *deutsch-türkisches Jugendcamp mit politischen Bildungsinhalten durchführen
- *Öffnungskonzepte für Vereine entwickeln
- *türkische Schiedsrichter für deutsche Vereine ausbilden
- *Räume für Jugendcliquen mit Migrationshintergrund beschaffen oder vorhandene Räume öffnen
- *offene Vereinsangebote oder Sportmöglichkeiten für MigrantInnen anbieten
- *örtliche Anlaufstellen für MigrantInnen initiieren
- *intergenerative Ansätze umsetzen
- *bikulturelle Menschen in die Jugend- und Sozialarbeit einbeziehen
- *Öffnung der Vereine von MigrantInnen erhöhen
- *Jugendringe nehmen Vereine mit Migrationshintergrund auf
- *Initiative starten, die Förderung von Vereinen und Jugendarbeit zu überarbeiten
- *Kooperationen der örtlichen Akteure anregen (bspw. Musikschule bietet Sas-Kurs gemeinsam mit dem türkischen Verein)
- *gemeinsame kulturelle Veranstaltungen
- *biografische Projekte von und über MigrantInnen
- *Informationsreihe "Religionen der Welt" an meinem Ort
- *mehr örtliche Integrationskonzepte entwickeln und umsetzen
- *Veranstaltungen zum europäischen Gedanken
- *Veranstaltungen mit EntscheiderInnen und MigrantInnen organisieren (bspw. MdBs und türkische Vereine)
- *interkulturelle Ferienangebote
- *Gedenkstättenfahrten gemeinsam mit Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund.
- *Antisemitismus im interkulturellen Kontext

Zeitplan siehe Anlage

10. Zielgruppen

Benennen Sie die Zielgruppen, die Sie erreichen wollen, und beschreiben Sie diese kurz.

Unsere Zielgruppe ist sehr weit gefasst, da unser Projekt den Anspruch hat, gesellschaftlich sehr breit zu wirken, da unser Thema nirgends keine Rolle spielt. Zunächst werden wir vor allem MultiplikatorInnen erreichen. Je stärker wir allerdings in die praktische Umsetzung vor Ort kommen, bleibt eigentlich keine gesellschaftliche Gruppe mehr außen vor.

Wir möchten auch nicht nur die erreichen, die Lust auf das Thema haben, sondern auch in Kontakt mit denen treten, die dem Thema ablehnend oder indifferent gegenüber stehen.

Hier zu einigen Zielgruppen ein paar Anmerkungen:

Zielgruppe SchülerInnen und LehrerInnen: Schulen kommt eine wichtige Funktion als Ansprechpartnerin und Mittlerin zu. Die bisherigen Methoden können für Eltern und Jugendliche mit Migrationshintergrund noch deutlich verbessert werden.

Vereine:

Vereine beziehen interkulturelle Öffnung nicht aktiv in ihre Arbeit ein. Hier muss ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegen.

Politik:

Politik bestimmt viele Rahmenbedingungen und hat Multiplikationswirkung. Sie muss für das Thema sensibilisiert und in die Projektumsetzung immer wieder eingebunden werden.

Jugendliche mit Migrationshintergrund...

müssen in ihrer kulturellen Identitätssuche unterstützt werden.

Deutsche Jugendliche...

müssen in ihrer Offenheit und Neugier gegenüber MigrantInnen gestärkt werden.

11. Gender Mainstreaming

Gender Mainstreaming bedeutet auch, zielgruppengerechte Angebote zu unterbreiten und Zugänge zu ermöglichen!

Welche Maßnahmen haben Sie entwickelt zur gleichberechtigten Einbindung von Mädchen/Frauen Jungen/Männern in Ihre Projektvorhaben?

Gerade im interkulturellen Handlungsfeld ist der Gender-Aspekt ein besonders spannender. Dabei bewegen wir uns aber auch selbst immer wieder in einem Wechselspiel von Vorurteilen, Wahrheiten oder romantischen Annahmen. Wenn dann junge, selbstbewusste, gebildete und emanzipierte Frauen ihre Mutter vorstellen, die schlecht deutsch spricht und ein Kopftuch trägt, dann sind Rollenzuschreibungen sehr schnell ein Thema. Den offenen Umgang mit Klischees, Sorgen und Vorurteilen gerade in der tatsächlichen oder vermeintlichen Rollenzuschreibung bei Migrantinnen und Migranten, werden wir als Chance nutzen, um auch Gender-Aspekte der Aufnahmegesellschaft zu thematisieren. Wir werden den Gender-Aspekt in die Vorbereitung und Nachbereitung der Veranstaltungen aufnehmen, ihn bei der Zusammensetzung von Gremien beachten und Gender-Aspekte in den Umsetzungsprojekten berücksichtigen. Gender Aspekte werden beispielsweise berücksichtigt bei interkulturellen Schulungen und bei der Elternarbeit. Ein aufzuarbeitendes Thema wird sicher das Spannungsfeld "Gender und Religion" sein. Als Grundlage können wir die Ergebnisse unserer Jugendbefragung "Der Aufmischer" hernehmen. Eine geschlechtsspezifische Auswertung der Beteiligungsveranstaltungen wird zugesichert.

12 Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen

Beschreiben Sie bitte Ihre geplante Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Programms und die geplante Dokumentation der Ergebnisse (z.B. Broschüre, Videodokumentation, CD-ROM, Internetpräsentation, Ton-Dia-Show etc.).

Pressekonferenz zum kick-off
Pressearbeit zu den einzelnen örtlichen Veranstaltungen
laufende Pressearbeit überhaupt
Videodokumentation zum Gesamtprojekt und zu Teilprojekten
Informationsbroschüren
eigene Homepage

13. Gewährleistung der internen Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren

Beschreiben Sie die hierfür geplanten Maßnahmen (z.B. Internetplattform, Newsletter, regelmäßige Treffen zum Informations- und Erfahrungsaustausch etc.).

Da unsere Fachstelle sehr viel vor Ort ist und auch die Mitglieder des Begleitausschuss in die Arbeit vor Ort eingebunden sind, ist dadurch die Basis für eine gelingende Kommunikation gegeben.
Die Fachstelle und der Begleitausschuss sind also die zentralen Anlaufs- und Entscheidungsstellen.
Vor Ort finden regelmäßige Treffen der lokalen Netzwerke statt.
Übergreifend werden wir Fortbildungen, Fachtage, Kongresse organisieren, auf denen Informationsaustausch und kollegiale Beratung einen festen Platz haben werden.
Eine Homepage und ein Newsletter wird angeboten.

14. Partnerschaften zur Entwicklung eines Lokalen Aktionsplans

Welche zivilgesellschaftlichen Partner werden in den Entwicklungsprozess Ihres Lokalen Aktionsplans einbezogen? Bitte einzeln auflisten.

Partner (Institution, Anschrift)	aktive Partner	beteiligte Partner	Schriftliche Interessebekundung liegt dem Antrag bei
Islamisch-türkische Union	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Jugendmigrationsdienst Backnang	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Polizeidirektion Waiblingen - Prävention	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Volkshochschule Unteres Remstal	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Integrationsbeauftragte Fellbach	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Stadtjugendreferat Fellbach	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtjugendringe Fellbach, Murrhardt	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Sozialamt Backnang	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtverwaltung Murrhardt	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Diakonie-Berufsbildungswerk Waiblingen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Jugendmigrationsdienst Schorndorf	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Weitere Partner bitte in Anlage dem Antrag beifügen.

15. Ämternetzwerk/Ämterkooperation

Welche Ämter werden in einem Ämternetzwerk zusammengefasst und bei der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans einbezogen? Bitte einzeln auflisten.

	<i>aktiv</i>	<i>beteiligt</i>	<i>schriftliche Abstimmung</i>
Jugendamt	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sozialamt	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtplanungsamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Agentur für Arbeit / ARGE Jobcenter	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Amt für Wirtschaftsförderung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheitsamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wohnungsamt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schulamt	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Polizei	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
städtische Integrationsbeauftragte	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
städtische Jugendreferate	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Weitere Partner bitte in Anlage dem Antrag beifügen.

16. Begleitausschuss

Bitte stellen Sie die Zusammensetzung des Begleitausschusses und das Auswahlverfahren zur Förderentscheidung der geplanten Mikroprojekte dar.

Zusammensetzung

Kreisjugendamt

Kreisjugendring

Integrationsbeauftragte der Polizei

VertreterIn der Schulen

VertreterInnen der Kreistagsfraktionen

VertreterIn Jugendarbeit

VertreteterIn der BürgermeisterInnen

VertreterIn Integrationsbeiräte/Vereine von MigrantInnen

Verfahren:

Der Begleitausschuss gibt sich selbst ein Verfahren zur Sitzungsfrequenz und Entscheidungsfindung.

Er entscheidet in regelmäßigen Sitzungen über die eingegangenen Anträge, die von der Koordinierungs- und Fachstelle aufbereitet werden, wobei zunächst nur über die Sozialräume/Orte entschieden wird, in denen wir mit unserem Lokalen Aktionsplan aktiv werden. Jeder Sozialraum/Ort erhält ein Startbudget zur eigenen Verwaltung, das dann abhängig von den weiter geplanten Aktivitäten erhöht werden kann.

17. Lokale Koordinierungsstelle

Die lokale Koordinierungsstelle wird eingerichtet bei:

	Kreisjugendring Rems-Murr e.V.		
Vorname	Frank	Nachname	Baumeister
Straße / Nr.	Marktstr. 48		
PLZ	71522	Ort	Backnang
Telefon	7191	/	907911
E-Mail	frank.baumeister@jugendarbeit-rm.de		

18. Einbindung des Lokalen Aktionsplans in bestehende oder geplante kommunale Entwicklungskonzepte

Der Lokale Aktionsplan soll in die Jugendhilfeplanung des Kreises einfließen. So soll ein Teilplan "Integration" entstehen.
Durch die Einbindung der Verwaltungen vor Ort, nimmt unser Lokaler Aktionsplan Einfluss auf die kommunale Entwicklung und die örtlichen (Integrations-)Konzepte.
Wir erwarten uns viele Impulse für die örtliche Ebene.

19. Angaben zum vorgesehenen Controlling der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans

Regelmäßiges Treffen der lokalen Netzwerke und des Begleitausschusses.
Berichte im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses und im Jugendhilfeausschuss selbst.
Methoden des Projektmanagements.
Jugendhilfeplanung

20. Beschreibung der geplanten Maßnahmen zur Selbstevaluation und Qualitätssicherung der Einzelprojekte

Gemeinsames Erarbeiten von Qualitätsstandards.

Der Landesjugendring und das Paritätische Jugendwerk haben schon ihre Mitarbeit als externe Instanz zugesagt. Drei ExpertInnen aus der Arbeit mit MigrantInnen (Gökay Sofuglu, Meral Sadic und Marta Apparacio) haben wir als externe BeraterInnen angefragt. Studentische Arbeiten

Das beschriebene Projekt wird die Grundlage für den Teilplan "Integration/Migration" des Kreisjugendhilfeplans bilden, der parallel zur Projektumsetzung erarbeitet werden soll.

Örtliche Arbeitsgruppen und kreisübergreifende Fachgremien des Projektes werden Arbeitsgruppen nach §78 KJHG sein. Der Unterausschuss des Jugendhilfeausschuss und auch der Jugendhilfeausschuss selbst werden die Projektarbeit begleiten, politische und fachliche Ansprüche formulieren und die Ergebnisse, ebenso wie der Kreistag selbst als Teilplan beschließen. Über Zwischenergebnisse des Projektes werden auch die im Kreistag vertretenen Fraktionen und der Landrat informiert und eingebunden.

Alle Bausteine des Aktionsplans werden ausgewertet und evaluiert. Neben der Wirksamkeit zur Öffnung und Stärkung unserer Zivilgesellschaft werden wir hierbei auch untersuchen wen wir mit unseren Aktionen erreicht haben (z.B. Alter, Geschlecht, Nationalität, Schulbildung). Sowohl für die inhaltliche Auswertung der einzelnen Maßnahmen als auch für die Gesamtauswertung der Netzwerkarbeit werden eigens Fragebögen entwickelt. Weitere Auswertungsinstrumente werden Interviews mit Mitarbeitern und Nutzern der Maßnahmen sein.

21. Förderzeitraum des Lokalen Aktionsplans

Geplante Gesamtlaufzeit des Lokalen Aktionsplans
(Die Dauer der Förderung ist auf insgesamt 3 Jahre begrenzt.)

Beginn	01.01.07	Ende	31.12.09
--------	----------	------	----------

Der Antrag wird gestellt für den Zeitraum von
(Ab Beginn des LAP zunächst für 1 Jahr.)

Beginn	01.01.07	Ende	31.12.07
--------	----------	------	----------

22. Finanzierung

Für das beschriebene Fördergebiet werden hiermit Fördermittel in folgender Höhe (maximal 100.000 Euro) beantragt:

100.000,00,- €

23. Eigenleistung

Für die Umsetzung der Vorhaben werden Eigenleistungen zur Verfügung gestellt in Form von:

Personalleistungen	Jugendhilfeplaner, Jugendreferenten			
	25%	VE	BAT 4a	Eingruppierung
Sachleistungen	Bürräume, vorhandene Infrastruktur			
Finanzielle Leistungen	-10000h			

24. Kontoverbindung

Kontoinhaber/in	Landratsamt Rems-Murr - 4070 Jugend		
Kontoführende Bank	Kreissparkasse Waiblingen		
Bankleitzahl	60250010	Kontonummer	200037

25. Rechtsverbindliche Unterschrift

Eine rechtsverbindlich unterzeichnete **Vollmacht** ist dem Antrag beigelegt für

Anrede / ggf. Titel	Herr	
Vorname	Peter	Nachname Wieland
Funktion	Leiter des Kreisjugendamtes	

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben, des Kosten- und Finanzierungsplans sowie der **beigefügten Anlagen** wird hiermit bestätigt:

- ☒ eine **Kopie** des vollständigen Antrages mit Anlagen ist beigelegt.
- ☒ beschriftete CD (keine Disketten!) mit Inhalten des Antragsformulars und den Anlagen ist beigelegt
- ☒ Antrag und Anlagen per E-Mail gesandt an: kontaktstelle@jugendstiftung.org.

Ort:	Waiblingen	Datum:	4.12.06
------	------------	--------	---------

Unterschrift:

Nochmals in Druckbuchstaben	Peter Wieland
-----------------------------	---------------

Füllen Sie das Formular an ihrem PC aus. Versenden Sie das vollständig ausgefüllte Formular als Word Dokument an

kontaktstelle@jugendstiftung.org.

Senden Sie eine ausgedruckte unterschriebene Kopie an:

**Kontaktstelle
c/o Stiftung Demokratische Jugend
Grünberger Straße 54
10405 Berlin**

Anlage 6

Lokale Aktionspläne – Programmvorstellung

Darstellung auf der Internetseite des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_lokale_aktionsplaene.html [27.08.2013]

Lokaler Aktionsplan Rems-Murr-Kreis:

[http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_listenansicht_lap.html?&no_cache=1&tx_projectmap_pi1\[project\]=334&tx_projectmap_pi1\[action\]=show&tx_projectmap_pi1\[controller\]=Project&cHash=1fc207040b59df60a328164a58400c94](http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_listenansicht_lap.html?&no_cache=1&tx_projectmap_pi1[project]=334&tx_projectmap_pi1[action]=show&tx_projectmap_pi1[controller]=Project&cHash=1fc207040b59df60a328164a58400c94) [02.09.2013]

Lokaler Aktionsplan Winnenden:

[http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_listenansicht_lap.html?&no_cache=1&tx_projectmap_pi1\[project\]=447&tx_projectmap_pi1\[action\]=show&tx_projectmap_pi1\[controller\]=Project&cHash=91d346335c531789915968d3b0d131cd](http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_listenansicht_lap.html?&no_cache=1&tx_projectmap_pi1[project]=447&tx_projectmap_pi1[action]=show&tx_projectmap_pi1[controller]=Project&cHash=91d346335c531789915968d3b0d131cd) [02.09.2013]



LOKALE AKTIONSPLÄNE

Was ist ein Lokaler Aktionsplan (LAP)?

Lokale Aktionspläne sind konkrete, vor Ort ausgearbeitete Konzepte, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor allem unter Jugendlichen stärken sollen.

Hier arbeiten die Kommune und lokale Akteure der Zivilgesellschaft - von Kirchen über Vereine und Verbände bis hin zu engagierten Bürgerinnen und Bürgern - eng zusammen.

Sie entwickeln gemeinsam eine Strategie für Toleranz und Vielfalt, für demokratisches Handeln und gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen vor Ort. So verhindert dieses dichte Netzwerk der demokratischen Kräfte, dass sich gefährliches Gedankengut unter Kindern und Jugendlichen in der Region ausbreiten kann.

Wie arbeitet ein Lokaler Aktionsplan vor Ort?

Zulauf rechtsextremer Parteien, zahlreiche Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, verstärkte Freizeitangebote rechtsextremer Organisationen, offene Fremdenfeindlichkeit unter den Fans des heimischen Fußballvereins - wenn solche Warnsignale sichtbar werden, dürfen die demokratischen Kräfte vor Ort nicht die Augen verschließen. Sie müssen aktiv werden. Ein Lokaler Aktionsplan, der ganz auf die Gegebenheiten vor Ort abgestimmt ist, zeigt Wege und Möglichkeiten auf, die zum Erfolg führen.

Eine im Bundesprogramm geförderte Stadt ist zum Beispiel über ihren Lokalen Aktionsplan überall dort mit Aufklärungsaktionen vor Ort, wo Rechtsextreme ihr Gedankengut verbreiten:

an Schulen,
in Sportvereinen oder
auf Volksfesten.

Eine Ideenwerkstatt für kreatives Arbeiten gegen Rechtsextremismus ist in dieser Stadt zum Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger geworden und ein neues Schülernetzwerk fördert das Verständnis von Jugendlichen für demokratische Beteiligung.

Auch die ortsansässigen Unternehmer werden über regelmäßige Treffen in den Lokalen Aktionsplan eingebunden.

Zahlen und Fakten

Im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT“ (Programmlaufzeit 2007 bis 2010) wurden 90 Lokale Aktionspläne gefördert. Die Kommunen und Landkreise wurden dabei unterstützt einen Lokalen Aktionsplan aufzubauen und in der Folge umzusetzen. 83 Lokale Aktionspläne haben sich entschieden auch im Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ

STÄRKEN ihre Arbeit fortzusetzen. Zur nachhaltigen Sicherung ihrer erworbenen Kenntnisse werden sie auch im neuen Bundesprogramm gefördert.

Gleichzeitig wurden im Rahmen eines bundesweiten Interessenbekundungsverfahrens 89 neue Kommunen und Landkreise ausgewählt, die einen Lokalen Aktionsplan entwickeln und umsetzen. Ein [begleitendes Coaching](#) unterstützt die 89 Kommunen und ihre Partner bei der Entwicklung und Umsetzung der Lokalen Aktionspläne. Somit werden im Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN aktuell 172 Lokale Aktionspläne aus Bundesmitteln unterstützt. Die Förderbedingungen sind den aktualisierten [Förderleitlinien](#) zu entnehmen.

Die Lokalen Aktionspläne werden vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS, Frankfurt am Main) und von Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich [gGmbH](#) (Berlin) wissenschaftlich begleitet. Die Programmevaluation leistet das Deutsche Jugendinstitut (DJI), Außenstelle Halle.

[Nach oben](#)

Zusatzinfos:

Unsere Lokalen Aktionspläne



Fortschreibung Leitlinien

Für den Programmbereich „Förderung und Unterstützung qualitätsorientierter Beratungsleistungen in den landesweiten Beratungsnetzwerken“ liegen die [überarbeiteten Förderleitlinien](#) hinsichtlich der Fortschreibung im Jahr 2014 vor.

Für den Programmbereich „Entwicklung, Implementierung und Umsetzung integrierter lokaler Strategien (Lokale Aktionspläne)“ liegen ebenfalls die überarbeiteten Förderleitlinien vor, die [hier](#) zum Download bereitstehen.



REMS-MURR-KREIS

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner:

Susanna Steinbach

Kontaktdaten:

Kreisjugendring Rems-Murr e.V.
Marktstr. 48
71522 Backnang

Tel: 07191 / 9079212

E-Mail: susanna.steinbach@jugendarbeit-rm.de

WWW: <http://www.kjr01.de/kreisjugendring-remm-murr-ev/projekte/toleranz-fordern-kompetenz-starken/>

Förderzeitraum

Bundesprogramm VIELFALT TUT GUT: Entwicklung und Implementierung: 01/2007-12/2010

Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN: Sicherung der Nachhaltigkeit: seit 01/2011

Fördergebiet

Rems-Murr-Kreis

Größe des Fördergebiets

858 km²

Einwohnerzahl

417.000

Leitziele

Unser Leitziel ist es, die Offenheit der Aufnahmegesellschaft und die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen, Fremdenfeindlichkeit abzubauen,

Zivilgesellschaft zu stärken und bürgerschaftliche Beteiligung zu erhöhen. Bei der Umsetzung von allen Maßnahmen in Einzelprojekten unterstützen wir eine nachhaltige Verankerung der integrierten lokalen Strategie im Fördergebiet.

Handlungskonzept

Das Projekt verfolgt einen partizipativen Ansatz. Die Akteure vor Ort nehmen dabei eine wichtige Rolle ein. Die lokalen Netzwerke haben jederzeit die Möglichkeit, neue Projekte zu initiieren, die zur Verwirklichung der Leitziele beitragen. Es gibt einige Projektideen, die noch nicht umgesetzt wurden. Hier möchten wir die für das Jahr 2011 formulierten Projektideen kurz skizzieren:

- Die lokalen Integrationsnetzwerke werden unterstützt und verstetigt.
- landkreisweite Aktionen/Projekte:

Neben Projekten vor Ort sollen übergreifende Projekte angeregt werden. Der augenblicklich entstehende Teilplan „junge Migranten und Migrantinnen“ soll die Entwicklungen in den Gemeinden/Sozialräumen des Landkreises anregen. Deshalb soll er präsentiert und mit den Ergebnissen der Projekte 2011 praxisnah vorgestellt werden.

- soziale Anlaufstelle Murrhardt:

Hier werden junge Migrantinnen und Migranten sowie deren Eltern unterstützt und beraten. Es soll Projekte geben, die den Berufsfindungsprozess fördern. Eine neue Schülerfirma wird unterstützt und beraten. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich dabei mit ihrem schulischen Werdegang auseinander. Sie erlernen neue Kompetenzen, indem sie mit ihrer Schülerfirma alle organisatorischen, wirtschaftlichen und praktischen Schritte für einen öffentlich ausgetragenen Talentwettbewerb ausführen.

Die bereits wirksamen Elemente laufen weiter: Knigge-Kurs, Kalligraphie- oder HipHop-Kurs mit unterschiedlichen Kooperationspartnern vor Ort sind angedacht.

- Jugendarbeit an Moscheen:

Es soll die Vernetzung mit dem Gemeinwesen weiter voran gebracht werden. Um Offenheit und Transparenz zu erreichen, werden die Moscheen im Dialog mit weiteren Akteuren im Gemeinwesen unterstützt.

- Gewaltprävention:

Angedacht sind kleine Projekte, die aufklären was überhaupt passiert, wenn man straffällig wird. Zudem soll es Wertediskussionen mit Jugendlichen an unterschiedlichen Orten im Landkreis geben. Auch die Jugendkulturwochen „Bunt statt Braun“ werden das Thema aufgreifen.

Darüber hinaus entsteht ein Expertenpool. Im Rems-Murr-Kreis gibt es Fachkräfte (mit absolvierter, zertifizierter Ausbildung), die nicht nur bei Vorfällen im Bereich Extremismus

bei Zuwanderern oder rechtsextremen Vorfällen intervenieren, sondern auch präventive Arbeit leisten können.

Zielgruppen

Im Vordergrund steht die intensive Arbeit mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Unter Multiplikatorinnen/Multiplikatoren verstehen wir sowohl wichtige Entscheidungsträger aus der Politik und Kommunalverwaltung als auch Fachkräfte aus der Jugendarbeit.

Eine weitere Hauptzielgruppe sind die Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund. Dabei zeigt unsere Erfahrung, dass für die Arbeit mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund die Arbeit mit deren Eltern wichtig ist.

Ausdifferenzierung der Zielgruppen

- * Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Bereichen: Politik, Verwaltung, Jugendbildung, Schule, Kirchen, Moscheen
- * Jugendlichen aus deutschen und Migrantenvereinen
- * Schülerinnen / Schüler und Lehrerinnen / Lehrer
- * Jugendeinrichtungen

Begleitausschuss

Im aktuellen Förderzeitraum geht es darum die Nachhaltigkeit zu sichern, weshalb wir ein bereits verstetigtes, engagiertes und thematisch passendes Gremium in unserem Landkreis, den „Fachbeirat Rechtsextremismus“, gebeten haben, diese Funktion zu übernehmen. Dieses Gremium setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von Kirchen, Verwaltung(en), der Jugendarbeit, der Fachhochschule, der Polizei und Schule zusammen, die auf Kreisebene agieren.

Bisher erreicht

Es wurden lokale Integrationsnetzwerke aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren in den Sozialräumen Backnang, Fellbach, Murrhardt, Waiblingen, Welzheim, Winnenden, Schorndorf verstetigt.

Oftmals ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommune und Zivilgesellschaft entstanden. Vielerorts hatten die inhaltlichen Ziele nicht nur den Blick auf Einzelmaßnahmen, sondern bereits eine strategische Komponente.

Ergebnisse dieser Netzwerke waren u. a. viele Qualifizierungsmaßnahmen, die Entwicklung von Arbeitsmaterialien sowie Fachgespräche, wodurch die erwachsene Zielgruppe informiert und aktiviert werden konnte.

Gleichzeitig wurden Kinder und Jugendliche aktiv eingebunden, z. B. durch Jugendforen. Zudem haben sich die Kooperationen zu Migrantenorganisationen verfestigt. Eine kontinuierliche Jugendarbeit in Moscheevereinen wurde aufgebaut.

In den bisherigen Maßnahmen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus,

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus erzielten wir wesentliche Erfolge vor allem im präventiven Bereich. Im Vordergrund stand die Stärkung partizipativer Angebote für Jugendliche aus allen Bildungsschichten, sowohl im ländlichen als auch im städtischen Raum. Ein Beispiel dafür sind die Jugendkulturwochen. Mit dem installierten „Fachbeirat Rechtsextremismus“ wurde ein Netzwerk geschaffen, das für neue Arbeitsansätze sowie gemeinsam mit den lokalen Netzwerken für Entwicklungen einer Strategie genutzt werden kann.

Mit Hilfe von intensiver Öffentlichkeitsarbeit, dem Ämternetzwerk und Mitgliedern des Begleitausschusses wurden auch der breiten Öffentlichkeit und weiteren Akteuren die Entwicklungen im Landkreis durch den Lokalen Aktionsplan bekannt gemacht.

Damit ist eine tragfähige Basis für die nachhaltige Verankerung der integrierten lokalen Strategie geschaffen worden. Darauf aufbauend möchten wir den Raum für Wissenstransfer schaffen, die Weiterentwicklung von Strategien voranbringen und für Nachhaltigkeit des bisher Erreichten Sorge tragen.

[«Zurück](#)

Lokale Aktionspläne in Baden-Württemberg

[Böblingen](#)
[Freiburg](#)
[Geislingen an der Steige](#)
[Göppingen](#)
[Herrenberg](#)
[Mannheim](#)
[Ostfildern](#)
[Ravensburg](#)
[Rems-Murr-Kreis](#)
[Stuttgart](#)
[Weil der Stadt](#)
[Winnenden](#)



WINNENDEN

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner:

Ulrich Horender

Kontaktdaten:

Stadtverwaltung Winnenden
Torstr. 10
71364 Winnenden

Tel: 07195 / 13137

E-Mail: ulrich.horender@winnenden.de

WWW: <http://www.aktionsplan-winnenden.de/home.html>

Förderzeitraum

Bundesprogramm TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN: Entwicklung und Erstimplementierung seit 01/2011

Fördergebiet

Winnenden

Größe des Fördergebiets

keine Angabe

Einwohnerzahl

27000

Leitziele

Die Auseinandersetzung mit Werten und Wertvorstellungen unter Einbeziehung unterschiedlicher Rollenbilder, kultureller Wurzeln und Lebensphasen. Insbesondere auch mit Blick auf die inclusionsorientierte Gesellschaft.

Handlungskonzept

Breite gesellschaftliche Einbindung möglichst vieler Akteure des gesellschaftlichen Lebens.
Dazu sollen vor allem bestehende Netzwerke gestärkt und ausgebaut werden.

Zielgruppen

Jugendliche in unterschiedlichen Kontexten (Schule, Verein, Peergroup)
Multiplikatoren (Eltern, Pädagogen/innen, ehrenamtlich engagierte Personen,
Ausbilder/innen)

Begleitausschuss

Vertreter/innen von JRK, Kirche, Stadtverwaltung, Jugendring, Schule, Jugendgemeinderat,
Moscheeverein, offene Jugendarbeit, Fachstelle Rechtsextremismus, Einrichtung der
Behindertarbeit, Haus der Prävention

Bisher erreicht

«Zurück

Lokale Aktionspläne in Baden-Württemberg

Böblingen
Freiburg
Geislingen an der Steige
Göppingen
Herrenberg
Mannheim
Ostfildern
Ravensburg
Rems-Murr-Kreis
Stuttgart
Weil der Stadt
Winnenden

Anlage 7

Orte der Vielfalt – Vorstellung der Initiative

Darstellung auf der Internetseite der Initiative „Orte der Vielfalt“.

<http://www.orte-der-vielfalt.de/index.php?id=initiative> [27.08.2013]



Deutschland – Ort der Vielfalt

Die demokratischen gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes – Bund, Länder, Kommunen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinnen und Bürger, die politischen Parteien, die Medien, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Sport – müssen jeder Form von Extremismus entschieden entgegenreten. Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass die Menschenwürde geachtet, demokratische Werte vermittelt sowie Vielfalt und Toleranz in Deutschland gelebt werden.

Die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Innern und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, hat aus diesem Grund die Initiative „Orte der Vielfalt“ ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, Städte, Gemeinden und Kreise in ganz Deutschland in ihrem Engagement für Vielfalt zu stärken. Unterstützt wird die Initiative durch die Länder, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen der Zivilgesellschaft und aus Wirtschaft und Gewerkschaft.

Um das Bekenntnis für Vielfalt, Toleranz und Demokratie in den kommenden Jahren langfristig und überall vor Ort zu unterstreichen, sind alle Kommunen in Deutschland aufgerufen, sich an der Initiative zu beteiligen. Besonders engagierte Kommunen können sich für ein Schild, das sie als „Ort der Vielfalt“ auszeichnet, bewerben.

Patinnen und Paten der Aktion sind Vertreterinnen und Vertreter der Frauen- und Männernationalmannschaften des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), die mit ihrer Partnerschaft das Engagement für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus unterstützen wollen.

Anlage 8**Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage:****10 Fragen – 10 Antworten zum Projekt**

Darstellung auf der Internetseite von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

<http://www.schule-ohne-rassismus.org/faq.html> [27.08.2013]



Die SOR-SMC FAQ: 10 Fragen – 10 Antworten zum Projekt

1) Was ist Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage?

Wir sind ein Projekt von und für SchülerInnen. Es bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, in dem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden. Wir sind das größte Schulnetzwerk in Deutschland. Ihm gehören über 1270 Schulen an, die von rund einer Million SchülerInnen besucht werden (Stand: Juli 2013).



Foto: Metin Yilmaz



Foto: Metin Yilmaz

2) Wie wird man eine Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage?

Jede Schule kann den Titel erwerben, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllt: Mindestens 70 Prozent aller Menschen, die in einer Schule lernen und lehren (SchülerInnen, LehrerInnen und technisches Personal) verpflichten sich mit ihrer Unterschrift, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttag zum Thema durchzuführen. Auf unserer Seite "[Start Infos](#)" findet Ihr mehr Informationen zu dieser Frage.

3) Zu was verpflichtet sich eine Schule?

Wer sich zu den Zielen einer Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage bekennt, unterschreibt folgende Selbstverpflichtung:

1. Ich werde mich dafür einsetzen, dass es zu einer zentralen Aufgabe einer Schule wird, nachhaltige und langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen, insbesondere Rassismus, zu überwinden.
2. Wenn an meiner Schule Gewalt, diskriminierende Äußerungen oder Handlungen ausgeübt werden, wende ich mich dagegen und setze mich dafür ein, dass wir in einer offenen Auseinandersetzung mit diesem Problem gemeinsam Wege finden, uns zukünftig einander zu achten.



Foto: Metin Yilmaz

3. Ich setze mich dafür ein, dass an meiner Schule ein Mal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchgeführt wird, um langfristig gegen jegliche Form von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, vorzugehen.



Foto: Metin Yilmaz

4) Was bedeutet der Titel genau?

Der Titel ist kein Preis und keine Auszeichnung für bereits geleistete Arbeit, sondern ist eine Selbstverpflichtung für die Gegenwart und die Zukunft. Eine Schule, die den Titel trägt, ist Teil eines Netzwerkes, das sagt: Wir übernehmen Verantwortung für das Klima an unserer Schule und unser Umfeld.

5) Kümmert Ihr Euch nur um Rassismus?

Nein. Wir beschäftigen uns gleichermaßen mit Diskriminierung aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale, der politischen Weltanschauung und der sexuellen Orientierung. Darüberhinaus wenden wir uns gegen alle totalitären und demokratiegefährdenden Ideologien.



Foto: Metin Yilmaz



Foto: Metin Yilmaz

6) Beschäftigt Ihr Euch nur mit den bösen Deutschen?

Nein. Wir sind davon überzeugt, dass alle Menschen, egal woher sie kommen und wie sie aussehen, in der Lage sind, zu diskriminieren. Deshalb nehmen wir zum Beispiel den Antisemitismus oder die Homophobie eines (alt)deutschen Jugendlichen genauso ernst wie den eines Jugendlichen mit türkischen oder arabischen Wurzeln.

7) Wo steht Ihr politisch?

Wir stehen weder rechts noch links, noch in der Mitte. Das Anliegen von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage sollte Aufgabe aller Demokraten sein. Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien unterstützen unser Anliegen, ebenso Vertreter von Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften.



Foto: Metin Yilmaz



Foto: Metin Yilmaz

8) Ist das Projekt eher etwas für Gymnasien?

Keineswegs. An unserem Netzwerk nehmen alle Schulen teil. Unter dem Menüpunkt "SOR-SMC Schulen nach Schularten" findet Ihr dazu alle Informationen.

9) Wo seid Ihr am stärksten vertreten? Im Osten oder im Westen?

18 Jahre nach der deutschen Einheit gibt es da keinen Unterschied mehr. Wir sind ein gesamtdeutsches Projekt und uns gibt es in allen Bundesländern. Unter dem Menüpunkt "SOR-SMC Schulen nach Bundesländern" erfahrt Ihr, welche SOR-SMC-Schulen es in Eurem Bundesland gibt.



Landesweites Treffen in Berlin, 2006. Foto: Metin Yilmaz



Bundestreffen 2005 in Saarbrücken. Foto: Metin Yilmaz

10) Wo krieg ich mehr Informationen über das Projekt?

Auf unserer Homepage (www.schule-ohne-rassismus.org) findet Ihr eine Fülle von Informationen zu unserer Arbeit und den Aktivitäten der Schulen. Für Eure Fragen stehen Euch die MitarbeiterInnen der Bundeskoordination zur Verfügung. Oder die Landeskoordinationen in Eurer Nähe. Die Adressen findet Ihr hier auf der Seite unter dem Menüpunkt "Landeskoordinationen".

Copyright 2005, SOR-SMC, Bundeskoordination, Ahornstraße 5, 10787 Berlin. Tel.: , Fax: (030) 21 45 8620, schule@aktioncourage.org

Mach mit!



SUCHEN

Anlage 9

„Bunt statt Braun“: Programmheft

Auszug aus dem Programmheft zur Jugendkulturwoche „Bunt statt Braun“ im Jahr 2011.

<http://www.jugendarbeit->

[rm.de/relaunch2009/wpcontent/uploads/2011/08/BsB2011_WebMed.pdf](http://www.jugendarbeit-rm.de/relaunch2009/wpcontent/uploads/2011/08/BsB2011_WebMed.pdf)

[22.08.2013]

BUNT STATT BRAUN - DIE SIEBTE

Rechtsextremismus und Mobbing ohne Ende

In den letzten sechs Jahren entwickelte sich das Programm der Jugendkulturwoche im Kulturhaus Schwanen ständig weiter. Stand in den ersten Jahren die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt im Vordergrund, so wurden in den letzten zwei Jahren die Programminhalte in Richtung Gewalt überhaupt erweitert.

Konkret ging es darum, mehr darüber zu erfahren, wie Gewalt entsteht, welche verschiedenen Ausprägungen und Formen Gewalt annehmen kann. Doch eines betonen wir Veranstalter klar: Die Kulturwochen richten sich nach wie vor (auch) gegen jede Form von Rechtsextremismus, gegen rechtsextreme Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Die aktuellen Ereignisse in Korb und der Brandanschlag in Winterbach zeigen uns, dass diese Arbeit nach wie vor von großer Wichtigkeit ist, auch wenn sich das Spektrum der Programminhalte erweitert hat.

So wird es dieses Jahr wieder einen **Workshop** für Schulklassen zum Thema „Rechtsextremismus“ geben, der von den beiden Pädagogen Johanna Gruzla und Gerhard Dinger geleitet wird. Hier sollen sich die Jugendlichen neben anderem damit beschäftigen, wie denn Deutschland aussehen würde, wenn Rechtsextreme das Sagen hätten.

Indessen liegt, wie letztes Jahr, der programmatische Schwerpunkt der Jugendkulturwoche bei „Mobbing unter Jugendlichen“. Das „Bunt statt Braun“-Organisationsteam widmet sich diesem leider immer noch hochbrisanten Thema auf unterschiedliche Weise und für verschiedene Zielgruppen.

In dem zweitägigen **Workshop „Strategien gegen Mobbing“** für LehrerInnen, PädagogInnen und interessierte Erwachsene erhalten die TeilnehmerInnen Grundinformationen. Diese Informationen

sind wichtig, um Mobbing überhaupt erkennen zu können. Am zweiten Tag geht es um Fragen der Intervention und Prävention. Der Workshop wird geleitet von Maria Linzbach, Gewaltpräventionsberaterin im Regierungspräsidium Stuttgart, Lehrerin am Bildungszentrum Weissach i.T. und Ralf Breiter, Mediator, Fachberater für Mobbingintervention und -prävention und Schulsozialarbeiter am Bildungszentrum Weinstadt.

Workshops für ganze Klassen bieten, wie in den vergangenen Jahren, Katrin Gratz und Nasser El Bardanohi aus Tübingen an. Sie werden mit den Klassen gemeinsam erarbeiten, wie man im Klassenverband **Mobbing** entgegenwirken kann und welche alternativen Möglichkeiten es gibt Konflikte auszutragen.

Der spannende **Film „BenX“** behandelt neben Ausgrenzung, Mobbing und Gewalt auch den Umgang mit Menschen mit Behinderung. Nach dem Film gibt es ein vom „Bunt statt Braun“-Team moderiertes **Gespräch**.

Das **Theater „Comic On“** aus Köln präsentiert sein Stück **R@usgemobbt 2.0**. Wie der Titel des Stücks schon vermuten lässt, werden „moderne“ Formen von Mobbing und Gewalt zum Thema gemacht. Nach den Aufführungen gibt es jeweils ein moderiertes **Gespräch** mit den Schauspielern, Schülerinnen und Schülern.

Auch dieses Jahr wird es wieder eine **Ausstellung** geben: Schülerinnen und Schüler der Kunstschule Unteres Remstal haben sich des Themas „fall victim“ angenommen, haben sich mit „Mobbing“ auseinander gesetzt und dies auf unterschiedlichste Weise künstlerisch verarbeitet. Die Ausstellung in den

Foyers des Schwanen kann während der Kulturwoche und auch die Wochen davor und danach besichtigt werden, bei Bedarf sind Führungen möglich.

Dein Song gesucht! - Schreib einen Song gegen Ausgrenzung, Mobbing, Fremdenhass und Gewalt, und für Vielfalt, Toleranz und Respekt. Unter diesem Motto sind 2011 wieder junge Künstler/-innen und Bands aufgerufen, einen Beitrag zum Songcontest um den „Bunt statt Braun“-Award 2011 beizusteuern. Wie Sie der näheren Beschreibung in diesem Heft entnehmen können, winken wieder attraktive Preise. **Das Finale**, in dem die „Besten 8“ Bands auftreten werden, findet **am 28.10.** im Kulturhaus Schwanen statt.

Die folgenden Seiten beschreiben die vorgenannten Programmpunkte näher. Wir hoffen, dass das Programm auf breites Interesse stößt.

Und dass es im Oktober eine spannende und begegnungsreiche Kulturwoche sowie einen von zahlreichen guten Songs beflügelten Songcontest gibt.

Ausstellung

Fall Victim

4. - 28.10.

Workshop

Mobbing in der Schule

10. - 11.10.

Theater & Talk

R@usgemobbt 2.0

11.10.

Film & Talk

BenX

12.10.

Erwachsenen-Workshop

Strategien gegen Mobbing

12. - 13.10.

Workshop

„Und wie ist es eigentlich heute?“

14.10.

„Bunt statt Braun“-Award 2011

Award Konzert

28.10.



„Bunt statt Braun“-Award

BUNT STATT BRAUN AWARD 2011

Zeitungsverlag Waiblingen präsentiert:
Konzert der „Besten 8“-Bands

Unter dem Titel „Bunt statt Braun“-Award 2011 – Dein Song gesucht! werden Newcomerbands, Künstlerinnen und Künstler aufgerufen, ihren Song gegen Ausgrenzung, Mobbing, Fremdenhass und Gewalt – für Vielfalt, Toleranz und Respekt einzusenden.

Eine Jury, aus Wettbewerbspaten und -partnern, nominiert die „Besten 8“-Bands. Sie präsentieren ihren Song live beim Finale im Kulturhaus Schwanen. Hier werden von der Jury der „Bunt statt Braun“-Award 2011, der Publikumspreis und der „Nicht-Jugendfrei-Online-Award“ vergeben. Außerdem bekommt eine der „Besten 8“-Bands die Möglichkeit, vor 3000 Zuschauerinnen und Zuschauern ihren Song auf dem „Welcome To Europe Festival“ 2012 im Europapark in Rust live zu spielen.

Was es für die Künstlerinnen und Künstler zu gewinnen gibt? – Es werden insgesamt 4 Preise vergeben:

Der Sieger/die Siegerin des Awards erhält für seinen/ihren Song einen kompletten Musikvideoclip gratis produziert und ausgestrahlt vom Internetfernsehen Remstal.TV. Darüber hinaus unterstützt die 7us media group den Sieger / die Siegerin bei der Promotion.

Auf ein professionelles Coaching durch die Pop Music School darf sich der Gewinner des Publikumspreises freuen.

Zum „Welcome To Europe Festival 2012“ – ein europäischer Songwettbewerb für Schüler, Schülerinnen und Bands im Europapark in Rust gilt es einen „Slot“ zu vergeben, d.h. die Möglichkeit den eingereichten Song vor den Festivalzuschauerinnen und –zuschauern live zu spielen. Dieser „Slot“ wird von der 7us media group an die Band unter den „Besten 8“ vergeben, die am besten zum europäischen Festival passt. Einen ersten Eindruck von dem „Welcome To Europe Festival“ bekommen Sie unter www.welcometo-europe.de.

Zusätzlich wird der „Nicht-Jugendfrei-Online-Award“ vergeben. Bei diesem Online-Voting geht es darum den Favoriten, also den eigenen Siegersong, zu bestimmen. Diese Abstimmung findet auf www.nicht-jugendfrei-online.de, der Jugendcommunity des Zeitungsverlags Waiblingen statt.

Ende September können Sie unter dieser Webadresse die Vorauswahl der „Besten 8“ anhören und für Ihren Favoriten stimmen. Der Song mit den meisten Online-Stimmen wird am Abend bei der Vergabe des „Bunt statt Braun“-Awards im Kulturhaus Schwanen bekannt gegeben: Der Sieger/die Siegerin gewinnt jeweils einen Kinogutschein und Verzehrsgutschein pro Bandmitglied. Stimmen Sie für Ihren Gewinner/ Ihre Gewinnerin auf: www.nicht-jugendfrei-online.de/bunt-statt-braun-award



Sie haben Ihren Favoriten / Ihre Favoritin gefunden? Dann kommen Sie zum Finale und unterstützen Sie ihn/sie.

Es wird eine CD der „Besten 8“ – gemastert vom popcollege gGmbH Fellbach – erscheinen. Diese wird die „Besten 8“ Songs beinhalten und mit Bonustracks aufwarten. Bonustracks sind Songs, die von Profimusikerinnen und Profimusikern in dem vorgegeben Themenbereich veröffentlicht wurden. Der Kaufpreis beträgt 10,-€. Die CD kann über den Zeitungsverlag Waiblingen und den Kreisjugendring Rems-Murr e.V. erworben werden. Der Erlös aus dem CD-Verkauf geht an den Förderverein Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden e.V.

Termin

Freitag, 28. Oktober: 19.30 Uhr

Ort

Kulturhaus Schwanen
Winnenderstraße 4 · 71334 Waiblingen
0 71 51 / 9 20 50 60
kulturhaus-schwanen@waiblingen.de

Eintritt

5€

Programm & Organisation der „Bunt statt Braun“-Jugendkulturwoche

Fachstelle Rechtsextremismus
des Kreisjugendamtes Rems-Murr

Kinder - und Jugendförderung der Stadt Waiblingen

Kreisjugendring Rems-Murr e.V.

Kulturhaus Schwanen

Luigi Pantisano

Polizeidirektion Waiblingen,
Haus der Prävention

Villa Roller - Jugendzentrum Waiblingen

Diakonie Stetten

Impressum

V.i.S.d.P.: Cornelius Wandersleb, Kulturhaus Schwanen

Auflage: 10.000

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Anlage 10**Gemeinsame Erklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Gemeinsame Erklärung von Landrat sowie Oberbürgermeistern und Bürgermeistern im Rems-Murr-Kreis aus dem Jahr 2011.

http://www.rems-murrkreis.de/5529_DEU_WWW.php?&publish%5Bid%5D=243392&publish%5Bstart%5D [27.08.2013]

Archiv 2011

Gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit

Gemeinsame Erklärung von Bürgermeistern und Landrat im Rems-Murr-Kreis verabschiedet

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister im Rems-Murr-Kreis und Landrat Johannes Fuchs haben bei der Bürgermeisterversammlung heute, 23. November 2011, in Weissach im Tal einstimmig (und ohne Enthaltung) eine gemeinsame Erklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit verabschiedet. Anwesend waren Vertreter von 28 der 31 Kommunen. Die von Landrat Johannes Fuchs sowie vom Sprecher der Oberbürgermeister, Dr. Frank Nopper, und dem Sprecher der Bürgermeister, Andreas Schaffer, anschließend unterzeichnete Erklärung stellt fest, dass für Extremismus und Fremdenfeindlichkeit im Rems-Murr-Kreis kein Platz besteht.

**Resolution gegen
Extremismus im
Rems-Murr-Kreis**

Gemeinsam wenden sich die kommunalen Verwaltungschefs gegen extremistische Veranstaltungen und Treffen jeder Art. Sie erklären, dass sie alles rechtlich Zulässige unternehmen werden, jede Form extremistischer Bestrebungen im Rems-Murr-Kreis zu verhindern und aufzuklären. Bei Aktionen und Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie bei der anerkannten Präventions- und Bekämpfungsstrategie gegen Rechtsextremismus werde man sich weiter engagieren. Die Erklärung von Bürgermeistern und Landrat stellt fest: „Der Rems-Murr-Kreis und seine Städte und Gemeinden verstehen sich als Ort der Offenheit, Toleranz, Verständigung und des guten Miteinanders.“

Einen Scan des Originals der Resolution mit dem vollständigen Wortlaut der gemeinsamen Erklärung können Sie hier aufrufen:

[Gemeinsame Erklärung gegen Extremismus](#)

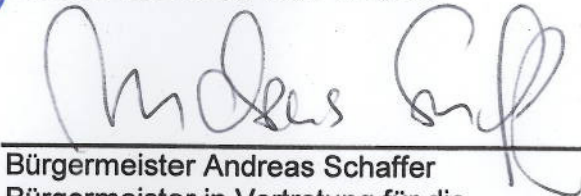
Gemeinsame Erklärung von Landrat sowie Oberbürgermeistern und Bürgermeistern im Rems-Murr-Kreis gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit

1. Der Rems-Murr-Kreis und seine Städte und Gemeinden verstehen sich als Ort der Offenheit, Toleranz, Verständigung und des guten Miteinanders. Wir treten gemeinsam dafür ein, dass jeder Mensch – gleich welchen Geschlechts, welcher Nationalität, Religion, ethnischer oder sonstiger Herkunft – nicht durch Diskriminierung oder Gewalt verletzt, herabgewürdigt oder benachteiligt wird. Für Extremismus und Fremdenfeindlichkeit haben wir im Rems-Murr-Kreis keinen Platz.
2. Gemeinsam sprechen sich der Landrat sowie die Oberbürgermeister und Bürgermeister entschieden gegen extremistische Veranstaltungen, Treffen und Kundgebungen jedweder Art im Rems-Murr-Kreis aus – ganz gleich ob diese von links oder von rechts organisiert werden. Das Landratsamt sowie die Städte und Gemeinden unternehmen alles rechtlich Zulässige, um jede Form extremistischer Bestrebungen im Rems-Murr-Kreis zu verhindern und aufzuklären. Entsprechend motivierte Straftaten werden konsequent verfolgt.
3. Der Rems-Murr-Kreis und seine Städte und Gemeinden engagieren sich auch in Zukunft intensiv in Aktionen und Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt wie etwa in der anerkannten Präventions- und Bekämpfungsstrategie gegen Rechtsextremismus. Wir begrüßen die Aktivitäten von Polizei, Schulen und Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Kräften gegen Gewalt und Ausgrenzung. Wir ermuntern alle Bürgerinnen und Bürger, sich gemeinsam gewaltfrei für Toleranz und Offenheit einzusetzen.

Waiblingen, den 23.11.2011



Johannes Fuchs
Landrat des Rems-Murr-Kreises



Bürgermeister Andreas Schaffer
Bürgermeister in Vertretung für die
Gemeinden im Rems-Murr-Kreis



Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper
Oberbürgermeister in Vertretung für die
Großen Kreisstädte im Rems-Murr-Kreis

Anlage 11

Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Daten und Fakten

Auszug aus der Internetseite des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis, bezüglich Daten und Fakten über den Landkreis.

http://www.rems-murr-kreis.de/2347_DEU_WWW.php [22.08.2013]

Daten und Fakten

Zahlen, Daten, Fakten über den Rems-Murr-Kreis

Der Rems-Murr-Kreis liegt in der Region Stuttgart (Baden-Württemberg). Seinen Namen hat der 1973 gegründete Landkreis von den Flüssen Rems (81 km) und Murr (54 km).



Zahlen RMK

Allgemein

Mit einer Fläche von 858 km² und 415 923 Einwohnern (Stand September 2010) zählt der Rems-Murr-Kreis bundesweit zu den "Großkreisen". Die Bevölkerungsdichte liegt bei 485 Einwohnern pro km² (Landesschnitt: 301).

Struktur

Insgesamt gehören 31 Städte und Gemeinden zum Rems-Murr-Kreis. Darunter befinden sich die sechs Große Kreisstädte Backnang, Fellbach, Schorndorf, Waiblingen, Weinstadt und Winnenden.

Flächenverteilung

- Landwirtschaft: 43 %
- Wald: 39 %
- Siedlungs- und Verkehrsfläche: 17 %
- Wasser- und Sonstige Flächen: 1 %

Wirtschaft

Sowohl für Großunternehmen als auch für kleine und mittelständische Betriebe ist der Rems-Murr-Kreis ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Ein besonderes Merkmal ist seine breite Gewerbe- und Industriestruktur.

Der Rems-Murr-Kreis beheimatet zahlreiche Unternehmen von Weltruf wie beispielsweise Stihl (Motorsägen), Bosch (Haushaltsgeräte) und Kärcher (Haushaltsgeräte).

Rund 15 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten in der Boombranche Maschinenbau. Das ist baden-württembergischer Landesrekord.

Natur

Mit einer Fläche von rund 900 km² umfasst der 1979 gegründete Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald den Raum zwischen den Städten Backnang, Heilbronn, Öhringen, Schwäbisch Hall, Gaildorf, Lorch und Schorndorf.

Die reizvolle Landschaft lädt zum Wandern, Radfahren, Reiten, Planwagenfahren oder Baden ein. Im Winter sind die Bergkuppen beliebte Ausflugsziele zum Rodeln, Ski- und Eislaufen.

Durch den Naturpark verläuft der obergermanisch-rätische Limes. Rekonstruierte Wachttürme und der Archäologische Park Ostkastell in Welzheim zeugen von der römischen Vergangenheit.

Weit über die Region hinaus bekannt ist der Mühlenwanderweg mit seinen zahlreichen gut erhaltenen bzw. restaurierten historischen Mühlen.

Detaillierte Übersicht

Eine detaillierte Übersicht über die wichtigsten Daten mitsamt Erläuterungen finden Sie in dem angehängten PDF-Dokument.

[Statistik Rems-Murr-Kreis \(PDF\)](#)

Anlage 12**Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Wirtschaftsstandort Rems-Murr-Kreis**

Auszug aus der Internetseite des Landratsamtes Rems-Murr-Kreis, bezüglich des Landkreises als Wirtschaftsstandort.

http://www.rems-murr-kreis.de/3233_DEU_WWW.php [22.08.2013]

Wirtschaftsstandort Rems-Murr-Kreis

- ▼ Gute Wirtschaftsstruktur
- ▼ Die wichtigsten Daten und Fakten im Überblick
- ▼ Regionale Kompetenzzentren
- ▼ Attraktiver Arbeitsmarkt
- ▼ Verkehrsanbindung
- ▼ Lebensqualität

Gute Wirtschaftsstruktur

Im Rems-Murr-Kreis ist auch heute noch ein Menschenschlag zu Hause, der neue Wege sucht und so seiner Konkurrenz voraus ist. Das hat Tradition: Pioniere wie der Schorndorfer Konstrukteur Gottlieb Daimler und die Unternehmer Alfred Kärcher und Andreas Stihl haben im Kreis ihre Wurzeln.

Als Heimat weltweit agierender mittelständischer Familienunternehmen wie **Stihl** (Motor-sägen) oder **Kärcher** (Reinigungsgeräte) und Standort internationaler Konzerne wie **Bosch** (Verpackungstechnologie), **TRW** oder **Tesat Spacecom** gehört der Rems-Murr-Kreis im Landesvergleich zu den wirtschaftsstärksten Standorten. Und doch bestimmen nicht wenige Großkonzerne das Bild, sondern eine Vielzahl hoch innovativer Mittelständler. Aus Allmersbach im Tal beispielsweise kommt gar eines der innovativsten Unternehmen Deutschlands: Die **Harro Höfliger Verpackungsmaschinen GmbH** wurde mit dem Titel „Innovator des Jahres 2009“ ausgezeichnet.

Rund 30% der Wertschöpfung im Kreis werden durch das produzierende Gewerbe erwirtschaftet. Die Leitbranchen Maschinenbau und Elektrotechnik, speziell die Telekommunikation, die Automobil-Zulieferindustrie sowie die Steuerungs- und Zuführtechnik mit ihrer ausgeprägten Exportorientierung haben herausragende Bedeutung. So sind rund 40% der Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes im Maschinenbau und gut 15% im Bereich Elektrotechnik beschäftigt. Regelrechte Unternehmenscluster entstanden in den zurückliegenden Jahrzehnten vor allem im Bereich der Verpackungs- und Automatisierungstechnik sowie im Raum Backnang in der Nachrichten- und Satellitentechnik.

Die wichtigsten Daten und Fakten im Überblick

Bevölkerung (2. Quartal 2012)	416.435 Einwohner
Fläche	858 km²
Bruttoinlandsprodukt 2009	10,7 Mrd. €
Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe 2010	5,9 Mrd. €
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort 2011	127.091

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Regionale Kompetenzzentren

Um die Wirtschaftskraft auch im verschärften globalen Wettbewerb auszubauen, gehen die Unternehmen immer wieder neue Wege: Entstanden aus der Kompetenzzentreninitiative der Region Stuttgart sind im Kreis in den vergangenen Jahren drei regionale Innovations- und Kompetenzzentren gegründet worden. In diesen schließen sich Unternehmen aus einem bestimmten Technologiebereich zusammen, um gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen, ihre innovativen Kräfte zu bündeln, Synergien auszuschöpfen und neueste Erkenntnisse aus der Wissenschaft aufzubereiten und so auch kleineren und mittleren Unternehmen besser zugänglich zu machen. Sie bieten eine Kommunikations-Plattform für Technologie-transfer, bündeln die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen Existenzgründer sowie junge Unternehmen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Attraktiver Arbeitsmarkt

Hoch qualifizierte Mitarbeiter und erstklassige Bildungseinrichtungen sind der Schlüssel für die Innovationskraft der Unternehmen.

Der Rems-Murr-Kreis profitiert von einer **überdurchschnittlich jungen und gut ausgebildeten Bevölkerungsstruktur** - auch in Zukunft.

Das dichte Netz an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Region, darunter die Universitäten Stuttgart und Hohenheim, die Hochschule für Technik und die Hochschule der Medien Stuttgart, die Hochschulen Esslingen und Nürtingen-Geislingen sowie die Duale Hochschule Baden-Württemberg Stuttgart (DHBW) gewährleisten eine optimale Ausbildung der Nachwuchskräfte. Auch kleine und mittelständische Unternehmen haben deshalb die besten Möglichkeiten, qualifizierte Mitarbeiter zu rekrutieren.

Verkehrsanbindung

Straße

Der Rems-Murr-Kreis ist über die Anschlussstelle Mundelsheim an die A 81 Stuttgart – Heilbronn angebunden. Mit dem überregionalen Straßenverkehrsnetz ist der Landkreis über die **B 14** Stuttgart - Backnang - Schwäbisch Hall - Nürnberg und die **B 29** Stuttgart - Waiblingen - Schwäbisch Gmünd - Aalen verbunden. Der vierspurige Ausbau der B 14 bis Waldrems ist in Zukunft geplant.

Schiene

Die sechs Großen Kreisstädte Backnang, Fellbach, Schorndorf, Waiblingen, Weinstadt und Winnenden verfügen über umsteigefreie S-Bahn-Direktverbindungen zum Flughafen und zur Messe Stuttgart.

Der Ringschluss der **S 4** wurde im Dezember 2012 in Betrieb genommen. Damit besteht ab Backnang eine umsteigefreie Verbindung nach Ludwigsburg.



Lebensqualität

Der Rems-Murr-Kreis ist weit mehr als nur ein bevorzugter Unternehmensstandort. Die attraktive Erholungslandschaft zwischen Rems und Murr, das reichhaltige kulturelle Angebot und zahlreiche geschichtliche Besonderheiten sorgen für eine hohe Freizeit- und Wohn-qualität. Diese Faktoren beeinflussen das Lebensgefühl der Menschen und sorgen für eine große Verbundenheit zu diesem Landstrich. Innerhalb der Region Stuttgart ist der Kreis ein bevorzugtes Ziel für Naherholungssuchende und Kurzurlauber und zeichnet pro Jahr mehr als 2 Mio. Tagesausflüger.

Der Schwäbische Wald mit weitgehend unberührtem Naturraum und das Remstal, bekannt für internationale Spitzenweine und erstklassige Gastronomie, bieten Erholung und kulinarischen Genuss. Das Remstal gilt als eines der bedeutendsten württembergischen Weinanbau-gebiete. Bei lediglich 10 Prozent der Anbaufläche sind im Remstal 45 Prozent der baden-württembergischen Spitzenbetriebe zu Hause. Der Rems-Murr-Kreis ist zudem eines der ältesten Obstanbaugebiete Württembergs und nimmt eine Spitzenstellung im Land ein.

Als ein kulturhistorisches Zeugnis ersten Ranges verläuft der als UNESCO-Welterbe anerkannte römische Limes auf einer schnurgeraden Strecke zwischen Alfdorf und Murrhardt durch den Landkreis. Mit Hilfe modernster 3-D-Technologie wird ein Teilstück des Limes wieder sichtbar und virtuell erlebbar gemacht. Das aus dem europäischen Programm LEADER geförderte Projekt „**Virtuelle Limeswelten**“ unter Federführung des Landkreises macht dieses großartige kulturelle Erbe den heutigen Menschen zugänglich und ist als ein weiteres Highlight im Landkreis zu erleben.

Anlage 13

Kriminalitätsjahresberichte der PD Waiblingen 2008 – 2012

Auszüge der Stellen, die Rechtsextremismus betreffen, aus den Kriminalitätsjahresberichten der PD Waiblingen der Jahre 2008 bis 2012.

Kriminalitätsentwicklung 2008:

[http://www.polizei-](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%202008.pdf)

[waiblingen-](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%202008.pdf)

[gen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%202008.pdf](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%202008.pdf) [15.07.2013]

Jahresbericht 2009:

[http://www.polizei-](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202009.pdf)

[de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202009.pdf](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202009.pdf) [15.07.2013]

Jahresbericht 2010:

[http://www.polizei-](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202010.pdf)

[waiblingen-](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202010.pdf)

[gen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202010.pdf](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202010.pdf) [15.07.2013]

Kriminalitätsjahresbericht 2011:

[http://www.polizei-](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202011.pdf)

[waiblingen-](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202011.pdf)

[gen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202011.pdf](http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsentwicklung%20Rems-Murr-Kreis%202011.pdf) [15.07.2013]

Kriminalitätsjahresbericht 2012:

<http://www.polizei->

[waiblin-](http://www.polizei-waiblin-)

[gen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsjahresbericht%2020](http://www.polizei-waiblin-gen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsjahresbericht%2020)

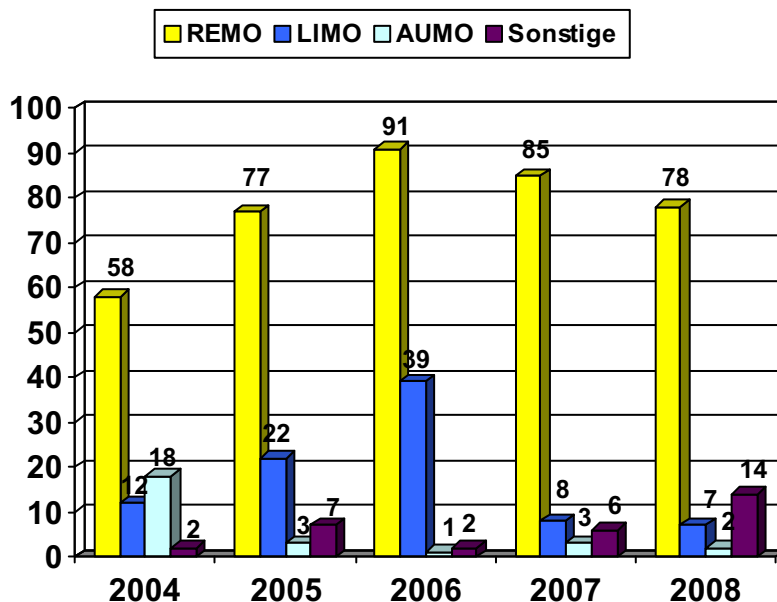
[12.pdf](http://www.polizei-waiblin-gen.de/PDWaiblingen/Presse/Statistiken/Kriminalitätsjahresbericht%2020) [15.07.2013]

5 Entwicklung einzelner Kriminalitätsbereiche

5.1 Politisch motivierte Straftaten

Die politisch motivierten Straftaten stagnieren und sind insgesamt um -1 auf 101 Delikte zurückgegangen. Die rechtsextremistischen Straftaten gingen um -7 von 85 auf 78 Fälle zurück. Die linksextremistischen Straftaten erfuhren einen leichten Rückgang um -1 von 8 auf 7 Delikte. Bei der politisch motivieren Ausländerkriminalität wurden 2 Fälle gezählt.

Im Rems-Murr-Kreis wurden im Jahr 2008 insgesamt 101 politisch motivierte Straftaten begangen (-1,0%). Hiervon wurden 59 Straftaten aufgeklärt (58,4%). Es wurden fünf Gewaltdelikte registriert, bei vier Gewaltstraftaten (80,0%) wurden die Täter ermittelt.



5.1.1 Deliktsbereich rechtmotivierte Straftaten

Nach 2007 ging die Zahl der rechtmotivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis im Jahr 2008 erneut zurück. Insgesamt wurden 7 Straftaten (-8,2%) weniger begangen, als im Vorjahr. Diese unterteilen sich in 58 rechtsextremistische, 12 fremdenfeindliche und 8 antisemitische Straftaten.

Fünfjahresvergleich rechtsmotivierter Straftaten mit Untergruppen (RMK – Land BW)										
	2004		2005		2006		2007		2008	
	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK
REX	574	54	814	52	916	77	695	80	828	58
FREF	241	3	221	17	297	11	258	3	226	12
ASM	99	1	131	8	138	3	136	2	123	8
Summe	914	58	1166	77	1351	91	1089	85	1177	78

Insgesamt konnten 44 rechtsmotivierte Straftaten (56,4%) aufgeklärt werden. Unter anderem wurden mehrere Täter ermittelt, denen eine größere Anzahl politisch motivierter Straftaten nachgewiesen werden konnten.

In Backnang wurden zwei Jugendlichen mehrere Hakenkreuzschmierereien nachgewiesen. Darüber hinaus konnten im Rahmen der „EG Weiler“ durch das Polizeirevier Schorndorf, sowie in Weinstadt mehrere junge Männer ermittelt werden, die politisch motivierte Straftaten, insbesondere Sachbeschädigungen und Farbschmierereien (Hakenkreuze und sonstige rechtsextreme Parolen) begangen hatten.

Bei 74 Fällen (94,9%) handelte es sich um so genannte Propagandadelikte durch das Verwenden von Propagandamitteln oder Symbolen / Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Erfreulicherweise mussten lediglich vier rechtsmotivierte Gewalttaten (5,1%) registriert werden. Nachdem die Gewalttaten im Jahr 2007 bereits von 12 auf 6 zurückgingen, konnte 2008 erneut ein Rückgang der Gewaltstraftaten (- 33,3%) auf 4 Straftaten festgestellt werden.

Es handelt sich hierbei um einen versuchten Brandanschlag auf ein Schulgebäude in Weissach im Tal, sowie zwei Körperverletzungsdelikte im Zusammenhang mit Auseinandersetzungen zwischen Personen der rechten und der linken Szene und eine Körperverletzung, die aus fremdenfeindlichen Motiven begangen wurde.

Des Weiteren wurde eine Serie von antisemitischen Volksverhetzungen bearbeitet. Ein zunächst unbekannter Briefschreiber versandte über mehrere Briefzentren in Deutschland, darunter auch in 41 Fällen über das Briefzent-

rum Waiblingen, Briefe mit strafrechtlich relevantem Inhalt an eine Vielzahl jüdischer Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet. Als Täter konnte ein Taxifahrer in München ermittelt werden. Aufgrund des Tatortprinzips, werden diese Straftaten statistisch für das PP München erfasst.

Die Straftaten im Phänomenbereich Rechtsextremismus unterteilen sich folgendermaßen:

Rechtsextremismus allgemein:

- Gewaltdelikte
 - versuchte Brandstiftung 1 Straftat
 - gefährliche Körperverletzung gegen Links 1 Straftat
 - Körperverletzung gegen Links 1 Straftat
- Volksverhetzung
 - im Zusammenhang mit Musikkonzert in Sdf.-Weiler 1 Straftat¹⁰
 - im Zusammenhang mit Schriften / Plakatierung 1 Straftat
- Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
 - im Zusammenhang mit Zeichen / Symbolen 17 Straftaten
 - im Zusammenhang mit Tonträgern / Musik / Handy 3 Straftaten
 - im Zusammenhang mit Internet / E-Mail 1 Straftat
 - im Zusammenhang mit Farbschmierereien / Sachbeschädigung 30 Straftaten
- Sachbeschädigung (ohne Verwenden v. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) 2 Straftaten

Insgesamt konnten 18 der 58 rechtsextremistischen Straftaten aufgeklärt werden (31,0%).

Antisemitische Straftaten

- Volksverhetzung
 - im Zusammenhang mit Internet / Musik 1 Straftat
 - im Zusammenhang mit persönlichen Beleidigungen 1 Straftat
 - im Zusammenhang mit Farbschmierereien / Sachbeschädigungen 2 Straftaten
 - im Zusammenhang mit Schriften / Briefen 3 Straftaten
- Verwenden v. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen 1 Straftat

In fünf der acht antisemitischen Straftaten konnte der Täter ermittelt werden (62,5%).

¹⁰ Siehe Fall 1 der Einzelfalldarstellungen auf nachfolgender Seite

Fremdenfeindliche Straftaten

- **Gewaltdelikte**
 - Körperverletzung 1 Straftat
- **Volksverhetzung**
 - im Zusammenhang mit Internet / Musik 1 Straftat
- **Verwenden v. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen**
 - im Zusammenhang mit Zeichen / Symbolen 1 Straftat
 - im Zusammenhang mit Farbschmierereien / Sachbeschädigungen 4 Straftaten
 - im Zusammenhang mit Internet / Musik 2 Straftaten
- **Beleidigung** 1 Straftat
- **Sachbeschädigung (ohne Verwenden v. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen)** 2 Straftaten

Bei den fremdenfeindlich motivierten Straftaten wurden insgesamt acht von 12 aufgeklärt (66,6 %).

Einzelfalldarstellungen:

Volksverhetzung in Schorndorf-Weiler

Am Samstag, 12.07.2008 fand in einer Gaststätte in Schorndorf-Weiler ein „Balladenabend“ statt. Da die beiden auftretenden Musiker Lieder darboten, die den Tatbestand der Volksverhetzung darstellen, wurde die Veranstaltung aufgelöst. Gegen die Musiker wurden Strafanzeigen erstattet.

Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in Plüderhausen

In der Nacht vom 12. auf 13.12.2008 wurden in Plüderhausen an einer Vielzahl von Gebäuden und geparkten Fahrzeugen Hakenkreuze und sonstige rechtsextremistische Symbole aufgesprüht. Der Gesamtsachschaden beträgt ca. 20.000 Euro. Als Täter konnte ein 17-jähriger Jugendlicher ermittelt werden.

5.1.2 Polizeibekannte Skinheads im Rems-Murr-Kreis

Mit Stand 31.12.2008 sind 76 Skinheads (2007: 91) im Zuständigkeitsbereich der PD Waiblingen registriert. Davon sind 7 (7) Skinheads unter 18 Jahre alt (9,2%). 27 (47) Personen sind Heranwachsende im Alter von 18 bis 21 Jahren (35,5%). 34 (54) polizeibekannte Skinheads sind somit junge

Menschen unter 21 Jahren (44,7%). Der Anteil der weiblichen Skinheads, der so genannten „Renees“, beträgt mit 13 (15) jungen Frauen 17,1%.

Erfasst werden hier Personen,

- die innerhalb der vergangenen 2 Jahre eine oder mehrere politisch motivierte Straftaten begangen oder
- die an mindestens zwei Veranstaltungen im rechtsextremistischen Bereich, z.B. an Skinkonzerten, Demonstrationen etc. innerhalb der beiden letzten Jahre teilgenommen haben,
- in Baden-Württemberg wohnen,
- mindestens 14 Jahre alt sind und
- ein skinheadtypisches Aussehen haben.

Diese Skinheads verteilen sich im Rems-Murr-Kreis folgendermaßen:

Zuständigkeitsbereich Polizeirevier Backnang - insbesondere Aspach und Backnang	25 (28)
Zuständigkeitsbereich Polizeirevier Schorndorf - insbesondere Welzheim	21 (28)
Zuständigkeitsbereich Polizeirevier Winnenden - ausschließlich in Berglen und Winnenden	15 (17)
Zuständigkeitsbereich Polizeirevier Waiblingen - insbesondere Waiblingen und Weinstadt	11 (16)
Zuständigkeitsbereich Polizeirevier Fellbach	4 (2)

Die durch den polizeilichen Staatsschutz landesweit registrierten Skinheads werden als rechtmotivierte Skinheads bewertet.

5.1.3 Ausstiegsprogramm Rechtsextremismus

Im Jahr 2008 befanden sich insgesamt 63 Personen aus dem Rems-Murr-Kreis im landesweiten Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“. Hiervon wurden 12 Personen durch die Beratungs- und Interventionsgruppe (BIG REX) des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg betreut. Durch die Polizeidirektion Waiblingen wurden insgesamt 51 (53) Personen angesprochen, zu denen Erkenntnisse über Kontakte / Zugehörigkeit zur rechtsextremistischen Szene vorlagen. Die Aussteigergespräche führten insgesamt zu folgendem Ergebnis:

- **17 Personen** sind durch Eigeninitiative ausgestiegen, dies bestätigte sich in den durchgeführten Gesprächen und durch Feststellungen der KOREX
- **26 Personen** zeigten kein Interesse am Ausstiegsprogramm
- **6 Personen** zeigten Ausstiegsbereitschaft, weitere Betreuung ist erforderlich
- **2 Personen** sind zwischenzeitlich in den Zuständigkeitsbereich einer anderen Polizeidirektion verzogen und wurden dort ins Ausstiegsprogramm aufgenommen.

5.1.4 Deliktsbereich Linksextremismus

Im Phänomenbereich Linksextremismus war ein leichter Rückgang der Straftaten von 8 auf 7 Fälle (-12,5%) zu verzeichnen. 2 der Straftaten (28,6%) konnten aufgeklärt werden. Sämtliche Straftaten stehen im Zusammenhang mit Farbschmierereien. Erfreulicherweise wurde keine Gewalttat begangen. Im Detail unterteilen sich die Straftaten im Phänomenbereich Linksextremismus folgendermaßen:

- | | |
|--|--------------|
| ➤ Verwenden v. Kennz. verfassungswidriger Organis. | 1 Straftat |
| ➤ gemeinschädliche Sachbeschädigung | 2 Straftaten |
| ➤ Sachbeschädigung | 4 Straftaten |

5.1.5 Deliktsbereich Ausländerextremismus /Islamismus

Die Zahl der ausländermotivierten Straftaten ging von drei auf zwei Straftaten zurück. In einem Fall kam es zu einer Bedrohung unter türkischstämmigen Jugendlichen. Ein jugendlicher Türke, der der türkischen rechtsextremen Partei der „Nationalistischen Bewegung MHP (Milleyetci Hareket)“ nahesteht, bedrohte einen anderen türkischen Jugendlichen kurdischer Volkszugehörigkeit.

5.1.6 Sonstige politisch motivierte Straftaten

Im Jahr 2008 wurden 14 Straftaten registriert, die keinem Phänomenbereich zugeordnet werden konnten. Dies waren acht Straftaten mehr als im Vorjahr. 12 Straftaten (85,7%) konnten aufgeklärt werden. Im Detail unterteilen sich die sonstigen politisch motivierten Straftaten folgendermaßen:

➤ Gewaltdelikte	
- gefährliche Körperverletzung	1 Straftat
➤ Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen	
- im Zusammenhang mit Zeichen / Symbolen	4 Straftaten
- im Zusammenhang mit Farbschmierereien	6 Straftaten
- im Zusammenhang mit Internet	1 Straftat
➤ Sachbeschädigung	1 Straftat
➤ Beleidigung	1 Straftat

5.1.7 Prävention im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes

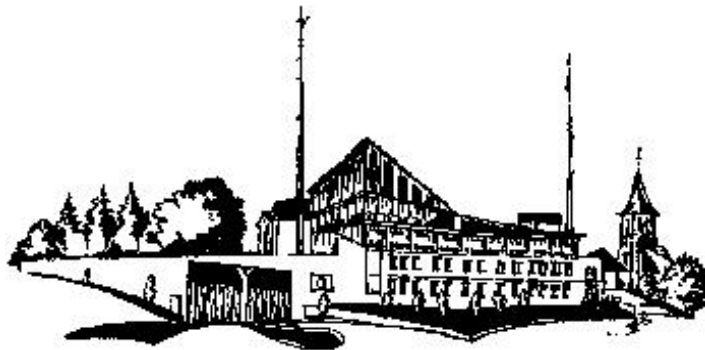
Im Rahmen des Präventionskonzeptes der Polizeidirektion Waiblingen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wurden im Jahr 2008 durch das Staatsschutzdezernat insgesamt fünf Vortragsveranstaltungen an Schulen und bei öffentlichen Veranstaltungen in Kommunen durchgeführt.

Von März bis Mai 2008 fanden unter Federführung der „Fachstelle Rechtsextremismus“ beim Landratsamt Rems-Murr-Kreis die Jugendkulturwochen „**Vielfalt tut gut**“ im oberen Murrtaal statt.

In den Gemeinden Spiegelberg, Großerlach, Sulzbach/Murr, Oppenweiler und Murrhardt wurden insgesamt 25 Präventionsveranstaltungen, wie Vorträge, Workshops, Filmbeiträge und Musikveranstaltungen, durchgeführt. Die Polizeidirektion Waiblingen unterstützte diese Aktion mit dem Informationsstand gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, der jeweils eine Woche in den Rathäusern der beteiligten Gemeinden ausgestellt und für Führungen angeboten wurde, sowie durch einzelne Fachvorträge durch die KOREX.

Die Aufklärungsmaßnahmen werden jedes Jahr durch einen flächen-deckenden Präventionsunterricht der Jugendsachbearbeiter der Polizeireviere an den Schulen zum Thema „Gewalt und Rechtsextremismus“ unterstützt.

Jahresbericht der Polizeidirektion Waiblingen für das Jahr 2009



Herausgeber: Polizeidirektion Waiblingen
Alter Postplatz 20
71332 Waiblingen

Inhaltsverzeichnis

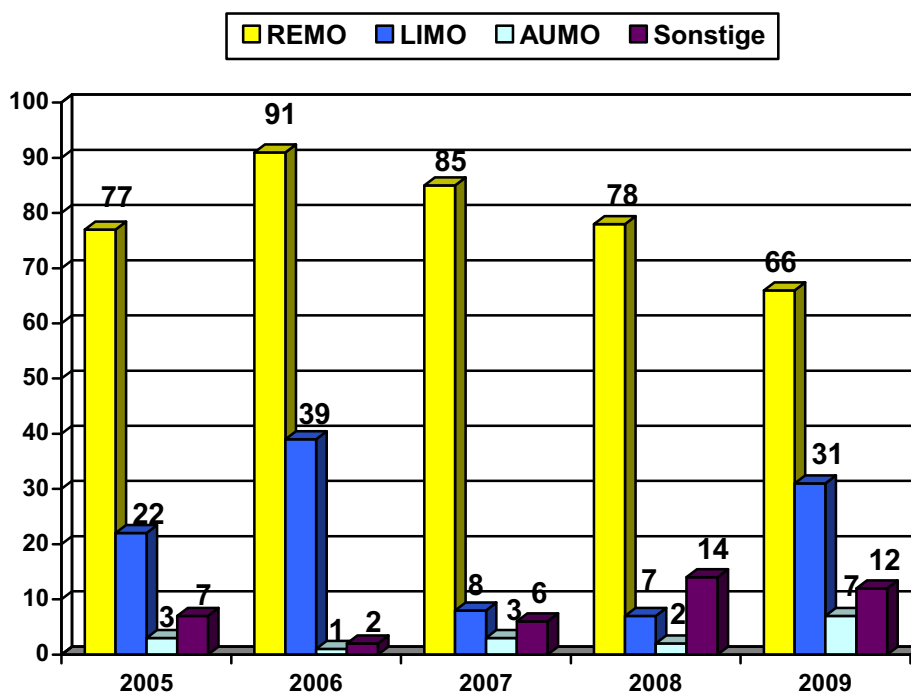
1	Gesamtbilanz *	3
2	Kriminalitätshäufigkeitszahl	5
3	Tatverdächtige	6
3.1	Gesamtentwicklung / Tatverdächtigenbelastungszahl	6
3.2	Kriminalität der Jungtäter (Personen unter 21 Jahren)	7
3.3	Kriminalität der Nichtdeutschen	12
3.4	Kriminalität der weiblichen Tatverdächtigen	13
4	Anzahl registrierter Opfer	14
5	Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten	16
5.1	Politisch motivierte Straftaten	16
5.2	Deliktsbereich Rechtsextremismus	17
5.3	Deliktsbereich Linksextremismus	18
5.4	Deliktsbereich Ausländerextremismus	19
5.5	Sonstige politisch motivierte Straftaten	20
6	Gewaltkriminalität	21
6.1	Straftaten gegen das Leben	23
6.2	Raubdelikte	26
6.3	Sexualdelikte	27
7	Nachstellung	29
8	Diebstahlskriminalität	30
8.1	Wohnungseinbruch	31
8.2	Diebstahl rund um das Fahrzeug	32
9	Vermögens- und Fälschungsdelikte	33
10	Computer- und Internetkriminalität	35
11	Rauschgiftkriminalität	36
11.1	Entwicklung der Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	36
11.2	Entwicklung der Tatverdächtigen	39
11.3	Zahl der Drogentoten	40
12	Straßenkriminalität	41

5 Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten

5.1 Politisch motivierte Straftaten

Die politisch motivierten Straftaten sind 2009 um 15 auf 116 Delikte angestiegen. Die rechtsextremistischen Straftaten gingen um -12 von 78 auf 66 Fälle zurück. Die linksextremistischen Straftaten erfuhren eine Zunahme um +24 auf 31 Delikte. Bei der politisch motivierten Ausländerkriminalität wurden 7 Fälle gezählt.

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten stieg im Rems-Murr-Kreis im Jahr 2009 von 101 auf insgesamt 116 Straftaten an (+14,9%). Hiervon konnten 48 Straftaten (41,4%) aufgeklärt werden. Es wurden sieben Gewaltdelikte (6%) registriert, bei fünf Gewaltstraftaten (71,4%) wurden die Täter ermittelt.

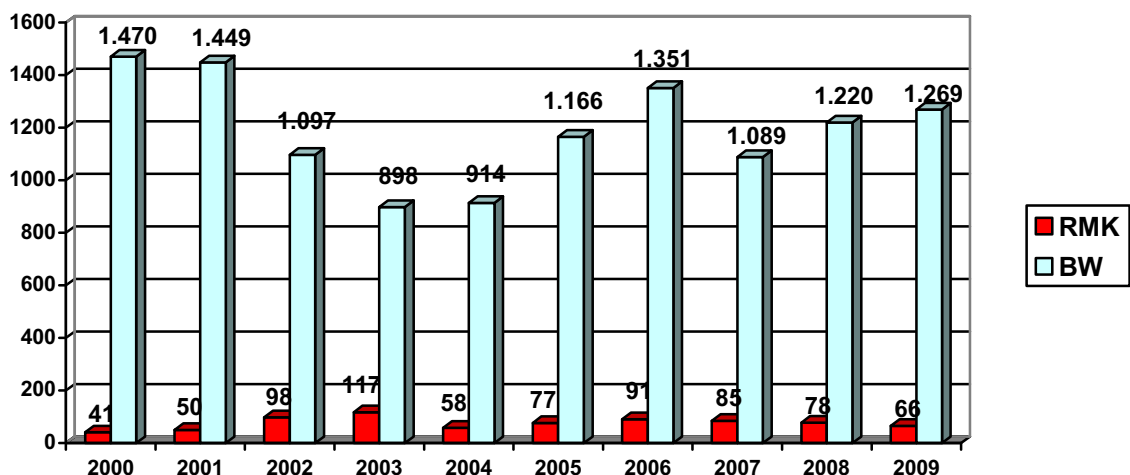


Der Anstieg der politisch motivierten Straftaten ist auf die deutlichen Zuwächse in den Phänomenbereichen Linksextremismus und Ausländerextremismus zurückzuführen. Diese Straftaten standen überwiegend im Zusammenhang mit politisch bedeutsamen Ereignissen wie den Europa- und Bundestagswahlen, dem Nato-Gipfel oder Konflikten in Krisenregionen. Hierbei wurden im Rems-Murr-Kreis insgesamt 25 Straftaten - hauptsächlich Sachbeschädigung von Wahlplakaten- registriert.

5.2 Deliktsbereich Rechtsextremismus

Seit 2006 geht die Zahl der rechtmotivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis kontinuierlich zurück (insgesamt -27,5%). In Baden-Württemberg ist der Trend regional sehr unterschiedlich, wobei landesweit seit 2007 die Zahl rechtmotivierter Straftaten stetig ansteigt:

Straftaten Rechtsextremismus: 10-Jahres-Vergleich BW - RMK



2009 unterteilen sich die rechtmotivierten Straftaten in 49 rechtsextremistische, 9 fremdenfeindliche und 8 antisemitische Straftaten. 34 rechtmotivierte Straftaten (51,5%) konnten aufgeklärt werden. Landesweit beträgt die Aufklärungsquote 30,5 Prozent.

5-Jahres-Vergleich rechtmotivierter Straftaten mit Untergruppen (RMK – Land BW)										
	2005		2006		2007		2008		2009	
	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK
REX	814	52	916	77	695	80	855	58	903	49
FREF	221	17	297	11	258	3	238	12	214	9
ASM	131	8	138	3	136	2	127	8	152	8
Summe	1166	77	1351	91	1089	85	1220	78	1269	66

Bei 63 Straftaten (95,5%) handelte es sich um so genannte Propagandadelikte durch das Verwenden von Propagandamitteln oder Symbolen / Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Erfreulicherweise mussten lediglich drei rechtsmotivierte Gewalttaten (4,5%) registriert werden. Zwei dieser Gewalttaten (66,7%), eine gefährliche Körperverletzung aus fremdenfeindlichen Motiven und eine gefährliche Körperverletzung gegen Personen der linken Szene, konnten aufgeklärt werden. Lediglich in einem Fall der Brandstiftung an einem Gartenhaus führten die Ermittlungen nicht zu einem Täter.

Seit 2006 ging die Zahl der rechtsmotivierten Gewalttaten im Rems-Murr-Kreis von 12 auf drei Straftaten zurück (-75%). Landesweit gingen die Gewalttaten um -14,3% zurück.

Falldarstellung: Gefährliche Körperverletzung in Welzheim

In der Nacht zum Sonntag, 04.01.2009, geriet ein Mitglied des Jugendzentrums mit einer Person der rechten Szene aufgrund eines T-Shirt-Aufdrucks in Streit. Der einschlägig bekannte Rechtsextremist beleidigte die Mitarbeiter des Jugendzentrums als „judenverseuchtes Pack“ und verletzte seinen Kontrahenten mit einem Kopfstoß ins Gesicht.

Der 26-jährige Täter wurde zu einer Geldstrafe in Höhe von insgesamt 4.400 Euro (110 Tagessätze zu je 40 Euro) verurteilt.

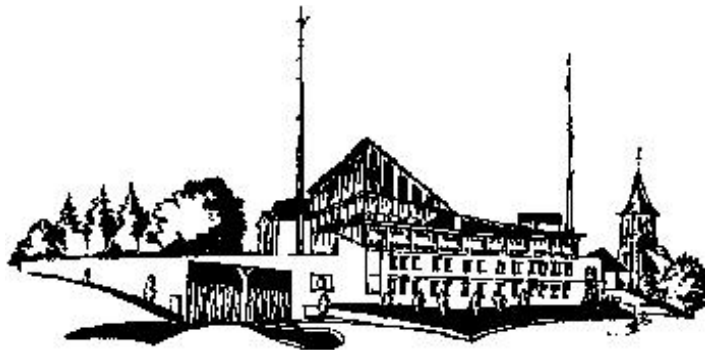
Falldarstellung: Gefährliche Körperverletzung in Schorndorf

In der Nacht zum Sonntag, 11.10.2009, hielten sich vier Personen (20, 21, 22, 23 Jahre alt) der rechten Szene in einer Tankstelle in Schorndorf-Haubersbronn auf. Als zwei junge Männer in Begleitung einer griechischen Frau die Tankstelle betraten, provozierte ein polizeibekannter Skinhead die Personengruppe, indem er vor ihnen ausspuckte. Als ihn einer der beiden jungen Männer zu Rede stellen wollte, wurde dieser von den Skinheads mit einem mitgeführten Schlagstock niedergeschlagen und leicht verletzt. Einer der Beschuldigten holte aus seinem Pkw eine Machete und bedrohte ebenfalls den Geschädigten und die Gruppierung um diesen. Bei der Auseinandersetzung riefen die Beschuldigten „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“. Der Ausgang des Verfahrens ist bislang nicht bekannt.

5.3 Deliktsbereich Linksextremismus

Der größte Anstieg bei den politisch motivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis wurde im Bereich des Linksextremismus verzeichnet. Nachdem im Jahr 2008 noch 7 Straftaten in diesem Bereich zu verzeichnen waren, kam es 2009 zu 31 linksmotivierten Straftaten (+ 342,9%). Der drastische Anstieg ist hauptsächlich mit Straftaten im Zusammenhang mit den Europa- und

Jahresbericht der Polizeidirektion Waiblingen für das Jahr 2010



Herausgeber: Polizeidirektion Waiblingen
Alter Postplatz 20
71332 Waiblingen

Inhaltsverzeichnis

1	Gesamtbilanz *	4
2	Kriminalitätshäufigkeitszahl	8
3	Tatverdächtige	9
3.1	Gesamtentwicklung / Tatverdächtigenbelastungszahl	9
3.2	Kriminalität der Jungtäter (Personen unter 21 Jahren)	10
3.3	Kriminalität der Nichtdeutschen	15
3.4	Kriminalität der weiblichen Tatverdächtigen	16
4	Anzahl registrierter Opfer	18
5	Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten	20
5.1	Politisch motivierte Straftaten	20
5.2	Deliktsbereich Rechtsextremismus	21
5.3	Deliktsbereich Linksextremismus	23
5.4	Deliktsbereich Ausländerextremismus	23
5.5	Sonstige politisch motivierte Straftaten	24
6	Gewaltkriminalität	25
6.1	Straftaten gegen das Leben	27
6.2	Raubdelikte	28
6.3	Sexualdelikte	30
6.4	Gewalt gegen Polizeibeamte	31
7	Nachstellung	32
8	Diebstahlskriminalität	34
8.1	Wohnungseinbruch	35
8.2	Diebstahl rund um das Fahrzeug	36
9	Vermögens- und Fälschungsdelikte	38
10	Computer- und Internetkriminalität	40

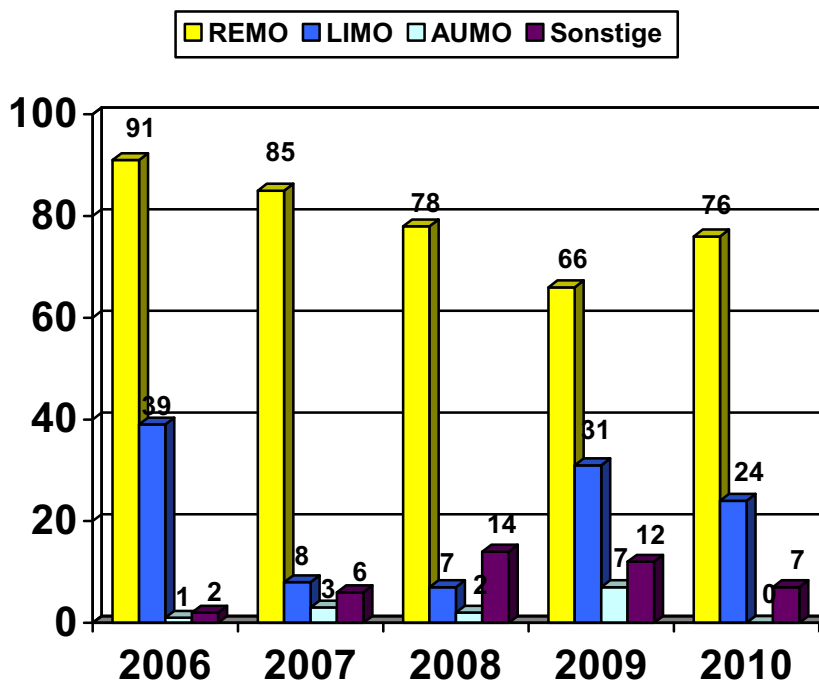
11	Rauschgiftkriminalität	42
11.1	Entwicklung der Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	42
11.2	Entwicklung der Tatverdächtigen.....	44
11.3	Zahl der Drogentoten	45
12	Straßenkriminalität	46

5 Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten

5.1 Politisch motivierte Straftaten

Im Jahr 2010 ging die Anzahl der politisch motivierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um -9 Fälle auf 107 Straftaten zurück. Die rechtsextremistischen Straftaten nahmen um +10 von 66 auf 76 Fälle zu. Die links-extremistischen Straftaten erfuhren eine Abnahme um -7 auf 24 Delikte. Bei der politisch motivierten Ausländerkriminalität wurde erstmals seit 5 Jahren kein Fall gezählt.

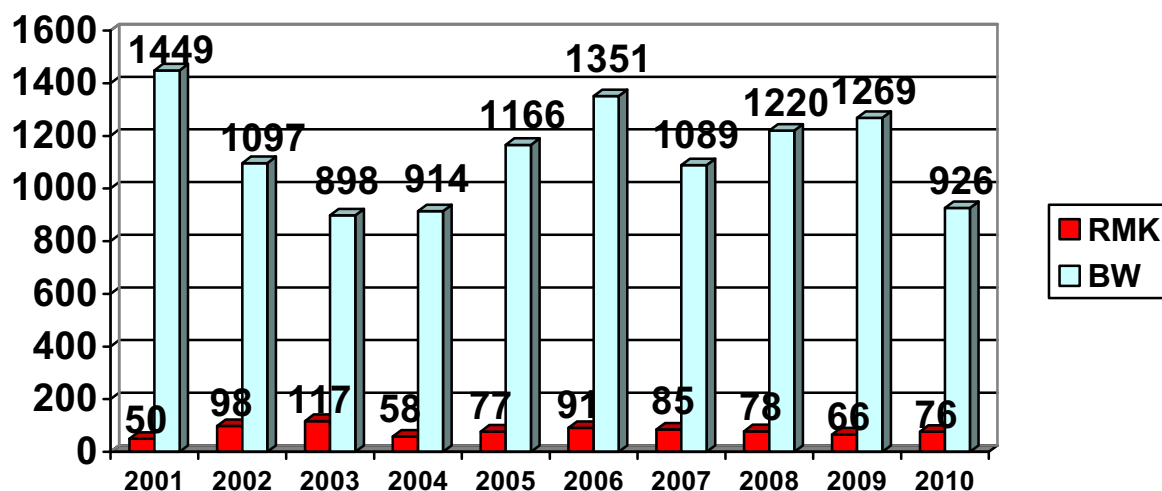
Die Zahl der politisch motivierten Straftaten nahm im Rems-Murr-Kreis im Jahr 2010 von 116 auf insgesamt 107 Straftaten ab (-7,8%). Hiervon konnten 33 Straftaten (30,8%) aufgeklärt werden. Es wurden 6 Gewaltdelikte (5,6%) registriert, bei 4 Gewaltstraftaten (66,7%) wurden die Täter ermittelt. Im Deliktsbereich Rechtsextremismus lag die Talsohle im 5-Jahres-Vergleich im Jahr 2009. 2010 wurden 76 Fälle und damit +10 Fälle mehr als 2009 gezählt, so dass der Stand von 2008 nahezu wieder erreicht wurde. In den Phänomenbereichen Linksextremismus und Ausländerextremismus gingen die Straftaten erfreulicherweise zurück, beim Ausländerextremismus sogar auf 0 Fälle.



5.2 Deliktsbereich Rechtsextremismus

Seit 2006 war im Rems-Murr-Kreis ein kontinuierlicher Rückgang der rechtsmotivierten Straftaten festzustellen. Im Jahr 2010 gab es erstmals wieder einen Anstieg um +10 Straftaten (+15,2%). 22 der rechtsmotivierten Straftaten (28,9%) konnten aufgeklärt werden.

**Straftaten Rechtsextremismus
10-Jahres-Vergleich BW - RMK**



**5-Jahres-Vergleich rechtsmotivierter Straftaten mit Untergruppen
(RMK – Land BW)**

	2006		2007		2008		2009		2010	
	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK
REX	916	77	695	80	855	58	903	49	644	65
FREF	297	11	258	3	238	12	214	9	176	4
ASM	138	3	136	2	127	8	152	8	106	7
Summe	1351	91	1089	85	1220	78	1269	66	926	76

Unter den 76 rechtsmotivierten Straftaten wurden 4 Taten aus fremdenfeindlichen (5,3%) und 7 Straftaten (9,2%) aus antisemitischen Motiven begangen.

Bei 74 Straftaten (97,4%) handelte es sich fast ausschließlich um sogenannte Propagandadelikte, also um das Verwenden von Propagandamitteln oder Symbolen/Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In der Vielzahl der Fälle lagen hierbei Farbschmierereien und das Rufen bzw. Zeigen verbotener Symbole oder Parolen vor.

Lediglich zwei Fälle wurden als rechtsmotivierte Gewalttaten (2,6%) bewertet. Hierbei handelte es sich um Körperverletzungsdelikte, die in Auseinandersetzungen zwischen Personen der rechten und der linken Szene entstanden sind. Bei beiden Straftaten konnten die Täter ermittelt werden.

Falldarstellung: Gefährliche Körperverletzung in Althütte

Am frühen Morgen des 01.01.2010, gegen 02.00 Uhr war der Geschädigte 17-Jährige zu Fuß auf dem Heimweg auf der Hauptstraße in Althütte. Plötzlich hielt ein vorbeifahrender Pkw an und die Insassen, 5 bis 6 Personen der rechten Szene, pöbelten ihn an und stießen ihn in die Schaufensterscheibe eines Geschäftes. Hierbei ging die Scheibe zu Bruch und der Geschädigte erlitt Schnittverletzungen an der Hand.

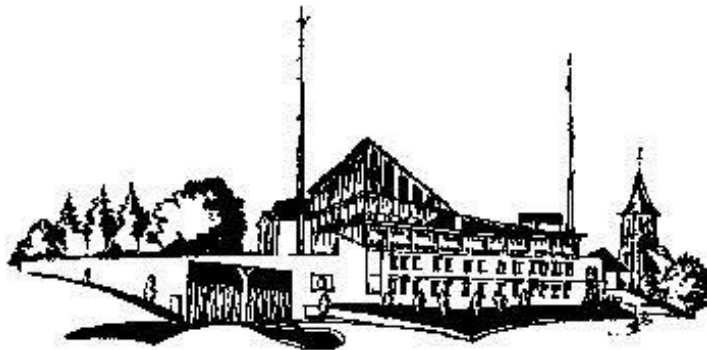
Im Rahmen der kriminalpolizeilichen Ermittlungen konnte ein Tatverdächtiger ermittelt werden.

Falldarstellung: Körperverletzung in Schorndorf-Weiler

Im Rahmen der Mahnwache der Bürgerinitiative „Weiler schaut hin! e.V.“ am Freitag, 26.02.2010, ab 18.30 Uhr, kam es zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Teilnehmern der Mahnwache und Personen der rechten Szene, die sich zu der Zeit in der ehemaligen Gaststätte „Linde“ aufgehalten hatten. Nach gegenseitigen Beleidigungen wurde ein Teilnehmer der Mahnwache durch Handgreiflichkeiten verletzt. Die beiden bereits polizeibekannten Täter der rechten Szene wurden zu fünf Monaten Freiheitsstrafe, einmal ohne Bewährung und einmal mit Bewährung, verurteilt. Von letzterem mussten zusätzlich 1000€ Geldbuße entrichtet werden.

In Baden-Württemberg war bei den rechtsmotivierten Straftaten hingegen ein Rückgang von 27% festzustellen. Die Aufklärungsquote lag bei 31%. Auch bei den rechtsmotivierten Gewaltdelikten gab es einen Rückgang von 48 auf 40 Straftaten (-16,7%).

Kriminalitätsjahresbericht der Polizeidirektion Waiblingen für das Jahr 2011



Herausgeber: Polizeidirektion Waiblingen
Alter Postplatz 20
71332 Waiblingen

Inhaltsverzeichnis

1	Gesamtbilanz *	3
2	Kriminalitätshäufigkeitszahl	6
3	Tatverdächtige	7
3.1	Gesamtentwicklung / Tatverdächtigenbelastungszahl	7
3.2	Kriminalität der Jungtäter (Personen unter 21 Jahren)	8
3.3	Kriminalität der Nichtdeutschen	11
3.4	Kriminalität der weiblichen Tatverdächtigen	12
4	Anzahl registrierter Opfer	14
5	Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten	16
5.1	Politisch motivierte Straftaten	16
5.2	Deliktsbereich Rechtsextremismus	17
5.3	Deliktsbereich Linksextremismus	20
5.4	Deliktsbereich Ausländerextremismus	20
5.5	Sonstige politisch motivierte Straftaten	20
6	Gewaltkriminalität	21
6.1	Straftaten gegen das Leben	23
6.2	Raubdelikte	25
6.3	Sexualdelikte	26
6.4	Gewalt gegen Polizeibeamte	28
7	Weitere Straftaten gegen die persönliche Freiheit	30
7.1	Nachstellung (Stalking)	30
7.2	Freiheitsberaubung, Nötigung und Bedrohung	30
8	Diebstahlskriminalität	31
8.1	Wohnungseinbruch	34
8.2	Diebstahl rund um das Fahrzeug	34
9	Vermögens- und Fälschungsdelikte	36
10	Computer- und Internetkriminalität	39
11	Rauschgiftkriminalität	42
11.1	Entwicklung der Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	42
11.2	Entwicklung der Tatverdächtigen	45
11.3	Zahl der Drogentoten	46
12	Straßenkriminalität	46
13	Sonstiges	48

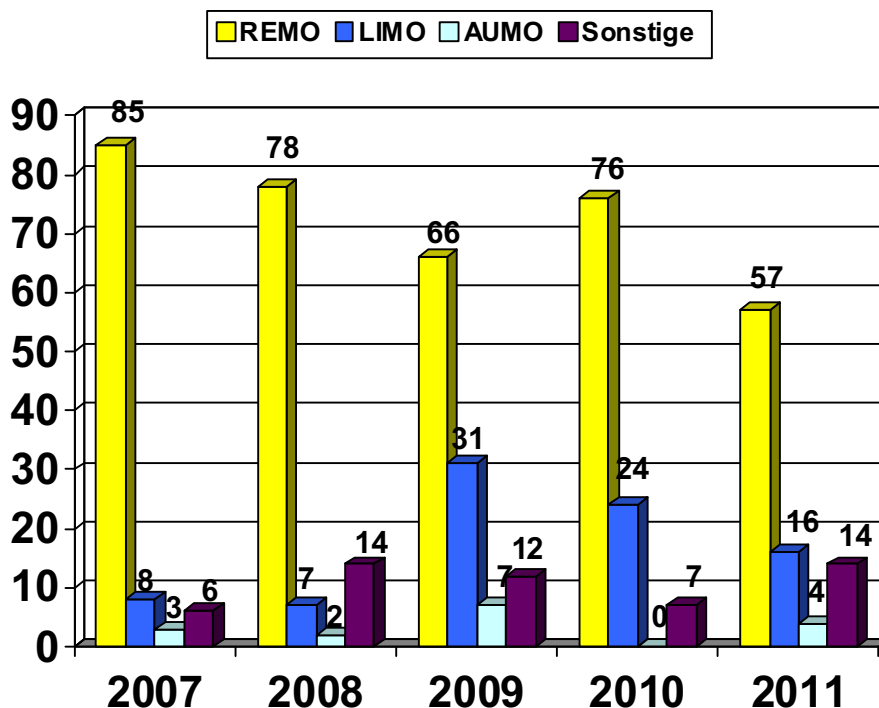
5 Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten

5.1 Politisch motivierte Straftaten

Im Jahr 2011 ging die Anzahl der politisch motivierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um -16 Fälle auf 91 Straftaten zurück. Die rechtsextremistischen Straftaten nahmen um -19 von 76 auf 57 Fälle ab. Die links-extremistischen Straftaten erfuhren eine Abnahme um -8 auf 16 Delikte. Die politisch motivierte Ausländerkriminalität zählt insgesamt vier Fälle. Wenngleich die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten nachließ, war das Ausmaß dieser Delikte allerdings erheblich.

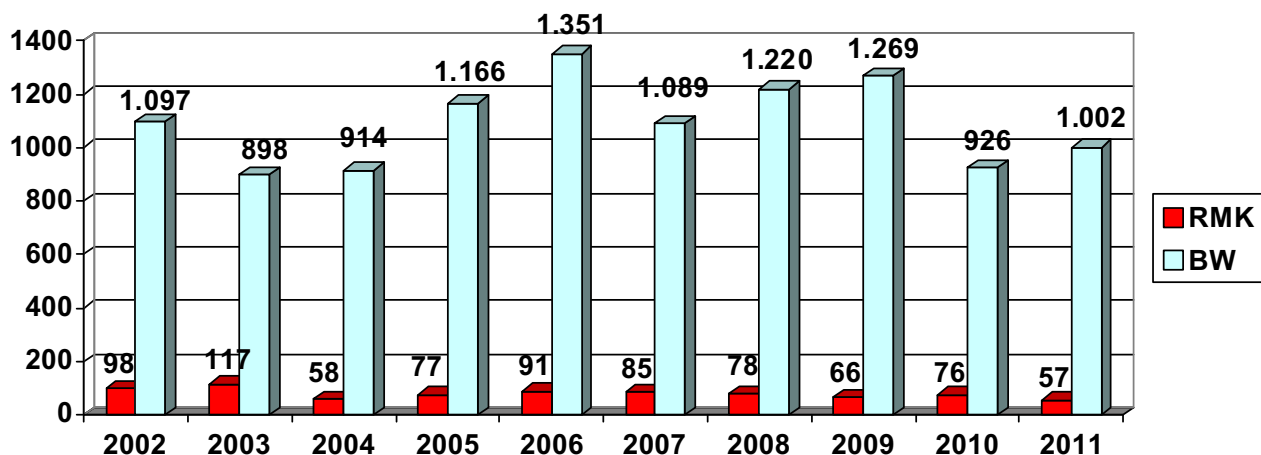
2011 wurden im Rems-Murr-Kreis insgesamt 91 politisch motivierte Straftaten registriert (-16 Fälle/-15,0%). Es konnten 17 politisch motivierte Straftaten aufgeklärt werden. Bei drei Straftaten handelt es sich um Gewaltdelikte, wobei zwei dieser Gewalttaten aus rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen Motiven begangen wurden und eine Gewalttat dem Phänomenbereich politisch motivierter Kriminalität von Ausländern zugerechnet wird.

Im Deliktsbereich Rechtsextremismus wurde mit 57 Fällen der niedrigste Stand der letzten 10 Jahre verzeichnet. In den Phänomenbereichen Linksextremismus kam es 2011 zu 16 Straftaten (2010: 24 Fälle) und im Bereich des Ausländerextremismus gab es 4 Straftaten.



5.2 Deliktsbereich Rechtsextremismus

10-Jahres-Vergleich BW - RMK



Mit der Ausnahme von 2010 setzte sich der Trend des kontinuierlichen Rückgangs der rechtsmotivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis fort. 2011 wurden im Rems-Murr-Kreis 57 rechtsmotivierte Straftaten angezeigt (-19 Fälle/-25,0%). 13 rechtsmotivierte Straftaten konnten aufgeklärt werden (22,8%). Unter den 57 rechtsmotivierten Straftaten wurden fünf Taten aus fremdenfeindlichen und 4 Straftaten aus antisemitischen Motiven begangen.

Fünf-Jahres-Vergleich rechtsmotivierter Straftaten mit Untergruppen (RMK – Land BW)										
	2007		2008		2009		2010		2011	
	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK
REX	695	80	855	58	903	49	644	65	618	48
FREF	258	3	238	12	214	9	176	4	255	5
ASM	136	2	127	8	152	8	106	7	129	4
Summe	1089	85	1220	78	1269	66	926	76	1002	57

Auch im Jahr 2011 handelt es sich bei den rechtsmotivierten Straftaten mit 54 Delikten (94,7%) fast ausschließlich um so genannte Propagandadelikte, durch das Verwenden von Propagandamitteln oder Symbolen / Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Dies sind in der Vielzahl der Fälle

Farbschmierereien und das Rufen verbotener Parolen bzw. Zeigen verbotender Symbole.

In zwei Fälle kam es zu rechtsmotivierten Gewalttaten. Diese beiden Fälle subsummierten sich in einer Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe rechtsmotivierter Personen und einer Gruppe Migranten. Hierbei kam es zu gefährlichen Körperverletzungen (gezählt als ein Fall) und zum versuchten Mord durch eine schwere Brandstiftung (ebenfalls als eigenes Delikt gezählt) zum Nachteil der Migranten.

Falldarstellung: Schwere Brandstiftung und gefährliche Körperverletzung; Einrichtung der EG Gartenhütte

Am Abend des 09.04.2011 fanden in Winterbach auf zwei benachbarten Grundstücken private Veranstaltungen statt. Zum einen eine Geburtstagsparty unter Beteiligung von ca. 70 Personen, die ausschließlich dem rechten Spektrum zuzurechnen sind und zum anderen ein Grillfest, von dem größten Teil ausländischen Staatsangehörigen, bzw. deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund, an welchem ca. 10 Personen teilnahmen.

Nachdem beide Veranstaltungen mehrere Stunden ohne besondere Vorkommnisse verliefen kam es um ca. 01:30 Uhr auf dem Flurweg zu einem Vorfall, in dem Teilnehmer der Grillparty von Teilnehmern der Geburtstagsparty mit dem Fahrzeug gefährdet und angefahren wurden. Dieser Vorfall wird als gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr bewertet. In der Folge begaben sich die Gäste der Geburtstagsfeier in aggressiver Haltung in Richtung der Grillparty, worauf die Gäste der Grillparty flüchteten.

Von den späteren Geschädigten flüchteten sich drei in deren Gartenhütte, welche kurze Zeit später in Brand gesteckt wurde.

Zwei weitere Geschädigte, die auf der Flucht von den Beschuldigten massiv attackiert wurden, flüchteten sich letztendlich in die bereits brennende Gartenhütte. Vor der brennenden Gartenhütte hielten sich mehrere Beschuldigte auf, welche lautstark rechtsgerichtete Parolen grölten. Aus Angst vor Übergriffen verließen die Geschädigten die Gartenhütte zunächst nicht.

Von den Geschädigten in der Gartenhütte wurden Notrufe abgesetzt. Sie konnten sich schließlich durch Flucht aus der brennenden Hütte in Sicherheit bringen.

Bereits in der Tatnacht und im weiteren Verlauf des Sonntags wurden umfangreiche Ermittlungen durch die Polizei durchgeführt. Auf Grund der Schwere der Tat, sowie der großen Anzahl der beteiligten Personen wurde am Montag, den 11.04.2011, bei der Polizeidirektion Waiblingen die Ermittlungsgruppe Gartenhütte eingerichtet, welche mit der Klärung des Tatgeschehens beauftragt wurde.

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens wurden 42 männliche und 2 weibliche Personen im Alter von 16 bis 48 Jahren als Beschuldigte geführt und zur Anzeige gebracht. Gegen zwei Personen wurde seitens der Staatsanwaltschaft Stuttgart Anklage wegen versuchten Mordes, schwerer Brandstiftung und gefährlicher Körperverletzung erhoben. Beide Beschuldigte im Alter von 20 und 21 Jahren kamen im Mai 2011 in Untersuchungshaft. Die Verhandlung vor der 3. Großen Jugendkammer des Landgerichtes Stuttgart fand von Januar bis Ende März 2012 statt.

Das Gericht stellte fest, dass die Beteiligung der Angeklagten an der Hetzjagd auf die Geschädigten den Tatbestand der gefährlichen Körperverletzung erfüllt. Die beiden Angeklagten wurden daher letztlich wegen dieses Tatbestandes zu Freiheitsstrafen von je 2 Jahren und 5 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Die Anklagepunkte des versuchten Mordes und der schweren Brandstiftung konnten im Rahmen der Beweisaufnahme nicht bestätigt werden.

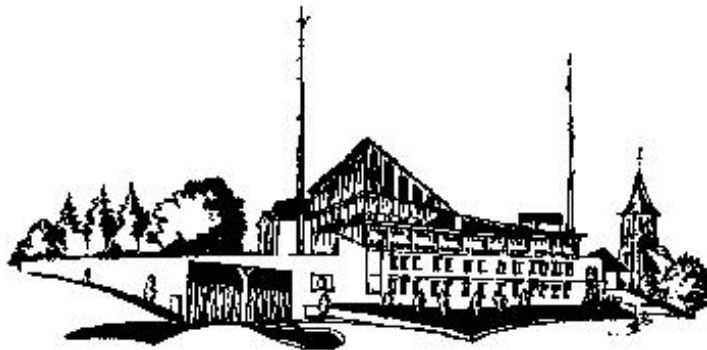
Aufgrund von Falschaussagen wurden zwischenzeitlich durch die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen sechs Personen Ermittlungsverfahren wegen uneidlicher Falschaussage und in zwei Fällen wegen Meineides eingeleitet.

Gegen die Veranstalterin der Geburtstagsparty wurde ein Haftbefehl wegen Strafvereitelung erlassen, weshalb sie sich derzeit in Untersuchungshaft befindet.

Derzeit werden gegen mehrere Beschuldigte aus Reihen der Partygäste Anzeigen wegen gefährlicher Körperverletzung bzw. Anstiftung hierzu bearbeitet, da sie an der Hetzjagd zum Nachteil der Geschädigten teilnahmen. Gegen vier der Beschuldigten wurden Haftbefehle wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen, drei Beschuldigte befinden sich in Untersuchungshaft, ein Beschuldigter wurde nach Zahlung einer Kaution zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt.

Landesweit stieg die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten leicht an. Mit 1.002 Straftaten wurden +76 Taten mehr registriert als im Vorjahr (8,2%). Bei den fremdenfeindlichen Delikten war eine Zunahme von +79 Straftaten (+44,9%) und bei den antisemitischen Straftaten von +23 Straftaten (+21,7%) festzustellen. Mit 35 rechtsmotivierten Gewalttaten wurden 2011 fünf Straftaten weniger registriert als im Vorjahr (-12,5%).

Kriminalitätsjahresbericht der Polizeidirektion Waiblingen für das Jahr 2012



Herausgeber: Polizeidirektion Waiblingen
Alter Postplatz 20
71332 Waiblingen

Inhaltsverzeichnis

1	Gesamtbilanz	3
2	Kriminalitätshäufigkeitszahl	6
3	Tatverdächtige	7
3.1	Gesamtentwicklung / Tatverdächtigenbelastungszahl	7
3.2	Kriminalität der Jungtäter (Personen unter 21 Jahren)	8
3.3	Kriminalität der Nichtdeutschen	11
3.4	Kriminalität der weiblichen Tatverdächtigen	12
4	Anzahl registrierter Opfer	13
5	Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten	15
5.1	Politisch motivierte Straftaten	15
5.2	Deliktsbereich Rechtsextremismus	16
5.3	Deliktsbereich Linksextremismus	19
5.4	Deliktsbereich Ausländerextremismus	20
5.5	Sonstige politisch motivierte Straftaten	20
6	Gewaltkriminalität	21
6.1	Straftaten gegen das Leben	23
6.2	Raubdelikte	26
6.3	Sexualdelikte	27
6.4	Gewalt gegen Polizeibeamte	28
7	Weitere Straftaten gegen die persönliche Freiheit	29
7.1	Nachstellung (Stalking)	29
7.2	Freiheitsberaubung, Nötigung, Bedrohung und Zwangsheirat	29
8	Diebstahlskriminalität	30
8.1	Wohnungseinbruch	32
8.2	Diebstahl rund um das Fahrzeug	33
9	Vermögens- und Fälschungsdelikte	34
10	Computer- und Internetkriminalität	38
11	Rauschgiftkriminalität	41
11.1	Entwicklung der Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz	41
11.2	Entwicklung der Tatverdächtigen	43
11.3	Rauschgift-Todesfälle	44
12	Straßenkriminalität	45
13	Sonstige Fälle im RMK	46

Ausgewählte Aspekte der Kriminalitätsentwicklung

Anlage 1

Im Jahr 2012 wurden 18.481 Straftaten erfasst; das sind 780 Straftaten bzw. 4,0% weniger als 2011. Die Beamten/-innen der Polizeidirektion Waiblingen konnten 2012 insgesamt 10.678 Straftaten aufklären. Die Aufklärungsquote beläuft sich auf 57,8%. Die Straftaten verteilen sich wie folgt:

Straftaten 2012	Anteil an den Gesamtstraftaten	Absolute Fallzahlen
Diebstahl gesamt	35,4%	6.546
Vermögens- und Fälschungsdelikte	17,5%	3.241
Sachbeschädigung	15,6%	2.877
Sonstiges	15,1%	2.784
Körperverletzung	11,5%	2.122
Rauschgiftdelikte	3,6%	667
Straftaten gg. die sex. Selbstbestimmung	0,8%	157
Raub / räub. Erpressung / räub. Angriff	0,4%	73
Straftaten gegen das Leben	0,1%	14
Gesamt:		18.481

Anlage 2

In Baden-Württemberg wurden 2012 insgesamt 573.459 Straftaten begangen. Dies waren -9.385 weniger als im Vorjahr (-1,6%). 57,7% dieser Straftaten wurden aufgeklärt.

Im Jahr 2012 waren bei der PD Waiblingen einige herausragende Einsätze mit zum Teil sehr hohem personellem Kräfteinsatz zu bewältigen. An erster Stelle sind hier die beiden Facebook-Partys in Backnang zu nennen. Hier war der massive Einsatz von Polizeibeamten vor Ort notwendig. Aber auch die von der rechtsextremistischen Szene veranstaltete „Kaffeefahrt“ im Raum Stuttgart-Esslingen-Geislingen führte in den Rems-Murr-Kreis (Waiblingen und Winnenden). Unter erheblichem Personaleinsatz mussten linke und rechte Personengruppen getrennt und Ausschreitungen verhindert werden. Die PD Waiblingen blieb dabei ihrer Linie treu, unter konsequenter Anwendung aller rechtlichen Möglichkeiten das öffentliche Auftreten der rechten Szene zu begrenzen. Anders als in anderen von der sogenannten Kaffeefahrt tangierten Landkreisen wurde daher die rechte Gruppe am Bahnhof Winnenden begrenzt und konnte nicht in die Innenstadt marschieren. In Waiblingen unterblieb die Demonstration komplett.

Unabhängig davon wurden fallbezogene Ermittlungsgruppen gebildet, wie z.B. die Soko Laube zur Aufklärung eines Tötungsdeliktes.

5 Entwicklung der Politisch motivierten Straftaten

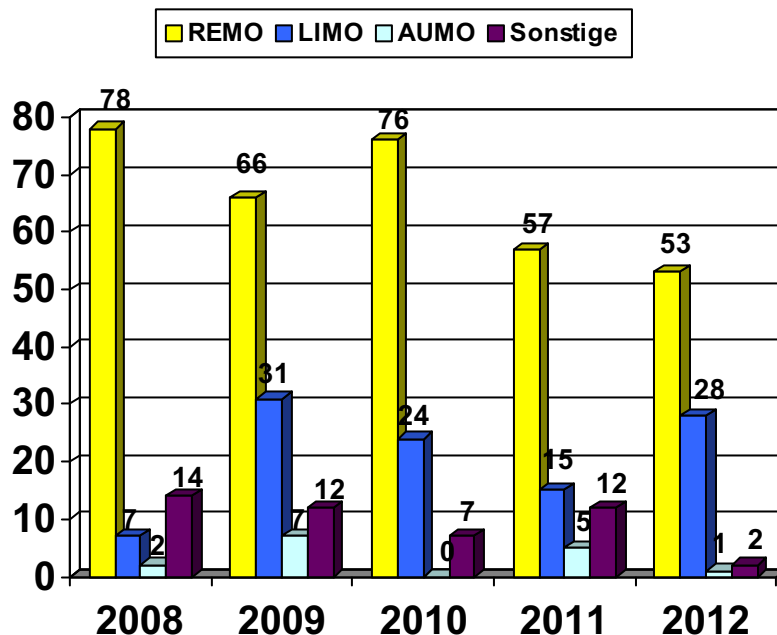
5.1 Politisch motivierte Straftaten

Im Jahr 2012 ging die Anzahl der politisch motivierten Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um fünf Fälle auf 84 Straftaten zurück. Die rechtsextremistischen Straftaten nahmen um vier auf 53 Fälle ab. Die linksextremistischen Straftaten erfuhren eine Zunahme um 13 auf 28 Delikte. Die politisch motivierte Ausländerkriminalität zählt einen Fall, vier weniger als im Vorjahr. Die sonstigen politisch motivierten Straftaten reduzierten sich von 12 auf zwei Fälle.

Wenngleich die Zahl der rechtmotivierten Straftaten erneut abgenommen hat, ist das zahlenmäßige Ausmaß dieser Delikte im Landesvergleich immer noch beachtlich. Dagegen erhöhten sich die linksmotivierten Straftaten fast ausschließlich durch Fälle militanter Tierschützer in den ersten zwei Monaten des Jahres sowie diverser Farbschmierereien im Kontext rechter Aktionen.

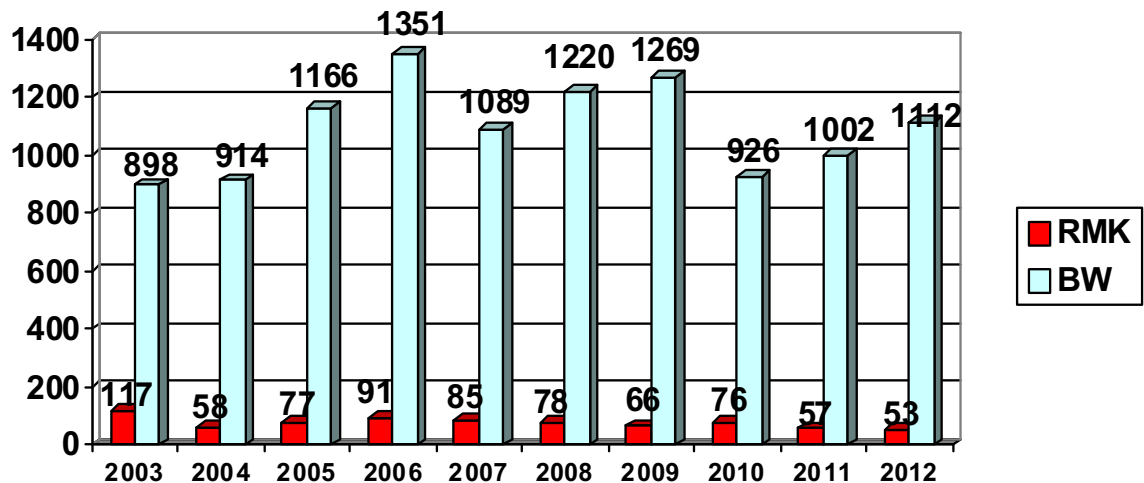
2012 wurden im Rems-Murr-Kreis insgesamt 84 politisch motivierte Straftaten registriert (-5 Fälle / -5,6%). Darunter befinden sich auch drei Gewaltdelikte, die allesamt dem linken Spektrum zuzuordnen sind.

Es konnten 17 politisch motivierte Straftaten (20,2%) aufgeklärt werden.



5.2 Deliktsbereich Rechtsextremismus

Straftaten Rechtsextremismus 10-Jahres-Vergleich BW - RMK



Mit der Ausnahme von 2010 setzte sich der Trend des kontinuierlichen Rückgangs der rechtsmotivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis fort. So sind für das Jahr 2012 53 Fälle zu verzeichnen. Dies bedeutet im Vergleich zu 2011 einen Rückgang um vier Straftaten (-7,0%). 12 Straftaten konnten aufgeklärt werden (32,0 %).

Fünf-Jahres-Vergleich rechtsmotivierter Straftaten mit Untergruppen (RMK – Land BW)										
	2008		2009		2010		2011		2012	
	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK	BW	RMK
REX	855	58	903	49	644	65	618	48	767	50
FREF	238	12	214	9	176	4	255	5	254	1
ASM	127	8	152	8	106	7	129	4	91	2
Summe	1220	78	1269	66	926	76	1002	57	1112	53

Auch im Jahr 2011 handelt es sich bei den rechtsmotivierten Straftaten fast ausschließlich (47 Fälle bzw. 88,7%) um so genannte Propagandadelikte (Verwenden von Propagandamitteln oder Symbolen/Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen). Dies sind in der Vielzahl der Fälle Farbschmierereien, Sachbeschädigungen und das Rufen verbotener Parolen bzw. Zeigen verbotener Symbole.

In drei Fällen handelt es sich um Straftaten im Internet (1 x KunsturhG, 2 x Volksverhetzung), die durch Recherchen des LKA bekannt und in der Folge dort bearbeitet worden sind. Da sich die Tatorte nicht ermitteln lassen, erfahren diese Fälle eine geografische Zuordnung über die ermittelnde Dienststelle und werden der Statistik des Rems-Murr-Kreises zugerechnet, da das LKA eine Außenstelle im Rems-Murr-Kreis unterhält.

Landesweit stieg die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten an. Mit 1.112 Straftaten wurden +110 Taten mehr registriert als im Vorjahr (+11,0%). Bei den fremdenfeindlichen Delikten war eine Abnahme um eine Straftat (-0,4%) und bei den antisemitischen Straftaten ebenfalls eine Abnahme von -38 Straftaten (-29,5%) festzustellen. Mit 40 rechtsmotivierten Gewalttaten wurden 2012 landesweit fünf Straftaten mehr registriert als im Vorjahr (+14,3%).

Einzelfalldarstellung / herausragende Ereignisse

Kundgebungstour der Autonomen Nationalisten Göppingen in Winnenden

Am 18.02.2012 wurde von einem Angehörigen der Autonomen Nationalisten Göppingen eine Kundgebung/Versammlung zum Thema „Gedenkt den Opfern von Dresden“ in Geislingen, Esslingen, Waiblingen und Winnenden angemeldet. Im Ergebnis versammelten sich ca. 15 Personen der rechten Szene auf dem Bahnhofsvorplatz in Winnenden. Es kam zu einer spontanen Gegendemonstration durch 50 Teilnehmer des linken Spektrums. Zu Störungen kam es nicht. Ein Marsch in die Winnender Innenstadt wurde unterbunden.

Plakat- und Aufkleberaktion der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Backnang

Am 31.03.2012 fand eine genehmigte Versammlung des linken/bürgerlichen Lagers in Backnang zum Thema „Für eine bunte Stadt gegen Rassismus und Gewalt statt“. In diesem Zusammenhang wurden neben einem Plakat der JN entlang der Aufzugsstrecke Aufkleber der JN älteren und neueren Datums festgestellt. Außerdem konnten im Bereich des Max-Born-Gymnasiums ca. zehn Flugblätter aufgefunden werden. Verantwortliche Personen konnten nicht ermittelt werden.

Kranzniederlegung am Volkstrauertag

Am 18.11.2012 trafen sich ca. 20 Personen der rechten Szene und legten auf dem Friedhof in Kernen-Rommelshausen einen Kranz mit der Aufschrift „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir treu“ nieder. Dabei stellen sie sich im Kreis auf, führten eine Reichsflagge des deutschen Kaiserreichs mit sich und sangen die ersten beiden Strophen des Deutschlandlieds. Ein strafbares Verhalten konnte nicht festgestellt werden.

Verteilung „Schulhof-CDs“

Vor den Weihnachtsferien 2012 kam es im Beruflichen Schulzentrum in Backnang und an der Gewerblichen Schule in Schorndorf zur Verteilung sog. Schulhof-CDs. Die CDs wurden zuvor bereits an Schulen in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern festgestellt. In Baden-Württemberg war es die einzige Aktion dieser Art im Jahr 2012. Verursacher konnten nicht ermittelt werden, da die CDs zentral an einem Ort vor Schulbeginn abgelegt worden waren. Die insgesamt 80 CDs konnten rechtzeitig von Lehrkräften eingesammelt und eine Verteilung verhindert werden.

BRD-Leugner

Im Jahr 2012 kam es vermehrt zu Vorfällen mit Personen, die die Bundesrepublik Deutschland und ihre Organe in Frage stellen und die Hypothese vertreten, dass das Deutsche Reich fortbestehe. Obwohl in den wenigsten Fällen eine rechtsextreme Einstellung der Personen bekannt ist, erfolgt die Zuordnung von Ereignissen und Personen in Zusammenhang mit den BRD-Leugnern zum Phänomenbereich Rechts.

Eine strafrechtliche Relevanz konnte nur in einem Fall bejaht werden. Hintergrund hierbei war, dass der islamischen Gemeinschaft in Schorndorf ein Brief übersandt wurde, in welchem die Mitglieder dazu aufgefordert werden, die BRD zu verlassen, da sonst deren Erschießung drohe. Verantwortlich zeigte sich die „Führung der Reichsbewegung/Neue Gemeinschaft von Philosophen“. Es wurde eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen unbekannt vorgelegt. Solche Briefe gingen bundesweit diversen Moscheevereinen zu. Es konnte nicht geklärt werden, wo sie ihren Ursprung haben.

Anlage 14

Wahlergebnisse im Rems-Murr-Kreis

Ergebnisse der drei Wahlkreise des Rems-Murr-Kreises bei der Landtagswahl 2011 und Ergebnis der Wahl zum Kreistag des Rems-Murr-Kreises 2009, zur Verfügung gestellt auf der Internetseite der Kommunalen Datenverarbeitung Region Stuttgart.

http://www.kdrs.de/pb/kdrs,Lde/Home/Leistungen/Rems_Murr_Kreis.html

Ergebnisse der Landtagswahl 2011:

Wahlkreis 15: <http://www.wahlen.kdrs.de/AGS119000/119000I-015.htm>

Wahlkreis 16: <http://www.wahlen.kdrs.de/AGS119000/119000I-016.htm>

Wahlkreis 17: <http://www.wahlen.kdrs.de/AGS119000/119000I-017.htm>

[22.08.2013]

Ergebnisse der Kreistagswahl 2009:

<http://www.wahlen.kdrs.de/119000k.htm> [27.08.2013]

Rems-Murr-Kreis

Die Seite wurde zuletzt aktualisiert am 22.8.2013 um 21:29:20 Uhr



Endgültiges Wahlergebnis
Landtagswahl am 27.03.2011
Wahlkreis Waiblingen

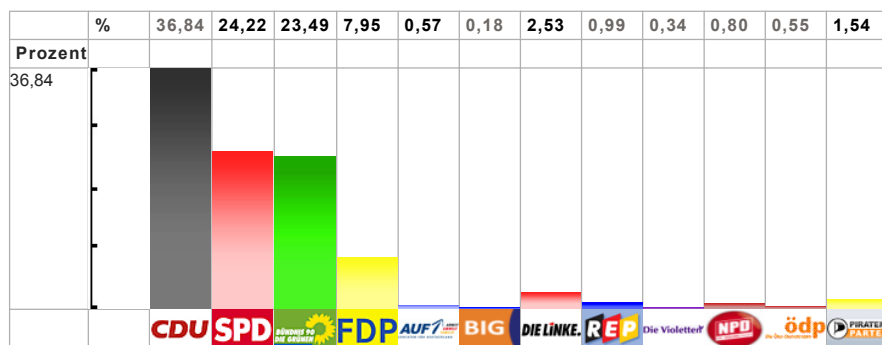
[Seite neu laden](#)

Stand: 01.04.11 / 13:02

CDU: 36,84 % SPD: 24,22 % GRÜNE: 23,49 % FDP: 7,95 % AUF: 0,57 % BIG: 0,18 % DIE LINKE: 2,5

Ergebnis nach Auswertung von 6 Wahlbezirken (von insgesamt 6)

Ergebnis der Parteien:



	Partei	Wahl 2011 Stimmen	in %
	Dr. Präfrock, Matthias Christlich Demokratische Union Deutschlands	27.352	36,84
	Altpeter, Katrin Sozialdemokratische Partei Deutschlands	17.984	24,22
	Halder, Wilhelm BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17.438	23,49
	Prof. Dr. Goll, Ulrich Freie Demokratische Partei	5.906	7,95
	Hufen, Christoph AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland	420	0,57
	Yayla-Akgüre, Baria Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit	135	0,18
	Neudorfer, Reinhard DIE LINKE	1.881	2,53
	Förster, Rudolf DIE REPUBLIKANER	732	0,99
	Bezler, Thomas Die Violetten - für spirituelle Politik	250	0,34
	Wehner, Jürgen Nationaldemokratische Partei Deutschlands	592	0,80
	Olschenka, Uwe Ökologisch-Demokratische Partei / Familie und Umwelt	412	0,55
	Haise, Lars Piratenpartei Deutschland	1.143	1,54

Gesamtergebnis (Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken)

Wahlstatistik:

Wahlberechtigte:	104.915
Wähler:	75.039

Wahlbeteiligung (in %):	71,52
Ungültige Stimmen:	794
Gültige Stimmen:	74.245

Weitere Informationen:

Hinweis: Differenzen zu einer Gesamtsumme von 100 Prozent ergeben sich durch Rundungen

Internetseite automatisch generiert durch WinWVIS Wahlverarbeitungs- und Informationssystem



[Weitere Ergebnisse der aktuellen Wahl auf dem KDRS-Web-Server](#)

KDRS

[© 2011 Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart](#)

Rems-Murr-Kreis

Die Seite wurde zuletzt aktualisiert am 22.8.2013 um 21:25:52 Uhr



Endgültiges Wahlergebnis
Landtagswahl am 27.03.2011
Wahlkreis Schorndorf

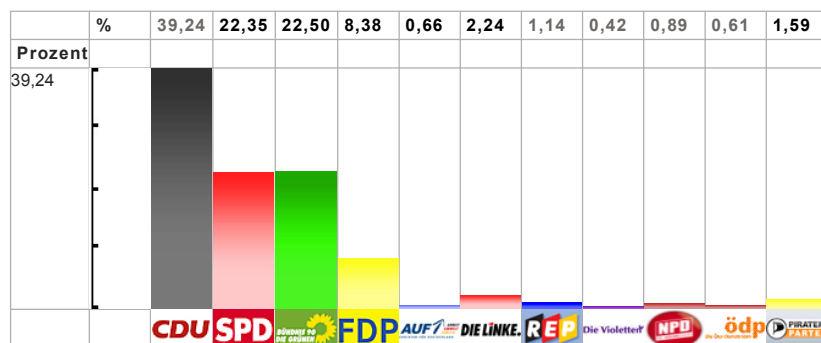
[Seite neu laden](#)

Stand: 01.04.11 / 13:02

CDU: 39,24 % SPD: 22,35 % GRÜNE: 22,50 % FDP: 8,38 % AUF: 0,66 % DIE LINKE: 2,24 % REP: 1,1

Ergebnis nach Auswertung von 8 Wahlbezirken (von insgesamt 8)

Ergebnis der Parteien:



	Partei	Wahl 2011 Stimmen	in %
	Paal, Claus Christlich Demokratische Union Deutschlands	26.852	39,24
	Weitmann, Tobias Sozialdemokratische Partei Deutschlands	15.293	22,35
	Häffner, Petra BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	15.395	22,50
	Haußmann, Jochen Freie Demokratische Partei	5.735	8,38
	Hetz, Friedemann AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland	451	0,66
	Drechsel, Jörg DIE LINKE	1.530	2,24
	Zuleger, Gerhard DIE REPUBLIKANER	778	1,14
	Bezler, Thomas Die Violetten - für spirituelle Politik	285	0,42
	Lockfisch, Klemens Nationaldemokratische Partei Deutschlands	610	0,89
	Wolf, Claus-Gerald Ökologisch-Demokratische Partei / Familie und Umwelt	418	0,61
	Strufe, Benjamin Piratenpartei Deutschland	1.085	1,59

Gesamtergebnis (Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken)

Wahlstatistik:

Wahlberechtigte:	95.512
Wähler:	69.194
Wahlbeteiligung (in %):	72,45
Ungültige Stimmen:	762

Gültige Stimmen:	68.432
------------------	--------

Weitere Informationen:

Hinweis: Differenzen zu einer Gesamtsumme von 100 Prozent ergeben sich durch Rundungen

Internetseite automatisch generiert durch WinWVIS Wahlverarbeitungs- und Informationssystem



[Weitere Ergebnisse der aktuellen Wahl auf dem KDRS-Web-Server](#)

KDRS

[© 2011 Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart](#)

Rems-Murr-Kreis

Die Seite wurde zuletzt aktualisiert am 22.8.2013 um 21:30:54 Uhr



Endgültiges Wahlergebnis
Landtagswahl am 27.03.2011
Wahlkreis Backnang

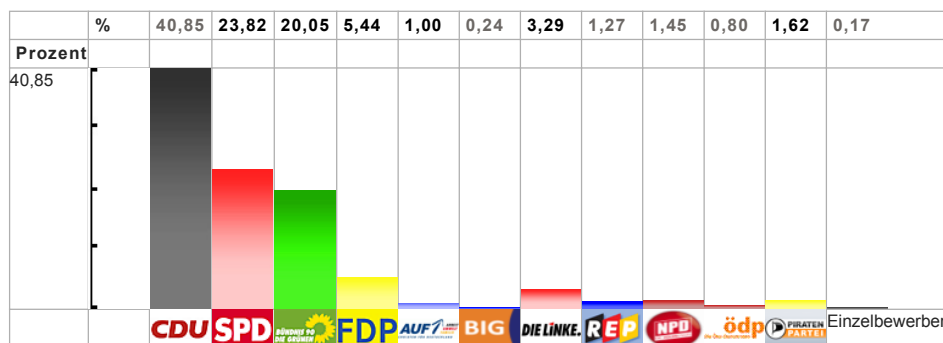
[Seite neu laden](#)

Stand: 01.04.11 / 13:03

CDU: 40,85 % SPD: 23,82 % GRÜNE: 20,05 % FDP: 5,44 % AUF: 1,00 % BIG: 0,24 % DIE LINKE: 3,2

Ergebnis nach Auswertung von 17 Wahlbezirken (von insgesamt 17)

Ergebnis der Parteien:



	Partei	Wahl 2011 Stimmen	in %
	Klenk, Wilfried Christlich Demokratische Union Deutschlands	25.319	40,85
	Gruber, Gernot Sozialdemokratische Partei Deutschlands	14.763	23,82
	Härtner, Wilfried BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	12.427	20,05
	Stuhlmann, Gunnar Freie Demokratische Partei	3.373	5,44
	Bäßler, Volker AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland	622	1,00
	Graber, Gabriel Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit	150	0,24
	Dr. Simon, Titus DIE LINKE	2.042	3,29
	König, Eberhard DIE REPUBLIKANER	788	1,27
	Stein, Benjamin Nationaldemokratische Partei Deutschlands	896	1,45
	Prof. Dr. Brunold, Andreas Ökologisch-Demokratische Partei / Familie und Umwelt	493	0,80
	Dyken, Volker Piratenpartei Deutschland	1.003	1,62
	Segelbacher, Volker Einzelbewerber Segelbacher	107	0,17

Gesamtergebnis (Ergebnisse in den einzelnen Wahlbezirken)

Wahlstatistik:

Wahlberechtigte:	92.553
Wähler:	62.761
Wahlbeteiligung (in %):	67,81

Ungültige Stimmen:	778
Gültige Stimmen:	61.983

Weitere Informationen:

Hinweis: Differenzen zu einer Gesamtsumme von 100 Prozent ergeben sich durch Rundungen

Internetseite automatisch generiert durch WinWVIS Wahlverarbeitungs- und Informationssystem



[Weitere Ergebnisse der aktuellen Wahl auf dem KDRS-Web-Server](#)

KDRS

[© 2011 Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart](#)

RemsMurrKreis

Die Seite wurde zuletzt aktualisiert am 27.8.2013 um 10:18:30 Uhr













Endgültiges Wahlergebnis
 Kreistagswahl am 07.06.2009
 Stand: 19.08.09 / 09:58

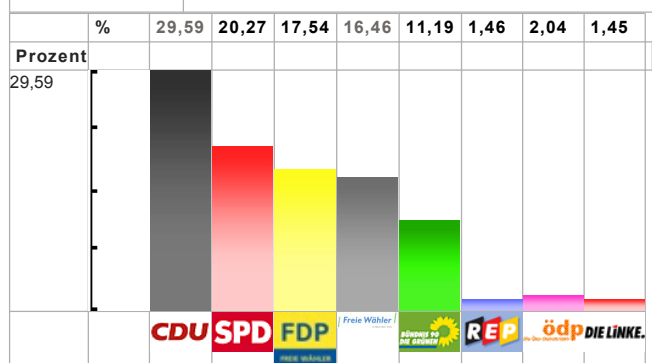
[Seite neu laden](#)

CDU: 29,59 % SPD: 20,27 % FDP-FW: 17,54 % DIE FREIEN: 16,46 % GRÜNE: 11,19 % REP: 1,46 %

Ergebnis nach Auswertung von 375 Wahlbezirken (von insgesamt 375)






Sitzverteilung

	Wahlvorschlag	Anzahl / Sitze	
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	27	
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	18	
FDP	Freie Demokratische Partei - Freie Wähler	15	
Freie Wähler	Freie Wähler im Rems-Murr-Kreis e.V.	14	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	10	
REP	DIE REPUBLIKANER	1	
ödp	Ökologisch-Demokratische Partei / Familie und Umwelt - Parteifreie Bürger	1	
DIE LINKE.	DIE LINKE	1	
			 =Regulärer Sitz  =Ausgleichssitz



Ergebnis der Wahlvorschläge

	Wahlvorschlag	Wahl 2009 Stimmen	in %
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	284.081	29,59
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	194.637	20,27
FDP	Freie Demokratische Partei - Freie Wähler	168.387	17,54

	Freie Wähler im Rems-Murr-Kreis e.V.	158.003	16,46
	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	107.485	11,19
	DIE REPUBLIKANER	14.041	1,46
	Ökologisch-Demokratische Partei / Familie und Umwelt - Parteifreie Bürger	19.596	2,04
	DIE LINKE	13.922	1,45

Ergebnisse der einzelnen Bewerber:

Wahlkreis 001 Backnang

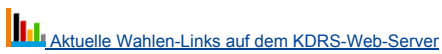
Partei	Bewerber	Stimmen	
CDU			
	Dr. Nopper, Frank	14.256	Gewählt
	Dr. Ulfert, Ute	7.290	Gewählt
	Dr. Ketterer, Gerhard	2.939	Gewählt
	Kreß, Ernst	1.879	
	Dr. Schwarze, Volker	1.766	
	Häußer, Manuel	1.685	
	Kutteroff, Sabine	1.376	
	Holzwarth, Christina	874	
	Falbo, Daniel	614	
SPD			
	Gruber, Gernot	5.403	Gewählt
	Elser, Christa	4.443	Gewählt
	Lohrmann, Siglinda	1.596	
	Hefter-Hövelborn, Ursula	1.530	
	Tiftikoglou, Theodora	1.268	
	Dobler, Armin	1.164	
	Täpsi-Kleinpeter, Pia	781	
	Pfister, Armin	639	
	Früh, Torsten	355	
FDP-FW			
	Bauer, Alfred	3.395	Gewählt
	Michelfelder, Ralf	2.262	
	Dr. Jeggle, Ulrich	1.283	
	Winter, Dorothee	1.157	
	Klinghoffer, Charlotte	966	
	Schumacher, Arno	777	
	Elste, Rainer	682	
	Schäufele, Ulrich	521	
DIE FREIEN			
	Hinderer, Klaus	247	
	Klink, Manfred	181	
	Sünderhauf, Regina	146	
	Wiedmann, Norbert	143	
	Jud, Ursula	113	
	Widmaier, Falk Dieter	99	
	Wiedmann, Pia	85	
	Ilg, Hans	55	
	Blümle, Alfred	36	
GRÜNE			
	Sturm, Ulrike	2.627	erhält Ausgleichssitz
	Braun, Andreas	2.029	
	Härtner, Willy	1.618	
REP			
	Zuleger, Gerhard	536	

	Schatz, Manfred	244	
	Geiger, Gerhard	129	
DIE LINKE			
	Drechsel, Jörg	632	
	Jeuter, Jürgen	538	

Wahlstatistik

Wahlberechtigte:	311.521
Wähler:	157.048
Wahlbeteiligung (in %):	50,41
Ungültige Stimmzettel:	4.050
Gültige Stimmzettel:	152.998
Gültige Stimmen:	960.152

Weitere Informationen



Hinweis: Differenzen zu einer Gesamtsumme von 100 Prozent ergeben sich durch Rundungen

Internetseite automatisch generiert durch WinWVIS Wahlverarbeitungs- und Informationssystem

KDRS

[© 2009 Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart](#)

Anlage 15

Struktur- und Regionaldaten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

Struktur- und Regionaldatenbank

<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/home.asp?H=1&R=KR119>

Tabelle 1: Veränderung der Bevölkerung insgesamt und der Ausländer, Landkreis Rems-Murr-Kreis

<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=1&U=02&T=99045010&E=KR&R=KR119>
[28.08.2013]

Tabelle 2: Veränderung der Bevölkerung insgesamt und der Ausländer, Land Baden-Württemberg

<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/Tabelle.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&T=99045010&E=LA&R=LA> [28.08.2013]

Veränderung der Bevölkerung insgesamt und der Ausländer

Landkreis Rems-Murr-Kreis

Veränderung der Bevölkerung insgesamt und der Ausländer seit 1998					
Jahr ¹⁾	Bevölkerung		Ausländer		
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	zusammen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil an der Gesamtbevölkerung
	Anzahl	%	Anzahl	%	%
1998	404 378	+0,3	55 835	−0,6	13,8
1999	407 213	+0,7	56 473	+1,1	13,9
2000	409 296	+0,5	55 312	−2,1	13,5
2001	412 959	+0,9	55 969	+1,2	13,6
2002	415 764	+0,7	56 162	+0,3	13,5
2003	416 635	+0,2	55 695	−0,8	13,4
2004	417 463	+0,2	54 874	−1,5	13,1
2005	417 697	+0,1	54 168	−1,3	13,0
2006	417 609	0,0	53 759	−0,8	12,9
2007	417 131	−0,1	53 267	−0,9	12,8
2008	416 255	−0,2	52 460	−1,5	12,6
2009	415 696	−0,1	52 185	−0,5	12,6
2010	415 448	−0,1	52 490	+0,6	12,6
2011	407 150	−2,0	49 094	−6,5	12,1
2012	408 827	+0,4	50 738	+3,3	12,4

1) Fortschreibung des Bevölkerungsstandes bis 2010 Basis VZ 87, ab 2011 Basis Zensus 09.05.2011.

Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis ist der Vergleich zwischen 2011 und 2010 nur eingeschränkt aussagekräftig.

Veränderung der Bevölkerung insgesamt und der Ausländer

Land Baden-Württemberg

Veränderung der Bevölkerung insgesamt und der Ausländer seit 1998					
Jahr ¹⁾	Bevölkerung		Ausländer		
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	zusammen	Veränderung zum Vorjahr	Anteil an der Gesamtbevölkerung
	Anzahl	%	Anzahl	%	%
1998	10 426 040	+0,3	1 303 828	-1,0	12,5
1999	10 475 932	+0,5	1 305 175	+0,1	12,5
2000	10 524 415	+0,5	1 284 142	-1,6	12,2
2001	10 600 906	+0,7	1 294 874	+0,8	12,2
2002	10 661 320	+0,6	1 297 738	+0,2	12,2
2003	10 692 556	+0,3	1 290 258	-0,6	12,1
2004	10 717 419	+0,2	1 281 717	-0,7	12,0
2005	10 735 701	+0,2	1 277 968	-0,3	11,9
2006	10 738 753	0,0	1 271 211	-0,5	11,8
2007	10 749 755	+0,1	1 271 492	0,0	11,8
2008	10 749 506	0,0	1 266 030	-0,4	11,8
2009	10 744 921	0,0	1 263 975	-0,2	11,8
2010	10 753 880	+0,1	1 275 278	+0,9	11,9
2011	10 512 441	-2,2	1 156 045	-9,3	11,0
2012	10 569 111	+0,5	1 208 926	+4,6	11,4

1) Fortschreibung des Bevölkerungsstandes bis 2010 Basis VZ 87, ab 2011 Basis Zensus 09.05.2011.

Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis ist der Vergleich zwischen 2011 und 2010 nur eingeschränkt aussagekräftig.

Anlage 16**Statistisches Bundesamt – Bevölkerungsstand**

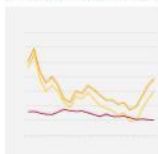
Bevölkerung: Auf einen Blick

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Bevoelkerungsstand.html> [28.08.2013]

Staat & Gesellschaft - Bevölkerungsstand - Statistisches Bundesamt (Destatis)

Se

Einwohnerzahl: 80,5 Millionen Einwohner am Jahresende 2012



Im Jahr 2012 nahm die Bevölkerungszahl Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr um 196 000 Personen (+ 0,2 %) zu und lag am Jahresende bei 80,5 Millionen Einwohnern. Einen ähnlich hohen Zuwachs hatte es zuletzt 1996 mit + 195 000 Personen gegeben. 2011 lag der Anstieg bei 92 000 Personen.

Mehr

Bevölkerungsstand nach dem Zensus 2011



Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2011 am 31. Mai 2013 wird die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf eine neue Grundlage gestellt. Bei den bisher bereitgestellten Bevölkerungszahlen für 2011 und 2012 handelt es sich um Fortschreibungsergebnisse auf Grundlage der Volkszählung von 1987 (im Westen) sowie des Auszugs aus dem zentralen Einwohnerregister der DDR vom 03. Oktober 1990 (im Osten). Diese Daten werden aufgrund der Zensusergebnisse 2011 mit der anschließenden Neuberechnung der Bevölkerungszahlen für 2011 revidiert.

Mehr

Tabellen

Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011

- Geschlecht und Staatsangehörigkeit
- Bevölkerung nach Gemeinden

Bevölkerung auf Grundlage früherer Zählungen

- Geschlecht und Staatsangehörigkeit
- Bundesländer, Fläche, Bevölkerungsdichte
- Altersgruppen, Familienstand, Religionszugehörigkeit
- Bevölkerung auf Grundlage früherer Zählungen am 30.04.2011
 - Insgesamt
 - Deutsche
 - Nichtdeutsche

Lange Reihen

- insgesamt nach Gebietsstand (ab 1950)
- insgesamt nach Altersgruppen (ab 1950)
- Deutsche und Ausländer nach Geschlecht (ab 1970)

Ausgewählte Publikationen

AUF EINEN BLICK

Bevölkerung (31.12.)	2012	80,5 Mill.
Lebendgeborene	2012	673 544
Gestorbene	2012	869 582
Wanderungssaldo	2011	+279 207
Private Haushalte	2012	40,7 Mill.
Familien mit minderjährigen Kindern	2012	8,1 Mill.
Ausländeranteil (31.12.)	2012	8,2 %
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	2011	19,5 %

PRESSEMITTEILUNGEN

80,5 Millionen
Einwohner am
Jahresende 2012 –
Bevölkerungszunahme
durch hohe
Zuwanderung
[MELDUNG](#)

5,1 % mehr Einbürger-
ungen im Jahr 2012
[MELDUNG](#)

[Alle Pressemitteilungen zum Thema](#)

Statistik besser verstehen

Was ist ... / Was sind ...

- Bevölkerungsvorausberechnungen?
- der Mikrozensus?

Methodisches

[Qualitätsberichte](#)

[Rechtsgrundlagen](#)

[Zensus 2011](#)

[Mikrozensus](#)

[Vergleich Zensus, Mikrozensus](#)

[Zeitbudgeterhebung](#)

[Gemeindeverzeichnis \(GV-ISys\)](#)

[Scientific Use Files](#)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013

Anlage 17

Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen

Übersicht: Rems-Murr-Kreis, Juli 2013

http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Baden-Wuerttemberg/Rems-Murr-Kreis-Nav.html?year_month=201307 [28.08.2013]

Übersicht: Baden-Württemberg, Juli 2013

http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Baden-Wuerttemberg-Nav.html?year_month=201307 [28.08.2013]

Übersicht: Deutschland, Juli 2013

http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html?year_month=201307 [28.08.2013]

statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Baden-Wuerttemberg/Rems-Murr-Kreis-Nav

Statistik der Bundesagentur für Arbeit > Statistik nach Regionen > Bund, Länder und Kreise > Baden-Württemberg > Rems-Murr-Kreis

Informationen für: Rems - Murr - Kreis**Übersicht - Rems - Murr - Kreis - Juli 2013****Zeitauswahl der Übersicht**

 Juli 2013  

Berichtsmonat Juli 2013 - Rems - Murr - Kreis

Ausgewählte Merkmale	Aktueller Monat	Veränderung zum Vorjahresmonat
Arbeitslose insgesamt	8.728	307
Arbeitslose SGB III	3.770	253
Arbeitslose SGB II	4.958	54
Arbeitslosenquote insgesamt	3,9	0,1
Arbeitslosenquote SGB III	1,7	0,1
Arbeitslosenquote SGB II	2,2	0,0
Gemeldete Arbeitsstellen	1.637	-673
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	11.875	152
Unterbeschäftigungsquote	5,3	0,1



Themen und Produkte - Rems - Murr - Kreis

Folgende Themen und Produkte stehen für Rems - Murr - Kreis zur Verfügung:



Arbeitsmarkt im Überblick

Arbeitsmarktreports nach Ländern, Kreisen und kreisfreien Städten, Regionaldirektionen und  

Ausbildungsstellenmarkt

Der Ausbildungsstellenmarkt - Aktuelles Heft - Deutschland, West- und Ostdeutschland, Länder,  

Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder

Zeitreihe zu Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II - Deutschland  

Daten für Eingliederungsbilanzen

Eingliederungsbilanzen nach § 54 SGB II - Kreise  

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGBII)

Wohn- und Kostensituation - Kreise und Träger  

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur/Baden-Wuerttemberg-Nav

Statistik der Bundesagentur für Arbeit > Statistik nach Regionen > Bund, Länder und Kreise > Baden-Württemberg

Informationen für: Bundesland Baden-Württemberg

Übersichten - Juli 2013 - Bundesland Baden-Württemberg

Zeitauswahl der Übersicht

 Juli 2013



Berichtsmonat Juli 2013 - Baden-Württemberg, Bundesland

Ausgewählte Merkmale	Aktueller Monat	Veränderung zum Vorjahresmonat
Arbeitslose insgesamt	230.534	11.089
Arbeitslose SGB III	101.336	8.158
Arbeitslose SGB II	129.198	2.931
Arbeitslosenquote insgesamt	4,0	0,1
Arbeitslosenquote SGB III	1,8	0,2
Arbeitslosenquote SGB II	2,2	0,0
Gemeldete Arbeitsstellen	65.386	-13.901
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	309.045	5.293
Unterbeschäftigungsquote	5,3	0,0

statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav

Statistik der Bundesagentur für Arbeit > Statistik nach Regionen > Bund, Länder und Kreise

Informationen für: Bundesrepublik Deutschland

Übersichten - Juli 2013 - Bundesrepublik Deutschland

Zeitauswahl der Übersicht

 Juli 2013



Berichtsmonat Juli 2013 - Deutschland

Ausgewählte Merkmale	Aktueller Monat	Veränderung zum Vorjahresmonat
Arbeitslose insgesamt	2.914.092	38.121
Arbeitslose SGB III	942.529	57.714
Arbeitslose SGB II	1.971.563	-19.593
Arbeitslosenquote insgesamt	6,8	0,0
Arbeitslosenquote SGB III	2,2	0,1
Arbeitslosenquote SGB II	4,6	-0,1
Gemeldete Arbeitsstellen	444.268	-55.579
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	3.871.629	-9.181
Unterbeschäftigungsquote	8,8	-0,2

Anlage 18**Schellenberg, Britta: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus**

<http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41919/strategien-gegen-rechtsextremismus> [22.08.2013]



URL: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41919/strategien-gegen-rechtsextremismus>
 Pfad: Politik | Extremismus | Rechtsextremismus | Dem Extremismus begegnen | Strategien gegen Rechtsextremismus

Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus

Zur Person

Britta Schellenberg

Geb. 1972, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.) der Ludwig-Maximilians-Universität München. Sie ist zuständig für das Projekt "Erfolgreiche Strategien gegen den Rechtsextremismus".

Britta Schellenberg

19.9.2006

Die Politik muss dem Rechtsextremismus offensiv begegnen. Sie ist gezwungen, sich mit den sozialen Problemlagen, die Rechtsextreme aufgreifen, auseinanderzusetzen und ihre Argumentationsmuster zu entkräften.

Es gibt heute eine Vielzahl an Projekten und Programmen gegen Rechtsextremismus. Längst ist Rechtsextremismus nicht allein Thema für Polizei und Jugendarbeit, die Strategien sind vielschichtiger geworden und setzen auf ganz unterschiedlichen Ebenen an.

Die strategischen Überlegungen zum Rechtsextremismus kreisen in der gegenwärtigen Diskussion um:

- den Ausbau der Repression
- mögliche Ausgrenzungsstrategien
- die Förderung von zivilgesellschaftlichem bzw. bürgerschaftlichem Engagement
- Demokratieförderung und die Förderung von Toleranz vor allem auf kommunaler Ebene und in den Bildungsinstitutionen
- die Förderung von gesellschaftlicher Vielfalt sowie interkultureller Verständigung
- die Wiederherstellung eines "guten Rufs" und der Versuch, weiteren Imageverlust und wirtschaftliche Nachteile durch Rechtsextremismus abzuwehren (Land/Landkreises/Stadt/Gemeinde)

Wo können Strategien gegen Rechtsextremismus ansetzen? Welche grundlegenden Strategien gibt es?

Politische Ebene

Der Rechtsextremismus muss von der Politik offensiv als gesellschaftspolitische Herausforderung angenommen werden. Dazu gehört die kompetente Auseinandersetzung mit sozialen Problemlagen, die Rechtsextreme aufgreifen, aber auch die Auseinandersetzung mit den Argumentationsstrategien der Rechtsextremen. Ein Zurückweichen vor Konflikten (wie das Verlassen von Parlamentsitzungen oder Diskussionsrunden bei rechten Provokationen) überlässt die öffentliche Bühne den Rechtsextremen und kann kaum demokratische Orientierungen fördern.

Wichtig ist, die Vertreter der demokratischen Parteien an einen Tisch (auf kommunaler, Länder- und Bundesebene) zu bringen, um Leitfäden oder Handlungskorridore in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus abzustecken. Mindestens genauso wichtig ist die gezielte Förderung der demokratischen, auf Toleranz gründenden politischen Kultur. Daher sind Strategien zur Etablierung und Festigung eines demokratischen Wertekonsenses (z.B. in Anlehnung an das Grundgesetz) essentiell. Darüber hinaus ist eine demokratische Bearbeitung brisanter Themen (wie Einwanderung, Islam/Islamismus, Arbeitslosigkeit) in der Politik notwendig. Die Ethnisierung sozialer Problemlagen sollte vermieden werden, etwa durch eine transparente Einwanderungspolitik und das Werben für eine plurale Gesellschaft. In einen solchen Dialogprozess der demokratischen Parteien sind weitere gesellschaftliche Akteure (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kirchen etc.) einzubeziehen.

Ansätze zu Strategien in der Politik gibt es: So wurde ein runder Tisch zum Rechtsextremismus 2006 etwa in Berlin (CDU, SPD, Grüne, FDP und DieLinke. PDS) etabliert. Die SPD hat bereits im Jahre 2005 einen (parteiinternen) Leitfaden entwickelt.

Politisch-soziales Engagement muss sich aber auch auf die ökonomischen Rahmenbedingungen beziehen, die sich als anfällig für rechtsextreme Orientierungen erweisen. Unsicherheit, Angst vor Arbeitslosigkeit und vor sozialem Abstieg sind die Gefühle, die heute erfolgreich von rechtsextremen Gruppierungen aufgegriffen und mit fremdenfeindlichen oder antisemitischen Ressentiments verbunden werden. Vor diesem Hintergrund geraten vor allem Bevölkerungsgruppen in den Blick, die vom gesellschaftlichen Wandel besonders betroffen sind. So müssen beispielsweise Handwerker und Facharbeiter im Informationszeitalter nicht nur einen Statusverlust hinnehmen, sondern im Zuge der Globalisierung der Märkte auch mit finanziellen Einbußen oder Arbeitslosigkeit rechnen. Zudem bedürfen insbesondere strukturschwache Regionen und soziale Brennpunkte einer durchdachten ökonomisch-sozialen Förderung. Es besteht Handlungsbedarf bezüglich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ebenso wie der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik. Erfolg versprechend sind etwa Programme, die den Übergang vom Schul- ins Berufsleben begleiten und entsprechende Weiterbildungsprogramme.

Ebene der Polizei und Justiz

Es ist die Pflicht der Justiz und der Polizei, den demokratischen Staat und seine Bürger vor Rechtsextremismus schützen. In der

Bundesrepublik Deutschland gibt es – auch aufgrund der Erfahrungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus – eine ganze Reihe juristischer Möglichkeiten, rechtsextreme Aktivitäten zu ahnden (vgl. Art. 21 Abs. 2 GG, Art. 9 Abs. 2 GG, § 3 VereinsG, vgl. §86 StGB, §86a StGB, vgl. § 130 StGB).

Hier handelt es sich um reaktive Möglichkeiten. Ein rasches und konsequentes Handeln kann aber auch die rechtsextreme Szene einschüchtern und damit Schlimmeres abwenden. Dennoch: Polizei und Justiz sind nicht in der Lage – noch ist es ihre Aufgabe – die Herausbildung rechtsextremer Gewaltszenen auf lokaler Ebene und erst recht nicht die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen zu verhindern. Ein gutes Beispiel für Präventionsarbeit von Seiten der Polizei ist allerdings die 2006 gestartete Kampagne "Wölfe im Schafspelz". Sie informiert und klärt (weiterführende) Schulen und Schüler – vor dem Hintergrund des Grundgesetzes – über Rechtsextremismus auf und regt zu einer selbstständigen Auseinandersetzung mit dem Phänomen an. Auch interne Schulungen der Exekutive (Polizei, Verwaltung allgemein) sind ein sinnvolles Element der Strategien gegen Rechtsextremismus.

Die Repressionen von Seiten der Polizei und der Justiz können rechtsextreme Aggression einschränken. Es gelingt ihnen aber nicht die Attraktivität des Rechtsextremismus zu schmälern. Vielmehr haben sie zu der spezifischen Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland – der sich in seiner subkulturellen Bewegungsförmigkeit, mit relativ losen Strukturen und eigenen Codes den Repressionen zunehmend entzieht – beigetragen. Dennoch: Die gegenwärtigen strafrechtlichen Möglichkeiten werden genutzt und ihr weiterer Ausbau schreitet voran oder wird diskutiert. Verbote von Demonstrationen (etwa an bestimmten Orten) werden diskutiert und durchgesetzt und auch das – bislang gescheiterte – Verbot der NPD prägt weiterhin die Debatte.

Ebene der Kommune und der Zivilgesellschaft

Das lokale Gemeinwesen ist ein zentraler Ort für direkte, identitätsstabilisierende Integrationserfahrungen. Die individuelle Erfahrung mit anderen teilen zu können und das eigene Umfeld mitzugestalten, ist eine wichtige und positive Demokratieerfahrung, die insbesondere für junge Menschen richtungweisend sein kann. Eine aktive, demokratische Zivilgesellschaft erweist sich als bedeutsamer Pfeiler einer offenen, toleranten Gemeinde.

Das politische Klima in Städten und Gemeinden wird stark von den lokalen Akteuren und deren Zusammenwirken geprägt. Die Kommune – ihre Handlungsbereitschaft und ihr Selbstverständnis – kann bedeutend für die Herausbildung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Einstellungs- und Verhaltensmuster sein. Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, sowie ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Toleranz senden deutliche Signale gegen Rechtsextremismus und Intoleranz. Kommunale Präventionsgremien, runde Tische, lokale Bündnisse für Toleranz und Demokratie sind Beispiele für Strategien auf dieser Ebene, die zu einer offenen und toleranten politischen Kultur beitragen können. Weitere gute Beispiele für erfolgreiche Strategien sind die regionalen Mobilen Beratungsteams/RAAs und die Opferberatungsstellen, sowie Aussteigerprogramme wie EXIT. Besonders Erfolg versprechend für eine nachhaltige und langfristige Verankerung der Arbeit gegen Rechts ist eine funktionierende Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Gemeinden.

Als problematisch erweisen sich Kommunen die nicht kooperieren, sowie Gegenden – und das trifft vor allem auf Teile Ostdeutschlands zu – in denen kein demokratisches, zivilgesellschaftliches Engagement vorhanden ist. Der Abbau staatlicher Angebote wirkt vor allem hier verheerend. Rechtsextreme stoßen erfolgreich in diese Lücke: Ihre Aktivitäten stellen häufig die einzigen Freizeitangebote für Jugendliche dar. Hier müssen Bemühungen mit langfristigen Konzepten ansetzen.

Ebene der Medien und Öffentlichkeitsarbeit

Die Medien beeinflussen wesentlich die öffentliche Debatte zu brisanten Themen wie (Migranten-)Integration, Toleranz und soziale Gerechtigkeit. Sie sind eine Sozialisationsinstanz moderner Gesellschaften, allerdings kein abgeschlossenes System. Sie interagieren nicht nur, sondern sie sind Teil eines breiten öffentlichen Diskurses, der problematische Stereotypisierungen und Ausgrenzungsstrategien in sich birgt. Analysen zur Fernsehberichterstattung haben gezeigt, dass es deutliche Vermittlungsprobleme des Themas Rechtsextremismus in den Medien gibt. Zum Teil liegen Probleme bei der Thematisierung des Rechtsextremismus originär in den Medien selbst: Sie sind im Visualisierungs-, Dramatisierungs- und Quotendruck begründet, die mit mangelnder Ausleuchtung von Hintergründen und dem Übergewicht an ereignisorientierter und tagespolitischer Berichterstattung einhergehen. Wichtig für eine informative, aufklärende und präventive Thematisierung ist:

- eine kontinuierliche Berichterstattung
- eine kompetente, Ausgrenzung vermeidende Auseinandersetzung
- eine differenzierte Darstellung
- eine Reflexion möglicher Rezeptionsweisen vor der Gestaltung des Beitrags
- ein sensibler und reflektierter Umgang mit den Themen Migration und Ausländer.

Medien und Öffentlichkeitsarbeit können einen Beitrag leisten, die demokratische Gesellschaft aktiv zu gestalten. Dazu gehört auch, dass hier Erfolge der Arbeit gegen Rechtsextremismus, für Demokratie, Vielfalt und Toleranz dargestellt werden können und dass die Medien selbst Position für eine plurale, demokratische Gesellschaft beziehen.

Ebene der Bildung

Emotionale Ausgeglichenheit, die Fähigkeit sich in die Perspektive anderer zu versetzen, ein angemessenes Selbstwertgefühl, Konfliktfähigkeit, Offenheit und Neugier sind Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche gegen Rechtsextremismus wappnen. Zentral ist die frühe, kontinuierliche und möglichst individuelle Förderung dieser sozialen und emotionalen Kompetenzen. Die Verschränkung unterschiedlicher Ebenen wie der individuellen mit der schulischen und außerschulischen sind wichtige Bedingungen für eine erfolgreiche Rechtsextremismusprävention.

Institutionen wie Kindertagesstätten und Schulen können sehr viel zu der Herausbildung und Entwicklung sozialer und emotionaler Kompetenzen beitragen. Zudem können sie Kinder und Jugendliche auf das Leben in einer pluralen und diversen Gesellschaft vorbereiten und sie befähigen, sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen. Statt eine Vielzahl an recht beliebigen Projekten oder Interventionen an die Bildungsinstitutionen heranzutragen, ist eine systemische Verankerung eines

demokratischen Bildungskonzepts sinnvoll. Die Reform der Bildungsinstitutionen, die zum Teil bereits angegangen wird, muss sich auf die Unterrichtsgestaltung, die Organisationsentwicklung und das pädagogische Personal beziehen. Das Bildungskonzept sollte sich an Werten wie Toleranz, den Menschenrechten und Vielfalt orientieren und zum Ziel haben, eine demokratische, partizipative und motivierende Lern- und Schulkultur zu entfalten. Dabei sind Gewalt- und Extremismusprävention wichtige Elemente in einer breiten demokratischen Schulentwicklung. Brauchbare pädagogische Ansätze einer umfassenden Bildungs-Strategie, die sich auch gegen Rechtsextremismus richtet, sind: Konzepte der antirassistischen Pädagogik, einer reflektierten interkulturellen Pädagogik, Konzepte der Diversity-Pädagogik, Konzepte und Programme der Demokratie- und Toleranzerziehung, sowie (historisch-) politische Bildung.

Durch den Ausbau der Ganztagschule können intensivere Kooperationen zwischen Jugendhilfe, Schulsozialarbeit und Schule (zeitlich und finanziell besser) ermöglicht werden, womit stärkere Präventions- und Interventionswirkungen entfaltet werden könnten. Auch Projekte der außerschulischen Jugendarbeit mit rechtsorientierten oder rechtsextremen Jugendlichen ließen sich sinnvoll in den schulischen Kontext einbinden.

Die Verankerung einer für Pluralismus offenen politischen Kultur ist grundlegend, um zukünftige Generation gegen rechtsextreme Orientierungen zu wappnen.

Anlage 19**Der „braune Kreis“ wird Vorbild**

Stuttgarter Zeitung vom 30.11.2010

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.der-braune-kreis-wirdvorbild.d365b772-b5dc-4505-929a-e415873aabfa.html> [22.08.2013]

Der "braune Kreis" wird Vorbild

"Fellbach und Rems-Murr-Kreis", 30.11.2010 02:46 Uhr

Waiblingen Seit knapp zehn Jahren gibt es die Fachstelle Rechtsextremismus und die Koordinierungsstelle der Polizei. Beide berichten im Jugendhilfeausschuss von erfreulichen Erfolgen. Von Harald Beck

Im kommenden Jahr wird es im Rems-Murr-Kreis einen Doppelgeburtstag geben: Sowohl die Fachstelle Rechtsextremismus des Landratsamtes als auch die Koordinierungsstelle Rechtsextremismus (Korex) der Polizeidirektion Waiblingen feiern ihr zehnjähriges Bestehen. Und es gebe tatsächlich Grund zum Feiern, sagte Gerhard Dinger beim Bericht der Fachstelle in der jüngsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Zum einen laufe die Zusammenarbeit mit den polizeilichen Rechtsextremismus-Bekämpfern "nahezu optimal", wie im Jugendhilfeausschuss auch der Korexleiter Andreas Lindauer bestätigte. Die Arbeit des Fachbereichs sei vor allem auch Beziehungsarbeit, sagte Dinger. Deshalb habe man die Zielgruppen aufgeteilt. Die Polizei kümmere sich schwerpunktmäßig um diejenigen Jugendlichen, die bereits tiefer in die rechtsextreme Szene verstrickt sind. Bei der Fachstelle im Landratsamt liege das Hauptaugenmerk auf der Prävention - "ich schaue, dass die Kinder gar nicht in den Brunnen fallen".

In den vergangenen 18 Monaten habe man deutliche Fortschritte bei den Versuchen gemacht, mit tendenziell rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Kontakt zu kommen, berichtete Dinger weiter. Wichtig sei hier die akzeptierendere Grundhaltung anstelle eines oberlehrerhaften Auftretens, ein Bezug entstehe, wenn Interesse an den Personen deutlich werde. Wobei sich allerdings auch immer das Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und einer klaren Stellungnahme zu den eigentlichen inhaltlichen Themen ergebe, erläuterte Dinger den Ausschussmitgliedern. Zusätzlich zu vielerlei Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit hat der Mann von der Fachbereichsstelle Rechtsextremismus unter anderem allein seit 2007 in rund 50 Schulklassen in Unterrichtsstunden für das Thema sensibilisiert. Nicht nur im Kreis stießen die Bemühungen auf sehr positive Resonanz, selbst das Landeskriminalamt weise inzwischen auf die vorbildliche Arbeit im Rems-Murr-Kreis hin.

Den Imagewandel in Sachen rechtsextremistische Umtriebe für den Rems-Murr-Kreis hat auch Andreas Lindauer betont. Im Jahr 2001 seien schließlich rechtsextreme Gewalttaten wie der Brandanschlag auf ein Waiblinger Asylbewerberheim oder der Überfall auf einen griechischen Geschäftsmann in Schorndorf Anlass dafür gewesen, dass der Rems-Murr-Kreis überregional den

Ruf eines braunen Landkreises bekommen habe. Eben diese Häufung an Gewalttaten und die Erkenntnis, dass es im Kreis eine entsprechende, sich verfestigende rechtsextreme Szene samt Treffpunkten mit überregionalem Zulauf gab, hat damals zur Einrichtung der beiden auf dieses Klientel spezialisierten Stellen bei Landkreis und Polizei geführt.

Der Erfolg lasse sich knapp zehn Jahre nach Beginn der besonderen Anstrengungen auch an Zahlen ablesen. Seit 2006, so berichtete Lindauer, sinke die Zahl der einschlägigen Straftaten im Rems-Murr-Kreis und dies teils entgegen dem Landestrend. Und was besonders positiv sei: Die Zahl der Gewalttaten habe gegenüber der Zeit vor zehn Jahren um mehr als 75 Prozent abgenommen. 2006 seien es zwei gewesen, im vergangenen Jahr drei, dagegen hatte man in den Jahren vor 2006 in der Regel pro Jahr im Kreis deren zwölf bis 15 gezählt. Allerdings gebe es durchaus einen kleinen Wermutstropfen, denn in diesem Jahr gingen die Zahlen wieder etwas nach oben. Wobei es sich aber fast ausschließlich um Propagandadelikte handle, Wandschmierereien oder Parolen zum Beispiel.

Was aber nichts am gewandelten Image des Kreises ändere, so Lindauer. Der Ruf habe sich tatsächlich binnen zehn Jahre von dem eines braunen Landkreises hin zu demjenigen mit vorbildlicher Arbeit gegen Rechtsextremismus geändert.

Anlage 20**Rechtsextremismus in Winterbach: Ein Brandanschlag und seine Folgen**

Stuttgarter Zeitung vom 15.01.2012

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rechtsextremismus-in-winterbach-ein-brandanschlag-und-seine-folgen.b2f55c89-4ff7-438b-8447-814ddbdf3052.html> [22.08.2013]

Rechtsextremismus in Winterbach

Ein Brandanschlag und seine Folgen

Kathrin Wesely, 15.01.2012 07:10 Uhr



Im April 2011 zünden rechtsradikale Skinheads eine Hütte an, in der sich fünf Menschen befinden. Foto: Stoppel

Winterbach - Auf versuchten Mord lautet die Anklage. Die beiden jungen Männer sollen maßgeblich beteiligt gewesen sein, als Rechtsradikale in der Nacht vom 9. auf den 10. April vergangenen Jahres eine Gartenhütte anzündeten, in die sich fünf junge Ausländer vor ihnen geflüchtet hatten. Es war ein lauer Abend gewesen, auf einem Wiesengrundstück bei Winterbach im Rems-Murr-Kreis feierten etwa 70 rechte Skinheads, auf dem Nachbargrundstück saßen neun junge Leute italienischer und türkischer Herkunft am Lagerfeuer. Die Rechten fingen Streit an und wurden handgreiflich. Die Gruppe floh - fünf von ihnen verschanzten sich in der Holzhütte. Der jüngere der beiden Angeklagten soll mit einem brennenden Ast die Hütte angezündet haben. Die Männer drinnen riefen die Polizei und trauten sich erst heraus, als die Angreifer fort waren. Die Hütte brannte vollständig nieder. 14 Verdächtige nahm die Polizei in dieser Nacht vorläufig fest, gegen etwa 40 Personen laufen Ermittlungen, die zwei Hauptverdächtigen stehen von heute an vor Gericht.

Die Polizei arbeitete mit Hochdruck an der Aufklärung, richtete die 16-köpfige Ermittlungsgruppe "Gartenhütte" ein und bemühte sich um so viel Transparenz, wie ermittlungstaktisch vertretbar war. Von Anfang stufte sie den Anschlag als

Tat von Rechtsradikalen ein und nicht etwa als alkoholbedingten Ausraster junger Leute. Die Polizeidirektion Waiblingen agierte vorbildlich. Es ging auch darum, einen guten Ruf zu verteidigen, einen Ruf, den man sich in Jahren hart erarbeitet hatte: Zu Beginn des Jahrtausends hatte der Rems-Murr-Kreis im Ruch gestanden, eine braune Hochburg zu sein. Es begann im August 2000 mit einem Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Waiblingen, dann folgten mehrere brutale Angriffe auf Ausländer, ein Brandanschlag auf einen Wohncontainer für Obdachlose und ein weiterer auf das Asylbewerberheim in Unterweissach.

Das Bild vom sauberen Landkreis hat dunkle Flecken

Die Häufung der Gewalt und die Erkenntnis, dass es eine organisierte rechtsextreme Szene samt Treffpunkten mit überregionalem Zulauf gab, ließ die Alarmglocken schrillen. Das Landratsamt richtete die Fachstelle Rechtsextremismus ein, und die Polizeidirektion Waiblingen rief die Koordinierungsstelle Rechtsextremismus (Korex) ins Leben. Die Fachstelle kümmert sich um die Prävention, die Polizei bearbeitet Jugendliche, die in die rechtsextreme Szene abgedriftet sind. Die Statistik bestätigte die Arbeit, "seit 2006 geht die Zahl der rechtsmotivierten Straftaten im Rems-Murr-Kreis zurück", sagt Andreas Lindauer, der Leiter der Korex. Die Bestrebungen im Landkreis gelten mittlerweile als Vorbild - wie 2010 eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigte.

Dann kam Winterbach. Die Aufmerksamkeit war wieder auf den Kreis gerichtet, und sie brachte mehr zu Tage als einen Brandanschlag: Es wurde bekannt, dass es in Winterbach bereits im September 2010 ein Konzert mit einer rechten Skinhead-Band gegeben hatte, dass die NPD ihre Landesparteitage 2009 und 2010 sowie einen Bundeskongress ihrer Jugendorganisation in Korb abgehalten hatte, was das Landratsamt und der Bürgermeister den Bürgern verschwiegen. 2011 fanden in Korb und in Aspach weitere NPD-Treffen statt. Das Bild vom sauberen Landkreis hat dunkle Flecken.

Faktisch aber ist der Rems-Murr-Kreis keine Hochburg des Rechtsradikalismus, behaupten die Verfassungsschützer. Die rechtsextreme Skinhead-Szene ballt sich im gesamten Großraum Stuttgart, weitere Schwerpunkte im Land sind laut Verfassungsschutz die Region Mannheim-Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Villingen-Schwenningen, Friedrichshafen, Sigmaringen und Schwäbisch Hall. Auch die Gruppe, die den Brandanschlag in Winterbach verübt hat, werde der rechten Skinhead-Fraktion zugerechnet, sagt Korex-Leiter Lindauer.

Die Neonazis haben Zulauf

Es existieren noch weitere rechte Lager im Land - etwa die Neonazis, die ideologisch beschlagener sind und sich einen totalitären Staat herbeisehnen. Und obschon die Zahl der Rechtsextremisten generell schrumpft - von 2009 auf 2010 um 200 Personen auf nunmehr 2200 - haben die Neonazis Zulauf. Gelegentlich sind die Grenzen zwischen rechten Skinheads und Neonazis auch fließend, wie bei der Kameradschaft Rastatt. Laut jüngstem

Verfassungsschutzbericht ist dies "die aktivste neonazistische Kameradschaft in Baden-Württemberg".

Eine wichtige Rolle spielt ferner das Aktionsbüro Rhein-Neckar. "Es koordiniert im gesamten Rhein-Neckar-Raum die Aktivitäten der dortigen rechtsextremistischen Neonazi- und Skinhead-Gruppierungen", heißt es im Bericht. Zudem sei das Aktionsbüro personell mit der NPD verflochten. Knapp ein Drittel der Neonazis in Baden-Württemberg rechnen die Verfassungsschützer aber einer relativ jungen Gruppierung zu, den Autonomen Nationalisten. Von ihren rechten Gesinnungsgenossen unterscheiden sie sich hauptsächlich durch ihr Auftreten, denn sie imitieren ihre Gegner: Mit ihrem Wortschatz und ihrer schwarzen Kleidung sind sie den Linksextremisten zum Verwechseln ähnlich. Die Autonomen Nationalisten verfügen nicht wie andere Gruppierungen über eine Bundesorganisation. Sie sind versprengt, organisieren sich regional in kleinen Gruppen und haben Zulauf. Diese Leute sind extrem auf Krawall gebürstet.

Seit die Mordserie der Zwickauer Zelle aufgedeckt wurde, ist klar, dass Rechtsextremisten organisiert töten. In der Öffentlichkeit hatte bisher die Meinung vorgeherrscht, dass rechtsradikale Schläger oder Brandstifter Tote zwar billigend in Kauf nehmen, konkrete Tötungsabsichten wurden aber selten unterstellt. Die Zwickauer Zelle hat das geändert. Fälle wie der Anschlag von Winterbach rücken nun möglicherweise in ein anderes Licht.

Opfer Laut der Polizei hat es seit 1990 bundesweit 48 Todesopfer rechter Gewalt gegeben. Die offiziellen Angaben wurden von mehreren Seiten angezweifelt, weshalb die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" gemeinsam mit der Wochenzeitung "Die Zeit" die Opferzahlen prüfte. Deren Recherche ergab, dass in den vergangenen zwölf Jahren 148 Menschen von rechten Tätern getötet wurden, davon acht Personen in Baden-Württemberg. "Mut gegen rechte Gewalt", eine Aktion des "Stern" und der Amadeu-Antonio-Stiftung, kommt bundesweit sogar auf 182 Opfer.

Hilfe Opfer von Gewalttaten sollten sich an speziell ausgebildete Traumatherapeuten wenden. Diese findet man im Internet unter www.DeGPT.de oder www.emdria.de. Die Villa Lindenfels ist zurzeit belegt, hilft aber bei der Suche. *StZ*

Anlage 21

„Bunt statt braun“ CDU-Kritik: Auf dem linken Auge blind

Stuttgarter Nachrichten vom 28.09.2009

http://content.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/2215744_0_5891_--

[bunt-statt-braun-cdu-kritik-auf-dem-linken-auge-blind.html](http://content.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/2215744_0_5891_--bunt-statt-braun-cdu-kritik-auf-dem-linken-auge-blind.html) [21.08.2013]

"Bunt statt braun"

CDU-Kritik: Auf dem linken Auge blind

28.09.2009 - aktualisiert: 28.09.2009 17:44 Uhr



Sami Khedira bei der Aktionswoche 2008
Foto: Wagner

Waiblingen - Die Jugendkulturwoche Mitte Oktober im Rems-Murr-Kreis heißt „Bunt statt Braun“. Es geht dabei vor allem um rechtsextreme Gewalt. Doch die Waiblinger CDU wittert Ungemach: Das Kulturhaus Schwanen als Mitveranstalter sei offenkundig auf dem linken Auge blind. Ein Vorwurf von kreisweiter Bedeutung.

###

Zwar sei die Reihe, so die CDU-Stadtverbandsvorsitzende Susanne Gruber, "unbestritten eine gute Sache". Andererseits werde dort zu wenig "Extremismus aller politischen Richtungen bekämpft". Auf's Korn nimmt sie speziell die Linke, "die Nachfolgepartei der PDS und der DDR-Staatspartei SED". Es gelte, so Gruber, "unsere freiheitlich demokratische Grundordnung gegen Parteien mit eindeutigen Umsturzabsichten zu verteidigen". Es sei, so die Mahnung Grubers, auch Aufgabe der Verwaltung und der Gemeinderäte, "Sorge zu tragen, dass Teile unserer aus dem Stadtbudget finanzierten Kultureinrichtungen nicht länger auf dem linken Auge blind sind."

Bei den Veranstaltern der Kulturwoche findet dieser Vorstoß kein Verständnis. Kriminalhauptkommissar Leo Keidel hat zudem statistisches Material in petto, das Susanne Grubers Argumentation auch aufs gesamte Kreisgebiet bezogen widerlegt. "Wir haben eine deutliche höhere Zahl an rechten als an linken Straftaten." So weist die amtliche Kriminalstatistik fürs Jahr 2008 genau 78 rechtsextremistische Straftaten aus (im Jahr 2006: 91; im Jahr 2007: 85). Darunter waren vier brutale Gewalttaten, so ein versuchter Brandanschlag auf eine Schule in Weissach im Tal und eine Körperverletzung aus fremdenfeindlichen Motiven. Die linksextremistischen Straftaten erfuhr im Rems-Murr-Kreis einen leichten Rückgang von acht im Jahr 2007 auf sieben Delikte im Jahr 2008. Nicht ohne Grund sei die Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit (Korex) bei der Polizei im Jahr 2001 etabliert worden. "Weil es eben damals ein Thema war", sagt Keidel.

Ein Sonderphänomen der rechten Szene sind die Skinheads. Die jüngste Zählung von 2008 ergab 76 polizeibekannte Skins im Rems-Murr-Kreis, fast die Hälfte davon war unter 21 Jahren. Der Anteil der weiblichen Skinheads, der "Renees", beträgt 17 Prozent. Auch hier setzt der Landkreis den Hebel an. Im Jahr 2008 befanden sich 63 Personen von Rems und Murr im landesweiten Programm "Ausstiegshilfen Rechtsextremismus". 26 dieser Skins allerdings zeigten "kein Interesse am Ausstiegsprogramm" (Keidel) und sprangen später wieder ab. 17 der bisherigen Skinheads im Kreis seien "durch Eigeninitiative ausgestiegen", bei den anderen laufen die Gespräche noch.

Wie sinnvoll die Arbeit gegen Rechtsextremismus im Landkreis auch auf höherer Ebene eingeschätzt wird, zeigt sich daran, dass der Großteil des Etats in Höhe von 12000 Euro für "Bunt statt braun" vom Bundesfamilienministerium gestellt wird. Die Stadt Waiblingen selbst beteiligt sich mit 2000 Euro. Der Waiblinger OB Andreas Hesky (Freie Wähler) lässt an seiner Würdigung des Schwanen und "Bunt statt braun" keinen Zweifel: Das Programm sei "qualitätsvoll" und stehe "für gute, inhaltliche Arbeit, politisch wie gesellschaftlich." Deshalb dürfe und müsse es auch "zum gesellschaftlichen Diskurs anregen".

Dirk Herrmann

Lesermeinungen
02.10.2009 15:12
Autor: **Hannes**

Da sich die großen demokratischen Parteien sich nicht trauen über die wachsenden Problemen durch Migration etc zu reden (sie reden lieber von bereicherung, sind aber auch durch öffentlichen Druck zum Schweigen verdammt).. müssen sich leider die rechten parteien mit dem Thema befassen.. weil es trotz medialer verschwiegenheit viele (junge) Bürger das Problem auf den Straßen/ in ihrer Nachbarschaft sehen, gewinnen die Parteien/ Organisationen auch deren Interesse..
aber das wollen die Etablierten wiederum nicht wahrhaben und nennen lieber die ausgeklügelte Propaganda z.B. der NPD (durch Schulhof CDs? Laternen Aufkleber? dass ich nicht lache) als Ursache für einen Rechtsruck, den sie dann mit allerlei sinnlosen Aktionen entgegenwirken wollen..

02.10.2009 13:53
Autor: **Hannes**

Da sich die großen demokratischen Parteien sich nicht trauen über die wachsenden Problemen durch Migration etc zu reden (sie reden lieber von bereicherung, sind aber auch durch öffentlichen (linken) Druck zum Schweigen verdammt).. müssen sich leider die rechten parteien mit dem Thema befassen..
weil es trotz medialer verschwiegenheit viele (junge) Bürger das Problem auf den Straßen/ in ihrer Nachbarschaft sehen, gewinnen die Parteien/ Organisationen auch deren Interesse..
aber das wollen die Etablierten wiederum nicht wahrhaben und nennen lieber die ausgeklügelte Propaganda z.B. der NPD (durch Schulhof CDs? Laternen Aufkleber? dass ich nicht lache) als Ursache für einen Rechtsruck (nicht nur in der Unterschicht), dem sie dann mit allerlei sinnlosen Aktionen entgegenwirken wollen..

01.10.2009 10:01
Autor: **Migrant**

Der Unterschied ist doch: die Rechtsextremen propagieren Diskriminierung nach Abstammungsmerkmal, während die Linken die Gleichheit fordern. Und weder Die Linke, noch die mir bekannte Kultur- und/oder Jugendeinrichtungen propagieren Gewalt oder einen Umsturz.
Und zum oft diskutierten Thema Gewalt und Migrationhintergrund: es liegt weniger daran, dass den Ausländern u.ä. als Kinder nachts gewaltverherrlichende Gute Nacht Lieder gesungen wurden, sondern dass man seinerzeit sich die Unterschichten importierte. Und diesen geht es jetzt dreckig und Gewalt ist leider die natürliche Reaktion darauf. Wo es diese Ausländer o.ä. nicht gibt (oder nicht in den Maß), übernehmen Deutsche diese Rolle, siehe Osten. Es ist nicht die Ursache, es sind die Symptome.

[Weitere Meinungen lesen](#)

Anlage 22**Die rechte Szene im Rems-Murr-Kreis**

Zeitungsverlag Waiblingen vom 21.11.2011

<http://www.zvw.de/inhalt.rems-murr-rundschau-die-rechte-szene-im-remsmurr-kreis.542b40cd-d519-4f01-af94-246266d2b26f.html>

[22.08.2013]

Rems-Murr-Rundschau

Die rechte Szene im Rems-Murr-Kreis

Von ZVW, aktualisiert am 21.11.2011 um 09:01



Etwa 300 Menschen demonstrierten in Schorndorf gegen den Nazi-Treff "Linde" in Weiler. Die Polizei zeigte mit 100 Beamten im Einsatz starke Präsenz. Foto: ZVW

Sehen Sie am Ende des Artikels das Video

Waiblingen. Dass es in Deutschland einen gewaltbereiten Rechtsextremismus gibt, ist für Kriminaldirektor Thomas Schöllhammer nichts Neues. „Dieses Ausmaß war aber für uns überraschend“, stellt er mit Blick auf den Nationsozialistischen Untergrund fest. Im Rems-Murr-Kreis ist die rechte Gewalt seit Jahren rückläufig. Die Fragen an Thomas Schöllhammer und Andreas Lindauer vom Staatsschutz stellte unser Redaktionsmitglied Martin Winterling.

Wie stellt sich die rechtsextreme Szene im Rems-Murr-Kreis da?

Andreas Lindauer: Zu Beginn des Jahrzehnts war im Rems-Murr-Kreis eine sehr aktive rechte Szene festzustellen. Dies zeigte sich vor allem in der Organisation von Veranstaltungen, wie der Durchführung von Musikveranstaltungen, teilweise mit Auftritten von Skinheadbands, Geburtstags- oder Grillfeiern. Wir haben dies nicht geduldet, sondern sind massiv dagegen vorgegangen. Einige dieser Veranstaltungen konnten durch die Polizei bereits in der Planungsphase verhindert werden, andere wurden durch die Polizei in Kooperation mit den

Vermietern der Räumlichkeiten oder der Kommunen aufgelöst. Dieses Bestreben war jedoch - auch aufgrund der aktuellen Rechtslage und Rechtsprechung - nicht immer von Erfolg gekrönt.

Zum Beispiel?

Lindauer: Insbesondere die NPD ist als zugelassene Partei nach den Vorschriften des Parteiengesetzes und dem Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 des Grundgesetzes wie alle anderen politischen Parteien und Organisationen zu bewerten. Ein polizeiliches Tätigwerden in diesem Bereich hat sich an Recht und Gesetz zu orientieren. Der Erfolg unserer Schwerpunktsetzung gegen Rechts zeigt sich auch darin, dass seit 2006 im Rems-Murr-Kreis ein kontinuierlicher Rückgang der rechtsmotivierten Straftaten erzielt wurde, insbesondere der Gewalttaten. Auch die Zahl der polizeibekannten und als gewalttätig eingeschätzten Skinheads ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Thomas Schöllhammer: Diese Entwicklung ist neben der Prävention auf die konsequente Strafverfolgung zurück zu führen. Die Polizei im Rems-Murr-Kreis hat sich eine niedrige Einschreitschwelle bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Straftaten auferlegt. Es gilt „Null-Toleranz“, wenn die Polizei von einer rechtsmotivierten Straftat oder rechtsmotivierten Aktivitäten Kenntnis erlangt. Wir nutzen alle Möglichkeiten aus, die uns unsere Gesetze bieten. Bei den Ermittlungen zur Aufklärung rechtsmotivierter Straftaten gehen wir an finanzielle und personelle Grenzen. Dies nicht nur bei besonders spektakulären Straftaten, sondern auch in der Alltagsorganisation.

Wie sieht die Aufklärungsquote aus?

Schöllhammer: Es ist uns seit Jahren gelungen, die überwiegende Zahl der rechtsmotivierten Straftaten erfolgreich aufzuklären. Alles in allem können wir der Überzeugung, dass wir aus polizeilicher Sicht einen guten Überblick über die rechts Szene im Rems-Murr-Kreis haben.

Lindauer: Parallel betreiben wir mit unseren Partnern eine intensive Präventionsarbeit. Durch Information und Aufklärung bereits an Schulen, sollen jungen Menschen die Gefahren des Rechtsextremismus aufgezeigt werden. Bei einem Forum der Friedrich Ebert Stiftung im Jahr 2010 wurde der Rems-Murr-Kreis als Beispiel für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus ausgezeichnet. Darüber hinaus wurde das Projekt „Gewalt ist keine Lösung“ vom Bündnis für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet.

Wie stellt sich die Szene unter den neuen Gesichtspunkten der NSU in Thüringen dar?

Lindauer: Für den Rems-Murr-Kreis ergibt sich nach unserer derzeitigen Bewertung keine Änderung bei der Lageeinschätzung und in der polizeilichen Vorgehensweise. Wir hatten in der Vergangenheit auch Ermittlungsverfahren gegen Rechtsextremisten, die bereit waren, massive Gewalttaten durchzuführen. Dies hat mitunter auch zur Gefährdung unserer Ermittler geführt. So wurden zum Beispiel im Jahr 2003 zwei Kriminalbeamte des Staatsschutzes der Polizeidirektion Waiblingen durch Rechtsextremisten öffentlich bedroht.

Hielt der Staatsschutz dieses Ausmaß eines Rechtsterrorismus für möglich?

Schöllhammer: Wir unterschätzen die Szene nicht. Deshalb haben wir eine niedrige Einschrittschwelle für alle Polizeibeamten im Rems-Murr-Kreis vorgegeben und sind vor Ort präsent, wenn wir von Konzerten, Buchpräsentationen oder vergleichbare Veranstaltungen

Kenntnis erlangen. Regelmäßig übernimmt die Kripo die Ermittlungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Dadurch erreichen wir eine frühzeitige Erkenntnisgewinnung und können die Informationen zusammenführen. Der Szene muss klar sein, dass wir an ihnen dran sind und sofort einschreiten, wenn sich ein polizeilicher Anlass bietet. Dass es gewaltbereite Rechtsextremisten gibt, war kein Geheimnis. Dieses Ausmaß war aber auch für uns überraschend.

Ändert sich die Vorgehensweise im Rems-Murr-Kreis?

Schöllhammer: Aus polizeilicher Sicht wird im Rems-Murr-Kreis alles getan, was zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgrund der geltenden Gesetzeslage möglich ist. Bereits im Jahr 2001 hat die Polizeidirektion Waiblingen auf die damals zunehmende rechtsextremistische Gewalttätigkeit im Rems-Murr-Kreis reagiert und die Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus durch die Einrichtung der Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit intensiviert. Die Leitthesen – Null Toleranz, niedere Einschreitschwelle, konsequente Strafverfolgung – werden seit nunmehr 10 Jahren erfolgreich umgesetzt. Ausfluss daraus ist unter anderem der Rückgang der rechtsmotivierten Straftaten, insbesondere der rechten Gewalttaten und des Personenpotentials. Es wäre aber zu einfach, dies als ausschließlich polizeiliches Thema darzustellen. Wir bekämpfen primär die Auswüchse einer menschenverachtenden Einstellung. Aufgabe der gesamten Gesellschaft, also Schule, Medien und Wirtschaft, ist es, diese Einstellung erst gar nicht aufkommen zu lassen. Jeder muss für sich die Frage stellen, welchen Beitrag er dazu leistet, statt auf andere zu zeigen. Wir können für uns diese Frage aufrichtig positiv beantworten.

Was geschieht bereits in diese Richtung?

Schöllhammer: Im Rems-Murr-Kreis besteht eine enge und vertrauensvolle Kooperation von Polizei, Landratsamt, Kommunen, Interessenverbänden, Schulen und der Bevölkerung. Gemeinsam ist es unser Ziel, niederschwellig diese Herausforderung anzunehmen. Beim Landratsamt wurde aus diesem Grunde ebenfalls schon im Jahr 2001 die Fachstelle Rechtsextremismus mit einem Jugendsozialarbeiter eingerichtet. In diesem Zusammenhang wurde der Fachbeirat Rechtsextremismus ins Leben gerufen, an dem alle oben genannten Gruppen mitwirken. Hierdurch wird eine umfangreiche Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus im Kreis geleistet, mit dem Ziel eine Sensibilisierung der Bürger zu erreichen.

Wie hält es die Polizeidirektion Waiblingen mit V-Leuten und verdeckten Ermittlern?

Lindauer: Wir führen im Rems-Murr-Kreis keine V-Leute in der rechten Szene. Die Gewinnung von Erkenntnissen zu Personen oder Gruppierungen, bei denen der Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen besteht, ist Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Teil unseres rechtsstaatlichen Systems ist das Trennungsgebot zwischen den Nachrichtendiensten und der Polizei.

Wie arbeitet die Polizei mit dem Verfassungsschutz zusammen? Werden Informationen ausgetauscht, welchen Nutzen hat die Zusammenarbeit?

Lindauer: Die Zusammenarbeit ist gesetzlich eindeutig geregelt. Das Verfassungsschutzgesetz sieht vor, dass der Verfassungsschutz die zuständige Polizeidienststelle informiert, wenn aufgrund vorliegender Informationen ein polizeiliches Eingreifen erforderlich erscheint.

Info:

2007 erschien die Studie der Uni Tübingen "[Rechtsextremismus und sein Umfeld](#)".

Anlage 23

Der antifaschistische Familienzweist

Zeitungsverlag Waiblingen vom 11.06.2011

<http://www.zvw.de/inhalt.rems-murr-rundschau-der-antifaschistishefamilienzwist.6b0d59cc-70e7-41e1-b66a-3a044ece4db0.html> [16.08.2013]



Rems-Murr-Rundschau

Der antifaschistische Familienzweist

Von ZVW, aktualisiert am 11.06.2011 um 01:05



Weist den Vorwurf, Kommunist zu sein, entschieden von sich: Alfred Denzinger. Bild: Habermann Foto: ZVW

Das Misstrauen zwischen „bürgerlichen“ und „linken“ Initiativen gegen Neonazis im Kreis reicht tief

Waiblingen. Gegen Nazis sind sie alle. Aber ob das reicht als Gemeinsamkeit? Im Rems-Murr-Kreis gärt ein Zwist in der antifaschistischen Familie: Die einen finden die anderen zu halbherzig, die anderen finden die einen zu linksradikal.

Ja, ja, er weiß, was die anderen über ihn erzählen, „das ist mir bekannt“: Er provoziere, sei ein Kommunist, hole antifaschistische Krawalldemonstranten aus Stuttgart in den Rems-Murr-Kreis. „Blödsinn“, sagt Alfred Denzinger. Der 53-Jährige ist Aktivist der Initiative „Weiler schaut hin“ und der neuen Gruppierung „Rems-Murr nazifrei“. „Ich bin nicht gewaltbereit. Ich hab noch keinen geschlagen. Aber ich bin auch nicht bereit, mich aufs Maul hauen zu lassen. Und schon gar nicht von einem Nazi.“ Ja, er sei froh, dass zu Mahnwachen vor der Weilermer Neonazi-Kneipe Linde auch schon Stuttgarter gekommen sind – „wenn ich mich auf die Leute aus Schorndorf verlassen hätte, wäre ich schon im Krankenhaus.“ Er ein Kommunist? Denzinger lacht grimmig. „Ich fahr Porsche, ich fahr ein dickes Motorrad, ich bin in keiner Partei. Dieser Vorwurf ist so was von spinnig.“ Ja, er habe eine „kritische Einstellung, was dieses Wirtschaftssystem angeht. Das hat mich aber nicht davon abgehalten, über 30 Jahre selbstständig zu sein“ als erfolgreicher Versicherungsmakler. „Und ich schäme mich nicht dafür.“

Denzinger wird „eine gewisse Radikalität“ nachgesagt

Und doch gilt Denzinger manchen als Reizfigur im antifaschistischen Familienzweist. Bei „Weiler schaut hin“ hat die ursprüngliche Führungsriege aufgehört – der ehemalige Vorsitzende Wilhelm Pesch findet, Denzinger habe „eine gewisse Radikalität“ hineingetragen.

Im Flecken gründe sich deshalb derzeit eine neue Initiative, „Weiler gegen rechts“. Und das Schorndorfer „Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“, das für den 1. Juli eine Kundgebung plant, hat Denzingers Mannschaft dazu bisher nicht eingeladen.

Auch wenn es keine Seite so deutlich sagt – zwischen den Zeilen glaubt man bisweilen durchhören zu können, was die einen über die anderen denken und die andern über die einen: Ihr seid wachsweiße Pseudo-Protestler, die bloß ab und zu ein bisschen auf betroffen machen – und ihr schürt linken Rabatz, ihr sucht die Eskalation.

Auf der Rems-Murr-nazifrei-Homepage steht: „Uns reicht es nicht, Symbole zu setzen, weit weg von den Nazis.“ Nötig seien „Demonstrationen und Mahnwachen“ direkt vor den „Treffpunkten und Veranstaltungsorten“ der Nazis. Bloß irgendwo ein paar „Kerzen gegen Brandstifter“ aufstellen? Zu wenig, sagt Denzinger. „Wir suchen die Nester auf, wo die sitzen, und zeigen mit dem Finger drauf: Da sind sie!“

Auf der Homepage findet sich auch ein Bericht über eine „kämpferische Spontandemo“ der Antifaschistischen Initiative Leonberg: „Während der gesamten Demonstration zeigten sich die TeilnehmerInnen offensiv und brachten mit Pyrotechnik und einem Abschlusssprint einen entschlossenen Ausdruck auf die Straße.“ Wer das liest, kann sich gut vorstellen, was sich die Leute in Korb oder Winterbach dazu denken: So was wollen wir bei uns aber nicht.

„Wir wollen in die Mitte der Gesellschaft hineinwirken“, sagt Hans-Martin Tramer vom Schorndorfer Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit. Er habe nichts gegen die Antifa, die „machen auch gute Sachen“ – aber „wir wollen die Bürgerlichen auf den Marktplatz bringen“; Vereine, Kirchen. Und dabei seien womöglich Gruppen von außen „nicht unbedingt hilfreich“.

Weiteres trägt zur Entfremdung bei: Neulich am Infostand von „Rems-Murr nazifrei“ in Korb wunderten sich Passanten über Flugblätter der Gruppe „Gegen die Strömung“ – dieses „Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands“ preist im Internet Stalin und beklagt, dass sich in der deutschen „Anti-Nazi-Bewegung eine sozialdemokratisch-revisionistische staatsstreue Einflussnahme“ breitmache.

„Ich kann nicht jedes Flugblatt angucken“, antwortet Denzinger genervt. Richtig sei allerdings: „Ich schließe niemanden aus.“ Gewaltfrei gegen Nazis zu sein, „das ist der Konsens, auf dem man arbeitet“ – was jemand „sonst denkt, ist mir egal. Ich habe auch kein Problem, mit CDUlern auf die Straße zu gehen gegen Nazis“.

Und dann das Thema Polizei. Denzinger wurde bei einer Mahnwache vor der „Linde“ mal von Rechtsradikalen als „Kommunistenschwein“ beschimpft, „am Kragen gepackt und geschüttelt“. Später sei die Polizei gekommen und habe sich geweigert, Anzeige aufzunehmen. „Begründung: Wir wären ein Kindergarten. Wortwörtlich.“ Mit den Nazis dagegen hätten die Beamten sich „relativ freundschaftlich unterhalten“.

Die Rems-Murr-Polizei hegt klammheimliche Sympathie für Faschisten? „Total abwegig“, sagt Wilhelm Pesch. Auch Hans-Martin Tramer findet diese „grundsätzliche Anti-Haltung zur Polizei“ befremdlich.

Ein Mittwochabend, eine Sitzung von „Rems-Murr nazifrei“ in Korb: 20 Engagierte sind gekommen, junge Antifa-Leute mit Gesichtern voller Dringlichkeit, ein Rentner von der

Gewerkschaft, einer von der Marxistisch-Leninistischen Partei – und als Gäste drei Vertreter der örtlichen SPD. Es ist ein Abtasten voll höflicher Behutsamkeit.

Und doch, man spürt eine Kluft aus Fremdheit und Skepsis – manchmal drückt sie sich aus in kleinen Gesten: Eine SPD-Frau runzelt die Stirn, als Denzinger den Rücktritt von Bürgermeister Müller fordert, weil der die NPD-Parteitage in Korb nicht öffentlich machte. Einem Antifaschisten unterläuft ein freudloses Lächeln, als die SPD-Frau erklärt: Müller sei ein „guter Bürgermeister“, auch wenn er „einen Fehler gemacht“ habe.

„Super“, dass hier alle gegen Nazis sind, sagt ein Antifaler. Die drei von der SPD nicken. Immerhin, eine Gemeinsamkeit. Aber ob das reicht?

Anlage 24**„Hand in Hand“ gegen rechts...**

Zeitungsverlag Waiblingen vom 29.06.2011

<http://www.zvw.de/inhalt.rems-murr-rundschau-8222-hand-in-hand-8220-gegen-rechts.01d1290a-e5e3-4bbd-ab8e-f600d85e062a.html> [09.07.2013]

Rems-Murr-Rundschau

„Hand in Hand“ gegen rechts . . .

Von ZVW, aktualisiert am 29.06.2011 um 01:04



Kundgebung in Schorndorf gegen rechts: Im Jahr 2006 gab's das schon mal, wie unser Archivbild belegt. Die bürgerliche Mitte mag sich seinerzeit an diversen DKP-Plakaten gestört haben. Wobei, immerhin: Gewaltbereit sahen die Kommunisten nun wirklich nicht aus. Bild:

Bernhardt Foto: ZVW

. . . und unsere internen Zwistigkeiten klären wir nächste Woche: Am Freitag ist Kundgebung in Schorndorf

Schorndorf (pes). Wir bilden ein ganz breites Bündnis, protestieren gemeinsam gegen Neonazi-Umtriebe – und unsere internen Streitereien vertagen wir auf nächste Woche: Unter diesem inoffiziellen Motto steht eine Kundgebung am Freitag in Schorndorf – „für Vielfalt, gegen rechte Gewalt“.

„Hand in Hand“, so lautet die Überschrift des Kundgebungsaufrufs: Freitag, 18 Uhr, Marktplatz Schorndorf. Organisatoren sind das Schorndorfer Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die Gemeinde Winterbach und die Lokale Agenda 21 Winterbach – und dazu kommt eine geradezu enzyklopädische Liste von Unterstützern: unter anderem die evangelischen und katholischen Dekanate, mehrere Schulen, IG Metall, Islamische Gemeinden, Kreisjugendring, alle Kreistagsfraktionen.

Das klingt nach der ganz großen Einmütigkeit, und auch der weitere Ankündigungstext enthält nun wirklich nichts, dem ein vernünftiger Mensch widersprechen wollte: „Der Brandanschlag auf türkisch- und italienischstämmige Mitbürger am 10. April 2011 in Winterbach ist ein trauriges Beispiel für rechtsextreme Umtriebe und menschenverachtende Gewalt in unserem Landkreis. Als Bürgerinnen und Bürger im Rems-Murr-Kreis wollen wir eindeutig Position

beziehen für die Vielfalt in unseren Gemeinden, gegen rechte Gewalt und fremdenfeindliche Gesinnung. Wir laden alle Einwohner des Rems-Murr-Kreises ein, durch ihre friedliche Teilnahme ein deutliches Zeichen zu setzen: Kommen Sie als Bürgerinnen und Bürger, als Kommune, Verein, Institution oder Behörde. Zeigen Sie kreativ Flagge mit Fahnen, Schildern und Transparenten gegen Gewalt und für ein demokratisches Miteinander.“

Unterschiede in Auftreten, Stil und Ton

Ganz so einmütig geht es hinter den Kulissen allerdings nicht zu. Die Protestkultur gegen Neonazi-Umtriebe im Kreis hat sich in den vergangenen Monaten in zwei Lager aufgespalten: hier die betont bürgerliche, in Ton und Auftreten vorsichtige und wägende Bewegung um den Schorndorfer Hans-Martin Tramer, deren Ziel es ist, die Mitte der Gesellschaft zu mobilisieren; da die Aktivisten um den Rudersberger Alfred Denzinger, die sich in den Gruppen „Weiler schaut hin“ und „Rems-Murr nazifrei“ formiert haben, mit Kritik an staatlichen Organen wie der Polizei nicht sparen und die Gemeinschaft mit Antifa-Gruppen aus Stuttgart oder Heilbronn suchen.

Der Verein „Weiler schaut hin“ ist offiziell nach wie vor Mitglied des Schorndorfer Bündnisses – aber als die Tramer-Fraktion die Kundgebung konzipierte, sei er zunächst gar nicht von den Plänen informiert worden, sagt Alfred Denzinger. Später habe er mit Tramer gesprochen und erklärt: „Da wir auch Teil des Bündnisses sind, würde ich gerne einen Redebeitrag halten.“ Das allerdings sei Tramer „offensichtlich nicht so recht“ gewesen.

Aber gut, am Freitag „werde ich selbstverständlich dabei sein“ – ein Ansinnen, dem auch Hans-Martin Tramer seinen Segen erteilt, wenn auch reichlich dünnlippig: „Wenn die mitmachen wollen, dürfen sie mitmachen.“ Und „das so genannte Zerwürfnis werden wir nach der Kundgebung klären“.

Noch ein Aufreger verbirgt sich im Ankündigungstext: Zu den Unterstützern, die namentlich genannt werden, gehört auch – Landrat Johannes Fuchs. Und der steht, seit mit seinem Wissen mehrere Parteitage der NPD in Korb heimlich stattfinden konnten, bei Antifaschisten heftig in der Kritik.

Dass Fuchs nun als eines der Aushängeschilder der Bewegung gegen rechts fungiert, „finden wir natürlich etwas seltsam“, sagt Denzinger. Aber noch mal: „Ich werde, obwohl der Landrat dazu aufruft, teilnehmen, weil’s mir um die Sache geht.“

Der Schorndorfer DGB-Funktionär Walter Burkhardt hat nach den Korber Enthüllungen den Rücktritt des Landrats gefordert. Was sagt er nun? „Hab ich mir gedacht, dass die Frage kommt. Ähm.“ Also, es gebe da eine interne Vereinbarung zwischen DGB und Landrat, derzeit „stillzuhalten, was öffentliche Verlautbarungen anbelangt“. Denn nächste Woche soll es zu einem klärenden Gespräch hinter den Kulissen kommen. Nur so viel: „Es ist okay, wenn er am Freitag mitläuft“ – und natürlich wird auch Burkhardt sich einreihen.

All das klingt nach einer allseits reifenden Einsicht: Das gemeinsame Anliegen, rechten Umtrieben zu wehren, ist viel zu wichtig, um es durch Richtungsstreitereien über die Frage zu sabotieren, welcher Protest denn nun der richtige ist, welcher zu links und welcher zu wachsw weich, welcher zu radikal und welcher zu leisetreterisch, welcher zu staatskritisch und welcher zu staatstragend.

Das unschlagbare Schlusswort zu diesem Thema spricht Dieter Knauss von der IG Metall: So eine Kundgebung „muss man mit allen machen, die da mitziehen“. Linke Verachtung gegenüber gar zu bürgerlichen Kräften ist genauso fehl am Platz wie allzu skrupulöses Abgrenzungs-Etetepe der Mitte gegen eher linke Gruppen. „Wenn man anfängt, so was zu diskutieren, ob der oder der dazupasst, kann man's in der Regel bleiben lassen.“ Die Teilnehmer „müssen für Gewaltlosigkeit eintreten, das ist für mich der Maßstab“, das ist der Konsens. „Wenn Herr Fuchs sagt, rechte Gewalt wollen wir nicht, dann sage ich: Ja, genau, wir auch nicht!“ Die entscheidende Frage ist nicht, ob sich alle jederzeit liebhaben. Sondern: „Kriegt man das hin, dass ein breites öffentliches Bündnis zusammenkommt?“ Der Freitag wird die Antwort bringen.

Anlage 25**PD Waiblingen: 1. Pressemitteilung vom 23.06.2013**

Sonnwendfeier des NPD Landesverbands Baden-Württemberg aufgelöst

http://presse.polizeibwl.de/_layouts/Pressemitteilungen/DisplayPressRelease.aspx?List=bd284061%2Deda4%2D45c0%2Db165%2Da647cd8a271c&ID=65478&Source=http%3A%2F%2Fpresse%2Epolizei%2Dbwl%2Ede%2FSeiten%2Fpdwaiblingen%2Easpx [22.08.2013]

Pressemitteilung

**Pressemitteilung**

23.06.2013

 **PD Waiblingen - 1. Pressemitteilung vom 23.06.2013 - Stand: 00.30 Uhr**

Sonnwendfeier des NPD Landesverbands Baden-Württemberg aufgelöst

Polizeidirektion Waiblingen - 1. Pressemitteilung vom 23.06.2013 Stand: 00.30 Uhr

Sonnwendfeier des NPD Landesverbands Baden-Württembergs aufgelöst

Nachdem bei der Polizei am Samstagnachmittag Hinweise zu einer Festveranstaltung auf einer Waldwiese im Bereich Spiegelberg eingingen wurde die Örtlichkeit überprüft. Dabei konnte festgestellt werden, dass es sich bei der Festveranstaltung um eine Sonnwendfeier des Landesverbands Baden-Württemberg der NPD, JN (Junge Nationale) und RNF (Ring nationaler Frauen) handelt. Es waren zirka 50 Personen überregional zu dieser Veranstaltung angereist. Die NPD Baden-Württemberg hatte auf Facebook für diese Veranstaltung "im Raum Stuttgart" - ohne genaue Nennung der Örtlichkeit - geworben, auf welcher auch ein NPD-Funktionär aus Sachsen als Gastredner auftreten sollte.

Genehmigungen für diesen Zweck durch das Landratsamt Rems-Murr und des zuständigen Bürgermeisteramts Spiegelberg lagen nicht vor. Der Besitzer der Wiese war über den wahren Zweck der Nutzung seines Grundstücks getäuscht worden. Ihm gegenüber war ein Familienfest in kleinem Rahmen angekündigt worden. Nachdem er von der Polizei und dem Bürgermeister den tatsächlichen Veranstaltungszweck erfahren hatte, widerrief er seine Zustimmung. Die Polizei übermittelte diesen Widerruf, weshalb die Teilnehmer ihre Zelte wieder abbauen mussten. Der Abbau des Festgeländes wurde von der Polizei überwacht.

Für telefonische Rückfragen zu dieser Pressemitteilung steht Ihnen der Pvd der Polizeidirektion Waiblingen unter der Telefonnummer 07151/950-231 zur Verfügung.

[Als PDF herunterladen](#)

Schließen

Literaturverzeichnis

Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W.: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, 2000, S. 220 – 245

Backes, Uwe: NPD-Verbot: Pro und Contra, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jahrgang, 18-19/2012, Rechtsextremismus, S. 9 – 15

Begrich, David/Sturm, Michael: „Hilfe die Rechten kommen!“ Der schwierige Umgang mit rechtsextremen Aufmärschen, in: Molthagen, Dietmar u.a.: Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, 2008, S. 222 – 234

Bundschuh, Stephan: Die braune Seite der Zivilgesellschaft: rechtsextreme Sozialraumstrategien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jahrgang, 18-19/2012, Rechtsextremismus, S. 28 – 33

Butterwegge, Christoph: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, 2000, S. 292 – 313

Decker, Oliver u.a.: Die Mitte in der Krise, Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2010

Decker, Oliver u.a.: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2008

Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2006

Düinkel, Frieder/Geng, Bernd: Einige Schlussfolgerungen, in: Düinkel, Frieder/Geng, Bernd (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien, Mönchengladbach, 1999, S. 367 - 398

Eser Davolio, Miryam/Drilling, Matthias: Gemeinden antworten auf Rechtsextremismus: Perspektiven für eine Kooperation zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, Bern, 2008

Heitmeyer, Wilhelm: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, 5. Auflage, Weinheim/ München, 1995

Heitmeyer, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2 – 3/1993, S. 3 – 13

Held, Josef u.a.: Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg, 2008

Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen, Praxisfelder, 2. Auflage, Wiesbaden, 2001

Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsstaat und Rechtsextremismus, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, 2000, S. 314 – 332

Kleinert, Corinna/De Rijke, Johann: Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, 2000, S. 167 – 198

Klose, Bianca/Benzing, Anne: Problemaufriss Rechtsextremismus in der Kommune, in: Molthagen, Dietmar u.a.: Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, 2008, S. 208 – 221

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Rechtsextremismus, Stuttgart, 2006

Merten, Roland: Erziehung – Rechtsextremismus – Gewalt. Zur politischen Sozialisation Jugendlicher, in: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Opladen, 1993, S. 126 – 146

Möller, Kurt: Extremismus, in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2. Auflage, Opladen, 2001, S. 194 – 207

Möller, Kurt: „Jugendgewalt“ und Rechtsextremismus. Ursachenanalysen und Reaktionsformen, in: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hrsg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Opladen, 1993, S. 334 – 342

Neugebauer, Gero: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, 2000, S. 13 – 37

Oepke, Maren: Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunden und Schule, Opladen, 2005

Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in Deutschland. Bestandsaufnahme und Problemaufriß, in: Schacht, Konrad/Leif, Thomas/Janssen, Hannelore (Hrsg.): Hilflos gegen Rechtsextremismus? Ursachen, Handlungsfelder, Projekterfahrungen, Köln, 1995, S. 11 – 42

Rieker, Peter: Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf, Weinheim/München, 2009

Rippl, Susanne u.a.: Sind Männer eher rechtsextrem und wenn ja, warum? Individualistische Werthaltungen und rechtsextreme Einstellungen, In: Politische Vierteljahresschrift, 39. Jg., Heft 4, Baden-Baden, 1998, S. 758 – 774

Roth, Roland: Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2010

Roth, Roland: Problemskizze: Rechtsextremismus als Herausforderung der Zivilgesellschaft, in: Molthagen, Dietmar u.a.: Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, 2008, S. 308 – 322

Schubarth, Wilfried: Pädagogische Strategien gegen Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt – Möglichkeiten und Grenzen schulischer und außerschulischer Prävention, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, 2000, S. 249 – 270

Schumacher, Harald: Auch die Wirtschaft spürt die Folgen. Deutschland haftet für das Verhalten seiner Kinder, in: Das Parlament, Nr. 2-3, 1993, S. 10

Siebert, Ingo: Demokratische Kultur stärken - wie geht das?, in: Molthagen, Dietmar u.a.: Lern- und Arbeitsbuch „Gegen Rechtsextremismus“. Handeln für Demokratie, Bonn, 2008, S. 245 – 255

Simon, Titus u.a.: Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen. Eine Arbeitshilfe, Erstellt im Auftrag des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL), Berlin, 2009, online unter:
http://bdl.landjugend.info/attachments/703_Buch_Gras_darueber_05032009_Finale.pdf [10.06.2013]

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel, 3. Auflage, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010

Strobl, Rainer/Lobermeier, Olaf: Die Problemstellung: Rechtsextremismus in der Kommune, in: Molthagen, Dietmar/Korgel, Lorenz(Hrsg.): Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Berlin, 2009, S. 15 – 27

Strobl, Rainer/Würtz, Stefanie/Klemm, Jana: Demokratische Stadtkultur als Herausforderung – Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim/München, 2003

Winkler, Jürgen R.: Rechtsextremismus: Gegenstand, Erklärungsansätze, Grundprobleme, in: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz, Bonn, 2000, S. 38 – 68

Internetquellen:

Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen, online unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/Politische-Gebietsstruktur-Nav.html> [28.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 17 (zitiert als Bundesagentur für Arbeit: Statistik nach Regionen)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Lokale Aktionspläne, online unter: http://www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de/tfks_lokale_aktionsplaene.html [27.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 6 (zitiert als BMFSFJ: Lokale Aktionspläne)

Bundesregierung: Orte der Vielfalt, online unter: <http://www.orte-der-vielfalt.de/index.php?id=initiative> [27.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 7 (zitiert als Bundesregierung: Orte der Vielfalt)

„Bunt statt Braun“: Programmheft 2011, online unter: http://www.jugendarbeit-rm.de/relaunch2009/wp-content/uploads/2011/08/BsB2011_WebMed.pdf [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 9 (zitiert als „Bunt statt Braun“: Programmheft)

Bürgermeisterversammlung Rems-Murr-Kreis: Gemeinsame Erklärung, online unter: http://www.rems-murr-kreis.de/5529_DEU_WWW.php?&publish%5Bid%5D=243392&publish%5Bstart%5D [27.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 10 (zitiert als Bürgermeisterversammlung Rems-Murr-Kreis: Gemeinsame Erklärung)

Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart: Wahlergebnisse, online unter: [http://www.kdrs.de/pb/kdrs,Lde/Home/Leistungen/Rems_Murr_Kreis.html](http://www.kdrs.de/pb/kdrs/Lde/Home/Leistungen/Rems_Murr_Kreis.html) [22. und 27.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 14 (zitiert als KDRS: Wahlergebnisse)

Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Daten und Fakten, online unter: http://www.rems-murr-kreis.de/2347_DEU_WWW.php [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 11 (zitiert als Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Daten und Fakten)

Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Wirtschaftsstandort Rems-Murr-Kreis, online unter: http://www.rems-murr-kreis.de/3233_DEU_WWW.php [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 12 (zitiert als Landratsamt Rems-Murr-Kreis: Wirtschaftsstandort)

Polizeidirektion Waiblingen: Kriminalitätsjahresberichte für die Jahre 2008 bis 2012, online unter: <http://www.polizei-waiblingen.de/PDWaiblingen/Presse/Seiten/Statistiken.aspx> [15.07.2013], vgl. Anhang: Anlage 13 (zitiert als PD Waiblingen: Kriminalitätsjahresbericht)

Schellenberg, Britta: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus, 2006, online unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41919/strategien-gegen-rechtsextremismus> [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 18 (zitiert als Schellenberg: Ansätze und Strategien gegen Rechtsextremismus)

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage: 10 Fragen – 10 Antworten zum Projekt, online unter: <http://www.schule-ohne-rassismus.org/faq.html> [27.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 8 (zitiert als SOR – SMC: 10 Fragen – 10 Antworten)

Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsstand, online unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Bevoelkerungsstand.html> [28.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 16 (zitiert als Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsstand)

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Struktur- und Regionaldatenbank, online unter: <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/SRDB/home.asp?H=1&R=KR119> [28.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 15 (zitiert als Statistisches Landesamt BW: Struktur- und Regionaldatenbank)

Tageszeitungen und Pressemitteilungen:

Beck, Harald: Der „braune Kreis“ wird Vorbild, in: Stuttgarter Zeitung vom 30.11.2010, online unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.der-braune-kreis-wird-vorbild.d365b772-b5dc-4505-929a-e415873aabfa.html> [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 19

Herrmann, Dirk: „Bunt statt braun“ CDU-Kritik: Auf dem linken Auge blind, in: Stuttgarter Nachrichten vom 28.09.2009, online unter: http://content.stuttgarter-nachrichten.de/stn/page/2215744_0_5891_--bunt-statt-braun-cdu-kritik-auf-dem-linken-auge-blind.html [21.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 21

Polizeidirektion Waiblingen: Sonnwendfeier des NPD Landesverbands Baden-Württemberg aufgelöst, 1. Pressemitteilung vom 23.06.2013, online unter: http://presse.polizei-bwl.de/_layouts/Pressemitteilungen/DisplayPressRelease.aspx?List=bd284061%2Deda4%2D45c0%2Db165%2Da647cd8a271c&ID=65478&Source=http%3A%2F%2Fpresse%2Epolizei%2Dbwl%2Ede%2FSeiten%2Fpdwai blingen%2Easpx [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 25 (zitiert als PD Waiblingen: Pressemitteilung vom 23.06.2013)

Wesely, Kathrin: Rechtsextremismus in Winterbach: Ein Brandanschlag und seine Folgen, in: Stuttgarter Zeitung vom 15.01.2012, online unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rechtsextremismus-in-winterbach-ein-brandanschlag-und-seine-folgen.b2f55c89-4ff7-438b-8447-814ddbdf3052.html> [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 20

Zeitungsverlag Waiblingen: Die rechte Szene im Rems-Murr-Kreis, 21.11.2011, online unter: <http://www.zvw.de/inhalt.rems-murr-rundschau-die-rechte-szene-im-rems-murr-kreis.542b40cd-d519-4f01-af94-246266d2b26f.html> [22.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 22

Zeitungsverlag Waiblingen: Der antifaschistische Familienzweist, 11.06.2011, online unter: <http://www.zvw.de/inhalt.rems-murr-rundschau-der-antifaschistische-familienzwist.6b0d59cc-70e7-41e1-b66a-3a044ece4db0.html> [16.08.2013], vgl. Anhang: Anlage 23

Zeitungsverlag Waiblingen: „Hand in Hand“ gegen rechts..., 29.06.2011, online unter: <http://www.zvw.de/inhalt.rems-murr-rundschau-8222-hand-in-hand-8220-gegen-rechts.01d1290a-e5e3-4bbd-ab8e-f600d85e062a.html> [09.07.2013], vgl. Anhang: Anlage 24

Erklärung

„Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Es ist mir bekannt, dass die Arbeit mit einer Plagiaterkennungssoftware auf nicht gekennzeichnete Übernahme fremden geistigen Eigentums überprüft werden kann.“

Winterbach, im September 2013

Katharina Mock